Vorwort

Das vorliegende Buch ist eine überarbeitete Fassung meiner Diplomarbeit, die ich 1995 im Studiengang Stadt- und Regionalplanung der Carl von Ossietzky Universität Oldenburg vorgelegt habe.

Die Arbeit beruht zum größten Teil auf der Rezeption und Diskussion wissenschaftlicher Literatur und ist damit vor allem eine theoretische Arbeit. Zusätzlich dazu liegt ihr jedoch auch eine empirische Untersuchung zugrunde, deren Ergebnisse ich hier verwende: Dabei wurden in einer einjährigen Studie, die 1994 im Rahmen eines studentischen Projektes von Antje Nahnsen, Steffen Emrich und mir durchgeführt wurde, neue Entwicklungen in der Stadtplanungskultur in Frankfurt am Main beobachtet. Im Vordergrund der Untersuchung stand die Frage nach den Wirkungen neuer planerischer und lokalpolitischer Verfahren und Instrumente hinsichtlich einer - in der Stadt Frankfurt als politisches Ziel verfolgten - Demokratisierung lokaler Politik und Planung. Dokumentiert ist die Studie in Emrich/Lanz/Nahnsen (1994).

Antje Nahnsen und Steffen Emrich, ohne die die vorliegende Arbeit in der bestehenden Form nicht denkbar wäre, gilt vor diesem Hintergrund mein erster Dank für die intensive, sehr persönliche Zusammenarbeit.

Die Untersuchung in Frankfurt wäre zudem ohne die häufig erstaunliche Offenheit und Bereitschaft zur Zusammenarbeit nicht möglich gewesen, die uns von unseren InterviewpartnerInnen zuteil wurde und denen ich deshalb ebenso zu Dank verpflichtet bin.

Der zentralen Frage nach der Möglichkeit demokratischer Planung in unserer Gesellschaft, die die Arbeit theoretisch erörtert, habe ich mich im Rahmen meines Studiums in verschiedensten Zusammenhängen genähert: Sie war letztlich die Grundfrage, die hinter drei Studienprojekten stand, die immer in einer Gruppe bearbeitet wurden; sie war Ausgangspunkt zweier autonomer Seminare, die von der Fachschaft des Studiengangs durchgeführt wurden; sie war Inhalt vieler Diskussionen auf mehreren bundesweiten Treffen Planungsstudierender; und sie war Gegenstand und Streitpunkt verschiedener Planungs-"Stammtische" in Oldenburger Kneipen. Allen daran Beteiligten möchte ich danken: Sie sind an ganz

wesentlicher Stelle an der Entstehung dieser Studie beteiligt, denn die Überlegungen, Inhalte und Ergebnisse dieser Diskussionen und Arbeiten sind letztlich in ihr enthalten und ohne sie wäre die Arbeit sicherlich eine andere: Sie ist vor allem deshalb so abstrakt (und dies kann als vorab erfolgende Warnung an die LeserInnen verstanden werden), weil ich in all diesen Zusammenhängen immer tiefer in immer grundsätzlichere Fragen verwickelt wurde. Und die letzten Fragen nach der Möglichkeit von Demokratie und Gerechtigkeit in unserer Gesellschaft sind immer philosophische Fragen.

Prof. Dr. Walter Siebel und Rainer Danielzyk waren die Betreuer meiner Diplomarbeit. Ihnen danke ich nicht zuletzt dafür, daß sie in ihren Seminaren dazu beigetragen haben, meine Fragen nach der Möglichkeit demokratischer Planung zu vertiefen. Bei Rainer Danielzyk möchte ich mich darüber hinaus besonders bedanken für die Förderung, die Diskussionen und inhaltlichen Anregungen sowie bei ihm und Prof. Dr. Rainer Krüger dafür, daß sie mir die Möglichkeit geschaffen haben, die Arbeit der Öffentlichkeit zugänglich zu machen.

Dörte Sellmann und Gisbert Kleinhalz vom BIS-Verlag danke ich für die freundliche Unterstützung.

Vor allem aber danke ich Anja Bederke: Sie mußte sich andauernd mit abstrakten und theoretischen Fragen herumschlagen, ihr verdanke ich viele Anregungen, sie hat all die kaum leserlichen Schachtelsätze entziffert und korrigiert.

Oldenburg, im Dezember 1995 Stephan Lanz

1 Einleitung

1.1 Grundlegendes

Es scheint, daß ein Autor einer Arbeit, die zwei so "großartige" Begriffe wie "demokratische Planung" und "Postmoderne" im Titel führt, sich zunächst dafür rechtfertigen muß: Die erste Reaktion vieler Personen auf das Thema dieser Arbeit legt diese Vermutung zumindest nahe. Ein Versuch, sich die Bedeutung und die Zusammenhänge dieser Begriffe deutlich zu machen, zeigt, daß dies wenig verwunderlich ist.

"Postmoderne" ist ein ebenso schillernder wie umstrittener Begriff. So weist etwa der Philosoph Wolfgang Welsch darauf hin, daß "Postmoderne" ein Reizwort ist:

> "Es schreckt und es lockt. Für einige ist es libidinös besetzt, manche wollen es entzaubern, andere reagieren noch immer empört" (Welsch 1988, S. 1).

Weiterhin wird häufig festgestellt, daß es kaum noch einen kulturellen Bereich, kaum ein Wissensgebiet, kaum eine Wissenschaft gibt,

> "wo der Geist (oder das Gespenst?) der Postmoderne nicht umgeht: Vom Kino bis zur Kybernetik, von der Philosophie bis zur Psychiatrie, ... von der Politik bis zur Pornographie, von der Familie bis zu den Finanzmärkten ... reicht das Spektrum postmoderner Umtriebe" (Vester 1993, S. 1).

Aber nicht nur, daß der Begriff in verschiedensten Zusammenhängen verwendet wird, er beinhaltet zudem höchst gegensätzliche Sachverhalte, Theorieansätze oder politische Weltanschauungen. So weiß angeblich inzwischen "wohl jeder, daß Postmoderne für unterschiedliche Menschen unterschiedliche Bedeutungen hat" (Deutsche 1991, S. 96). Nicht nur zwischen GegnerInnen und BefürworterInnen postmoderner Ansätze toben also Glaubenskämpfe, sondern auch innerhalb der verschiedensten Richtungen und Zusammenhänge der "Postmoderne" selbst.

Das vielleicht Schlimmste für eine Studie, die diesen Begriff im Titel führt und einen aktuellen Beitrag zur wissenschaftlichen Diskussion leisten will, ist allerdings die Aussage:

> "Postmodernism is ... no longer trendy" (Lash 1990b, S. ix).

Aussagen darüber, daß der Begriff bereits überstrapaziert ist, daß ihn niemand mehr hören kann, daß Postmodernismus "out" ist, sind allenthalben anzutreffen.

Worin besteht also der Reiz oder die Sinnhaftigkeit der Verwendung dieses Begriffes in einer Arbeit, die kritisch und aktuell sein soll, wenn er von vielen als überholt verstanden wird, wenn postmoderne Ansätze häufig pauschal als "neokonservativ" eingeordnet werden (vgl. Habermas 1985b), wenn generell der Postmoderne eine Beliebigkeit des "anything goes" vorgeworfen wird und wenn nach vielen Jahren der Existenz und Diskussion theoretischer postmoderner Ansätze in den Sozialwissenschaften und der Sozialphilosophie

> "schon die Entscheidung, die Kategorie der ‘Postmoderne’ heute ernstzunehmen, ... einer gewißen Begründung (bedarf, d.Verf)" (Honneth 1994, S. 11)?

Zur Beantwortung dieser Frage muß weiter ausgeholt werden:

Der Ausgangspunkt der Untersuchung ist die Frage nach der Möglichkeit demokratischer Planung innerhalb der aktuellen Gesellschaftsformation. Dabei ist die Studie eine theoretische Arbeit: Diese Ausgangsfrage soll nicht mit dem Ziel erörtert werden, direkt in der Praxis anwendbare Planungsinstrumente zu entwickeln, sondern mit der Absicht, theoretisch, also grundlegend zu diskutieren, was demokratische Planung in der aktuellen gesellschaftlichen Situation bedeuten kann. Die Beschränkung der Frage auf Stadtplanung, die nur einen Teil räumlicher Planung ausmacht, ist dabei lediglich eine methodische Einschränkung.

Der Bearbeitung der Hauptfrage liegen folgende zwei Annahmen zugrunde, auf denen die Arbeit aufbaut. Sie werden vorausgesetzt, nicht aber hergeleitet:

1) Räumliche Planung ist Bestandteil der gesellschaftlichen Regulation und eine Praxis, die veränderungsorientiert in das sozialräumliche Gefüge der Gesellschaft eingreift. Damit ist sie in ihren theoretischen

Ansätzen, in den Strategien und Instrumenten, derer sie sich bedient, und in ihren Inhalten nur vor dem Hintergrund der jeweiligen gesellschaftlichen Formation zu verstehen, innerhalb der sie theoretisch diskutiert und praktisch angewandt wird. Dabei besteht eine gesellschaftliche Formation aus spezifischen politisch-ökonomischen und sozialen Strukturen und spezifischen kulturellen Praktiken.
Die Erörterung von Konzeptionen räumlicher Planung muß damit sowohl im Hinblick auf ihr Verständnis als auch im Hinblick auf die Frage nach ihrer praktischen Relevanz mit der Analyse der Gesellschaftsformation verbunden werden, die gleichsam als Ausgangssituation anzusehen ist, auf deren Grundlage die entsprechenden Konzeptionen agieren.

2) Die Frage nach der Möglichkeit einer demokratischen Planung ist die Frage nach einer Konzeption, deren grundsätzliches Ziel eine soziale Reform ist - eben die Demokratisierung der Gesellschaft. Das Ziel einer sozialen Reform der Gesellschaft setzt immer eine Kritik an den bestehenden gesellschaftlichen Verhältnissen voraus: Ebenso wie ein Ziel bedarf auch Kritik eines normativen Bezugspunktes. Damit ist einer Planungskonzeption, die sich als Bestandteil sozialer Reformen betrachtet, "die Frage nach Werten, die ethische Dimension immanent", wie Klaus Selle es ausdrückt (Selle 1994, S. 102). Wenn auch nicht explizit, so liegt einer solchen Konzeption doch implizit ein letztlich philosophisches Zentralmotiv als normativer Bezugspunkt zugrunde, das als metatheoretischer Hintergrund sowohl Maßstab der Interpretation und Kritik bestehender Verhältnisse ist, als auch das Ziel enthält, das mit ihr verfolgt werden soll.

Die Untersuchung der Frage nach einer aktuellen Konzeption von demokratischer Planung erhält mit diesen Annahmen folgende Orientierung: Sie muß im Zusammenspiel der Analyse der aktuellen Gesellschaftsformation, innerhalb derer sie tätig wird, und der Diskussion eines entsprechenden normativen Bezugspunktes für die Kritik, die sie übt, sowie für das Ziel, das sie verfolgt, vorgenommen werden. Damit ist die vorliegende Arbeit als Versuch zu verstehen, die genannte Frage auf den Ebenen von Planungstheorie, von soziologischer bzw. - sofern sie den konkreten Raum betrifft - sozialgeographischer Zeitdiagnose und von Sozialphilosophie einzukreisen.

Hier kann wieder an die Frage angeschlossen werden, inwiefern der Begriff der Postmoderne für die Arbeit relevant ist: Sowohl im Komplex der soziologischen und sozialgeographischen Zeitdiagnose, als auch im Komplex aktueller sozialphilosophischer Ansätze sind im Rahmen der Postmoderne aus unterschiedlichen Positionen Theorien entwickelt worden, die gesellschaftliche Transformationen reflektieren. So beschreibt und analysiert etwa der - marxistisch inspirierte - "kritische Postmodernismus" das aktuelle sozio-ökonomische Entwicklungsstadium der kapitalistischen Gesellschaft als postmoderne Gesellschaft. Sozialphilosophische Theorien der Postmoderne reflektieren aus unterschiedlichen Blickwinkeln den Zusammenbruch traditioneller moderner Rationalitätsformen, Sozialtheorien und sozialer Utopien. Zudem kann aus der Postmoderne-Diskussion eine bestimmte Art und Weise wissenschaftlichen Arbeitens abgeleitet werden.

Vor diesem Hintergrund - und dies soll die Begründung dafür sein, daß ein solchermaßen umstrittener Begriff im Titel des Buches erscheint - sind unterschiedliche Ansätze und theoretische Positionen der Postmoderne für die Arbeit in drei Dimensionen von zentraler Bedeutung: Die aktuelle Gesellschaftsformation wird mit Hilfe des kritischen Postmodernismus sowohl abstrakt, als auch in ihrer sozialräumlichen Ausprägung in der städtischen Gesellschaft als postmodern beschrieben; philosophische Positionen, die der Postmoderne zugerechnet werden, werden im Hinblick auf ihren möglichen Beitrag zur normativen Grundlegung demokratischer Planung untersucht; und zum dritten kann die Studie in ihrer Methodik selbst als postmodern angesehen werden.

Eine Begriffsklärung erfordert auch der Begriff der "demokratischen Planung". Er teilt mit dem Begriff der Postmoderne die Schwierigkeit, daß er von unterschiedlichsten AutorInnen, Systemen, politischen Weltanschauungen und in unterschiedlichen gesellschaftlichen Entwicklungsstadien mit verschiedensten Bedeutungen belegt wird.

Zunächst bedeutet die hier bereits vorgenommene Einschränkung, daß die Frage demokratischer Planung lediglich für die *aktuelle* gesellschaftliche Situation erörtert werden soll, folgendes: Eine Diskussion der historischen Entwicklung des Verständnisses von demokratischer Planung, das sich etwa in unterschiedlichen demokratischen Reformversuchen der Planung in verschiedenen gesellschaftlichen Entwicklungsstadien ausdrückt (Beispiele

sind Anwaltsplanung oder aktivierende BürgerInnenbeteiligung), soll hier nicht erfolgen.

Vor allem aber wird das Problem der unterschiedlichsten Bedeutungen des Begriffes "demokratische Planung" aber hier nicht grundsätzlich im Rahmen einer demokratietheoretischen Diskussion erörtert, innerhalb der versucht werden würde, das Ziel und das spezifische Verständnis von demokratischer Planung wissenschaftlich oder philosophisch zu begründen. Der Arbeit liegt vielmehr ein spezifischer Begriff von demokratischer Planung zugrunde, der in seinen Grundmerkmalen als eine weitere Annahme gesetzt wird. Dabei wird - beispielsweise Anthony Giddens zufolge (vgl. Giddens, zitiert in: Kiessling 1988, S. 292) - davon ausgegangen, daß normative Werte, wie "Demokratie" oder "Gerechtigkeit" als Maßstäbe für Kritik nicht philosophisch oder wissenschaftlich begründbar sind. Die Erörterung philosophischer Ansätze erfolgt in der vorliegenden Arbeit vor diesem Hintergrund lediglich mit der Absicht, mit ihrer Hilfe Wege und Möglichkeiten zu diskutieren, wie das (gesetzte) Ziel einer demokratischen Planung in der aktuellen Gesellschaftsformation am besten verfolgt bzw. konkretisiert werden kann.

Das Verständnis einer demokratischen Planung wird mit der Frage nach sozialer Gerechtigkeit verknüpft. Als demokratisch wird grundsätzlich eine Planung verstanden, die in der aktuellen gesellschaftlichen Situation

- in Verfahren und Inhalt zu einer Umverteilung von Macht, Einflußchancen und Handlungsmöglichkeiten zugunsten schwächerer gesellschaftlicher Gruppen beiträgt und die
- in Verfahren und Inhalt die Gleichberechtigung unterschiedlicher gesellschaftlicher Wertsysteme und Lebensformen anerkennt und fördert.

Über diese abstrakte Definition hinaus wird der Begriff dessen, was eine demokratische Planung in Bezug auf ihre normative Zielorientierung bedeuten kann, im Verlauf des letzten Kapitels der Arbeit konkretisiert und eine Vorstellung von demokratischer Planung in der Postmoderne entwickelt.

1.2 Vorgehen und Aufbau der Arbeit

Grundsätzlich erfolgt die Erörterung der Ausgangsfrage der Arbeit anhand der Beschreibung, Analyse und Diskussion bzw. Kritik zweier theoretischer

Planungsansätze: der Planungstheorie des amerikanischen Planungstheoretikers John Forester und der Planungskonzeption des deutschen Planers Klaus Selle. Beide werden hier als die umfassendsten, ernsthaftesten und progressivsten aktuellen Planungsansätze verstanden, die das Ziel verfolgen, Planung zu demokratisieren. Die Analyse und Kritik gerade dieser Ansätze ist damit der Versuch, die Diskussion über demokratische Planung auf jenen Konzeptionen aufzubauen, die der hier verfolgten Zielvorstellung am nächsten kommen. Dem liegt die Vorstellung zugrunde, daß in der theoretischen Diskussion einer so grundsätzlichen Frage, wie die Frage nach der Möglichkeit einer demokratischen Planung, ein Fortschritt nur durch eine Kritik erzielt werden kann, die dort ansetzt, wo es am meisten schmerzt - nämlich an den weitestgehenden Überlegungen zu dieser Frage.

Beide Ansätze werden in Kapitel 2 zunächst unkommentiert, so weit als möglich aus der Sicht ihrer Autoren, beschrieben: Insofern steht dieses Kapitel gewissermaßen als ihr Fundament vor der Arbeit und kann als eigentliche Einführung in das Thema verstanden werden. Am Ende des Kapitels werden in einem ersten Vergleich der beiden Ansätze grundlegende Unterschiede und Gemeinsamkeiten festgestellt und die jeweiligen Grundfragen für die spätere Analyse aufgeworfen.

In Kapitel 3 werden dann gewissermaßen die Bedingungen der Arbeit geklärt: Anhand der Entfaltung des Begriffes und der Positionen der Postmoderne sollen die Grundlagen gelegt werden, die es ermöglichen, im weiteren Verlauf der Untersuchung sowohl die Diskurse der beiden zu analysierenden Planungsansätze als auch den Diskurs der vorliegenden Arbeit in einen allgemeinen Kontext, nämlich den Diskurs der Postmoderne, einordnen zu können: Dieses Kapitel ist gewissermaßen das Bindeglied zwischen Gesellschaftsanalyse, der Diskussion philosophischer Diskurse und der Methodik sowie dem Selbstverständnis dieser Studie. Auch auf die Gefahr der Wiederholung hin werden dort bereits alle später wieder aufgenommenen Positionen angeschnitten und in den übergeordneten Diskurs eingegliedert.

Die beiden folgenden Kapitel 4 und 5 dienen der Darstellung der aktuellen Gesellschaftsformation, die der Diskussion um eine demokratische Planung als Hintergrund dienen muß. In Kapitel 4 erfolgt eine abstrakte soziologische Beschreibung aktueller gesellschaftlicher Entwicklungen: Sie lehnt sich in ihren Grundüberlegungen hauptsächlich an den Ansatz von

David Harvey (1989) an. Diese abstrakte "Gesellschaftsdiagnose" wird in Kapitel 5 sozialräumlich konkretisiert: Dabei wird auf den Thesen zur postmodernen Urbanisierung von Edward Soja (1993 und 1995) aufgebaut, der ebenso wie Harvey dem kritischen Postmodernismus zugerechnet werden kann. Es wird versucht, am Beispiel der städtischen Gesellschaft in Frankfurt am Main zu zeigen, inwiefern sich die zunächst abstrakt beschriebenen Prozesse der Herausbildung der postmodernen Gesellschaftsformation konkret, sozusagen "vor Ort", niederschlagen. Frankfurt scheint sich in besonderem Maße als konkreter räumlicher Bezugspunkt der Arbeit anzubieten. Denn zum einen sind dort Entwicklungsprozesse einer postmodernen Urbanisierung für deutsche Verhältnisse besonders ausgeprägt und damit anschaulich zu beschreiben. Zum anderen existiert in Frankfurt seit 1989 der von der Stadtregierung formulierte Anspruch, Lokalpolitik und Planung zu demokratisieren, wodurch das "Gesicht" einer aktuell als demokratisch bezeichneten Stadtplanung konkret deutlich werden kann.

Als Ergebnis beider Kapitel wird in 5.3 wieder an die Ausgangsfrage der Arbeit angeschlossen, indem die "Diagnose" der gesellschaftlichen Ausgangsbedingungen für eine demokratische Planung gestellt wird. Sie bildet den Hintergrund für die darauf folgende Analyse der Planungskonzeptionen von Forester und Selle.

Neben der Verarbeitung wissenschaftlicher Literatur werden bereits in Kapitel 5, insbesondere aber in Kapitel 6, die Ergebnisse der im Vorwort erwähnten empirischen Untersuchung (Emrich/Lanz/Nahnsen 1994) zu neuen Entwicklungen in der Stadtplanungskultur in Frankfurt herangezogen: In Kapitel 5.1 erfolgt deshalb eine Darstellung der Fragestellung und der Methodik dieser Studie.

Kapitel 6 und 7 dienen der eigentlichen Analyse der beiden Planungskonzeptionen. Um der Annahme gerecht zu werden, daß die Frage nach einer demokratischen Planung sowohl in ihrer praktischen als auch in ihrer normativen Dimension erörtert werden muß, erfolgt diese Analyse aus zwei Perspektiven:

In Kapitel 6 sollen die Planungsansätze von Forester und Selle mit dem Verlauf und der Wirkung zweier Beispiele kommunikativer Planungsverfahren konfrontiert werden, die in Frankfurt durchgeführt wurden und häufig als aktuelle Beispiele für neuartige demokratische Planungs-

verfahren genannt werden. Vor dem Hintergrund der "Diagnose" der gesellschaftlichen Ausgangssituation liegt die dabei verfolgte Absicht darin, die praktische Eignung beider Planungskonzeptionen für eine demokratische Planung zu analysieren und ihre strukturellen Probleme herauszuarbeiten: Anhand der praktischen Beispiele sollen gleichsam die Fragen gestellt und die Probleme benannt werden, die die beiden Ansätze im Hinblick auf die Planungspraxis aufwerfen.

Das Kapitel 7 dient der Diskussion der normativen Bezugspunkte beider Ansätze. Dabei soll zum einen der Maßstab in den Blickwinkel gerückt werden, anhand dessen die bestehenden Verhältnisse interpretiert und kritisiert werden, sowie auch das Ziel, also die Vorstellungen von Demokratie und Gerechtigkeit, diskutiert werden, das beide Ansätze verfolgen. Zum anderen sollen die jeweiligen philosophischen Konzeptionen, die Forester beziehungsweise Selle als normative Bezugspunkte zu dienen scheinen, auf folgende Fragen hin diskutiert werden: Inwiefern können sie vor dem Hintergrund der bis dahin erfolgten Analysen eine geeignete normative Grundlage für eine demokratische Planung in der postmodernen Gesellschaft darstellen, beziehungsweise welche Einwände sind im Hinblick darauf gegen sie zu erheben?

Kapitel 8 schließlich beendet die Arbeit: In diesem letzten Kapitel sollen als Ergebnis der vorangegangenen Analysen theoretische Überlegungen zu der Frage angestellt werden, inwiefern eine demokratische Planung in der postmodernen Gesellschaft Elemente aufweisen müßte, die gegenüber den Ansätzen von Forester und Selle eine Veränderung bzw. eine Ergänzung bedeuten. Die normativen Bezugspunkte dafür werden aus verschiedenen philosophischen Diskursen der Postmoderne gewonnen: Mit ihrer Hilfe wird das oben genannte Verständnis einer demokratischen Planung konkretisiert. Das Kapitel ist weder als Versuch zu verstehen, ein in sich schlüssiges theoretisches Gesamtkonzept aufzubauen (das nicht leistbar wäre), noch als Bemühung anzusehen, konkrete demokratische Planungsinstrumente etwa für die Stadtplanung in Frankfurt vorzuschlagen. Es sind vielmehr abstrakt und fragmentarisch bleibende Versuche, theoretische Suchbewegungen in mögliche Richtungen, in die eine entsprechende Planungstheorie und eine darauf aufbauende Planungspraxis gehen könnte.

2 *Die Planungstheorien von John Forester und Klaus Selle*

Wie bereits in der Einleitung dargestellt wurde, soll in vorliegender Arbeit die Frage nach der Möglichkeit einer demokratischen Planung in der aktuellen Gesellschaftsformation anhand der Analyse zweier aktueller planungstheoretischer Konzeptionen erörtert werden. In beiden Konzeptionen spielt diese Frage eine zentrale Rolle, wobei sich die Autoren ihr jeweils auf sehr unterschiedliche Art und Weise nähern. Der US-amerikanische Planungstheoretiker John Forester geht deduktiv vor: Er entwickelt seine Theorie nicht aus der Beobachtung der Planungspraxis, sondern überträgt eine vorhandene Sozialtheorie - die "Theorie des kommunikativen Handelns" von Jürgen Habermas - mit dem Ziel auf die Planung, damit eine demokratische Planungspraxis theoretisch fundieren zu können. Der deutsche Raumplaner Klaus Selle hingegen entwickelt seinen Planungsansatz induktiv aus der Beobachtung der aktuellen Veränderungen der Planungspraxis heraus. Dabei verfolgt er das Ziel, für die aktuell sich entwickelnden neuen Planungsinstrumente Standards zu entwickeln, die zu einer möglichst demokratischen Planungspraxis führen sollen.

Gerade durch diese entgegengesetzte Herangehensweise an die Frage einer demokratischen Planung erscheint die Analyse *beider* Ansätze für die vorliegende Arbeit als besonders geeignet: Denn die Frage nach der Möglichkeit demokratischer Planung soll hier im Spannungsfeld zwischen normativen (sozialtheoretischen) Positionen, die sozialreformerischen Planungskonzeptionen als Maßstäbe für Kritik und Vision dienen (können), und der Relevanz bzw. der Wirkungen einer Planungskonzeption für bzw. auf die Planungspraxis erörtert werden. Interessant in diesem Zusammenhang ist damit insbesondere die Frage, inwiefern beide Autoren trotz oder wegen ihrer entgegengesetzten Ausgangspunkte ähnliche oder verschiedene Grundprinzipien, Standards oder Instrumente im Hinblick auf eine demokratische Planungspraxis entwickeln.

Neben der zentralen Ausgangsfrage teilen beide Ansätze auch andere Gemeinsamkeiten. Beide Planungskonzeptionen sind Ausdruck des "communicative turn" (vgl. Healey 1991, Moore Milroy 1989), der in der Planungstheorie seit den 80er Jahren festzustellen ist. Dabei wird Planung

zunehmend nicht mehr vorrangig als technische Tätigkeit der Planerstellung verstanden und analysiert, sondern als kommunikatives Handeln: Planung als praktische Tätigkeit wird zentral als kommunikative Interaktion zwischen verschiedenen AkteurInnen angesehen, die theoretisch mit den Mitteln der Sprachanalyse verstanden werden kann. Aktuelle planungstheoretische Beiträge kreisen dementsprechend hauptsächlich um Begriffe wie Kommunikation, Diskursivität von Verfahren, „Kooperatives Handeln“, Prozessualität etc. Die Ansätze beider hier analysierter Autoren sind in dieser Hinsicht die vielleicht umfassendsten aktuellen Planungsansätze: Foresters Konzeption ist im englischsprachigen Raum die vermutlich meist diskutierte und ausgereifte kommunikative Planungskonzeption (vgl. Moore Milroy 1989). Für den Ansatz Selles gilt dies für den deutschsprachigen Raum.

Dabei sind beide Ansätze keine einheitlichen, geschlossenen Strategien für bestimmte Planungsfelder, sondern drücken eher ein grundlegendes Planungsverständnis aus, das alle Formen räumlicher Planung umfaßt: Sie sind, wie Klaus Selle es ausdrückt, "prozessuale 'theories of planning'", in denen es um AkteurInnen, Arbeits- und Organisationsformen geht, und nicht "substantielle 'theories in planning'", in denen es vor allem um Gegenstandsbereiche der Planung (Siedlung, Wohnen, Freiraum etc.) gehen würde (vgl. Selle 1994, S. VII).

Das vorliegende zweite Kapitel der Arbeit dient der Darstellung der gewählten Planungsansätze aus der Perspektive der Autoren: Es beinhaltet damit eine Beschreibung der beiden Planungstheorien anhand ausgewählter Texte der Autoren. Eine Reflexion und Kritik der Ansätze anhand von Sekundärliteratur oder eigenen Erwägungen erfolgt an dieser Stelle nicht. In 2.3 sollen dann beide in einem ersten Vergleich einander gegenübergestellt und die Grundfragen für die spätere Analyse aufgeworfen werden.

Damit bilden beide Ansätze die Grundlage für die vorliegende Arbeit: An ihnen wird die gesamte Erörterung der Ausgangsfrage aufgezogen. Im eigentlichen Sinne analysiert werden sie erst in Kapitel 6 und 7, wenn die Grundlagen für die Analyse der Planungsansätze und die Diskussion demokratischer Planung durch die Kapitel 3 - 5 geschaffen sein werden. Diese Analyse erfolgt dann aus der Perspektive der Planungspraxis am Beispiel zweier Verfahren in Frankfurt am Main (Kapitel 6) und aus der Perspektive der den Konzeptionen jeweils zugrundeliegenden Sozialtheorie (Kapitel 7).

2.1 Planung als kommunikatives Handeln: Der Planungsansatz von John Forester

John Forester entwickelte einen planungstheoretischen Ansatz, der die "kritische Theorie" von Jürgen Habermas auf die Planung überträgt. Der Ansatz wurde grundlegend in verschiedenen Aufsätzen ausgearbeitet, die im Verlauf der achtziger Jahre in englischsprachigen Fachzeitschriften publiziert wurden. Nach Ansicht von Moore-Milroy (vgl. 1989, S. 314) ist er im englischsprachigen Raum die am weitesten verbreitete Kritik an der "Mainstream"-Planung und auch in den letzten Jahren noch vieldiskutierte Grundlage planungstheoretischer Überlegungen (vgl. bsp. Healey 1991, Hillier 1993a und 1993b).

Für die Fragestellung der Arbeit sind an dieser Stelle jene Aufsätze Foresters von Bedeutung und wurden für die Beschreibung seines Ansatzes ausgewählt, die sich grundlegend mit der Frage einer demokratischen Planung beschäftigen: Dies geschieht vor allem in früheren Aufsätzen "Critical Theory and Planning Practice" (1980 und 1985), "Planning in the Face of Power" (1982) und "The geography of planning practice" (1983). Sie bilden das Fundament der Planungstheorie Foresters und sind in ihren Inhalten in sein später erschienenes Buch „Planning in the Face of Power“ (1989) übernommen worden.[1]

Wie bereits angesprochen liegt die zentrale Grundlage des Ansatzes darin, daß Forester deduktiv vorgeht: Er entwickelt keine eigene Theorie der räumlichen Planung aus einer empirischen Beobachtung der Planungspraxis heraus, sondern überträgt eine vorhandene Gesellschaftstheorie auf die Planung. Dabei zeigt er anhand von Beispielen ihre normative und ihre empirisch-analytische Relevanz für die Planungspraxis: In der kommunikativen Gesellschaftstheorie von Habermas liegt für Forester damit einerseits das "Werkzeug" für das Verständnis des Wesens der Planung als kommunikativer Handlung sowie für die strukturelle und handlungsbezogene Analyse der Planung im Hinblick auf ihren demokratischen Gehalt. In der Theorie enthalten sind für ihn andererseits aber auch die Normen, die als Grundlage für die Entwicklung seines Planungsansatzes dienen: Dieser soll gleichzeitig eine politische Vision enthalten und eine

---

[1] In anderen Aufsätzen beschäftigt Forester sich beispielsweise mit der Analyse von politischen Konflikten mithilfe der Habermasschen Theorie (vgl. etwa "Critical Theory and public life: only connect" 1986).

pragmatische Strategie für eine demokratische Planungspraxis sein (vgl. Forester 1980, S. 275).

Foresters Habermas-Rezeption[2]

Die Gesellschaftstheorie von Habermas behandelt Forester zufolge soziale und politisch-ökonomische Strukturen als operative Kommunikationsstrukturen. Der kritische Gehalt der Theorie liegt, so Forester, in der Analyse von systematisch verzerrten Kommunikationsstrukturen, die das Leben der BürgerInnen in fortgeschrittenen Industriegesellschaften beherrschen. Kommunikationsstrukturen werden verzerrt, um Macht abzusichern und auszudehnen. Dies geschieht etwa, indem systematisch große Bevölkerungsteile und Meinungen, die nichtkompatibel mit herrschenden Besitz- und Machtverhältnissen sind, von politischen Entscheidungsprozessen ausgeschlossen werden, oder beispielsweise indem die Illusion erzeugt wird, daß durch - als objektiv dargestellte - Wissenschaft und Technologie politische Probleme gelöst werden können.

Diese kommunikative Macht der sozialen und politisch-ökonomischen Strukturen verhindert demokratische Praxis: Ihr setzt Habermas, Forester zufolge, die kollektive Macht demokratisch-politischer Kritik, gegenseitiges Verstehen und selbstbestimmten Konsens gegenüber. Dabei entwickelt er als kritischen idealen Bezugspunkt eine herrschaftsfreie "ideale Sprechsituation". Auf der Grundlage einer solchen liegt die (demokratische) Vision von Habermas in einer konsensorientierten, herrschaftsfreien Kommunikation, die einen intersubjektiven "common sense" als Konsens aller Kommunikationsbeteiligten ermöglicht.

Forester übernimmt von Habermas diese Idealvorstellung einer konsensorientierten, herrschaftsfreien Kommunikation, die als Maßstab für Kritik und Analyse existierender Kommunikationsstrukturen dienen soll: Sie könne herangezogen werden, um aufzuzeigen, inwiefern eine Position richtig oder falsch, wahr oder unwahr sei. Denn ohne einen solchen Maß-

---

[2] Eine Darstellung und Diskussion der Gesellschaftstheorie und des philosophischen Ansatzes von Habermas als normativem Bezugspunkt Foresters erfolgt hier in Kapitel 7, da dort die sozialtheoretischen Grundlagen der Planungsansätze von Forester und Selle "dekonstruiert" werden sollen: Das vorliegende Kapitel dient lediglich der Beschreibung der beiden Planungstheorien aus der Sicht ihrer Autoren. Da die Habermassche Gesellschaftstheorie Grundlage der Theorie Foresters ist, soll hier jedoch dessen Habermas-Rezeption (v. a. in Forester 1980 und 1985) kurz dargestellt werden.

stab gebe es nur "relativistisches Geplapper" (im Original "relativistic babble", Forester 1985b, S. XVI). In der "universellen Pragmatik" entwickelt Habermas die Maßstäbe einer unverzerrten oder herrschaftsfreien Kommunikation. Diese überträgt Forester auf die Analyse der Planung und kann anhand dieser Maßstäbe in der Planungspraxis auftretende kommunikative Verzerrungen analysieren und "messen" (Forester 1985, S. 205 ff. und 1980, S. 276 ff.).

Der grundsätzliche Ausgangspunkt dabei ist, daß Forester planerisches Handeln als kommunikatives Handeln versteht: Kommunikation ist demnach - wie für jedes praktische Handeln - zentral für planerisches Handeln. Ohne sie wäre etwa das Beschreiben der Planungsabsichten, die Zusammenarbeit mit anderen und die Vermittlung der Planung an das "Publikum" undenkbar: PlanerInnen argumentieren, präsentieren Information, kommentieren, machen Vorschläge, warnen vor Entwicklungen, stimmen Projekten zu usw. Solche "Sprechakte" sind die "Atome", die jeglichem bürokratischen, politischen und sozialen Handeln zugrundeliegen. Ohne sie gibt es keinen "common sense", keine gemeinsame Basis der Verständigung zwischen Menschen (Forester 1985, S. 207). Insofern kann Planung, wie im folgenden dargestellt wird, mit den sprachlichen Mitteln der universellen Pragmatik analysiert werden.

Kommunikation besteht aus zwei miteinander verbundenen Aspekten, dem Inhalt und dem Kontext: Wovon jemand spricht, ist der Inhalt dessen, was gesagt wird. Wann, in welcher Situation und mit wem jemand kommuniziert, definiert den Kontext (Forester 1983, S. 168). Um kommunizieren zu können, müssen PlanerInnen und Publikum eine gemeinsame Sprache teilen: Einzelne Sprechakte unterliegen Regeln, die die Sprache strukturieren und befolgt werden müssen, um gegenseitiges Verstehen zu ermöglichen.

Kommunikativ Handelnde gehen in der alltäglichen Kommunikation - Foresters Habermas-Rezeption zufolge - grundsätzlich davon aus, daß folgende Merkmale als Normen für eine Aussage von allen kommunikativ Handelnden erfüllt werden:

- die "Verständlichkeit" einer Aussage;
- die "Wahrhaftigkeit" oder "Aufrichtigkeit" einer Aussage (als Gegensatz zur Lüge oder Täuschung);
- die "Richtigkeit" einer Aussage; sie bezieht sich auf das soziale Regelwerk. Das heißt, es wird vorausgesetzt, daß jemand legitimiert ist, das

zu sagen, was er/sie sagt: Beispielsweise sind PlanerInnen dazu legitimiert, professionelle Aussagen über Planung zu treffen, nicht aber etwa über Medizin;

- die "Wahrheit" einer Aussage. Sie bezieht sich auf den Unterschied zwischen Tatsache und Phantasie bzw. zwischen Realität und Ideologie.

Gleichzeitig werden diese Normen in einer alltäglichen Kommunikation einer Aussage als Geltungsansprüche zugrundegelegt: Das heißt, SprecherInnen beanspruchen grundsätzlich die Geltung ihrer Aussagen in Bezug auf Verständlichkeit, Aufrichtigkeit, Richtigkeit und Wahrheit.

Nach Habermas sind diese Normen als Bezugspunkte für eine unverzerrte Kommunikation universell gültig. Wenn sie verletzt werden, das heißt wenn sie in einer Aussage nicht eingelöst werden, obwohl sie dieser als Geltungsansprüche zugrundeliegen, entstehen Verwirrung, Mißtrauen etc. Dadurch werden gegenseitiges Verständnis, Vertrauen und Zusammenarbeit geschwächt oder verhindert (Forester 1985, S. 209).

Machtausübung durch Verzerrungen der Kommunikation in der Planung

Das Problem der Verletzung dieser universellen Normen der alltäglichen Kommunikation - und damit einer kommunikativen Verzerrung - entsteht in der Planung in zwei Dimensionen: auf persönlicher, handlungsbezogener Ebene und auf struktureller, systemischer Ebene.

Auf der handlungsbezogenen Ebene, also im Rahmen situationsbezogener Handlungen einzelner PlanerInnen, kann die Kommunikation - auch ohne böse Absicht - beispielsweise durch mangelnde Reflektion des eigenen Handelns und eine dadurch bedingte mangelhafte Verständlichkeit von Aussagen verzerrt werden.

Auf struktureller Ebene entsteht eine Verzerrung der Kommunikation prinzipiell dadurch, daß PlanerInnen Bestandteil des Systems der politisch-ökonomischen Strukturen und dadurch Teil der systemisch bedingten Verzerrung der Komunikation sind: PlanerInnen agieren im Rahmen spezieller öffentlicher, wirtschaftlicher oder privater Interessen, wodurch sie systemischen Zwängen unterliegen. Durch diese aber werden Normen der alltäglichen Kommunikation aus strategischen Gründen systematisch verletzt und die Kommunikationsstrukturen gegenüber den universell gültigen Normen verzerrt. Damit sind PlanerInnen zugleich (Re-)Pro-

duzentInnen und Opfer der verzerrten Kommunikationsstrukturen (vgl. Forester 1985, S. 209).

In diesem Zusammenhang ist die Frage der Macht zu analysieren, die PlanerInnen ausüben bzw. der sie unterliegen. PlanerInnen haben wenig Einfluß auf die Besitz- und Machtstrukturen der Gesellschaft. Der Schlüssel für ihre Macht liegt in der Kontrolle von bzw. in ihrem Umgang mit Information (Forester 1982, S. 69): PlanerInnen können im Rahmen ihrer Funktion, die sie im System ausüben, aus strategischen Gründen Informationen zurückhalten oder einseitig benutzen und präsentieren, Planungsberichte gegen besseres Wissen manipulieren, bestimmte Interessen bevorzugt behandeln bzw. andere zurückstellen etc. Damit können sie Transparenz, Offenheit und Beteiligung be- oder verhindern, politische und private Entscheidungen beeinflussen und manipulieren: In diesem Zusammenhang üben sie Macht aus. Ebenso kann ihnen selbst Information zurückgehalten, manipuliert und einseitig präsentiert werden usw. Damit unterliegen sie der Macht, sind "Opfer" verzerrter Kommunikationsstrukturen.

Macht kann nun im Hinblick auf alle vier genannten Normen und Geltungsansprüche kommunikativen Handelns folgendermaßen ausgeübt werden (vgl. Forester 1983, S. 170):

- als Mobilisierung einer nur ungleich zugänglichen Verständlichkeit oder Aufmerksamkeit (Verständlichkeit);
- als Manipulation von Vertrauen und Abhängigkeit (Aufrichtigkeit);
- als Inanspruchnahme von Mythen, Vorrangpositionen, Tradition, Ideologie etc., um Handlungen zu legitimieren und Zustimmung zu erlangen (Richtigkeit);
- durch die Kontrolle über technische und faktische Information (Wahrheit).

Eine solchermaßen verstandene Machtausübung tritt in der Planungspraxis in drei verschiedenen Zusammenhängen auf (vgl. Forester 1982, S. 75 f.):

- Sie existiert "definitionsbezogen" ("needs shaping"): Dabei wird Macht im Rahmen der Möglichkeit planerischer AkteurInnen ausgeübt, Probleme und mögliche Lösungen zu definieren, Aufmerksamkeit in bestimmte Richtungen zu lenken etc.
- Sie existiert "prozeßbezogen" ("agenda setting") als Möglichkeit im planerischen Arbeitsprozeß, Informationen über mögliche Projekte,

Lösungswege, Förderungen, "Procederes" usw. zu kontrollieren, also allgemein oder nur manchen Akteuren offenzulegen, zu verschleiern etc.
- Sie besteht "entscheidungsbezogen" ("decision") als Möglichkeit, Informationen über Entscheidungsbefugnisse, über Partizipationschancen an Entscheidungen oder über die Wirksamkeit von Entscheidungen zu kontrollieren und zu verzerren.

Vorschläge für eine demokratische Planungspraxis

Gegenüber diesen Formen der Machtausübung durch verzerrte Kommunikationsstrukturen müssen im Sinne einer Demokratisierung der Planung - Forester zufolge - Formen planerischen Handelns gefunden werden, durch die in die sich fortsetzenden organisatorischen Herrschafts- und Machtverhältnisse interveniert werden kann. Dazu macht er Vorschläge, die sich zum einen eher auf den reflektiven Hintergrund der Planung beziehen und die zum anderen direkt die planerische Praxis betreffen.

Demokratische Planung muß kommunikativen Verzerrungen auf den beiden Ebenen Handlung und Struktur (oder System) entgegenwirken. Dazu müssen in der Planungspraxis Zusammenhänge in den verschiedenen Dimensionen der Planung reflektiert werden. Eine Planungspraxis, die demokratische Lernprozesse fördert, muß nach Forester einer entsprechenden Form der Machtausübung, die Versuche einer breitgestreuten demokratischen Partizipation und eines demokratischen Diskurses be- oder verhindert, zuvorkommen und ihr entgegentreten. Planung kann in allen Dimensionen im Hinblick auf eine demokratische Planungspraxis eine organisierende, fördernde Rolle oder eine desorganisierende, hindernde Rolle spielen.

Planerische Handlungen finden zunächst in der Dimension der "knowledge production" (Datensammlung und -verarbeitung, Methoden etc.) statt: Dabei werden Tatsachen analysiert, die einer Planung zugrundeliegen. Bereits auf dieser Ebene werden von unterschiedlichen AkteurInnen widersprüchliche faktische Geltungsansprüche erhoben: Dem liegt zugrunde, daß faktische Information als politisches Instrument verwendet und von den jeweiligen AkteurInnen aus strategischen Gründen im Hinblick auf ihren Vorteil interpretiert wird. Demokratische Planung kann dem etwa dadurch entgegenwirken, daß sie für alle Beteiligten einen breiten Zugang zu verschiedensten Informationsquellen ermöglicht.

Zweitens findet Planung in der Welt der institutionellen und politischen Normen, Beziehungen und Argumentationsweisen (formale und informelle Diskussionsprozesse, Zuständigkeiten und Hierarchien, Rechtsnormen, Entscheidungsbefugnisse, politische und administrative Machtstrukturen und Verhaltensmuster, ideologische Positionen etc.) statt, über die normative Geltungsansprüche erhoben, zurückgewiesen oder etabliert werden. Dieses soziale Regelwerk bildet die Grundlage für die "Richtigkeit" von Geltungsansprüchen, die damit im Rahmen von Klassen- und Gruppeninteressen, im Rahmen bürokratischer Verhaltenslogik u. ä. verzerrt werden. Normative Geltungsansprüche sind vor diesem Hintergrund zu verstehen und zu analysieren. Demokratische Planungspraxis muß dabei etwa eine öffentliche politische Partizipation aller Planungsbeteiligten fördern, Entscheidungsbefugnisse und Rechtsnormen offenlegen etc.

Eine dritte Dimension planerischer Einflußfaktoren besteht in der politischen Ökonomie: Bei der Etablierung und Evaluation planerischer Vorhaben wird nie allen (finanziellen, ökonomischen oder sozialen) Belangen Rechnung getragen: Je nach arbeitstechnischen, politischen oder persönlichen Dispositionen mit den hinter ihnen stehenden Machtverhältnissen erlangen bestimmte Belange planerische Aufmerksamkeit und werden in planerischen Vorhaben bearbeitet oder nicht. In diesem Zusammenhang muß Planung reflektieren, welche Rolle sie in der (Re-)Produktion der ungleichen Ressourcenverteilung einnimmt. Eine demokratische Planung muß entgegen der ungleichen Ressourcenverteilung die Aufmerksamkeit auch - oder vor allem - auf Bedürfnisse schwacher gesellschaftlicher Gruppen richten und damit auf Umverteilung zielen. Sie darf nicht davon ausgehen, daß die bestehenden Strukturen der Ressourcenverteilung soziale Bedürfnisse am besten befriedigen.

Dazu kommt als vierte Dimension der kommunikativen Verzerrungen in der Planung die "Face to Face"-Ebene, also die subjektive Ebene der einzelnen AkteurInnen, die an der Planung beteiligt sind: Grundsätzlich unterscheiden sich AkteurInnen sowohl in der Sprechfähigkeit, das heißt in der Fähigkeit, sich bemerkbar zu machen, als auch in der Art und Weise der Kommunikation: Dies zeigt sich etwa in der Art der Argumentation (fachlich, emotional, beredt, offen, strategisch etc.) oder über ihr Verhalten in kommunikativen Prozessen (tolerant, egoistisch, durchsetzungsfähig, ehrlich, kooperationsbereit oder -fähig). Demokratische Planung darf vor diesem Hintergrund nicht gegebene soziale Rollen, kommunikative Fähigkeiten und Kontaktbeziehungen als unveränderlich bestehen lassen und nur

darauf zurückgreifen, sondern muß etwa kooperative Koalitionen oder Netzwerke zur Überwindung sozialer oder personeller Ungleichheiten fördern (Forester 1983, S. 171-178).

Diese Möglichkeiten der Beförderung einer demokratischen Planungspraxis leiten über zu konkreten Vorschlägen für die Planungspraxis.

Eine kritische und demokratische Planungspraxis muß Forester zufolge folgende Bestandteile aufweisen (vgl. Forester 1985, S. 218):

- Die genannten Normen einer unverzerrten praktischen Kommunikation müssen geklärt werden;
- die spezifische Form und Ebene der kommunikativen Verzerrungen, die jeweils die demokratische Planungspraxis verhindern, muß identifiziert werden;
- die Rolle der jeweiligen PlanerInnen in Bezug auf die (Re-)Produktion und im Hinblick auf die Korrektur der entsprechenden Verzerrungen muß geklärt werden;
- und schließlich muß, darauf aufbauend, eine praktische Form der Planung mit einem kommunikativen politischen Charakter installiert werden.

Dabei können in der planerischen Arbeit nach Forester die vier Normen der alltäglichen Kommunikation aus der universellen Pragmatik als praktischer Leitfaden für die Analyse verzerrter Kommunikationsstrukturen sowie für die Etablierung einer solchen Planungspraxis übernommen werden. Damit dienen folgende Fragen als Basisorientierung einer demokratischen Planungspraxis (vgl. Forester 1985, S. 210):

- Ist die planerische Kommunikation verständlich, so daß von allen Planungsbetroffenen zum einen die Vorgänge einer entsprechenden planerischen Handlung verstanden und zum anderen richtig in den entsprechenden Kontext eingeordnet werden können?
- Ist die planerische Kommunikation aufrichtig und erfolgt sie in guter Absicht, oder werden "ZuhörerInnen" manipuliert, getäuscht und in falsche Richtungen gelenkt?
- Ist die planerische Kommunikation - bezogen sowohl auf die Rolle der jeweiligen PlanerInnen als auch auf die Rolle anderer interessierter oder beteiligter AkteurInnen - richtig im Sinne von legitim, oder ziehen PlanerInnen und andere AkteurInnen unfaire Vorteile aus ihrer jeweiligen professionellen (Macht-)Position?

- Ist die planerische Kommunikation wahr, werden dem planerischen Handeln richtige Informationen zugrundegelegt, oder werden falsche oder nicht vollständige Informationen herangezogen?

Anhand dieser Fragen können Verzerrungen der Kommunikationsstrukturen in der Planung auf persönlicher Ebene ('face to face'), auf planerisch-organisatorischer Ebene und auf der Ebene der politisch-ökonomischen Struktur vor allem durch folgende Merkmale erfahren werden:

Ebenen:	*Verständlichkeit*	*Aufrichtigkeit*	*Richtigkeit*	*Wahrheit*
"Face to Face"-Ebene	Zweideutigkeit, Unverständlichkeit	Unaufrichtigkeit	aus dem Kontext gelöster Sinn	Falschinformation
planerisch - organisatorische Ebene	Ausgrenzung durch Fachjargon	rhetorische Beruhigung, Verbergen von Motiven	Nicht-Zuständigkeit, professionelle Dominanz	einbehaltene Information, verschleierte Verantwortlichkeit
Ebene der politisch-ökonomischen Struktur	Mystifizierung	Falschdarstellung des Gemeinwohls	Mangel an Verantwortlichkeit Legitimation nicht durch Partizipation, sondern durch Disziplin	Verschleierung oder Falschdarstellung politischer Möglichkeiten, ideologische Argumentation

Abb. 2-1: Verzerrungen der Kommunikationsstrukturen in der Planung (Quelle: Forester 1985, S.213)

In der Planungspraxis kann diesen kommunikativen Verzerrungen durch folgende planerische Arbeits- und Organisationsprinzipien begegnet werden:

Ebenen:	Verständlichkeit	Aufrichtigkeit	Richtigkeit	Wahrheit
"Face to Face"-Ebene	Offenlegung der Bedeutung von Planungsinhalten und Kontexten	Überprüfung der Absichten der Planungsbeteiligten	Festlegung und Klärung von Rollen und Kontexten	Überprüfung von Informationen
planerisch - organisatorische Ebene	Minimierung von Fachjargon, Gründung öffentlicher Überprüfungskommitees	Organisation von AnwältInnen, Netzwerkbildung, Erweiterung der Kontaktstrukturen	partizipatorische Entscheidungs-findung, Überprüfung Betroffener	Nutzung von unabhängigen Drittgutachten
Ebene der politisch-ökonomischen Struktur	Entmystifizierung	Sichtbarmachung nicht geäußerter Interessen	Demokratisierung des Staates, Politisierung der Planung	Institutionalisierung demokratischer Debatten und politischer Kritik

Abb. 2-2: Maßnahmen gegen die Verzerrungen der Kommunikationsstrukturen in der Planung (Quelle: Forester 1985, S. 214)

Als einzelne kommunikative Strategien, die auf diese Prinzipien aufbauen, nennt Forester vor allem folgende (vgl. Forester 1985, S. 219):

- Kultivierung von kommunikativen "Community"-Netzwerken, um Information zu erhalten und zu verbreiten;
- "sorgfältiges Zuhören", um Interessen und Belange der im Planungsprozeß Beteiligten und daraus sich ergebende politische Hindernisse, Konflikte und Möglichkeiten abschätzen zu können;
- Feststellen von bzw. Zugehen auf schlecht organisierte Interessen in der Regel schwächerer gesellschaftlicher Gruppen im Hinblick auf eine Umverteilung der Einflußmöglichkeiten;
- Qualifizierung von BürgerInnen sowie von "Community"- und Nachbarschaftsorganisationen im Hinblick auf Planungsprozesse und "Spielregeln"; Vermittlung von Informationen über Veranstaltungen, Pla-

nungsinhalte etc. an BürgerInnen und organisierte Gruppen zur Ermöglichung qualifizierter Partizipation;
- Entwicklung von kommunikativem Handwerkszeug für Gruppenarbeit und Konfliktsituationen;
- Anregung unabhängiger Gutachten und Berichte zur Überprüfung laufender oder abgeschlossener Planungsprojekte.

Dabei gesteht Forester zu, daß diese Strategien, für sich allein betrachtet, nichts Neues seien (vgl. a.a.O., S. 220): Nur wenn sie im Zusammenhang mit der strukturellen Analyse der systematisch verzerrten Kommunikationsstrukturen in den verschiedenen genannten Dimensionen verstanden und angewandt werden, bedeuten sie ihm zufolge eine umfassende Neuerung des Verständnisses und der Ziele der Planung im Hinblick auf eine demokratische Planungspraxis. Planung wird so verstanden als praktische, regelstrukturierte kommunikative Tätigkeit, die gleichzeitig strukturell eingebunden und situationsabhängig ist, und die sich fortsetzende soziale Prozesse des sozialen Lernens und der Reproduktion fördert oder hindert, organisiert oder desorganisiert (Forester 1983, S. 165).

Den Beitrag der kritischen Theorie von Habermas für die Planung sieht Forester in der Möglichkeit, eine pragmatische Strategie mit politischer Vision zu verbinden, um damit wirkliche Alternativen zu eröffnen, falsche Erwartungen zu korrigieren, Zynismus entgegenzutreten, Reflektion zu befördern und politische Verantwortlichkeit, Engagement und Aktion zu verbreiten (Forester 1985, S. 221).

2.2 Planung als kooperatives Handeln: Der Planungsansatz von Klaus Selle

Der theoretische Planungsansatz von Klaus Selle kristallisierte sich seit Beginn der neunziger Jahre in verschiedenen Aufsätzen heraus, die in planerischen Fachzeitschriften und Sammelbänden zu gegenwärtigen Fragen der räumlichen Planung erschienen sind.[3] Umfassend dargestellt ist sein Ansatz in seinem 1994 erschienenen Werkbuch "Was ist nur mit der Planung los? Erkundungen auf dem Weg zum kooperativen Handeln".

---

[3] Insbesondere zu nennen sind die Aufsätze: "Planung im Wandel" (1991), "Versuch über Planungskultur" (1993a) und "Kooperative Problemlösungen. Beispiele und Bausteine" (1993b).

Dabei greift er auf frühere theoretische Aufsätze zurück und erweitert sie um zusätzliche Überlegungen. Empirisch bezieht er sich auf Untersuchungen, die zum großen Teil ebenfalls bereits früher veröffentlicht wurden. Die Darstellung seines Ansatzes an dieser Stelle ist deshalb weitestgehend diesem Werk entnommen.

Selle entwickelt seinen Ansatz induktiv aus der Beschreibung der Planungspraxis heraus: Er greift weder auf eine bereits bestehende Gesellschafts- oder Planungstheorie zurück noch entwickelt er ein geschlossenes Theoriegebäude. Sein Ansatz besteht ihm zufolge eher aus

> "Beobachtungen am Rande - an jenen Rändern der Praxis (und der ihr nacheilenden Theorie), an denen Innovationen notwendig wurden" (Selle 1994, S. VII).

Diese Beobachtungen ergaben sich für Selle durch Erfahrungen aus der Planungspraxis bzw. durch empirische Untersuchungen in verschiedensten Feldern der Planung. Sie reichen von der städtischen Quartiersentwicklung und Stadterneuerung über die Wohn- und Freiraumpolitik bis hin zur Stadt- und Regionalentwicklung. Dabei liegt sein Schwerpunkt nicht auf den jeweiligen Gegenstandsbereichen der Planung, sondern auf den Planungsprozessen, den Akteuren und ihren Arbeits- und Organisationsformen (vgl. a.a.O.). Aus den Beobachtungen der Planungspraxis, die im Werkbuch umfassend dargestellt sind, filtert Selle sozusagen die ihnen gemeinsamen Elemente der Neuerungen heraus und beschreibt sie im eigentlichen planungstheoretischen Kapitel des Buches unter dem zentralen Stichwort "Kooperativ Handeln", das seinen Ansatz auf den Punkt bringt.

Nun ist die Fragestellung der vorliegenden Arbeit nicht auf generelle aktuelle Veränderungen der Planungspraxis gerichtet, sondern auf die Möglichkeit einer Demokratisierung der Planung vor dem Hintergrund aktueller gesellschaftlicher Entwicklungen. Der Beitrag Selles zu dieser Fragestellung liegt darin, daß er die Veränderungen nicht lediglich beschreibt, sondern aus ihrer Beschreibung heraus Normen für eine Planungspraxis entwickelt, die auf eine Demokratisierung der Planung im Rahmen der aktuellen planerischen (und gesellschaftlichen) Situation zielen. In dieser Hinsicht sind jene Teile von Selles Ansatz von Bedeutung, in denen er die Veränderungen in der Planung in Bezug zu allgemeinen gesellschaftlichen Prozessen setzt, und jene Teile, in denen er Normen und Standards für die Planungspraxis entwickelt. Zusätzlich dazu sollen im Hinblick auf den

empirischen Bezugspunkt der vorliegenden Arbeit (vgl. Kapitel 6) auf die von Selle beschriebene Anwendungsmöglichkeit seines Ansatzes auf Planung und lokale Politik in benachteiligten Stadtquartieren eingegangen werden.

Aktuelle Veränderungen im Planungsverständnis in der Darstellung Klaus Selles

Die Ausgangsthese Selles besagt, daß Planung insgesamt in Veränderung begriffen ist, daß sich Aktions- und Organisationsformen der Planung in ihren verschiedensten Handlungsfeldern in vergleichbarer Weise verändern (Selle 1994, S. VI). Dabei bewegen sich die Veränderungen nicht im Rahmen der Weiterentwicklung des bestehenden planerischen Handwerkszeugs, sondern in Rahmen der Entstehung neuer Handlungs- und Organisationsformen, die die bisherigen ergänzen.

Selle unterscheidet zwei verschiedene Entwicklungen, die sich neben der, sich kaum verändernden, Planungsroutine vollziehen: Die erste liegt in einer Deregulierung der Planung im Sinne eines gesetzlich sanktionierten Abbaus und damit in einer Reduzierung des "öffentlichen Auftrags zur Mitwirkung an der räumlichen Entwicklung" (a.a.O., S. 6 und S. 59). Die zweite Entwicklung hingegen besteht aus der - vor dem Hintergrund der Entstehung neuer Aufgaben heraus erfolgenden - Herausbildung neuer Arbeits- und Organisationsformen hin zum kooperativen Handeln, wobei der "öffentliche Auftrag" beibehalten wird.

Selle stellt lediglich die letztgenannten Veränderungen der Planung ausführlich dar. Sie können seiner Ansicht nach zunächst weder positiv noch negativ klassifiziert werden, sondern entstehen in ambivalenten Zusammenhängen.

Diese Veränderungen setzt Selle in den Zusammenhang mit

- Erfahrungen, die aus der jüngeren Planungsgeschichte gezogen werden können; dabei sind vor allem Erfahrungen aus dem Konzept der globalen Entwicklungsplanung der siebziger Jahre gemeint, das den Anspruch hatte, die Planungs- und Steuerungsprobleme der Gesellschaft umfassend zu bewältigen: sozusagen - hier zitiert Selle Walter Siebel - dem "Gott-Vater-Modell" der Planung (a.a.O., S. 16). Dieses Planungsmodell scheiterte an irrationalen Voraussetzungen (vollständige Information, Umsetzungskontrolle usw.), negativen Begleiter-

scheinungen (etwa Flächensanierungen oder Großsiedlungen) und öffentlichen Widerständen. Der darauf als Folge entstandene Planungspessimismus führte zunächst zu "Dekrementalismus", der Deregulierung und Entstaatlichung der Planung. In der aktuellen Phase finde eine "Normalisierung" statt: Sie führe zur realistischen Einschätzung der planerischen Fähigkeiten und zur Entwicklung marktangepaßter und kooperativer, anstelle direktiver, Instrumente und Handlungsweisen (Kommodifizierung) sowie zum Verzicht auf flächenumfassende Planung durch Planung in einzelnen Projekten (vgl. a.a.O., S.57 ff.);

- der Veränderung von Aufgaben für die Planung im Rahmen gesellschaftlicher Entwicklungen; als gesellschaftliche Entwicklungen nennt er - lediglich schlagwortartig - Individualisierung und Fragmentierung der Gesellschaft und die "'Erschöpfung' der bisherigen Mittel zur Problemlösung" (a.a.O., S. 18). Im Rahmen der gesellschaftlichen Entwicklungen liegen nach Selle (übernommen von Thomas Sieverts) die planerischen Hauptaufgaben der Zukunft in der Bewältigung des Verhältnisses von sich ausdifferenzierenden Lebensstilen "zur kollektiven Identität der Stadt", in der Entschärfung der zunehmenden sozialen Probleme, wie Segregation, Wohnungsnot etc., und im Einfügen der Stadt in die Naturkreisläufe (a.a.O., S. 17). Diese Aufgaben seien mit herkömmlichen Instrumenten nicht zu lösen. Beispielsweise erfordere ein ökologischer Stadtumbau die Veränderung von komplexen Verhaltensmustern der BürgerInnen:

  > "Die Aufgabe lautet: aktivieren, Eigenaktivitäten zulassen und fördern, Einstellungen und Verhalten verändern, endogene Potentiale mobilisieren - all dies Tätigkeiten, die nicht zum traditionellen Planungsverständnis gehören" (a.a.O., S. 20).

So sind die klassischen planerischen Instrumente wie Pläne und Satzungen nicht geeignet, Eigeninitiative und Akzeptanz zu erzeugen, Aufmerksamkeit für soziale und ökologische Ziele zu erreichen oder um Konflikte zu lösen. Die herkömmlichen Beteiligungsverfahren "fördern keinen Dialog, ermöglichen keine Lernprozesse und sind zu langsam" (a.a.O., S. 22). Damit steht sich Planung in ihren "formalisierten Verfahren heute selbst im Wege" (a.a.O., S. 23). Eine Weiterentwicklung des traditionellen Instrumentariums sei deshalb nicht sinnvoll: Vielmehr

müßten Instrumente entwickelt werden, die den neuen Aufgaben gerecht würden;

- Veränderungen im Bild des Staates als Ort der räumlichen Planung im Hinblick auf seine Gestaltungsmacht. Darauf geht Selle umfangreicher ein: Er beschreibt die gegenwärtigen Entwicklungen mit Hilfe des aktuellen politikwissenschaftlichen Diskussionsstandes mit dem Bild der "Entzauberung" des Staates in Bezug auf Souveränitätsidee und Steuerungsanspruch. Diese Entzauberung sei v.a. durch das zunehmende Mißverhältnis von staatlichen Arbeitsweisen und zu bewältigenden Aufgaben sowie generell durch die Grenzen der Steuerbarkeit der immer komplexer werdenden gesellschaftlichen Subsysteme begründet. Der gegenwärtigen Diskussion (Selle zitiert v.a. J.J. Hesse, C. Offe und F. Scharpf) liegt dabei zugrunde, daß der Eingriffsstaat, ähnlich wie das "Gott-Vater-Modell" der Planung, von der irrationalen Voraussetzung der umfassenden Steuerungsmöglichkeit ausgeht. Vor diesem Hintergrund müßten hoheitliche Handlungsformen des Staates durch, für Konsensprozesse offene, Instrumentarien und Verfahrensweisen ersetzt werden, also etwa durch Verhandlungssysteme in nicht-hierarchischen Strukturen: Der Eingriffsstaat müsse zum "kooperativen Staat" werden. Dabei bedeute aber "eine schlichte Deregulierung ... keine Lösung der Probleme" (a.a.O., S. 34). Die Chance der Intervention dürfe nicht aufgegeben werden, um einen Rückfall in ungesteuerte Marktprozesse und damit die Gefahr der systematischen Benachteiligung durchsetzungsschwacher Belange und gesellschaftlicher Gruppen zu vermeiden. Als Ausweg aus dem Dilemma zwischen Regulierung und Deregulierung, Verstaatlichung und Privatisierung müßten innovative institutionelle Formen der Mitbestimmung, Verhandlung und Selbstverwaltung gefunden werden: Sie hätten "das Rahmenwerk für faire und verantwortliche Selbstregulierung" (Claus Offe, zitiert in: a.a.O., S.35) zu bilden und - hier zitiert Selle Habermas (a.a.O., S. 34 f.) - eine "kommunikative Alltagspraxis ... (und, d.Verf.) ein Verfahren der diskursiven Willensbildung" zu ermöglichen.

Aus diesen Entwicklungen ergeben sich bei Selle folgende Folgerungen: Um die veränderten (v.a. sozialen und ökologischen) Aufgaben angemessen bewältigen zu können, sind die herkömmlichen formalisierten, hoheitlichen "Eingriffs"-Instrumente und Verfahrensweisen des Staates alleine nicht mehr geeignet. Gebraucht wird ein neues Bild von Staat und Planung, eine

neue "Verfahrenskultur", in "der regulatives hoheitliches Handeln ... durch Elemente der Kooperation ergänzt" (und nicht etwa ersetzt) wird:

> "Dabei gibt Planung ihre leitende Rolle auf, wird ein Akteur unter anderen ..." (a.a.O., S. 46).

Grundlagen des Planungsverständnisses

Bei der Entwicklung seines Planungskonzeptes ist der planungstheoretische Bezugspunkt Selles der, in den 50er Jahren von David Baybrooke und Charles E. Lindblom entwickelte, Inkrementalismus, der die "Sozialtechnik der kleinen Schritte" von Karl R. Popper zum Vorbild hat: Dabei wird auf ein umfassendes Idealbild einer Gesellschaftsordnung verzichtet, utopische Konzepte als totalitär bezeichnet. Als Aufgabe der Politik (und Planung) wird ein "muddling through", die schrittweise Bearbeitung der jeweils dringlichsten Probleme angesehen. Dabei hat, bei einer Fragmentierung der Entscheidungsprozesse, die Auseinandersetzung mit Teilproblemen Vorrang gegenüber übergeordneten Zusammenhängen. Am Inkrementalismus wurde v.a. das Fehlen jeglicher normativer Orientierung (und damit die Dominanz unpolitischen Interessensmanagements), das Wegdefinieren des Problems der Macht und die systemstabilisierende Wirkung durch den Verzicht auf das Ziel der Veränderung der gesamtgesellschaftlichen Verhältnisse kritisiert. Dagegen wendet Selle ein, daß in der gegenwärtigen Situation weitreichende Veränderungen notwendig sind, ohne daß "große Lösungen" zur Verfügung stehen. Vor diesem Hintergrund sei eine Strategie der Veränderung in kleinen Schritten die beste aller möglichen praxisnahen Planungsmethoden. Er widerspricht auch dem Einwand, daß Inkrementalismus grundsätzlich Perspektivlosigkeit bedeute: Es fehle lediglich eine übergeordnete und vorgegebene Perspektive (a.a.O., S. 47 ff.).

Selle spitzte in früheren Aufsätzen Veränderungen im Planungsverständnis auf den Begriff der "neuen Planungskultur" zu, die im wesentlichen durch Merkmale wie Wertorientierung (statt Zielorientierung), Gleichzeitigkeit (von Konzept- und Projektentwicklung), Fehlerfreundlichkeit, Örtlichkeit (Ausrichtung auf endogene Potentiale), Überschreitung von Ressortgrenzen, Offenheit und Kooperation definiert ist (vgl. Selle 1993a, S. 198 ff. und 1993b, S. 281 ff.). Im "Werkbuch" hingegen wird der Begriff des "kooperativen Handelns", in dem die Merkmale der "neuen Planungskultur" enthalten sind, zum zentralen Begriff seines Verständnisses einer veränderten Planungskultur: Grundelemente der empirisch zu beobachtenden

Veränderungen im Planungsverständnis liegen nach Selle in der Zunahme kooperativer Arbeitsweisen, in einer Veränderung des planerischen Rollenverständnisses und in der Verbindung von Planen und Handeln. Diese Veränderungen können, so Selle, durch die Begriffe "Kooperation" und "Projekt" bezeichnet werden, wobei Kooperation der übergreifende Begriff ist (Selle 1994, S. 61).

Merkmale der Planung als kooperatives Handeln

Im Hinblick auf beteiligte AkteurInnen, auf den Ort der Handlung und auf die Handlungsverläufe entwickelt Klaus Selle ein spezifisches Verständnis von Planung als kooperativem Handeln:

Bezüglich des Akteursverständnisses sah das frühere "Weltbild" der Planung nur PlanerInnen und AddressatInnen der Planung vor. Dieses Verständnis veränderte sich nach Selle durch die Einsicht in die Tatsache, daß Marktkräfte (Wirtschaftsbetriebe) und AkteurInnen aus der zivilen Gesellschaft (etwa bei Quartiersentwicklung oder Sanierung) als "selbstaktive Felder" ebenso wie staatliche Planung räumliche Entwicklung gestalten. Damit entwickelte sich das Akteursverständnis zur tripolaren Vorstellung: Die "Akteurswelt", innerhalb derer sich Planung bewegt, besteht dabei aus den drei "selbstaktiven Feldern" 'Staat' - 'Markt' - 'Gesellschaft', wobei letztere als die Summe privater Haushalte, Initiativen, Vereine etc. verstanden wird. Diese "selbstaktiven Felder" bearbeiten jeweils mit eigenen, sehr unterschiedlichen, Werten, Zielen, Mitteln und Organisationsstrukturen planungsrelevante Aufgaben (vgl. dazu v.a. Selle 1991, S. 34).

Mit Kooperation im Sinne seines Planungsverständnisses meint Selle nun das Zusammenwirken von selbständigen "Akteuren aus verschiedenen Welten" (Selle 1994, S. 65), also von AkteurInnen aus den drei "selbstaktiven Feldern". Der Ort der Kooperation ist damit die "Welt", die zwischen Markt, Staat und privaten Haushalten gelegen ist. In diesem sogenannten "intermediären Bereich" sind die

> "unterschiedlichen Werte, Handlungsweisen und Organisationsprinzipien der sie umgebenden Sphären zusammengeführt" (a.a.O., S. 66).

Beispiele für solche Kooperationen sind etwa 'Public-Private-Partnerships', lokale Partnerschaften oder Stadtforen. Als "Brücken-Instanzen" oder

"Bypass-Organisationen", die "zwischen den verschiedenen Welten Verbindungen herstellen" (a.a.O., S. 68) und planerische Aufgaben übernehmen, entstehen häufig sog. "intermediäre Organisationen": Sie bringen verschiedene "Sphären" (Unternehmen, Initiativen, Bürokratien), verschiedene "Sachbereiche" (etwa Wohnungs-, Sozial- und Umweltpolitik) und "Handlungsebenen (Konzeptentwicklung und Projektrealisierung) miteinander in Verbindung" (a.a.O., S. 316). Beispiele dafür sind etwa alternative Sanierungsträger, Dienstleistungsgenossenschaften oder Stadt- bzw. Regionalentwicklungsgesellschaften (bsp. die GrünGürtel-GmbH Frankfurt, vgl. Kapitel 6.1.2): Solche Organisationen bilden sich heraus, da einerseits durch Deregulierung staatlicher Aufgaben Handlungsdruck entsteht und andererseits neue komplexe Planungsaufgaben (vgl. oben), etwa die Mobilisierung endogener Potentiale, die Verwaltungen überfordern. Zudem verlangt die Vermittlung und Kommunikation zwischen den Welten häufig "unabhängige", in bisherigen Konflikten (etwa zwischen Verwaltung und BewohnerInnen) unbelastete VermittlerInnen und ModeratorInnen (a.a.O., S. 122 ff.).

Neben Akteursverständnis und 'Ort' der Handlung bezieht sich ein weiteres Charakteristikum der Kooperation auf die Handlungsverläufe kooperativer planerischer Handlungen: Sie werden von Selle als "Dialoge in offenen Prozessen" auf den Punkt gebracht. Dabei ist der Dialog, als kommunikatives Prinzip von Kooperationen, die Form der "gleichzeitigen Kommunikation aller Beteiligten" (a.a.O., S. 70): Dabei werden (etwa in Runden Tischen mit der Beteiligung aller relevanten AkteurInnen), durch die Vermittlung der Problemsicht Einzelner an alle AkteurInnen, Planungsproblematiken und Lösungen komplexer und differenzierter wahrnehmbar. So können Selle zufolge Lernprozesse ermöglicht und Blockaden sowie Konflikte entschärft werden. Damit treten

> "an die Stelle segmentierter und monologischer Entscheidungsverläufe ... pragmatische, auf Problemzusammenhänge gerichtete, dialogische Prozesse" (a.a.O., S. 70).

Ein weiteres Hauptmerkmal kooperativen Handelns ist die "Prozeduralisierung", das heißt die Herauslösung des Entscheidungsprozesses aus dem politisch-administrativen Bereich und seine Verlagerung in den intermediären Bereich. Weiterhin sind Kooperationsprozesse im Selleschen Verständnis in Ziel, Bearbeitungsform (die von allen KooperandInnen gemeinsam zu entwickeln ist) und Zugänglichkeit, also Beteiligung, offen.

Offenheit der Zugänglichkeit bedeutet faktisch allerdings nur eine selektive "Öffnung für den Kreis kooperationsrelevanter Akteure" (a.a.O., S. 80).

Die Ergebnisfindung innerhalb Kooperationen verläuft in Aushandlungsprozessen in offenen und geregelten "Verfahren der Konfliktbenennung und -bewältigung": Grundsätzliches Ziel solcher Verfahren ist die Erzeugung "konsensfähiger Lösungen" (a.a.O., S. 73). Die Führung der Kooperationsprozesse haben "neutrale Dritte" inne, wobei Moderation die "Führungsmethode" ist: Sie hat lediglich die Initiierung und Stabilisierung der Kommunikationsprozesse (und nicht etwa eine schiedsrichterliche Entscheidung) zur Aufgabe.

Weiterhin findet Kooperation in einer Vielfalt von Formen statt, die von Erfahrungsaustauschen über gemeinsame Handlungsstrategien bis zu gemeinsamen Trägerschaften von Projekten und Institutionen reichen kann. Diese verschiedenen Formen weisen jeweils unterschiedliche Grade der Formalisierung, Flexibilität, Offenheit usw. auf (a.a.O., S.77). Vergleiche zu diesen Merkmalen Abbildung 2-3.

Dimension	Merkmale	Gegenpol
1. Struktur	nicht-hierarchisch: Heterarchie, Netzwerk	hierarchisch
2. Beziehung	tauschförmig, auf Verhandlungen basierend, dialogisch	direktiv, monologisch
3. Form	vielfältig (vom Erfahrungsaustausch bis zur PPP)	eindeutig, vorgeschriebene Formen und Verfahren
4. Ortsbezug	vom Ort ausgehend, auf endogene Potentiale gerichtet	ortsunspezifisch, generalisiert
5. Ergebnisorientierung	handlungs-/projektorientiert	auf die Erstellung eines Planes ausgerichtet
6. Aufgabenverständnis	pragmatisch-integrativ (Alltagsbezug)	technokratisch-segmentiert
7. Zielbezug	offen, multivalider Prozeß	definiertes Ziel
8. Akteursbezug	teiloffen (selektive Einbeziehung)	abgeschottet (DeAD)
9. Kommunikationsprozeß	auf gemeinsame Erörterung ausgerichtet (Runder Tisch)	Folge von Abstimmungsschritten (Korridor)
10. Entscheidungsprozeß	konsensorientiert	einseitige Entscheidung
11. Planungs-, Handlungsverlauf	parallel, gleichzeitig	unilinear
12. Zeit (Veränderbarkeit)	dynamisch, instabil	stabil, dauerhaft, unflexibel

Abb. 2-3: "Merkmale der Kooperation - Übersicht" (Quelle: Selle 1994, S. 80)

Kooperation und Demokratisierung: Wertorientierung und Standards der Verfahren

Selle setzt seinen Begriff der Kooperation in Gegensatz zur traditionellen BürgerInnenbeteiligung, die er als etwas qualitativ Anderes versteht: Die BürgerInnenbeteiligung unterstellt - auch in ihrer zweiten Generation der aufsuchenden und aktivierenden Beteiligung - einen "zentralen Entscheidungsprozeß innerhalb des politisch-administrativen Systems", an dem Dritte lediglich teilhaben. Demgegenüber wird dieser Entscheidungsprozeß in der Kooperation "nach außen verlagert - zwischen Akteure aus den Sphären von Markt, Staat und privaten Haushalten" (a.a.O., S. 83). Dafür ist für Selle der Runde Tisch beispielhaft.

Dies erzeugt aber im Hinblick auf die Demokratisierung der Planung nicht nur Fort-, sondern auch Rückschritte. Kooperation sei in dieser Hinsicht "mitnichten" bereits per se positiv:

- Das Hauptproblem ist nach Selle die "soziale Selektivität" der Beteiligung an Kooperationsverfahren, also die Frage, wer bzw. welche Gruppen an ihnen teilnehmen und wer/welche nicht. Da Kooperationsverfahren um so zielstrebiger arbeiten können, je geringer die Zahl der Beteiligten ist, besteht die Gefahr, daß systematisch nur AkteurInnen berücksichtigt werden, die für die Umsetzung eines Vorhabens strategisch wichtig, also finanziell oder politisch mächtig sind: Insbesondere für Gruppen, die ihre Interessen nicht artikulieren, besteht die Gefahr, systematisch ausgeblendet zu werden.
- Unter den Stichworten "Neo-Korporatismus" und "organisierte Verantwortungslosigkeit" (a.a.O., S. 98) benennt Selle das Problem, daß sich, außerhalb politischer Legitimation und Kontrollmöglichkeit durch demokratisch gewählte Gremien, Kooperationsstrukturen verfestigen und intransparent werden.
- Weitere Probleme sind inhaltlicher Natur:

  > "Projektziele, die über die Leistungsfähigkeit und (vermeintliche) Konsensbereitschaft der Kooperanden hinausreichen, sind in der Gefahr, überhaupt nicht erst formuliert zu werden" (Selle 1993a, S. 200).

  Gerade Themen, die auf hohem Konfliktniveau liegen, laufen Gefahr, nicht bearbeitet zu werden. Projekte drohen damit zu Vorzeige- und Alibiprojekten zu werden.

Zu diesen Hauptproblemen ist zunächst festzustellen, daß überall dort traditionelle Verfahren bestehen bleiben sollten, wo sie weiterhin als sinnvoll anzusehen sind. Für die neuen Kooperationsverfahren aber müssen nach Selle "Standards" formuliert werden, die auf der Ebene der Werte liegen und die Veränderungen auf der Handlungs- und Organisationsebene begleiten: Ohne Wertorientierung, ohne ethische Dimension, werde Planung zum reinen Interessensmanagement. Grundsätzlich müssen Arbeits- und Organisationsformen deshalb folgende Anforderungen erfüllen:

- Sie müssen durch Transparenz, Beteiligungsoffenheit und das Erreichen aller relevanten AkteurInnen zu einer demokratischen Entwicklung beitragen.
- Sie müssen zur Entwicklung von Innovationen v.a. in jenen "gesellschaftlichen Bereichen beitragen, in denen sie benötigt werden" (a.a.O., S. 103).

Normative Zusätze zu den genannten Kriterien der Kooperation müssen damit im Rahmen einer klaren Wertorientierung vor allem in der Unterstützung schwacher Gruppen (beispielsweise durch Anwaltsplanung) liegen.

Abb. 2-4 zeigt die Voraussetzungen, die vor diesem Hintergrund bei einer Kooperation erfüllt sein müssen.

Das entscheidende Grundprinzip der normativen Standards von Kooperationsverfahren, der Grundsatz jeder Kooperation, soll der "faire Prozeß" sein:

> "Dieses "Prinzip des fairen Prozesses hat das Prinzip der gleichlangen Spieße zur Voraussetzung: Es bedeutet dies, daß allen Betroffenen die Beteiligung möglich ist, daß sie gleichen Zugang zu Informationen und gleiche Verhandlungsmacht haben und daß - wo dies noch nicht gegeben ist - bei allen die gleiche argumentative Fähigkeit und die gleiche kommunikative Kompetenz aufgebaut werden kann" (a.a.O., S.105).

Voraussetzung	Fragen
Information und Transparenz	▲ Ist der Gegenstand, über den zu diskutieren sein soll, klar? ▲ Werden die daran geknüpften Absichten und Interessen der verschiedenen Beteiligten offengelegt? ▲ Sind Handlungs- und Entscheidungsspielräume für die Entwicklung von Konzept und Projekten bekannt? ▲ Sind Informationen über Ziele, Konzepte, Folgen, Handlungsspielräume usw. grundsätzlich allen Beteiligten gleichermaßen zugänglich? ▲ Werden komplexe Sachverhalte, Spezialwissen usw. in verständlicher Form dargestellt ? (Man muß ggf. „Advokaten" oder „ Dolmetscher" für einzelne Beteiligtengruppen anbieten.) ▲ Ist der Entscheidungs- und Aushandlungsprozeß transparent, der Verfahrensstand für alle Beteiligten deutlich?
Lasten und Nutzen	▲ Sind Vor- und Nachteile, Lasten und Nutzen bekannt? ▲ Treten Lasten und Nutzen zeitlich oder räumlich in einem erkennbaren Zusammenhang auf, sind sie sozial ausgewogen verteilt? ▲ Ergibt sich aus der Sicht der Beteiligten eine positive Bilanz? ▲ Bietet die Kooperation ausreichend Anreize, einvernehmliche Lösungen zu finden?
Glaubwürdigkeit und Vertrauen	▲ Herrscht zwischen allen Beteiligten ein gewisses „Grundvertrauen" ? (Das ist am ehesten durch klaren Nutzen des Konzepts und Transparenz des Verfahrens zu sichern.)
Teilhabe und Einfluß	▲ Teilhabe an Informationen allein reicht nicht; es ist auch Teilhabe an Entscheidung notwendig. Das heißt: Sind die kooperativen Handlungsformen mit einem Minimum an Entscheidungsmacht ausgestattet?

Abb. 2-4: "Voraussetzungen der Kooperation: 4 x 2 Stichworte" (Quelle: Selle 1994, S. 102)

Dazu gehört die Bearbeitung der Frage, wie ungleiche ökonomische und politische Macht "ausgeglichen oder kompensiert werden kann" (a.a.O., S. 106).

Selle geht auch auf die Rollen ein, die PlanerInnen vor dem Hintergrund dieses Planungsverständnisses künftig einnehmen: Hauptsächlich wächst ihnen die Rolle des Vermittelns zwischen den Sphären und damit der "Moderation" zu. Vor dem Hintergrund der Wertorientierung der Planung kann neutrale Vermittlung aber nicht alles sein: PlanerInnen sind auch AnwältInnen, indem sie für die entsprechenden Werte Bewußtsein schaffen und mobilisieren, also soziale Prozesse gestalten und benachteiligte Gruppen und Interessen unterstützen. Dafür sind, neben sozialer Kompetenz, die Kenntnisse der entsprechenden Orte der Handlung in ihrer physischen, sozialen und kulturellen Dimension entscheidend. Damit sind PlanerInnen unter anderem nach wie vor ExpertInnen. Als Wahrnehmende,

Bewertende und Handelnde in ihrer gesellschaftlichen Stellung sind sie darüber hinaus grundsätzlich als beteiligte Gruppenmitglieder anzusehen (vgl. a.a.O., S. 281 ff.).

Generell könne es für PlanerInnen nicht mehr darum gehen, "richtige" Lösungen zu finden, sondern darum, sich für eine „politische Kultur der argumentativen Verständigung über echte Alternativen" (D. Keller, zitiert in: Selle 1994, S. 290) einzusetzen.

Ein Anwendungsbeispiel: Planung und lokale Politik in benachteiligten Quartieren

Die Beschreibung von "Anwendungen" der bislang geschilderten Überlegungen in den verschiedensten Planungsfeldern ist ein wesentlicher Bestandteil des Ansatzes von Selle. Da der empirische Bezugspunkt der vorliegenden Arbeit in zwei "benachteiligten" Stadtquartieren liegt, sollen hier die Überlegungen Selles für diese Planungsebene beispielhaft für die "Anwendungen" geschildert werden:

Benachteiligte Stadtquartiere sind nach Selle dadurch geprägt, daß Desinvestition (städtebaulich, versorgungsbezogen und kulturell), Dequalifikation (durch Ausgrenzung vom Arbeitsmarkt) sowie soziale Destabilisierung ineinandergreifen und, damit zusammenhängend, das "soziale" und "kulturelle Kapital" (Bourdieu) der BewohnerInnen erodiert: Im Rahmen des aktuellen Trends der Polarisierung der gesellschaftlichen Strukturen (und damit der Zunahme des armen und ausgegrenzten Bevölkerungsanteils sowie der Obdachlosigkeit) und des Verlusts der Perspektive einer "Problemlösung durch Wachstum" (a.a.O., S. 131) (und damit einer abnehmenden "Chance der Reintegration") verschärft sich die Problematik der sozialräumlichen Segregation und damit benachteiligter Stadtquartiere: Nach Selle ist zur Gegensteuerung dieser Entwicklungen eine neue Politik gegen Benachteiligung erforderlich. Sie soll eine Politik sein, die "integrativ, kooperativ und aktivierend" ist.

Aus dem Vergleich von Beispielen "lokaler Politik gegen die Benachteiligung" in vier europäischen Ländern entwickelt er Maßstäbe zu einer solchen Politik: Den miteinander verbundenen Problemstellungen kann nach Selle nur durch "ganzheitliche" Handlungsansätze begegnet werden, die "viele Aspekte der alltäglichen Lebenswelt" (a.a.O., S. 153) berücksichtigen. Dabei müssen bislang nach Dienststellen getrennte Politiken, also Bau-, Wirtschafts-, Arbeitsmarkt-, Beschäftigungs-, Kultur-,

und Sozialpolitik (a.a.O., S. 132) miteinander verbunden werden. Eine solche Politik muß an den Ursachen der Benachteiligung ansetzen: Sie hat damit die Aufgaben, Quartiere ökonomisch zu revitalisieren, Arbeitsplätze zu schaffen und sozialverträgliche Stadterneuerungsmaßnahmen zu ergreifen. Zentral für soziale Erneuerung der entsprechenden Quartiere ist aber die Aktivierung desorganisierter und artikulationsschwacher Bevölkerungsteile zur Beteiligung bei "Planung und Gestaltung öffentlicher Maßnahmen" und die Aktivierung von "Empfängern staatlicher Leistungen" (also v.a. Langzeitarbeitsloser) durch Anregung zur Selbsthilfe oder zur "Mit- oder Selbstverwaltung" (a.a.O., S. 146). Dafür ist der Aufbau neuer Kooperationsformen notwendig: innerhalb der Verwaltung quer zu vorhandenen Strukturen, außerhalb der Verwaltung durch die Inszenierung lokaler Partnerschaften als nicht-hierarchische Netzwerke, die in offenen Prozessen kooperieren.

Wichtige Bestandteile der Kooperation auf politischer Ebene sind förmliche Beschlüsse für eine Politik gegen Benachteiligung. Auf der Ebene der "Quartiersarbeit" geht es um das Entwickeln unterschiedlicher Kooperationsformen: Sie bestehen aus formellen und informellen Arbeitsformen wie "Runde Tische, Sanierungs- und Koordinationsausschüsse, Beiräte, Quartiersforen und Stadtteilkonferenzen" (a.a.O., S. 157). Ihre Aufgaben sind unter anderen die Erarbeitung gemeinsamer Ziele und Leitbilder, der Aufbau von Stützpunkten im Stadtteil (Stadtteilbüro) oder eine begleitende Dokumentation zur Sicherung und Kontrolle von Qualitäten. Es soll also ein Nebeneinander unterschiedlicher Organisationsstrukturen und Handlungsweisen bestehen, die "dynamisch zueinander vermittelt werden" (a.a.O., S. 153).

Gefahren und Ambivalenzen solcher Ansätze lokaler Partnerschaften liegen nach Selle v.a. darin, daß sie als "end of pipe" an die eigentlichen Problemursachen nicht heranreichen. Im Extremfall könnten sie als "Reparaturbetriebe" zur schlichten Befriedung benachteiligter Quartiere dienen. BewohnerInnenengagement könnte zur "selbstverwalteten Benachteiligung" werden, wenn Anregung zur Selbsthilfe mit dem Abbau sozialstaatlicher Leistungen verbunden werden (a.a.O., S. 151 f.).

Grundsätzlich liegen neben politischen und administrativen Blockaden Probleme der Kooperation etwa in unüberbrückbaren Interessensgegensätzen bei einer ungleichen Gewichtigkeit der KooperationspartnerInnen oder im

Zeitdruck, der sinnvolle Organisationsentwicklung der BewohnerInnen nicht zuläßt.

2.3 Unterschiede und Gemeinsamkeiten: Ein erster Vergleich beider Ansätze

Anhand der Beschreibung der beiden Planungstheorien aus der Perspektive ihrer Autoren lassen sich, sowohl in Ausgangspunkt und Vorgehen bei ihrer Entwicklung als auch in ihren Inhalten, Unterschiede und Gemeinsamkeiten herausarbeiten. Die Analyse von Unterschieden und Gemeinsamkeiten beider Ansätze aus den Perspektiven der Planungspraxis bzw. der sozialtheoretischen Grundlagen erfolgt in den Kapiteln 6 und 7.

Der augenfälligste Unterschied beider Ansätze wurde bereits angesprochen: Während Forester seine Theorie durch deduktives Vorgehen entwickelt, geht Selle induktiv vor: Forester überträgt eine vorhandene Gesellschaftstheorie auf die Planung und gewinnt aus ihr erstens die Erklärung des Wesens der Planung als kommunikativer Handlung, zweitens Instrumente für die Analyse sowohl der strukturellen Einbindung der Planung als auch planerischer Handlungen und drittens Normen für eine demokratische Planungspraxis. Damit ist seine Theorie gewissermaßen eine umfassende Anwendung der kritischen Theorie von Jürgen Habermas in der räumlichen Planung.

Ganz anders Selle: Er geht sozusagen zeitdiagnostisch vor. Er beschreibt zum einen von ihm selbst empirisch untersuchte Veränderungen im Planungsverständnis sowie der Planungspraxis und zum anderen aktuelle Planungsansätze anderer PlanungstheoretikerInnen im deutschen Sprachraum und versucht, die dabei "entdeckten" Entwicklungen auf einen Nenner zu bringen. Die Entwicklungen in der Planung bringt er in Bezug zu Veränderungen im Staatsverständnis und zu Veränderungen von Aufgaben, die aufgrund gesellschaftlicher Entwicklungen an die Planung gestellt werden. Dabei bedient er sich der Zeitdiagnose verschiedener sozialwissenschaftlicher AutorInnen. Durch seine Beschreibung der Veränderungen des Planungsverständnisses "entdeckt" Selle den Inkrementalismus als das diesen Veränderungen zugrundeliegende Planungsmodell und als planungstheoretischen Bezugspunkt seines Planungsansatzes: Dies wird aber eher am Rande in einem Exkurs beschrieben und spielt bei der Entwicklung seiner Normen lediglich insofern eine Rolle, als für Selle keine "großen Lösungen", sondern "vorläufig" nur "pragmatische Hilfsformeln wie: 'so sozial und

ökologisch wie möglich'" (1994, S. 54) als Wertorientierungen existieren können. Damit sind die Normen, die Selle im Rahmen seines Planungsansatzes entwickelt, nicht philosophisch oder sozialtheoretisch fundiert (wie bei Forester), sondern pragmatisch und scheinbar intuitiv formuliert bzw. gesetzt.

Vor diesem Hintergrund sind beide Ansätze nur auf ihrer jeweiligen Grundlage zu verstehen: bei Forester auf der Grundlage der Theorie von Jürgen Habermas, bei Selle auf der Grundlage seines Begriffes vom Wandel in Planungs- und Staatsverständnis bzw. der gesellschaftlichen Voraussetzungen der Planung.

Aus diesen unterschiedlichen Ausgangspunkten und Vorgehensweisen beider Autoren bei der Entwicklung ihrer Ansätze ergeben sich weitere Unterschiede:

So ergibt sich aus der Übertragung der Theorie von Habermas als Ziel des Ansatzes von Forester die Entwicklung einer Strategie zur Verwirklichung der politischen Vision einer herrschaftsfreien Kommunikation, die für ihn der Maßstab seiner Kritik an der bestehenden Planungspraxis ist. Bei Selle bleibt eine Vision oder eine "demokratische" politische Motivation entsprechend dem inkrementalistischen Ansatz unformuliert: Es wird klar, daß ein Ziel seines Planungsansatzes zunächst die Anpassung der Wirksamkeit der Planung an veränderte Bedingungen ist. Gleichzeitig wird aber deutlich formuliert, daß Planung für Selle immer eine ethische Dimension hat und ihr eine Wertorientierung im Hinblick auf ihren Beitrag zu einer demokratischen Entwicklung der Gesellschaft zugrundeliegen muß. Dabei bleibt aber der Zusammenhang zwischen beidem ebenso undeutlich, wie bei der Beschreibung der Merkmale der Kooperation nicht klar getrennt werden kann, inwiefern sie empirisch die Realität beschreiben oder aber normativ zu verstehen sind. Und damit bleibt die Frage ungeklärt, welches der Bezugspunkt der Kritik an den existierenden Verhältnissen ist, anhand dessen einerseits die neuen Aufgaben und damit ein neues Verständnis der Planung definiert und andererseits die Normen oder "Wertorientierungen" entwickelt werden: Die Frage nach der letztlichen *normativen* Motivation für Veränderungen des Planungsverständnisses im Rahmen des Ansatzes von Selle wird nicht beantwortet.

Aus der Vorgehensweise beider Autoren ergeben sich auch Folgen für die Schwerpunkte der beiden Ansätze, die wiederum spezifische Schwächen begründen:

Die Schwerpunkte des Ansatzes von Forester liegen in der Entwicklung von Maßstäben und eines Instrumentariums für die Analyse der Planungspraxis vor dem Hintergrund einer demokratischen politischen "Vision" sowie in der Entwicklung von abstrakten Prinzipien für die Organisation der Planung. Anhand des Ansatzes von Forester kann gezeigt werden, daß und inwiefern Planung eine kommunikative Handlung ist und mit Mitteln der Sprachanalyse verstanden werden kann. Zweitens zeigt er, daß und inwiefern Planung - strukturell und handlungsbezogen - Bestandteil der systematisch verzerrten gesellschaftlichen Kommunikationsstrukturen und damit der Ausübung von Macht ist. Die hauptsächliche Bedeutung der Theorie Foresters für die Planungspraxis liegt damit sicherlich in der Bereitstellung gewissermaßen einer reflexiven Grundlage und eines normativen Maßstabes, anhand dessen Planungspraxis als kommunikative Tätigkeit verstanden und kritisiert werden kann. Die daraus sich ergebende Hauptfrage bei ihrer Analyse in vorliegender Arbeit ist damit die Frage, ob diese reflexive Grundlage und dieser normative Maßstab eine geeignete Basis für eine demokratische Planung in der aktuellen Gesellschaftsformation sein können.

Das grundsätzliches Problem des Ansatzes, das aus der Übertragung einer abstrakten Theorie fast zwangsläufig folgt, besteht aus einer gewissen Unterentwicklung konkreter Handlungsanleitungen, Instrumente und Strategien für die Planungspraxis: Die "kommunikativen" Strategien Foresters wurden bereits in der Anwaltsplanung der 60er Jahre entwickelt und enthalten, wie er selbst zugesteht, keine wesentlichen neuen Elemente.

Die Schwerpunkte Selles bestehen in der Entwicklung von konkret anwendbaren Grundsätzen für planerische Instrumente und Verfahren sowie in der Beschreibung der (empirisch beobachteten) Anwendung entsprechender Instrumente und Verfahren in den verschiedenen Feldern der Planungspraxis. Die Planungsstrategien, die er im Rahmen der als kooperativem Handeln verstandenen Planung entwickelt, bedeuten eine Form der kommunikativen Planung, die über herkömmliche kommunikative Strategien hinausgeht. Dies geschieht hauptsächlich dadurch, daß Kooperations- und Entscheidungsprozesse aus dem staatlichen Apparat herausgelöst und in den intermediären Bereich verlagert werden: Während bei Forester Kommunikation im Rahmen der von ihm genannten praktischen Instrumente letztlich auf der Ebene des Dialogs der aufsuchenden und aktivierenden BürgerInnenbeteiligung verbleibt, tritt sie

bei Selle in eine neue Dimension ein, die Dimension der Kooperation. Die Strategien und Verfahrensmerkmale bei Selle sind umfassend und wirken sehr ausgereift: Die Hauptfrage bei der Analyse seines Ansatzes wird sein, ob diese Verfahrensmerkmale und Grundprinzipien in der Planungspraxis wirklich angewandt werden oder werden können und dabei wirklich zu einer Demokratisierung der Planung beitragen.

Die prinzipiellen Hauptprobleme des Ansatzes von Selle scheinen im Fehlen eines normativen Bezugspunktes, in der unzureichenden strukturellen Einbindung der beschriebenen Veränderungen des Planungsverständnisses in eine umfassende Gesellschaftsanalyse und in einer fehlenden Analyse der Rolle der gesellschaftlichen Machtverhältnisse, innerhalb derer Planung agiert, zu liegen (vgl. zur Kritik Kapitel 6 und 7).

Neben diesen wichtigsten Unterschieden der beiden Ansätze gibt es aber wesentliche Gemeinsamkeiten:

Diese liegen hauptsächlich im grundsätzlichen Planungsverständnis: Für beide Autoren ist Planung eine kommunikative Tätigkeit, in der es nicht darum gehen kann, objektiv richtige Lösungen zu finden, sondern darum, sich in fairen diskursiven Verfahren mit dem Ziel der Konsensfindung argumentativ über Lösungswege zu verständigen. Dabei beinhaltet für beide die anwaltliche Unterstützung schwächerer Interessen und Gruppen eine Grundbedingung demokratischer Planung. Die Verfahrensnormen, die beide Autoren für die Planung entwickeln, dienen v.a. dazu, Verzerrungen der Kommunikation zu beheben, auch wenn sich nur Forester dieser Habermasschen Ausdrucksweise bedient. Dies kann etwa am Vergleich der Fragen an die Planungspraxis bzw. der normativen Anforderungen an planerische Organisationsprinzipien im Ansatz Foresters (vgl. 2.1) mit den von Selle formulierten Voraussetzungen der Kooperation (vgl. Abb. 2-4) aufgezeigt werden. Sie stimmen grundsätzlich überein: Die Anforderung Foresters nach der Verständlichkeit einer planerischen Handlung stimmt mit Selles Forderung nach Transparenz und offener Zugänglichkeit der Information überein. Foresters Forderung nach "Aufrichtigkeit" stimmt mit Selles Bedingung der Glaubwürdigkeit der AkteurInnen überein. Foresters Forderung nach der "Richtigkeit" planerischer Handlungen (unter anderem durch die Klärung von Rollen und Kontexten) sowie nach einer partizipatorischen Entscheidungsfindung ist ebenso Bedingung für Selles Kooperation (Teilhabe an Entscheidungen). Und letztlich entspricht die, bei Forester erhobene, Forderung nach der "Wahrheit" gegenüber Falschdarstellung oder

ideologischer Argumentation der Selleschen Bedingung, die Bezüge zwischen einem Planungsgegenstand und den jeweiligen Interessen der einzelnen AkteurInnen klarzustellen bzw. alternative Möglichkeiten aufzuzeigen.

Dabei wird insbesondere in den "Anwendungen" bei Selle deutlich, daß auch er, neben der persönlichen und planerisch-organisatorischen Ebene, die politisch-ökonomische Struktur anspricht, indem er etwa eine umfassende ("ganzheitliche") Politik gegen Benachteiligung fordert. Dies erfolgt bei ihm allerdings nicht systematisch.

Im Zusammenhang mit dem Verständnis der Planung als kommunikativer Handlung ist auch die Ähnlichkeit beider Ansätze im Hinblick auf die verschiedenen "Welten" zu sehen, auf die sich Planung bezieht, beziehungsweise auf die Rollen, die PlanerInnen im Rahmen dieser "Welten" einnehmen:

Bei Forester ist Planung eingebettet in die ExpertInnenwelt der "knowledge-production", sie ist Teil der sozialen Welt der institutionellen und politischen Normen, sie nimmt Bezug auf die subjektive Welt der individuellen Kommunikationspraktiken, und sie ist Bestandteil der politisch-ökonomischen Struktur mit entsprechend ungleich verteilten Ressourcen. Eine Demokratisierung der Planung muß damit auf all diesen Ebenen stattfinden.

Bei Selle beziehen sich die Rollen, die PlanerInnen einnehmen, in ähnlicher Form auf diese "Welten": PlanerInnen sind danach ebenso ExpertInnen, sie sind im Rahmen ihrer Stellung in der Gesellschaft "Gruppenmitglied" (Bezug auf soziale Welt der Normen), und sie nehmen die Rolle von AnwältInnen für schwächere Gruppen und Interessen ein und beziehen sich damit auf die ungleiche Ressourcenverteilung im Rahmen der politisch-ökonomischen Struktur. Die Aufgabe von Planung bzw. der PlanerInnen ist in beiden Ansätzen neben fachlichen Aufgaben hauptsächlich die Organisation von sozialen Prozessen.

Beide Autoren scheinen also zum einen entgegengesetzte Schwerpunkte und, daraus sich ergebend, entgegengesetzte Stärken und Schwächen zu haben. Zum anderen aber scheinen sie sich in ihrem grundsätzlichen Verständnis von demokratischer Planung zu entsprechen: Beide verstehen unter demokratischer Planung Verfahren der argumentativen Verständigung

in fairen, diskursiven Verfahren, durch die nicht "richtige Lösungen" hoheitlich durchgesetzt werden, sondern in denen "herrschaftsfrei" zu rationalen Konsensen gelangt werden soll. Planung ist damit bei beiden vorrangig die kommunikative Organisation von sozialen Prozessen.

Hieraus ergibt sich die Frage, ob nicht beide Ansätze miteinander kombiniert werden könnten, um zu einer Planungstheorie zu gelangen, die - über Forester - sowohl über einen normativen Maßstab der Kritik und über eine demokratische Vision verfügt als auch - über Selle - eine ausgereifte, praxisbezogene Strategie enthält. Dies ist letztlich die Hauptfrage, die in den nächsten fünf Kapiteln immer im Hintergrund steht.

Dabei wird zunächst weit ausgeholt: Das folgende Kapitel soll gewissermaßen die Bedingungen klären, durch die sowohl die intellektuellen Diskurse beider Planungstheorien als auch der Diskurs der vorliegenden Arbeit mit ihrer spezifischen Methodik in einen übergreifenden Diskurs eingeordnet werden können. Die daran anschließenden Kapitel 4 und 5 dienen dann der Darstellung der gesellschaftlichen Formation, auf der die Diskussion einer demokratischen Planung aufbauen muß: Dies erfolgt in Kapitel 4 abstrakt und in Kapitel 5 durch die Darstellung ihrer konkreten sozialräumlichen Ausformung in der Stadt Frankfurt am Main. Dort fanden die Planungsverfahren statt, mit Hilfe derer die Planungstheorien von Forester und Selle mit der gesellschaftlichen Realität und der planerischen Praxis konfrontiert werden sollen: Damit werden beide Theorien in Kapitel 6 wieder aufgenommen und im Hinblick auf obige Grundfrage analysiert.

3 *Begriff und Positionen der Postmoderne*

Auf die Problematik der Vieldeutigkeit und Unschärfe des Begriffes "Postmoderne" wurde bereits in der Einleitung verwiesen. Die Kategorie der "Postmoderne" ist in vorliegender Arbeit in verschiedenen Dimensionen von herausragender Wichtigkeit: Für die Untersuchung sind sowohl die aktuellen gesellschaftlichen Entwicklungen als auch die philosophischen Diskurse, die diese reflektieren, von Bedeutung: Denn zum einen soll die Analyse der Planungsstrategien von Forester und Selle im Hinblick auf ihre praktische Relevanz, also die praktische Umsetzbarkeit des Ziels einer demokratischen Planung, erfolgen. Dazu bedarf es der Kenntnis der aktuellen gesellschaftlichen Formation, die in ihren politisch-ökonomischen und sozialen Strukturen Ausgangspunkt jeder planerischen Tätigkeit ist. Zum anderen sollen die normativen Bezugspunkte der beiden Planungsstrategien im Hinblick auf ihr demokratisches Potential überprüft bzw. weiterentwickelt werden, wodurch die philosophischen Diskurse zu Bedeutung gelangen.

Im Rahmen beider Komplexe wurden aus unterschiedlichen Positionen der Postmoderne Theorien entwickelt. Solche Theorien der Postmoderne stellen auf mehreren Ebenen die Grundlage der vorliegenden Studie dar. Damit muß zunächst geklärt werden, welches Verständnis bzw. welche Positionen der Postmoderne der Untersuchung zugrundeliegen, bzw. auf jeweils welcher analytischen Ebene der Arbeit diese Positionen von Bedeutung sind. Dieser Klärung des Begriffes und der Positionen der Postmoderne in ihrer Bedeutung für die vorliegende Arbeit dient das folgende Kapitel. Dabei können aber die Kapitel 3 bis 5 als in sich verflochtene Teile eines Ganzen verstanden werden: Die im folgenden Kapitel dargestellten intellektuellen Diskurse der Postmoderne sind als reflexiver Bestandteil der postmodernen Gesellschaft zu betrachten, deren sozio-ökonomische Strukturen und kulturelle Praktiken in Kapitel 4 beschrieben werden. Und diese gesellschaftlichen Strukturen werden wiederum in ihrer konkreten lokalen Ausbildung als direkte Grundlage der Planung in Kapitel 5 dargestellt. Das vorliegende Kapitel ist damit als Bindeglied zwischen Gesellschaftsanalyse als "praktischer" Basis der diskutierten Planungsansätze, der Diskussion philosophischer Diskurse für die normative

Grundlegung demokratischer Planung sowie der Methodik der vorliegenden Arbeit bei der Analyse beider Planungsansätze zu verstehen.

3.1 Die Postmoderne: Kulturelle Strömung - historische Epoche?

Zur Entfaltung des Begriffes der Postmoderne kann zunächst auf verschiedene typologische Unterscheidungen der Postmoderne zurückgegriffen werden, die sich zum Teil überschneiden:

Grundsätzlich wird zwischen der Postmoderne als einer kulturellen Strömung und der Postmoderne als historischer Epoche unterschieden (vgl. Jencks 1990, S. 8, Jameson 1986, S. 91 oder Huyssen 1986, S. 30).

Das Verständnis der Postmoderne als historischer Epoche ist allerdings nach wie vor umstritten: So hält etwa Jürgen Habermas die These vom Anbruch der Postmoderne als eine Epoche, die auf die mit der Aufklärung einsetzenden Epoche der Moderne folgt, für unbegründet (vgl. Habermas 1985b, S. 145). Damit erachtet er die Postmoderne aber als etwas anderes, als etwa Frederic Jameson oder David Harvey, die unter postmoderner Epoche ein sozioökonomisches Entwicklungsstadium des Kapitalismus verstehen.

Hier ist zu sehen, daß unterschiedlichen Begriffen von Postmoderne auch eine unterschiedliche Nutzung des Begriffes der Moderne zugrundeliegt. Und dabei existieren wieder unterschiedliche Positionen bei der Frage, ob die Postmoderne eine Ablösung der Moderne als historische Epoche, als ästhetische Strömung oder als philosophisches "Projekt" (vgl. Habermas 1993) darstellt; oder ob die Postmoderne lediglich als eine Fortsetzung der jeweiligen historischen, ästhetischen oder philosophischen Moderne und zugleich als "ihre Transzendenz" (Jencks 1990, S. 12) durch eine Revision der "Pathologien der Moderne" (Habermas) zu verstehen ist; oder ob die Postmoderne ein sozioökonomisches Entwicklungsstadium des Kapitalismus darstellt. Diese unterschiedlichen Sichtweisen drücken sich in den verschiedenen philosophischen Positionen zur bzw. der Postmoderne aus (vgl. unten).

Als unumstritten gilt die Existenz eines "Postmodernismus" als kulturelle Strömung und als ästhetischer Stil. Die aktuelle Postmoderne-Diskussion hat einen kulturellen Ursprung:[1] Postmodernismus entstand ursprünglich in

---

1 Die Genealogie des Begriffs reicht allerdings nach Wolfgang Welsch zurück ins Jahr 1870 (vgl. Welsch 1991, S. 12 ff.).

der Literatur der sechziger Jahre und breitete sich auf andere Künste (wie Malerei, Photographie oder Design) aus. Dabei ist der Postmodernismus vor dem Hintergrund des "Altern(s) der Moderne" (Huyssen 1986, S. 13) zu verstehen: Diese war ursprünglich eine antibürgerliche 'adversary culture', die sich einer Zukunft verschrieben hatte, "an der ein neues Leben, eine alternative Gesellschaft möglich würde" (a.a.O., S. 16). In Affinität zur Ideologie der Modernisierung und des Fortschritts, hatte sie sich aber zunehmend zur "Mainstream-Kultur" des gesellschaftlichen Establishments entwickelt, die vermehrt Funktionen der politischen Repräsentation übernahm (vgl. a.a.O., S. 20).

Vor allem der Glaube der kulturellen Moderne an eine bessere, "alternative" Zukunft erscheint der Postmoderne als naiver Aberglaube. Als kulturelle Strömung entstand sie in den sechziger Jahren in den USA "radikal und kritisch und repräsentativ für die Anschauung einer Minderheit" (Jencks 1990, S. 9). Sie war ein Angriff gegen die "Institution Kunst", eine Ablehnung gegen eine spezifische ästhetische Moderne etwa des abstrakten Expressionismus, der seriellen Musik oder der literarischen klassischen Moderne und bedeutete die Suche nach einem neuen Verhältnis zur Massenkultur etwa durch 'pop art', Beat oder Performance-Kunst. Kulturpolitisch steht sie im Zusammenhang mit dem Entstehen der neuen sozialen Bewegungen als linke Protestbewegungen (vgl. Huyssen/Scherpe 1986b, S. 8, Huyssen 1986, S. 13), die entsprechende kulturelle Formen des Protestes übernahmen.

Seit den siebziger Jahren ist zunehmend zwischen verschiedenen Richtungen zu unterscheiden, die die kulturelle Postmoderne einnahm: Zum einen existierte weiterhin

> "eine alternative Postmoderne, unter anderem im Umkreis der Frauenbewegung und der Kultur von Minderheiten, wo Widerstand, Kritik und Negation des Status quo auf nicht-modernistische, nicht-avantgardistische Weise definiert und praktiziert wurden" (Huyssen 1986, S. 17).

Zum anderen jedoch entstand gleichzeitig dazu eine oberflächlich eklektizistische Postmoderne, die zur politisch affirmativen und zunehmend von neokonservativer Ideologie durchdrungenen Strömung wurde und den ursprünglichen, kritischen Anspruch der Postmoderne aufgab. Wolfgang Welsch zufolge ist dies der "diffuse Postmodernismus" der Beliebigkeit des "anything goes" und des "Potpourri" (Welsch 1991, S. 2 f.).

Der "postmoderne Artikulationssektor par excellence" (a.a.O., S. 18) wurde in den siebziger Jahren die Architektur. Die Ursprünge postmoderner Architektur lagen in der Ablehnung der "Unwirtlichkeit der Städte" (Mitscherlich), die durch die Zerstörung städtebaulicher Strukturen im Rahmen modernistischen Städtebaus bzw. modernistischer Architektur verursacht worden war. Seit Ende der siebziger Jahre verlor postmoderne Architektur aber zu einem großen Teil den kritischen Impuls. Die unkritische Form der postmodernen Architektur diente zum einen zur Produktion "symbolischen Kapitals" und übernahm damit ideologische Funktion im Rahmen der Umstrukturierungen des Kapitalismus (vgl. Harvey 1990, Hasse 1988, S. 30 ff.). Zum anderen bedeutete sie eine "symbolische Entschädigung" für Defiziterfahrungen durch die "Menschlichkeitsfeindlichkeit" moderner Städte: Dabei werden lediglich kompensatorische Bedürfnisse durch historisierende, stileklektizistische und populistische Kostümierung befriedigt, ohne aber, über Symbolisches hinaus, die durch moderne Architektur entstandenen Probleme zu bearbeiten (vgl. Habermas 1985).

Die bisherige Beschreibung der Postmoderne als kulturelle Strömung macht deutlich, daß es, um mit Andreas Huyssen zu sprechen, in der Debatte um die Postmoderne "nicht bloß um einen Stil, um eine neue Ausdrucksform (geht, d. Verf.), die sich von der klassischen Moderne absetzt", sondern vielmehr

> "um ein gesamtgesellschaftliches, kulturelles und politisches Problemfeld, in das die geistige Situation unserer Zeit sich einschreibt und auf dem es Stellung zu beziehen gilt" (Huyssen 1986, S. 30).

Dabei kommt es - wenn man den Begriff als "historischen Konstitutionszusammenhang zu fassen versucht" - für Huyssen darauf an, innerhalb der Postmoderne die Widersprüche und kritischen Positionen auszumachen, anstatt sie vor dem Hintergrund ihrer zunehmend affirmativen politischen Entwicklung pauschal abzulehnen:

> "Ähnlich wie Marx die Kultur der frühen bürgerlichen Moderne als Dialektik von Fortschritt und Zerstörung analysiert hat, käme es heute darauf an, die Kultur der Postmoderne als Gewinn und Verlust, als Versprechen und Depravation zu lesen" (a.a.O., S. 26).

Für Jameson ist Postmodernismus ebenso nicht nur ein (ästhetischer) Stil oder eine Position, die man unter anderen auswählen, befürworten oder ablehnen kann. Er sieht die Postmoderne vielmehr als "Dominante in der Logik der Kultur im Spätkapitalismus" (Jameson 1986, S. 91) an. Indem er

damit den Begriff der Postmoderne historisch ansetzt, geht es in der Analyse postmoderner Phänomene nicht mehr nur um stilistische und moralische Bewertungen des Postmodernismus, wie sie etwa Habermas aus philosophischem Blickwinkel vornimmt, sondern um die gesellschaftstheoretische Analyse der Postmoderne als kapitalistischer Entwicklungsstufe. Dabei wird davon ausgegangen, daß die Summe der gegenwärtigen, seit Beginn der siebziger Jahre eingetretenen, "ökonomischen, technischen, politischen, sozialen und kulturellen Veränderungen der Gesellschaft" (Hasse 1989, S. 21) einen radikalen Wandel bedeutet, der es rechtfertigt, von einer neuen historischen Epoche zu sprechen.

Zusätzlich zur Unterscheidung eines kulturellen Postmodernismus und einer historischen Postmoderne hat der Sozialgeograph Michael Dear (1986 und 1994) eine weitere Unterscheidung vorgenommen, indem er die Postmoderne in drei grundsätzliche Konstruktionen trennt: Dabei wird - zusätzlich zur Postmoderne als Epoche - der Postmodernismus erstens als Stil und zweitens als (unter anderem wissenschaftliche) "Methode" verstanden. Katherine Watson und Sophie Gibson (vgl. 1995b, S. 1) folgen dieser Unterscheidung prinzipiell, benennen sie aber mit "postmoderner Ästhetik" und den "postmodernen Wissensparadigmen" treffender.

3.2 Der theoretische Diskurs der Postmoderne

Die postmodernen Wissensparadigmen können unter die unterschiedlichen philosophischen Positionen zur Postmoderne eingeordnet werden: Diese können, Moore Milroy zufolge (1991, S. 183 ff.), in drei unterschiedlichen Positionen zusammengefaßt werden, wobei sie die jeweilige normative Dimension der Ansätze im Blick hat: den Positionen einer revidierten Moderne, den Positionen eines kritischen Postmodernismus und den eigentlichen philosophischen Positionen der Postmoderne.

Positionen einer revidierten Moderne

Unter die erste Position fallen TheoretikerInnen, die das "philosophische Projekt der Moderne" (Habermas) fortsetzen und vollenden wollen. Sie gehen davon aus, daß nicht Modernisierung als Ganzes das Problem darstellt, sondern die Totalisierung der Idee der Moderne mit der Annahme einer eindimensionalen Rationalität.

Innerhalb dieser Position muß aber deutlich zwischen TheoretikerInnen unterschieden werden, die sich in Abgrenzung zur Postmoderne definitiv auf dem Boden der Moderne befinden (wie Jürgen Habermas) und zwischen AutorInnen, die die Moderne um postmoderne Motive ergänzen und verändern wollen (wie bsp. Wolfgang Welsch).

Habermas geht davon aus, daß die philosophische und historische Moderne gravierende Probleme (von ihm als „Aporien" bezeichnet) erzeugt haben: Durch einen einseitigen, entfremdenden Rationalisierungsprozeß sind nach Habermas "Prozesse der Abspaltung, Autonomisierung und Auszehrung" (Welsch 1988, S. 29) entstanden. Dies führe zu einer fortschreitenden Kolonialisierung der Lebenswelt als "intuitiv gewußter, unproblematischer und unzerlegbarer Hintergrund" (Habermas 1993, S. 348) kommunizierender Subjekte durch Systemimperative, wobei Systeme durch die Medien Geld und Macht gesteuert werden. Diese Aporien sind, so Habermas, aber nicht durch einen Paradigmenwechsel zur Postmoderne aufzuheben. Vielmehr seien sie zu lösen, indem "die in der Moderne selbst angelegten Heilungspotentiale fruchtbar" (Welsch 1988, S. 29) gemacht würden. Die Chance für eine solche Heilung, die eine Versöhnung von System und Lebenswelt bedeuten würde, sei in der Sprache angelegt, der als Telos die Verständigung innewohne (vgl. Habermas 1988a, Bd. 1, S. 387). Vor diesem Hintergrund entwirft Habermas als einheitliches Vernunftkonzept die "kommunikative Vernunft", die an der Nahtstelle zwischen System und Lebenswelt den Diskurs aufnehmen und eine Versöhnung herbeiführen soll, wobei Ziel des Diskurses ein Konsens unter den KommunikationsteilnehmerInnen ist.

Habermas ist Reese-Schäfer zufolge

> "außerordentlich sensibel ... für postmoderne Zustände, nicht aber für postmodernes Denken" (Reese-Schäfer 1991, S. 76).

Trotzdem teilt er mit der Postmoderne die Kritik an den Aporien der Moderne, den Verzicht auf eine komprehensive Vernunft mit Totalitätsanspruch (vgl. Habermas 1993, S. 355), das Verständnis seiner Philosophie als "Anwalt von Pluralität" (Welsch 1988, S. 30) und den 'linguistic turn', der eine sprachliche Wende der abendländischen Philosophie bedeutet, die seit Descartes eine Subjektphilosophie war.

Die Habermassche Gesellschaftstheorie wird in der Analyse der Planungskonzeption Foresters in Kapitel 7.1 wieder aufgenommen und detaillierter beschrieben.

Für AutorInnen einer als postmodern verstandenen Moderne stehen etwa Wolfgang Welsch oder Albrecht Wellmer. Dabei wird Postmoderne als eine der "Formen von Fortsetzung und Kritik" verstanden, "derer das Projekt der Moderne zu seiner Weiterführung und Realisierung bedarf" (Welsch 1991, S. 109). Sie wäre damit keine

> "Anti-Moderne und Trans-Moderne, sondern eine über ihre Selbstbeschränkungen und Rigorismen hinausgehende Moderne" (a.a.O., S.106).

Von Welsch wird die Postmoderne als philosophische Konzeption "als Verfassung radikaler Pluralität" (Welsch 1991, S. 4) angesehen. Pluralität wird als "regulative Idee" verstanden, wobei der

> "Kern der Aufklärung nicht in einem vereinheitlichenden Emanzipationsbegriff ... , sondern im Ermöglichen von Vielfalt" (Danielzyk/ Helbrecht 1989, S. 112)

gesehen wird, die in der Postmoderne eingelöst wird. Eine solchermaßen verstandene normative Postmoderne ist Welsch zufolge eine "zutiefst positive Vision", die "von wirklicher Demokratie untrennbar" sei (Welsch 1991, S. 5). Dem Ansatz von Welsch liegt die Annahme zugrunde, daß "unsere Realität und Lebenswelt 'postmodern' geworden" (a.a.O., S. 4) ist, Postmoderne also die gesellschaftliche Realität reflektiert. Er entwickelt seine Konzeption anhand der Rezeption von Jean-Francois Lyotard, dem Hauptvertreter der philosophischen Postmoderne (vgl. unten). Von diesem, der die Möglichkeit einer kommunikativen Vernunftorientierung der Gesellschaft verneint, unterscheidet er sich aber vor allem durch seine Konzeption einer "transversalen Vernunft" wesentlich. Diese ist als "Vermögen der Verbindung und des Übergangs zwischen den Rationalitätsformen" (a.a.O., S. 295) konzipiert und soll den

> "Übergang von einem Regelsystem zum andern, die gleichzeitige Berücksichtigung unterschiedlicher Ansprüche" (a.a.O., S. 317)

leisten, ohne die Unterschiede zwischen ihnen zu verwischen.

Ähnliche Überlegungen entwickelt Albrecht Wellmer, der zum einen (wie Lyotard) die Hoffnung auf eine Versöhnung der "Sprachspiele" aufgibt (Wellmer 1985, S. 104), aber (gegen Lyotard) die Frage nach einer postmodernen Vernunftform positiv beantwortet: Eine solche postmoderne Vernunftform liege in der "Aufhebung der einen Vernunft in einem Zusammen-

spiel pluraler Rationalitäten" mit der "wechselseitigen 'Durchlässigkeit' der Diskurse" (a.a.O., S. 109).

Ebenso wie Habermas entwickeln diese Vertreter einer "postmodernen Moderne" also eine einheitliche Vernunftkonzeption des "Übergangs von einer Sprache in die andere" (Hasse 1988, S.77), was sie von den eigentlichen VertreterInnen einer postmodernen Philosophie grundlegend unterscheidet (vgl. unten).

Die philosophische Konzeption der postmodernen Moderne wird bei der Analyse des Planungsansatzes von Klaus Selle wieder aufgenommen (Kapitel 7.2).

Positionen eines kritischen Postmodernismus

Unter einer zweiten philosophischen Position innerhalb der Postmoderne können nach Moore Milroy TheoretikerInnen zusammengefaßt werden, die die Postmoderne aus marxistischer Perspektive als historisches Entwicklungsstadium des Kapitalismus verstehen. Jürgen Hasse bezeichnet sie als "kritische PostmodernistInnen" (Hasse 1989, S. 22). Sie sind keine PostmodernistInnen im eigentlichen Sinne, da sie keine postmoderne Theorie bzw. Methodik vertreten und benutzen: Sie argumentieren vielmehr aus einer marxistischen Perspektive heraus, daß die Postmoderne als kulturelle Dominante des aktuellen kapitalistischen Entwicklungsstadiums ein Überbauphänomen ist. Dabei gehen sie davon aus, daß

> "der Postmodernismus in all seinen Artikulationsformen ... einer Logik der Kapitalentwicklung eingeschrieben ist" (Hasse 1988, S. 16).

Die Postmoderne wird damit negativ bewertet: Ihr wird eine "monolithische, bedrohliche Identität" zugeschrieben, die

> "die fragmentierten, verwirrten, komprimierten, abstrakten Erfahrungen von Raum und Zeit (spiegelt, d. Verf.), Erfahrungen, die geprägt sind vom postfordistischen Kapitalismus - der Bedingung der Postmoderne" (Deutsche 1991, S. 95).

Diese kritische Haltung gegenüber der Postmoderne wird aber durchaus mit einer Anerkennung des Wahrheitsgehaltes und der Chancen postmoderner Theorien verbunden. So kann es nach Jameson in der Postmoderne für "linke" Gesellschaftskritik keinen archimedischen Punkt der kritischen Distanz mehr geben. Vielmehr müsse eine neue, postmoderne Form "radikaler" Politik gefunden werden (vgl. Jameson 1986). Harvey erkennt an,

daß postmoderne Theorien insbesondere die Erkenntnis bewirkt haben, daß Differenz und "otherness" (gegenüber ausschließlich marxistischen Kategorien von Klasse) sowie kulturelle Praktiken als grundlegende Bestandteile in die Analyse gesellschaftlichen Wandels eingehen müssen.

Trotzdem wird Postmodernismus - also kulturelle und philosophische postmoderne Positionen - in seiner letztlichen Wirkung als "politisch affirmatives Konzept" verstanden (und abgelehnt): Als kultureller Überbau strebe er nach einer Übereinstimmung mit der Umstrukturierung des kapitalistischen Systems (vgl. Harvey 1990, S. 40 f.) und arrangiere sich damit "mit der Gegebenheit des Kapitalismus ebenso, wie mit dessen Strategie der Verführung" (Hasse 1989, S. 22):

> "Die Postmoderne geht zu weit ... . Sie überschreitet den Punkt, an dem es noch eine zusammenhängende Politik gibt ... . Die Postmoderne bringt uns dazu, jene Art von Metatheorie abzulehnen, die die politisch-ökonomischen Prozesse erklären kann" (Harvey, zitiert in: Deutsche 1991, S. 96).

Harvey argumentiert, daß es nicht notwendig sei, eine Theorie jenseits des historischen Materialismus zu entwickeln, da diese Metatheorie in der Lage sei, das gesamte postmoderne Denken und die postmodernen kulturellen Produktionen zu erklären (vgl. Harvey 1989, S. 337, vgl. dazu auch Dear 1991, S. 537).

Die Harveysche Position zur Postmoderne wird als Grundlage der Beschreibung der aktuellen Gesellschaftsformation in Kapitel 4 wieder aufgenommen und kritisiert.

Eine gesonderte Position innerhalb der kritischen PostmodernistInnen bezieht der amerikanische Sozialgeograph Edward W. Soja: Soja entwickelte einen Ansatz der "postmodern Geographies", der sich gleichermaßen auf epochale Transformationen im kritischen Denken und im materiellen Leben bezieht (vgl. Soja 1989). Soja kommt zwar, wie Harvey oder Jameson, aus der marxistischen Denktradition. Er versucht aber den gesellschaftlichen Transformationen und den Veränderungen im kritischen Denken dadurch gerecht zu werden, daß er eine Geographie entwickelt, die nicht von der marxistischen Metatheorie beherrscht wird, sondern eine flexible und eklektizistische Verschränkung verschiedener Theorieansätze bedeutet (vgl. Soja 1995, S. 127). Damit soll die Totalität des marxistischen Diskurses gebrochen und eine neue Sprache der Repräsentation gefunden werden (vgl. Dear 1990, S. 649). Soja beschäftigt sich vor allem mit

"postmoderner Urbanisierung". Sein Ansatz wird in Kapitel 5 zur Darstellung der "Postmodernisierung" der Stadt Frankfurt am Main herangezogen.

Philosophische Positionen der Postmoderne

In der dritten Position zur Postmoderne können die unterschiedlichen Ansätze der eigentlichen philosophischen Postmoderne zusammengefaßt werden, unter der Moore Milroy eine Haltung versteht, die nicht mit den Werten der mit der Moderne verbundenen Aufklärung übereinstimmt, sondern einen kompletten Richtungswechsel im Verständnis des 'Selbst' in Relation zu 'Anderen', zu Kultur, zu Politik, Ökologie, Geschlecht, Ökonomie und Alltagsleben mit sich führt (Moore Milroy 1991, S. 185). Auch Dear zufolge bedeuten diese philosophischen Positionen eine grundlegende Revolte gegen die Rationalität des Modernismus.

Darunter fallen der Postmodernismus von Jean-Francois Lyotard ebenso wie poststrukturalistische Theorien etwa von Michel Foucault und Jaques Derrida. An dieser Stelle sollen nur diese explizit angesprochen werden, da sie für die Arbeit von Bedeutung sind.

Nach Lyotard liegt die Quintessenz der Postmoderne darin, daß insbesondere die "geschichtsphilosophischen Metaerzählungen der Aufklärung und der Emanzipation" (Hasse 1989, S. 22) mit ihren hegemonialen Ansprüchen nach universeller Gültigkeit in postmodernen Theorien aufgegeben werden:

> "In äußerster Vereinfachung hält man die Skepsis gegenüber den Metaerzählungen für 'postmodern'" (Lyotard 1986, S. 14).

Lyotard geht davon aus, daß es keine Sprache im Allgemeinen gibt, sondern nur

> "eine Vielzahl von Sprachordnungen und Diskursgattungen, die weder ineinander übertragbar noch durch ein gemeinsames Tertium zu beurteilen wären" (Rüb 1986, S. 90).

Damit sind einzelne Sprachspiele inkommensurabel, allgemein akzeptierbare Sprechverknüpfungen nicht möglich. Lyotard bestreitet die Existenz universeller Regeln zur Beurteilung von Sprechakten, die Habermas in seiner Universalpragmatik gefunden haben will (vgl. Kapitel 2.1). Er verwirft auch die "Möglichkeit des universellen Konsens(es) über das Mittel des Diskurses" (Hasse 1988, S. 8). Konsens ist demnach nur

sprachspielimmanent möglich, letztes mögliches Ziel einer Verständigung zwischen Sprachspielen, die nach Wittgenstein als Lebensformen zu verstehen sind (vgl. dazu Wellmer 1985, S. 79), könne nur eine Klärung des Dissens zwischen den einzelnen Diskursen sein. Der Hauptstreitpunkt zwischen Habermas und Lyotard ist, daß Lyotard die Suche nach Einheit und Konsens als letztlich "terroristisch" ablehnt.

Gerechtigkeit kann demnach Lyotard zufolge nicht in der Aufhebung eines "Widerstreits" zwischen den Diskursen liegen, sondern in der Ermöglichung des gleichberechtigten Nebeneinanders der Lebensformen. Dabei sei - entgegen dem im Kapitalismus vorherrschenden ökonomischen Diskurs - den "ins Abseits der Sprachlosigkeit gedrängten Parteien zur Artikulation zu verhelfen" (Hasse 1988, S. 11).

In das Feld postmoderner Denkströmungen kann auch der Poststrukturalismus oder die Dekonstruktion (als - Engelmann zufolge - neuerdings gebräuchlichere Bezeichnung, vgl. Engelmann 1990, S. 5) einbezogen werden, wenngleich sich ihre VertreterInnnen selbst nicht als postmodern bezeichnen. An dieser Stelle sollen Michel Foucault und Jaques Derrida, als zwei der bedeutsamsten Vertreter poststrukturalistischer bzw. dekonstruktivistischer Denkströmungen, kurz vorgestellt werden, da die Theorien beider im letzten Kapitel der Arbeit (8.2 und 8.3) wieder aufgenommen werden:

Der Vorläufer der Philosophie beider Denker ist der Strukturalismus, der als "universaler Integralismus" auf der Suche nach einem "universalen und invarianten Kode, ... der sämtliche Erscheinungen der Kultur zu erklären" (Welsch 1991, S. 141) vermag, davon ausgeht, daß kulturelle Systeme aus Netzwerken struktureller Beziehungen bestehen, deren Grundstruktur in der Sprache liegt. Der Poststrukturalismus übernimmt vom Strukturalismus den Gedanken des Verschwindens des Subjekts durch seine Unterwerfung unter die determinierenden Strukturen. Er weicht aber vor allem durch die Annahme wesentlich vom Strukturalismus ab, daß nicht ein einheitlicher, linguistischer Kode für die verschiedenen Strukturen existiert, sondern unüberschreitbare Differenzen oder Brüche zwischen ihnen bestehen.

Poststrukturalistische Ansätze können insbesondere durch folgende Merkmale als postmodern bezeichnet werden: durch ihre Betonung unüberwindbarer Differenz und Pluralität und der damit verbundenen Ablehnung jeglicher Einheitsvorstellung, durch die Annahme des Verschwindens des (einheitlichen) Subjekts in der Struktur der Sprache und durch die Verabschie-

dung der Idee der Möglichkeit einer Wahrheitsfindung (vgl. Fink-Eitel 1989, S. 63 f.).

Die Philosophie Michel Foucaults, der nicht nur Philosoph, sondern auch Gesellschaftstheoretiker und Historiker war, kreist als Ganzes um die Problemstellung: "Das menschliche Subjekt im Bedingungskreis der Macht- und Wissensgeschichte" (Fink-Eitel 1989, S. 9). Diese analysiert er mit den Methoden der Genealogie, als der Analyse der Machtpraktiken, und der Archäologie, als der Theorie der Diskurs- und Wissensformen: Foucault vertrat die These, daß Macht in der Form verschiedenster Diskursformationen, die als Verknüpfungen einzelner gesellschaftlicher "Aussagen" zu verstehen sind, totales "Entwicklungs- und Integrationsprinzip unserer Gesellschaft ist" (a.a.O., S. 7). Die Komplexe "Macht" und "diskursives Wissen" stellten damit seine Hauptthemen dar. Sein besonderes Augenmerk galt den, im Rahmen der Machtausübung, unterdrückten und ausgegrenzten "Diskursen" und den Machttechniken der Moderne, in der Macht nicht hauptsächlich über repressive Techniken (wie Gewalt), sondern im Rahmen produktiver sozialer Integration über die Disziplinierung des Körpers ausgeübt wird.

Auf Jaques Derrida geht der philosophische Ansatz der "Dekonstruktion" zurück: Die Dekonstruktion geht davon aus, daß Texten (und als Text wird in einem erweiterten Textbegriff letztlich alles aufgefaßt) keine herausfindbare eindeutige Wahrheit zugrundeliegt. Texte haben danach lediglich verschiedenste Bedeutungen, die ohne Sinn und Ursprung sind und jeweils wiederum auf andere Bedeutungen verweisen. Derrida will das formalisierende, totalisierende Denken, Sprechen oder Schreiben, das seiner Ansicht nach der Suche nach Einheit und Wahrheit zugrundeliegt, durch die Strategie der Dekonstruktion entlarven: Damit kann die Dekonstruktion als sprachanalytische Strategie des Lesens und Befragens von Texten angesehen werden, die entlarvt, was einem Text an "Unbewußtsein", an "blinden Flecken", an Nichtgesagtem oder Ausgeschlossenem zugrundeliegt. Das Verfahren der Dekonstruktion richtet sich generell dagegen, Divergenzen zu tilgen, Konflikte aufzulösen, Instabilitäten zu überspielen, gegen die Ideen einer nur über Ausgrenzung zustandekommenden

> "Einheit, Ganzheit, Totalität, Harmonie, stabile Ordnung und vollendetes Gelungensein ... im Blick auf unser Denken, Fühlen, Wähnen und Konstruieren insgesamt" (Welsch 1993, S. 55, vgl. auch Kimmerle 1992 oder Engelmann 1991a).

Beide Denker, Foucault und Derrida, gehen davon aus, daß eine Wahrheitsfindung und eine rationale Kommunikation unmöglich sind und damit jegliche Einheit nicht "wahr" sein kann, sondern lediglich über Ausschluß und Unterdrückung von "Anderem" konstruiert wird.

Nach Moore Milroy (vgl. 1991, S. 183) liegt in den verschiedenen postmodernen Positionen in vierfacher Weise eine Herausforderung der Moderne: Sie sind dekonstruktiv, indem sie in skeptischer Distanz herkömmliche Überzeugungen in Frage stellen, um die Art und Herkunft ihrer Autorität zu ermitteln und sie zu ersetzen; sie sind anti-fundamentalistisch, indem sie universelle Geltungsansprüche leugnen; sie sind nicht-dualistisch, indem sie die strikte Trennung zwischen Subjektivität und Objektivität, also etwa zwischen Wahrheit und Meinung oder zwischen Tatsache und Wert, aufheben und zudem die binäre (moderne) Logik durch eine dialektische Auffassung ersetzen, wonach zum Beispiel etwas zugleich gut und schlecht sein kann; und sie ermöglichen und fördern zum Vierten Vielfalt und Differenz.

Insgesamt, so Dear, unterminiert postmoderne Theorie den modernistischen Glauben, daß Theorie Wirklichkeit spiegeln kann und ersetzt diesen Glauben durch partielle, relativistische Blickpunkte, die die kontingente und vermittelte Natur jedes Theoriegebäudes betonen. Sie geht davon aus, daß durch Sprache Sachverhalte nicht objektiv darstellbar sind, da Gebrauch und Intentionalität der Sprache untrennbar von den verschiedenen Subjektivitäten sind (vgl. Dear 1994, S. 4).

Die bislang aufgezeigten Differenzen und Zusammenhänge im Verständnis der Postmoderne als historischer Epoche bzw. als kultureller Strömung in den einzelnen theoretischen Diskursen der bzw. zur Postmoderne sind in Abb. 3-1 dargestellt.

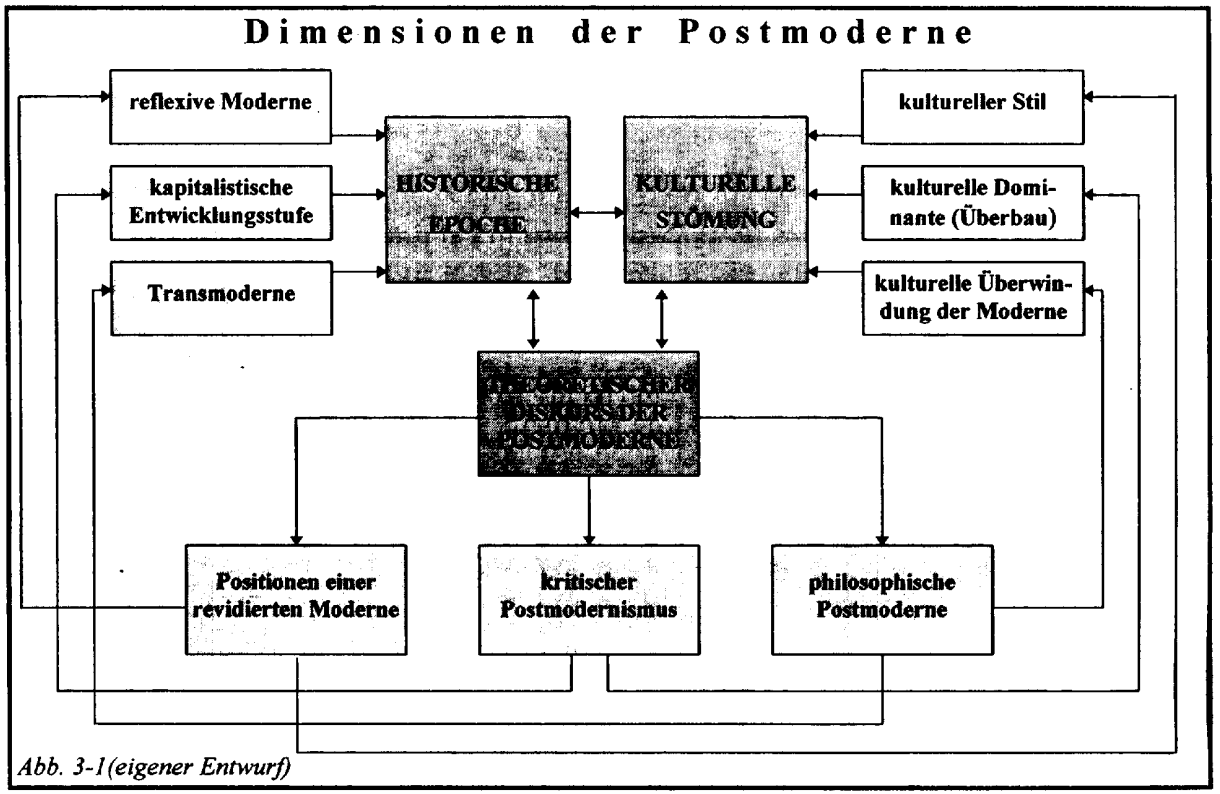


Abb. 3-1 (eigener Entwurf)

Die Verbindung von postmoderner Theorie und politischer Aktion am Beispiel des Feminismus

In der Verbindung zwischen theoretischer Position und politischer Aktion wurden postmoderne Positionen vor allem innerhalb der neuen sozialen Bewegung des Feminismus diskutiert. Dabei ist auf der Basis der Diskussion der verschiedenen Positionen der Postmoderne mittlerweile eine breite, postmodern inspirierte feministische Forschungsbewegung entstanden, deren Argumentation stets mit politischer Aktion verknüpft und deshalb für die vorliegende Arbeit von besonderem Interesse ist.

Postmoderne Positionen gewannen innerhalb des Feminismus im Zuge der Transformation der ursprünglichen, aus der Moderne entsprungenen, feministischen Forderungen an Gewicht, die sich seit Ende der siebziger Jahre abzeichnete: Die Forderungen nach der Aufhebung geschlechtsspezifischer Unterschiede zugunsten einer Geschlechtergleichheit in sozialer, ökonomischer und politischer Hinsicht veränderten sich im Hinblick auf eine Neubewertung der Differenz der Geschlechter. Dies hatte sowohl die Aufwertung "anderer", sozusagen "weiblicher", Werte (etwa kooperativer sozialer Beziehungen) als auch die Anerkennung der Differenz unter Frauen zur Folge.

> "Damit wurden nicht nur die Unterschiede unter Frauen aus verschiedenen Klassen und Rassen anerkannt, sondern auch die Tatsache des indirekten Ausschlusses und der Unterdrückung, die manche Gruppen von Frauen in dem Gleichheitsdiskurs erfahren hatten" (Rodenstein 1994, S. 101).

Dies gilt etwa für Frauen verschiedener Minderheitenkulturen bzw. Ethnien.

Vor diesem Hintergrund gelangten die postmodernen und dekonstruktivistischen philosophischen Positionen der Differenz zu Bedeutung: Die Suche nach einer 'Politik der Differenz'

> "geht nicht mehr nach dem einen Weg zur Befreiung der Frau, sondern nach dem jeweils passenden für verschiedene Gruppen von Frauen" (a.a.O.).

Die mittlerweile existierende Vielzahl politischer und theoretischer feministischer Strategien entsprechen situationsbedingt jeweiligen konkreten

Lagen und Interessen einzelner Frauengruppen und respektieren damit die jeweils spezifischen differenten Identitäten.[2]

Für die vorliegende Arbeit wird für die normative Grundlegung einer demokratischen Planung die feministische Gerechtigkeitskonzeption, die die amerikanische Politikwissenschaftlerin Iris Marion Young (1990) im Rahmen einer Politik der Differenz entwickelt hat, herangezogen (Kapitel 8.3).

Konstitutive Merkmale der Postmoderne

Trotz der unterschiedlichen Richtungen der Postmoderne als kulturelle und kulturpolitische Strömungen und als Wissensparadigmen können "konstitutive Merkmale der Postmoderne" (Jameson 1986, S. 50) oder "Leitmotive und Schlüsselbegriffe" der Postmoderne (Vester 1993, S. 23) genannt werden, die zwar von unterschiedlichen AutorInnen anders gewichtet und gegliedert werden, aber im Prinzip unumstritten sind. Die Leitmotive der Postmoderne sind umfassend in der Liste von Merkmalen enthalten, die Ihab Hassan (Hassan 1988, S. 49-56) - Jencks zufolge ein "Sprachrohr der Postmoderne" (vgl. Jencks 1990, S. 9) - aus einer umfassenden Betrachtung postmoderner Positionen und "Zustände" in verschiedensten kulturellen und wissenschaftlichen Feldern gewonnen hat.

Wenn man von einer sozioökonomischen Epoche der Postmoderne ausgeht, kann ein mit diesen Merkmalen beschriebener Postmodernismus als kulturelle Dominante dieser Epoche angesehen werden: Zur Charakterisierung der postmodernen Gesellschaftsformation werden von Harvey Hassansche Merkmale der Postmoderne mit spezifischen sozioökonomischen Merkmalen verbunden (vgl. Kapitel 4, Abb. 4-1).

Hassan nennt folgende elf, für die Postmoderne konstitutive, Merkmale, die allerdings nicht zu einer in sich schlüssigen Gesamtdefinition gebündelt werden können, sondern einen "Raum von Indeterminenzen" beschreiben (Welsch 1988, S. 21):

1. "Unbestimmtheit": Sie ist zu verstehen als alle Arten von Ambiguitäten, Brüchen, Verschiebungen der Handlungen, Ideen und Interpretationen "innerhalb unseres Wissens und unserer Gesellschaft", die heute "unsere Welt ausmachen" (Hassan 1988, S. 49).

---

2 Einen Überblick über den Stand postmodern inspirierter feministischer Forschung gibt beispielsweise Linda Nicholson (Nicholson 1990b).

2. "Fragmentarisierung": Mit ihr geht die "tiefste Verachtung ... jeglicher Totalisierung, jeglicher Synthese" und damit die Hinwendung zu Montage, Paradoxon und zur "Offenheit des Zerbrochenen" einher (a.a.O.).
3. Die "Auflösung des Kanon": Sie bedeutet die "Entlegitimierung zentraler gesellschaftlicher Normen" und einen Verfall der erklärenden Mythen. Damit verbunden sind beispielsweise in der Entstehung von Bewegungen gesellschaftlicher Minderheiten "positive Formen" von Subversion (a.a.O., S. 50).
4. "Der Verlust von 'Ich'": Er ist als die Auflösung einer geschlossenen, einheitlichen Identität zu verstehen und geht mit dem "Verlust von 'Tiefe'" als Auflösung der "Innen/Außen"-Dimension einher.
5. Das "Nicht-Zeigbare", "Nicht-Darstellbare": Damit ist die dekonstruktive Ablehnung der Möglichkeit von Repräsentation und Darstellbarkeit der Realität gemeint.

Diese bis dahin dekonstruktiven Tendenzen der Postmoderne setzt er durch rekonstruktive Merkmale fort:

6. "Ironie" oder "Perspektivismus": Dabei erfolgt in Abwesenheit eines Grundprinzips die Hinwendung zu "Spiel, Wechselspiel, Dialog ..." (a.a.O., S. 52). "Ironie, Perspektivismus" und "Reflexivität" sind dabei der postmoderne

   > "Ausdruck der immer wieder notwendigen Schöpfertätigkeit des menschlichen Geistes in seiner Suche nach einer Wahrheit, die sich ihm ständig entzieht und ihm nichts läßt als einen ironischen Zugang dazu" (a.a.O.).

7. "Hybridisierung": Sie ist zu verstehen als "Reproduktion von Genre-Mutationen". Ihre Grundlage ist in der "Gegenwart der Vielfalt" die Verfügbarkeit aller Stilformen oder Methoden in dialektischer Weise (a.a.O.).
8. "Karnevalisierung": Karneval wird dabei als "Anti-System" angesehen und steht für die spielerischen und subversiven Elemente der Postmoderne. Karnevalisierung zeigt sich etwa in Polyphonie oder in der Betonung der Relativität der Dinge.
9. "Performanz, Teilnahme": Sie bedeutet die Überschreitung von Abgrenzungen durch postmoderne "Texte" (und in einem erweiterten Textbegriff von Handlungen etc.) und die damit verbundene "Verwundbarkeit" gegen die Zeit, das "Publikum" oder das "Andere".

10. "Konstruktcharakter": Mit der Abwendung von der Annahme einer einzigen Wahrheit sowie dem Zugeständnis verschiedenster und konfligierender Möglichkeiten von Weltdeutungen existieren nur noch Konstruktionen der Realität.
11. Schließlich "Immanenz": Sie bezieht sich vor dem Hintergrund überall vorhandener Auflösungserscheinungen und Wandlungen auf die "wachsende Fähigkeit des menschlichen Geistes, sich in Symbolen zu verallgemeinern" (a.a.O., S. 55).

Unklar und problematisch bleibt bei dieser Charakterisierung, ob sie lediglich als deskriptive Merkmale postmoderner Kultur bzw. postmoderner "Zustände" oder aber als normative Ansprüche zu verstehen sind. Zu möglichen normativen Dimensionen der Postmoderne sind damit eher philosophische Positionen von Lyotard, Welsch, Foucault oder Derrida heranzuziehen.

3.3 Verständnis der Postmoderne in vorliegender Arbeit

Welche Postmoderne oder welcher Postmodernismus wird nun der Arbeit zugrundegelegt, bzw. inwiefern und in welchen Dimensionen bezieht sich die Arbeit auf entsprechende Versionen der Postmoderne?

Erstens wird, wie bereits angesprochen, in der Übernahme der Position der kritischen PostmodernistInnen davon ausgegangen, daß die Postmoderne als spezifisches kapitalistisches Entwicklungsstadium eine historische Epoche ist und die Gesellschaft in ihren politisch-ökonomischen und kulturellen Praktiken sowie in ihren sozialen Strukturen als postmodern beschrieben werden kann. Eine solche soziologische Beschreibung erfolgt abstrakt in Kapitel 4 und in ihren konkreten sozialräumlichen Auswirkungen am Beispiel Frankfurts in Kapitel 5. Diese Zusammenhänge werden in ihren Grundüberlegungen vor allem mit Hilfe der Ansätze der "kritischen PostmodernistInnen" David Harvey und Edward Soja dargestellt.

Gleichzeitig werden zweitens die postmodernen Wissensparadigmen, die, als Reaktion auf die "Pathologien der Moderne" und zum Teil auf die gesellschaftliche Entwicklung der Herausbildung des postmodernen Entwicklungsstadiums des Kapitalismus, als normative theoretische Diskurse entstanden sind, auf ihren möglichen Beitrag für die normative Grundlegung einer demokratischen Planung befragt: Wie im weiteren Verlauf der Arbeit gezeigt werden soll, stützen sich die Planungsansätze

von Forester und Selle jeweils auf unterschiedliche Diskurse innerhalb der geschilderten Positionen zur Postmoderne. Während zunächst anhand der Rezeption dieser Diskurse die sozialtheoretischen Grundlagen der beiden Planungsansätze "dekonstruiert" werden sollen, soll im letzten Schritt der Arbeit für den Versuch der Rekonstruktion einer demokratischen Planung die mögliche Bedeutung jener Diskurse der Postmoderne hinterfragt werden, die von Forester und Selle nicht herangezogen wurden. Das heißt, daß im Verlauf der weiteren Arbeit Ansätze aus den verschiedenen Positionen der Postmoderne vor dem Hintergrund der Frage rezipiert werden, ob und inwiefern sie als normative Grundlage einer demokratischen Planung in der postmodernen Gesellschaft dienen könnten.

Drittens kann aus postmodernen Wissensparadigmen eine spezifische wissenschaftliche Arbeitsweise oder - genereller - eine bestimmte Art des Denkens abgeleitet werden, auf der die Arbeit gründet. Dies drückt sich zunächst in einem theoretischen Eklektizismus aus:

Zum einen besteht die Gesellschaftsanalyse in der vorliegenden Arbeit auf beiden Ebenen, der abstrakten und der konkreten sozialräumlichen Analyseebene, aus einer interdisziplinären Mischung verschiedener Theorieansätze aus Stadtforschung, Kulturtheorie und Soziologie. Darüber hinaus besteht die sozialräumliche Analyse der postmodernen Urbanisierung aus einer Mischung verschiedener Perspektiven, die sowohl Elemente einer makrologischen Perspektive ökonomisch-technologischer Restrukturierungen als auch Elemente einer mikrologischen Perspektive lokaler AkteurInnen beinhalten.

Zum anderen wird auch für die Überlegungen zu einer normativen Grundlegung der Planung im letzten Kapitel eine Kombination von Elementen aus den verschiedenen normativen Positionen der Postmoderne herangezogen, die - und darin besteht ein weiteres Element postmoderner Wissenschaft - nicht zu einem in sich schlüssigen, einheitlichen Theoriegebäude zusammengefügt werden, sondern letztlich bruchstückhaft oder fragmentarisch verbleiben.

Vor allem aber ist die Analyse der Planungsansätze Foresters und Selles durch die Haltung der Dekonstruktion inspiriert, die - wie geschildert - als Strategie des Lesen und Befragens von Texten verstanden werden kann. Sie ist ausführlicher in Kapitel 8.2 dargestellt, da sie dort auf ihren Beitrag für eine normative Grundlegung der Planung untersucht wird. Hier soll nur gesagt sein, daß von der Dekonstruktion sowohl das Ziel der Offenlegung und Hinterfragung zentraler Begriffe, von Nichtgesagtem oder von blinden

Flecken der Texte als auch die Strategie des analytischen Perspektivenwechsels übernommen wird.

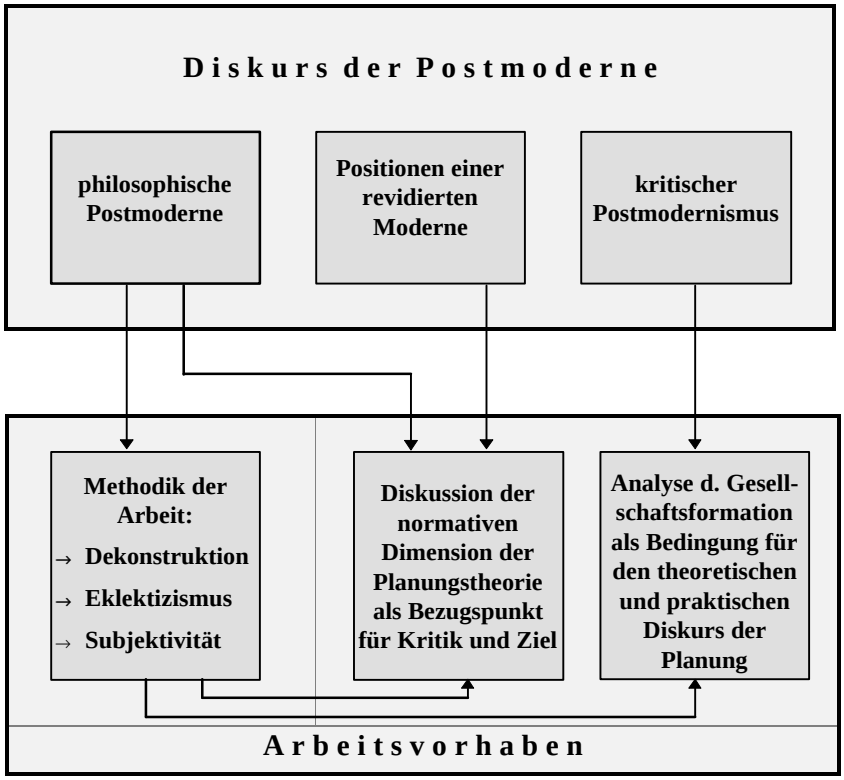


Abb. 3-2: Die Bedeutung des Diskurses der Postmoderne für das Arbeitsvorhaben (eigener Entwurf)

4 *Die postmoderne Gesellschaftsformation*

Das vorliegende Kapitel dient der soziologischen Beschreibung der gesellschaftlichen Verhältnisse und Entwicklungen, in die die beiden Planungsansätze von Forester und Selle eingebunden sind. Die aktuelle gesellschaftliche Formation soll vor dem Hintergrund der hier zugrundegelegten Annahme beschrieben werden, daß Planungsansätze zum einen nur auf der Grundlage der gesellschaftlichen Verhältnisse verstanden werden können, innerhalb derer sie entstehen und agieren, und daß sie zum anderen im Hinblick auf die Frage nach ihrer praktischen Relevanz nur im Zusammenhang mit diesen gesellschaftlichen Verhältnissen analysiert werden können. Möglichkeiten einer demokratischen Planung können damit nur in Verbindung mit einer Analyse jener gesellschaftlichen Formation diskutiert werden, innerhalb der eine solche Planung zu agieren hat.

Als Basis der Beschreibung der aktuellen Gesellschaftsformation wird - wie bereits angesprochen - der theoretische Ansatz der "kritischen PostmodernistInnen" zugrundegelegt, die die aktuelle Gesellschaftsformation in ihren politisch-ökonomischen und sozialen Strukturen sowie in ihren kulturellen Praktiken als postmodern beschreibt.

4.1 Regulationsansatz und kritischer Postmodernismus

Der Regulationsansatz

Für eine Arbeit über räumliche Planung sind gesellschaftstheoretische Erklärungsansätze von Bedeutung, die die Zusammenhänge zwischen politisch-ökonomischen und sozialen Strukturen und räumlichen Entwicklungen aufzeigen. Dafür sind insbesondere Erklärungsansätze verschiedener marxistisch orientierter TheoretikerInnen fruchtbar, die sich jedoch in ihrer Schwerpunktsetzung unterscheiden: Von den kritischen PostmodernistInnen, hauptsächlich von David Harvey und Edward Soja, werden die aktuellen Veränderungen der Gesellschaften in den entwickelten westlichen Industrieländern als Entwicklungen hin zu einer *postmodernen* Gesellschaftsformation und von den ebenfalls marxistischen

TheoretikerInnen des Regulationsansatzes als Entwicklungen hin zu einer *postfordistischen* Gesellschaftsformation bezeichnet.

Diese Sprachregelungen weisen auf die jeweils unterschiedliche Gewichtung verschiedener Faktoren hin: Die Ansätze von Soja und Harvey betonen stärker den Zusammenhang ökonomischer Umstrukturierungen und "kultureller (Post-)Modernisierung" (vgl. Bremm/Danielzyk 1991, S. 123). Sie sind nach Deutsche eine "Synthese aus Stadtforschung, Kulturtheorie und Soziologie" (Deutsche 1991, S. 92). Kultur, das postmodernistische Zentralmotiv, spielt damit in der Gesellschaftsanalyse eine erheblich größere Rolle, als in traditionellen marxistischen Ansätzen (vgl. Dear 1991, S. 535). Dabei wird der Versuch unternommen, die ökonomischen Entwicklungen in Analogie zu, in postmodernen Diskursen zentralen,

> "kulturellen Begriffen (Pluralisierung, Fragmentierung, Relationalität) zu interpretieren, die für das Verständnis der ungleich verlaufenden sozialen und ökonomischen Prozesse relevant erscheinen" (Noller/Ronneberger 1994, S. 502).

Durch die stärkere Betonung kultureller Praktiken und intellektueller Diskurse innerhalb der Gesellschaftsanalyse erscheint dieser Ansatz für die vorliegende Arbeit für die Beschreibung der Gesellschaftsformation geeigneter zu sein als der eigentliche Regulationsansatz: Denn die aktuellen intellektuellen Diskurse - die in Kapitel 3 beschrieben wurden - sollen in ihrer Bedeutung für eine demokratische Planung im Zusammenhang mit den sozio-ökonomischen Strukturen und den kulturellen Praktiken der aktuellen Gesellschaftsformation - die in vorliegendem Kapitel dargestellt werden - diskutiert werden.

In seinen Grundzügen wird der Regulationsansatz von Harvey und Soja übernommen, die "kritisch postmodernistischen" Ansätze sind gewissermaßen Sonderformen des Regulationsansatzes (vgl. dazu etwa Harvey 1989, S. 121). Ihre gemeinsame Grundlage ist die

> "marxsche Erkenntnis, daß die Gesamtheit der Produktionsverhältnisse, die ökonomische Struktur der Gesellschaft, die reale Basis bildet, worauf sich ein juristischer und politischer Überbau erhebt und welcher bestimmte gesellschaftliche Bewußtseinsformen entsprechen" (Bremm/Danielzyk 1991, S. 121).

Dabei wird davon ausgegangen, daß "kapitalistische Gesellschaften in ihrem historischen Entwicklungsprozeß unterschiedliche Formen annehmen können" (a.a.O.). Entwicklungsstadien können sich jeweils zu einem

> "spezifischen Entwicklungsmodell der Gesellschaft verdichten, wenn Produktions- und Konsumptionsformen, kulturelle

> Werthaltungen, Sozialstrukturen und politische Interventionen eine aufeinander abgestimmte Einheit bilden" (Helbrecht 1994, S. 8).

Eine gesellschaftliche Formation setzt sich damit aus dem Akkumulationsregime, das ein auf bestimmte Formen von Produktions- und Managementtechnologien gestützte Art der Mehrwertproduktion und -realisierung ist, und der mit ihm korrespondierenden Regulationsform zusammen.

Dabei ist mit Regulation die Art und Weise gemeint, wie ein System als Ganzes gesteuert wird (vgl. Esser/Hirsch 1987, S. 34). Sie

> "umfaßt die Gesamtheit der institutionalisierten und immateriellen Spielregeln, die als kulturelle Praktiken, soziale Rollenmuster und Formen der politischen Intervention sich komplementär auf das Akkumulationsregime beziehen und dieses soziokulturell und politisch administrativ absichern" (Helbrecht 1994, S. 10).

Nach Harvey richtet der Regulationsansatz, der nicht als in sich geschlossene Theorie, sondern als heuristisches Konzept verstanden werden muß, die Aufmerksamkeit auf die komplexen Beziehungen, politischen Praktiken und kulturellen Gebräuche, die es dem hochdynamischen und instabilen kapitalistischen System erlauben, phasenweise für gewisse zeitliche Perioden stabil und kohärent zu funktionieren (vgl. Harvey 1989, S. 122, vgl. auch Mayer 1991, S. 34). Damit wird also eine Periodisierung vorgenommen, die nicht technisch oder ökonomisch überdeterminiert ist. Der Regulationsansatz ist vielmehr der Versuch einer integrativen Analyse kapitalistischer gesellschaftlicher Entwicklungen: Es wird davon ausgegangen, daß

> "bestimmte Strukturen der wirtschaftlichen Produktion[1] (Massenproduktion) ... auf bestimmte Formen der politischen (Sozialstaat), sozialen (Massenkonsum, Mittelstand), kulturellen (Moderne) und administrativen (zentralistisch-korporativen) Organisation angewiesen (sind, d. Verf.) und umgekehrt. Ökonomie, Politik, Kultur und Sozialstrukturen sind in einer Gesellschaft stets funktional aufeinander bezogen" (Helbrecht 1994, S. 8 f.).

Die Analyse legt zugrunde, daß Geschichte nicht linear, sondern innerhalb gegebener Bedingungen offen verläuft. Fortschritte und historische Veränderungen stellen sich dabei über der Bewältigung von Krisen zwischen zwei Perioden ein. Strukturelle periodische Krisen entstehen dadurch, daß

---

1 In Klammern sind jeweils beispielhaft die für die Phase des Fordismus kennzeichnenden Strukturen genannt.

eine institutionell und normativ gefestigte Regulationsweise mit Veränderungen des Akkumulationsregimes sowie den damit verbundenen ökonomischen und sozialen Folgen konfrontiert wird und früher oder später an neue Erfordernisse angepaßt werden muß, um die Stabilität des Systems wiederherzustellen. Der Regulationsansatz geht davon aus, daß sich die westlichen Industrieländer seit Anfang der siebziger Jahre in einer solchen Krise befinden, die als Übergang von der fordistischen zur postfordistischen Epoche bezeichnet wird.

Kritik des "kritischen Postmodernismus" am Beispiel David Harveys

Harvey liefert nun auf der Grundlage des Regulationsansatzes eine politisch-ökonomische Erklärung der postmodernen Kultur (vgl. Lash 1990, S. 715). Danach haben die politisch-ökonomischen Transformationsprozesse auch die kulturellen Diskurse und Praktiken verändert: Die Art und Weise der Veränderungen des "kulturellen und intellektuellen Lebens" seit Anfang der siebziger Jahre scheint - so Harvey - den politisch-ökonomischen Veränderungen zu entsprechen:

> "Modernismus wurde durch ein durch Rationalität, Funktionalität und Effektivität gekennzeichnetes Projekt 'fordistischer Modernisierung' eng mit dem Prozeß der Kapitalakkumulation verknüpft. ... Die Krise von 1973 erschütterte die Beziehungen zwischen Kunst und Gesellschaft derart, daß die Postmoderne sowohl akzeptiert als auch institutionalisiert wurde“ (Harvey 1990, S. 40).

Damit gibt es Harvey zufolge

> "deutliche Anzeichen dafür, daß die Postmoderne nichts anderes ist, als das kulturelle Mäntelchen flexibler Akkumulation" (a.a.O., S. 55),

dem Akkumulationsregime des Postfordismus. Dementsprechend scharf kritisiert Harvey die Postmoderne als Konglomeration von Diskursen, die letztlich eine politisch affirmative Wirkung zu den - nach den politisch-ökonomischen Transformationen - neuen Erfordernissen des Kapitals haben (vgl. Kapitel 3.2).

Diese Sichtweise und Herleitung postmoderner Diskurse und kultureller Praktiken wurde als zu einseitig kritisiert (vgl. dazu Dear 1991, Deutsche 1991, Lash 1990a, Morris 1992): Sie ist hochgradig strukturalistisch und versperrt sich damit zusätzlichen Dimensionen der "Raumzeitlichkeit" (Lash) moderner und postmoderner Kultur, die sich eröffnen, wenn stärker der Spielraum und die reflexiblen Möglichkeiten des Subjektes betont wer-

den (vgl. Lash 1990, S.717). Aus postmodernistischer Perspektive besteht das größte Problem des Ansatzes von Harvey darin, daß seine Antwort auf die Herausforderungen von Postmoderne und Dekonstruktion im Versuch der Rekonstruktion einer universellen modernistischen Rationalität liegt (vgl. Dear 1991, S. 537): Er flexibilisiert zwar die Theorie des historischen Materialismus durch das Einbeziehen der Analyse von Differenz und 'otherness', durch die Analyse kultureller Praktiken als wichtiger Facette der Reproduktion und Transformation von symbolischen Ordnungen und durch das Zugeständnis, daß der historische Materialismus eine offene, dialektische wissenschaftliche Methode ist und nicht die absolute Wahrheit für sich beansprucht (vgl. Harvey 1989, S. 355). Trotzdem aber geht er davon aus, daß mit dieser einen Metatheorie alle sozialen und kulturellen Phänomene im Kapitalismus erklärt werden können, was postmodernen Positionen der Relativität und "Vermitteltheit" theoretischer Gebäude widerspricht. So fragt Dear, warum die hart erkämpfte Offenheit theoretischen Herangehens, die auf der Kenntnis der Beschränktheit einer Theorie in der Repräsentation der Wirklichkeit beruht, zugunsten der neu/alten Geschlossenheit eines totalisierenden Diskurses wieder aufgegeben werden sollte (Dear 1991, S. 537).

Besonders kritisiert wird auch, daß Harvey die Differenz verschiedenster postmoderner Ansätze weitgehend unberücksichtigt läßt und sie als "völlig undifferenzierte Masse" (Deutsche 1991, S. 96) seiner Kritik aussetzt (vgl. auch Dear 1991, S. 536). Gegenüber einer solchen politischen Pauschalisierung postmoderner Theorien unterscheidet Dear hingegen *innerhalb* verschiedener postmoderner Theorien zwischen "postmodernism of reaction" und "postmodernism of resistance" (Dear 1986, S. 373): Dabei ordnet er unter ersterem - der Kritik der "kritischen PostmodernistInnen" entsprechend - konservative, politisch affirmative Konzepte ein und versteht letzteren als "methodology of opposition" (a.a.O.), die im Rahmen politisch progressiver Konzepte mit der kritischen Dekonstruktion von Traditionen und ihren Wurzeln befaßt ist. Diese Unterscheidung erscheint allein schon in Bezugnahme auf die Entwicklung und ursprüngliche Motivation postmoderner Positionen erheblich einleuchtender.[2]

Die beschriebene Kritik wird hier geteilt. Der Ansatz der kritischen PostmodernistInnen wird damit nicht für die Bewertung postmoderner intellek-

---

2 Dazu muß allerdings festgestellt werden, daß kritische PostmodernistInnen wie Harvey nicht die Existenz progressiv *gesinnter* PostmodernistInnen bestreiten, sondern die *letztlich affirmative Wirkung* postmoderner Theorien behaupten.

tueller Diskurse, sondern lediglich zur Beschreibung der gesellschaftlichen Formation herangezogen, weil er aufzeigt, daß

> "zwischen der gegenwärtigen globalen Restrukturierung des Kapitals und kulturellen Transformationsprozessen ... ein komplexer Zusammenhang besteht" (Noller 1994, S. 199).

Dabei wird zwar in der vorliegenden Untersuchung davon ausgegangen,

> "daß postmoderne Kultur dem globalen ökonomischen Wandel korrespondierende kollektiv-subjektive Identifikationen und hegemoniale Repräsentationen hervorbringt" (ebd.).

Gleichzeitig wird aber mit Noller zugrundegelegt, daß

> "kulturelle Artikulationen und Praktiken ... nicht einfach Reflexe ökonomischer Prozesse, sondern Ausdruck gesellschaftlicher Machtrelationen und eines Gewebes von Deutungen (sind, d. Verf.), mit denen soziale Gruppen und Individuen an einem spezifischen Ort ihr Verhältnis zur gegenständlichen Welt definieren. ... Kulturelle Artikulationen und Praktiken können aus dieser Perspektive niemals vollständig im Ökonomischen aufgehen und sind deshalb als unabhängige Variablen im gesellschaftlichen Modernisierungsprozeß zu begreifen" (ebd.).

Harveys einseitig negative Sichtweise postmoderner Positionen wird nicht übernommen bzw. hier nicht ausgeführt: Politische bzw. planerische Strategien, die - den im vorigen Kapitel vorgestellten - postmodernen Diskursen zugerechnet werden, werden im weiteren Verlauf der Arbeit im Hinblick auf den möglichen Beitrag diskutiert, den sie für die normative Grundlegung einer demokratischen Planung innerhalb der aktuellen gesellschaftlichen Formation leisten können (vgl. die Kapitel 7 und 8).

Im weiteren soll nun die Beschreibung der aktuellen gesellschaftlichen Entwicklungen erfolgen.

4.2 Die Krise des Fordismus und die Herausbildung der flexiblen Postmoderne

4.2.1 Merkmale und Formationskrise der historischen Entwicklungsstufe des Fordismus

Die seit Anfang der siebziger Jahre andauernden gesellschaftlichen Transformationsprozesse werden in der Sprache des Regulationsansatzes als Entwicklung vom Fordismus zum Postfordismus bezeichnet. Harvey bezeichnet sie als Entwicklung von der fordistischen Moderne zur flexiblen Postmoderne (vgl. Harvey 1989, S. 340 f.).

Der Fordismus, benannt nach Henry Ford, der als erster die Verknüpfung von Massenproduktion und Massenkonsum herstellte, hat sich als hegemoniale Struktur seit den 30er Jahren herausgebildet und kann

> "als eine historische Phase der synchronisierten Entwicklung von Massenproduktion und Massenkonsumption in hochentwickelten kapitalistischen Ländern bezeichnet werden" (Krätke 1990, S. 2).

Er kann durch drei Merkmale charakterisiert werden (vgl. Helbrecht 1994, S. 15, Leborgne/Lipietz 1990, S. 109-114):

Erstes Merkmal ist das industrielle Paradigma der "Massenproduktion homogener Güter" (Bremm/Danielzyk 1991, S. 121) - wie Autos, Fernsehgeräte oder Kühlschränke - im Rahmen der arbeitstechnischen Organisation des "Taylorismus", also der Standardisierung der Produktion und der Trennung einzelner Arbeitsschritte ("economies of scale").

Im makroökonomischen Muster, dem Akkumulationsregime, werden als zweites Merkmal "die Strukturen der Massenproduktion ... durch Massenkonsum sichergestellt" (Helbrecht 1994, S. 15). Die hauptsächliche Neuerung nach dem zweiten Weltkrieg bestand dabei darin, daß der Produktivitätsanstieg mit der Zunahme der Kaufkraft insbesondere der LohnempfängerInnen und damit einem entsprechenden Anstieg des Konsums verknüpft wurde. Damit

> "beruht das ökonomische Wachstum ... in erster Linie darauf, große Teile der Bevölkerung mit Autos, Häusern, Wohnungseinrichtungen, Haushaltsgeräten etc. zu versorgen" (Noller/Ronneberger 1994, S. 503).

Der Massenkonsum ist der Motor der Produktion und fungiert als Kompensation und Leistungsanreiz für durch 'Taylorisierung' erfolgende Eintönigkeit und Verlust von Autonomie am Arbeitsplatz.

Drittes Merkmal des Fordismus sind

> "typische Formen sozialstaatlicher Intervention durch keynesianische Globalsteuerung ('deficit spending') sowie gesellschaftlich ausgehandelte Tarifbeschlüsse im Triangelsystem zwischen Staat, Unternehmen und Gewerkschaften. Darüber hinaus stellen die kulturellen Traditionen der Moderne sowie die Erwartungshaltungen, Rollenmuster und sozialen Spielregeln der nivellierten Mittelstandsgesellschaft als institutionelles Regelwerk (Regulationsweise) das Funktionieren von Organisationsformen der Arbeit und makroökonomischem Muster sicher" (Helbrecht 1994, S. 15).

Damit ist der Nachkriegs-Fordismus weniger ein System der Massenproduktion als vielmehr ein gesamter 'way of life', der Massenproduktion, Standardisierung der Produkte, eine gesamte neue Ästhetik und die Kommodifizierung der Kultur zusammenführt (vgl. Harvey 1989, S. 135 f.).

Zu Beginn der siebziger Jahre gerät dieses Gesellschaftsmodell des Fordismus in eine Formationskrise, wobei die gesamten Schwierigkeiten auf das Problem der Starrheit oder mangelnden Flexibilität zugespitzt werden können. Es werden gleichermaßen in den "ökonomischen, politischen, kulturellen und sozialen Bereichen" (Helbrecht 1994, S. 16) Probleme und Brüche deutlich. Nach Esser und Hirsch sind

> "Formationskrisen darauf zurückzuführen, daß die Dynamik des Verwertungsprozesses und die ökonomisch-sozialen Folgen eines Akkumulationsmodus mit den Grenzen der institutionell und normativ verfestigten Regulationsweise kollidieren. Die gesellschaftlich und technologisch umwälzenden Effekte der Kapitalakkumulation müssen diese früher oder später sprengen. Die dadurch verursachte, strukturelle Störung der Reproduktion drückt sich in einem 'säkularen' Fall der Profitrate aus" (Esser/Hirsch 1987, S. 35).

In der aufkommenden Krise erschöpfen sich zum einen im ökonomischen Bereich die Produktionsreserven der tayloristischen Arbeitsorganisation. Dabei erweist sich eine weitere Verfeinerung des tayloristischen Prinzips

durch kaum mehr steigerbare Produktivität, die im Gegensatz zu großer Kostenintensität tayloristischer Rationalisierung steht, als kontraproduktiv. Damit erlahmt die "Akkumulationsdynamik ... wegen sinkender Profitrealisierung und Kapitalrentabilität" (Ronneberger 1994a, S. 184).

Zum anderen verschärft sich durch die zunehmende Internationalisierung der Ökonomie und durch die Konkurrenz neu industrialisierter Staaten der internationale Wettbewerb. Dabei müssen Produktionskosten gesenkt werden: Hohe Löhne, wichtiges Merkmal der fordistischen Massenkonsumption, werden dadurch zunehmend als exporthemmender Kostenfaktor empfunden. Im politischen Bereich führt der Versuch, "das fordistische Akkumulationsmodell und den korporatistischen Regulierungsmodus durch staatliche Subventionen zu retten", in einen Teufelskreis:

> "Eine progressiv steigende Staatsverschuldung und eine zu einer strukturellen "Stagflation" tendierende Inflation führen zur offenen Preisgabe keynesianischer Prinzipien zugunsten eines Restriktions- und Austeritykurses" (Wagner 1991, S. 114).

Durch Einschnitte in das soziale Netz wird aber der Massenkonsum als tragende Säule des Fordismus unterminiert. Gleichzeitig gerät die tayloristische Arbeitsorganisation durch die "Dequalifizierung und rigide Disziplinierung der Arbeitskräfte" an ihre soziale Grenze, die sich durch Massenstreiks, "Absentismus" und "Sabotage" (Ronneberger 1994a, S. 184) äußert. Auf kultureller Ebene sind zunehmende Kritik und Protestbewegungen von, im fordistischen Kompromiß ausgeschlossenen, sozialen Gruppen (bsp. eines großen Teiles der Frauen) bzw. unterdrückten Minderheiten zu verzeichnen. Sie richten sich etwa gegen unpersönliche bürokratische Rationalität, gegen funktionalisitische Ästhetik und die "Unwirtlichkeit" (Mitscherlich) der Städte oder gegen negative ökologische Folgeerscheinungen fordistischer Modernisierung (vgl. Harvey 1989, S. 139 f.). Gleichzeitig verändern sich durch die zunehmende Ausbildung neuer sozialer Milieus und durch eine Individualisierung der Lebensstile die Nachfragemuster: Anstelle von standardisierten Massenprodukten werden zunehmend "originelle" Produkte aus kleinserieller Anfertigung, die zur individualistischen Kultivierung von Lebensstilen dienen, nachgefragt.

4.2.2 Herausbildung und charakteristische Merkmale der "flexible postmodernity"

Die aktuellen globalen gesellschaftlichen Transformationsprozesse sind im Anschluß an diese Krisenerscheinungen des fordistischen Gesellschaftsmodells zu verstehen.

> "Dabei ist derzeit noch unsicher, ob sich, analog zum Fordismus, erneut ein einziges hegemoniales gesellschaftliches Entwicklungsmodell global durchsetzen wird, oder ob wir es zukünftig nicht vielmehr mit mehreren Varianten post-fordistischer Formationen zu tun haben werden" (Helbrecht 1994, S. 16 f.).

Trotzdem lassen sich einige herausragende Tendenzen gesellschaftlicher Restrukturierungsprozesse ablesen. Sie betreffen sowohl die Entstehung eines neuen Akkumulationsregimes (1.) als auch eine Veränderung der Regulation als Gesamtheit des gesellschaftlichen Überbaus (2.). Innerhalb der Regulation soll hier unterschieden werden zwischen der Herausbildung einer neuen politisch-administrativen Regulationsweise im engeren Sinne (2a) und der - ebenso als Teil der Veränderungen der gesellschaftlichen Regulation zu verstehenden - sozialen Umstrukturierung einschließlich dem Wandel kultureller Praktiken (2b).

Diese - als ineinander verflochtene Bestandteile einer übergreifenden Gesamtentwicklung zu verstehenden - Prozesse sollen hier abstrakt dargestellt werden. Sie werden in der Darstellung der Prozesse einer postmodernen Urbanisierung in Kapitel 5 wieder aufgenommen und dort konkret am Beispiel Frankfurt am Main ausgeführt.

1. Die Herausbildung eines neuen Akkumulationsregimes

Das sich abzeichnende neue Akkumulationsregime ist - gestützt auf neue Basisinnovationen der Mikroelektonik, die neue Informations-, Steuerungs-, und Kommunikations-Technologien hervorbringt - vor allem durch seine Flexibilität gekennzeichnet. Dabei ist die Entwicklung der Informationstechnologien als Basisinnovation anzusehen, die transsektorale Wirkungen hat, also alle Stufen der Produktion, Verwaltung, des Transports, der Verteilung und der Konsumption umfaßt (vgl. Läpple 1991, S. 21 f.).

Eine entscheidende Veränderung ist die Ergänzung bzw. teilweise Ablösung der fordistischen "economies of scale" durch "economies of scope" (vgl. Harvey 1989, S. 155, Leborgne/Lipietz 1990, S. 115): In der industriellen Produktion kann durch neuartige Methoden der flexiblen Produktion, etwa durch kurzfristig programmierbare Werkzeugmaschinen,

losgelöst vom Lebenszyklus eines Produkts rentabel in Kleinserien produziert werden. In der fordistischen Phase bestand hingegen eine ökonomische Notwendigkeit darin, in großen Serien zu produzieren, da die automatischen Maschinen jeweils nur ein standardisiertes Produkt herstellen konnten.

Bedingt durch die Rentabilität von Kleinserien und die Möglichkeit der kurzfristigen Änderung von Produktlinien benötigt ein mikroelektronisch automatisierter Betrieb keinen Massenmarkt mehr für seine Produkte: Er kann wirtschaftlich produzieren, indem er lediglich "elitäre" Marktsegmente bedient. Dadurch ist er nicht mehr abhängig von einem nivellierten und hohen Lohnniveau breiter Bevölkerungsschichten. Als Folge davon kann eine stringente Ausrichtung der Produktion auf Bedürfnisse des Marktes erfolgen: Der Markt wird vom "Verkäufer- zum Käufermarkt", der gesamte Produktionsprozeß auf die Verkaufbarkeit eines Produktes ausgerichtet (Helbrecht 1994, S. 18). Marketing und Werbung oder das beschleunigte Öffnen neuer Märkte durch die Schaffung neuer Bedürfnisse wird dadurch ein - gegenüber der fordistischen Phase - viel entscheidenderer Bestandteil der Produktion.

Im Rahmen der betrieblichen Steuerung sind die, durch mikroelektronische Basisinnovationen möglich gewordene, räumliche Trennung von 'hardware' und 'software' (damit von Entwicklung, Steuerung und Produktion) und die Möglichkeit der Vernetzung dieser Technologien von großer Bedeutung (vgl. Läpple 1991, S. 21). Dies verändert die räumliche Organisation des Produktionsprozesses und bringt neue Formen der Arbeitsteilung hervor. Dabei können "ganze Produktionskomplexe ausgelagert, ... über die verschiedensten Standorte des Globus verteilt" (Ronneberger 1994a, S. 185) und über ein Kommunikationsnetz miteinander verknüpft werden. Dies hat die Tendenz zu einer vertikalen Desintegration der Konzerne zur Folge, die strategisch unbedeutende Teile der Produktion auslagern und unter häufig "äußerst rigiden Anforderungen" (a.a.O.) an Zulieferer und Subunternehmen vergeben. Dadurch wiederum ergeben sich entscheidende Veränderungen des Arbeitsmarktes (vgl. unten).

Die zunehmende Globalisierung der Produktion und der Märkte führt zu einem immer höher werdenden Konkurrenzdruck zwischen Unternehmen. Dies läßt Harvey zufolge dem Image einer Firma und ihrer Produkte eine höhere Bedeutung zukommen, wobei der Wettbewerb zunehmend weltweit und mit Hilfe einprägsamer (Fernseh-)Bilder ausgetragen wird (vgl. Harvey 1994, S. 52).

Die genannten Prozesse führen zu einer Verkürzung der Kapitalumschlagszeiten. Der

> "beschleunigte Umschlag des Kapitals in der Produktion erfordert eine entsprechende Beschleunigung im Bereich der Zirkulation und des Konsums. Verbesserte Kommunikations- und Informationssysteme, verbunden mit einer Rationalisierung der Distribution, ... ermöglichten eine beschleunigte Zirkulation im Markt" (a.a.O., S. 49).

Dies wiederum erhöht die bereits angesprochene Notwendigkeit der schnell aufeinanderfolgenden Öffnung neuer Märkte, was sich in der Warenproduktion etwa durch die Betonung von Fertig- und Wegwerfprodukten äußert. Durch elektronisches 'banking' und durch die Nutzung von Kreditkarten beschleunigen sich zudem die Geldströme, durch "Computerisierung" die Finanzmärkte. Die Internationalisierung von Produktionsprozessen und die Beschleunigung der Kapitalflüsse erzeugt insgesamt "eine hochgradig gesteigerte Mobilität des Kapitals" (Krätke 1990, S. 10). Neben der Möglichkeit der räumlichen Aufsplittung der Produktion führt dies zu einer starken Flexibilisierung der Standortwahl. Dies hat wiederum tiefgreifende räumliche Umstrukturierungen zur Folge (vgl. Kapitel 5).

Diese insgesamt festzustellende rapide Beschleunigung ökonomischer Prozesse im Zusammenhang mit dem Verschwinden räumlicher Barrieren durch zunehmende Standortunabhängigkeit, die weltweite Transaktionen und globale Netzwerke von Unternehmen und Märkten zur Folge hat, wurde von Harvey als Raum-Zeit-Kompression bezeichnet (Harvey 1989).

2. Die Ausbildung neuer Regulationsweisen

a) Neue politisch-administrative Regulationsformen

> "Das Aufkommen eines neuen flexiblen Akkumulationsregimes wird begleitet von der Herausbildung einer neuen Regulationsweise, deren Kennzeichen verstärkte Marktsteuerung, Flexibilisierung und Deregulierung sind" (Krätke 1990, S. 11).

Im Bereich der politisch-administrativen Regulation im engeren Sinne ist also ein deutlicher Wandel des Staatsverständnisses zu verzeichnen, wobei

> "anstelle eines zentralistischen 'bürokratischen' Dinosauriers ... den gestiegenen Anforderungen an Flexibilität mit unternehmerischen Handlungsformen" (Helbrecht 1994, S. 19)

begegnet werden soll. Damit ändert sich der Staatsinterventionismus in Richtung einer "Durchkapitalisierung des öffentlichen Sektors", der sich im Übergang zu "flexiblen unternehmerischen Formen der Staatsaktivität in möglichst vielen staatlichen Aufgabenbereichen" (Krätke 1990, S. 11) zeigt.

Generell folgen auf die technologischen und ökonomischen Umstrukturierungen neue politische Ziele:

> "Die direkte Koppelung von Lohnsteigerung und Preissteigerung, die relative Absicherung in einem öffentlichen und privaten Netz sozialer Sicherheiten war einer ins Stocken geratenen Kapitalverwertung nicht zuträglich" (Bremm/Danielzyk 1991, S. 122).

Dies hatte nach Harvey in Nord-Amerika und großen Teilen Westeuropas einen aggressiven Neokonservativismus zur Folge, der zur Herstellung eines "favourable business climate" die Macht der Gewerkschaften und der sozialen Bewegungen bekämpfte (vgl. Harvey 1989, S. 166 ff.). In der Bundesrepublik vollzog sich mit dem Übergang von einem "Lohn-geleiteten" zu einem "Export-geleiteten" System, in dem hohe Löhne als negativer Kostenfaktor angesehen werden, die Wende vom sozial-reformerischen Projekt Anfang der siebziger Jahre zum "Modell Deutschland":

> "An die Stelle des 'Keynesianischen Wohlfahrtsstaates' tritt nun der 'Schumpeterianische Leistungsstaat' der nicht mehr auf der Idee der sozialen Verteilung des ökonomischen Wachstums beruht, sondern vor allem die strukturelle Wettbewerbsfähigkeit zu fördern versucht und mit anderen Ländern um Investitionen konkurriert ('Standort Deutschland')" (Ronneberger 1994a, S. 185).

Damit verbunden sind anhaltende Einschränkungen der Leistungen des Sozialstaates.

Gleichzeitig zeigen die im Fordismus in Gewerkschaften und Arbeitgeberverbänden "korporativ institutionalisierten gesellschaftlichen" Lager Auflösungserscheinungen (Wagner 1991, S. 115). Insbesondere die Gewerkschaften werden unter anderem durch das - im Rahmen des Niederganges der Massenproduktion zu verstehende - langsame Verschwinden der Arbeiterklasse geschwächt. Das klassische Aushandlungsdreieck zwischen Staat, Unternehmen und Gewerkschaften wird erweitert durch Initiativen und neue LobbyistInnen. Nicht nur durch neue, postfordistische Anforderungen des Kapitals an die Politik, sondern auch durch die sich verändernden Sozialstrukturen (vgl. unten), gerät die regulative Politik in eine generelle Krise: In der sich herausbildenden "Zweidrittelgesellschaft" wird die

soziale Frage zum Problem einer Minderheit, und "durch die Fragmentierung 'objektiv' einheitlicher Soziallagen" verlieren sich auch einheitliche politische Ziele. Dabei wird

> "auch jedes Regulierungsinteresse zu einem Minderheiteninteresse und damit die Möglichkeit der Regulierung überhaupt grundsätzlich in Frage gestellt. ... Die wohlsituierte Mehrheit fordert ... wieder den Nachtwächterstaat" (Häußermann/Siebel 1993, S. 27).

Die Politik versucht sich, Häußermann und Siebel zufolge, durch eine Festivalisierung, durch die Inszenierung großer Ereignisse sozusagen "als Inszenierung ihrer eigenen Daseinsberechtigung" (a.a.O., S.28) aus diesem Dilemma zu retten. Auch Harvey erkennt eine Tendenz der Politik von "Brot und Spielen" anhand der Mobilisierung von Spektakeln. Sie äußert sich zugleich in der zunehmenden Bedeutung großer Ereignisse (Olympische Spiele, EXPOs, Kulturfestivals etc.) wie in der Produktion "symbolischen Kapitals" durch architektonische oder städtebauliche Inszenierungen (vgl. Harvey 1990, S. 52). Dabei bestehen die größten Gefahren im

> "organisierten Wegsehen von sozialen, schwer lösbaren und wenig spektakuläre Erfolge versprechenden Problemen" (Häußermann/ Siebel 1993, S. 28)

und im Unterlaufen

> "der Regeln demokratischer Konsensbildung durch eine Kombination aus elitärem Korporatismus und Populismus" (a.a.O., S. 30).

Dies hat die Tendenz einer Aushöhlung der "institutionalisierten Formen der gesellschaftlichen Selbstregulation" (ebdzur Folge.

Insgesamt ist zunehmend eine Politik der selektiven Privilegierung zu beobachten, "in der der Staat als selektiver Staat nur noch die privatistischen Interessen der entsolidarisierten Eliten bedient" (Helbrecht 1994, S. 22). Damit

> "dürfte die selektive Privilegierung artikulationsstarker Gruppen zu einem Hauptcharakteristikum des Staates nach der Massengesellschaft werden" (ebd.).

b) Soziale Umstrukturierung und der Wandel kultureller Praktiken

Ein zweiter Bereich von Transformationsprozessen innerhalb des Komplexes der gesellschaftlichen Regulation betrifft das soziale Leben der

Gesellschaft, das von der Veränderung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse über die Herausbildung eines neuen Konsummodells bis zu Veränderungsprozessen im "alltäglichen Denken und Handeln" (Harvey 1994, S. 71) reicht.

Direkte Folgen haben die ökonomischen Umstrukturierungen auf den Arbeitsmarkt: Vor allem Betriebsauslagerungen und Subkontraktierungen, also die vertikale Desintegration der Produktion, fragmentieren und polarisieren die Arbeitsverhältnisse. Anstelle flächendeckender Hochlohngebiete entwickelt sich eine

> "Pyramide von Arbeits- und Abhängigkeitsverhältnissen. An der Spitze der neuen Hierarchie stehen die Kernbelegschaften in den Entwicklungs- und Fertigungszentren, die insgesamt maximal ein Drittel der Beschäftigten ausmachen. Ganz unten sind die 'sweat shops' angesiedelt, in denen 'bad jobs' von Billiglohnarbeitern ausgeführt werden" (Ronneberger 1994a, S. 185).

Im Wiederaufleben der 'sweat shops', die von familialen oder paternalistischen Arbeitssystemen geprägt sind, sowie im zunehmenden Wachstum einer schwarzen oder informellen Ökonomie sieht Harvey eine Annäherung der Verhältnisse zwischen "Dritter Welt" und westlichen Industrieländern (vgl. Harvey 1989, S. 152).

Der industrielle Arbeitsmarkt spaltet sich zunehmend in unqualifizierte ArbeiterInnen und in hochqualifizierte Dauerarbeitskräfte. Während letztere im Rahmen eines Wandels der Arbeitsauffassung - von strikter tayloristischer Zergliederung der Arbeitsschritte zu mehr Verantwortlichkeit und einem breiteren Qualifikationsniveau - die komplizierten Steuerungstechniken kontrollieren, werden erstere zum großen Teil unterbezahlt, als 'jobber' nur zeitweise beschäftigt oder als Dauerarbeitslose marginalisiert. Eine solche Deregulierung des Normalarbeitsverhältnisses wird durch das Entstehen eines neuen Typus von "selbständigen" ArbeiterInnen verstärkt, die von Unternehmen nur noch subkontraktiert werden. Dies zeigt die Tendenz,

> "den Lohncharakter der selbständigen Arbeit so weit wie möglich abzustreifen und die mit ihr verknüpften sozialen Risiken aus dem Beschäftigtenverhältnis auszulagern" (R. Roth, zitiert in: Ronneberger 1994a, S. 185).

Eine Folge davon ist die zunehmende Inhomogenität und Auflösung traditioneller Klassen (v.a. der Arbeiterklasse).

Da Massenkonsum keine ökonomische Notwendigkeit mehr darstellt, findet darüber hinaus eine Entkoppelung der Produktivitätssteigerungen von der Entwicklung der Masseneinkommen statt. Damit polarisieren sich die Einkommensunterschiede mit der Folge einer weiteren sozialen Spaltung der Gesellschaft. Die klassische soziale Frage wird zu einer "neuen sozialen Frage", in der "soziale Probleme als solche der Marginalisierung von Situationsgruppen bestimmt" (Häußermann/Siebel 1993, S. 26) sind und damit Probleme einer Minderheit werden.

> "Zudem kann diese Minderheit aus ökonomischen, sozialen und politischen Zusammenhängen der Gesellschaft ausgegrenzt werden und ist im Gegensatz zum Industrieproletariat gleichsam verzichtbar und damit politisch schwach" (ebd.).

Diese Problematik verstärkt sich dadurch, daß die marginalisierten Gruppen (wie AusländerInnen, alte Menschen, Langzeitarbeitslose, Wohnungslose, Alleinerziehende) in derartig unterschiedlichen Lebenszusammenhängen leben, daß sich kaum gemeinsame, organisationsfähige politische Ziele definieren lassen.

Eine solche "Fragmentierung 'objektiv' einheitlicher Soziallagen" (a.a.O., S. 27) wird auf sozialstruktureller Ebene vom Niedergang traditioneller Familienstrukturen (also der bürgerlichen Kleinfamilie) und der zunehmenden Bedeutung neuer Haushaltstypen, wie von Singles, 'Dinks' (als Abkürzung für "Double Income No Kids") oder Alleinerziehenden begleitet: "Postmoderne Sozialstrukturen" sind nach Häußermann/Siebel durch "Heterogenisierung und Individualisierung gekennzeichnet" (ebd.).

Diese Entwicklungen können in einen Zusammenhang mit der Herausbildung eines neuen, stärker hierarchisierten Konsummodells gesetzt werden, das von einer "hochgradigen Differenzierung und Aufspaltung der Konsummuster" (Krätke 1990, S. 10) geprägt ist.

Dabei besteht einerseits eine Verbindung mit der beschriebenen Polarisierung der Reproduktionsbedingungen:

> "Die einen konsumieren zunehmend exklusive Warenangebote und spezialisierte gehobene Dienstleistungen, die anderen sind auf reduziertem Lebensstandard zu weiter intensivierter Konsumarbeit gezwungen" (ebd.).

Darüber hinaus findet eine Ausdifferenzierung von standardisierten Verbrauchsmustern andererseits auch im Rahmen veränderter kultureller Praktiken statt, die sich von den als

> "normierend empfundenen Vorgaben einer (scheinbar) nivellierten Massengesellschaft abzusetzen versuchen" (Noller/Ronneberger 1994, S. 503).

Sie müssen vor dem Hintergrund der kulturellen Erschütterung des bürgerlichen Lebensmodells seit den sechziger Jahren gesehen werden, die so unterschiedliche Gruppen wie "Yuppies" und "Alternative" hervorbrachte (vgl. Häußermann/Siebel 1987, Kapitel 1). Im Zusammenhang mit der verstärkten Differenzierung von kulturellen Praktiken und Lebenslagen werden traditionelle Milieuzugehörigkeiten zunehmend irrelevant. Als neues gruppenbildendes Merkmal tritt der Lebensstil hinzu, mit dem "Merkmale des Geschmacks gefaßt" werden. Damit wird die Betrachtung von "Kultur" in die Analyse sozialer Ungleichheit eingebracht (vgl. Müller 1994, S. 39).

Die Dimension der Lebensstile kann aber an die materielle Basis rückgekoppelt werden: Nach Bourdieu sind Lebensstile Ausdruck einer strukturellen Vielfalt, die sich aus den verfeinerten Akkumulationsmodi des Kapitals speist. Die Kultivierung von Lebensstilen ist damit faktisch der "herrschenden Klasse" vorbehalten (vgl. Krüger 1991, S. 138). Dabei ist allerdings zu berücksichtigen, daß sozioökonomische und soziokulturelle Ungleichheit teilweise entkoppelt wird: Hier hilft die von Bourdieu getroffene Unterscheidung in verschiedene Arten von Kapital, über die Individuen verfügen. Dabei werden "ökonomisches", "kulturelles" (etwa als individuelle Wissens- oder Geschmackskompetenz) und "soziales Kapital' (bsp. als Kommunikationsfähigkeit und Zugehörigkeitsmöglichkeit zu entsprechenden sozialen Gruppen) unterschieden (vgl. Bourdieu 1983, Krüger 1991, S. 121).[3]

Mit der Überlagerung klassischer sozialer Schichten durch Lebensstile als gegenüber Anderen abgrenzende Identifikationsmuster

---

3 Treffend in diesem Zusammenhang ist die Beschreibung der, trotz großer Unterschiede in der Verfügbarkeit über ökonomisches Kapital, teilweise übereinstimmenden Verhaltensmuster zwischen Yuppies und Alternativen bei Häußermann und Siebel (1987, Kapitel 1).

> "nimmt zwangsläufig das Interesse an ... symbolischen Auseinandersetzungen zu. Der Kampf um Symbole, die Definition von Images, die Repräsentation kultureller Praktiken werden wichtiger" (Helbrecht 1994, S. 35).

Dies hat wiederum Effekte auf die Ökonomie: Die wachsende Anzahl der AbnehmerInnen symbolischer Güter hat die zunehmende Bedeutung von symbolischem Kapital, aber auch den Aufstieg von "Spezialisten für symbolische Produktion" (Featherstone 1990, S. 235) vor allem aus den Bereichen Marketing, Design und Medien zur Folge. Generell steigt die

> "Sensibilisierung gegenüber Ästhetik, Stil, Stilisierung des Lebens und die emotionale Selbsterforschung innerhalb der neuen Mittelklasse" (ebd.),

die insbesondere aus den GewinnerInnen der ökonomischen Umstrukturierung besteht. Dies hat auch eine Bedeutungszunahme von TherapeutInnen oder sonstigen helfenden BeraterInnen zur Folge. Aus den Gruppen dieser "neuen Mittelklasse" kommen nach Featherstone die ProduzentInnen postmoderner Kultur. Danach kann

> "der Aufstieg des Postmodernismus als Teil langfristiger Prozesse sozialer Transformation verstanden werden, der zu einem Anstieg des Machtpotentials der Spezialisten für symbolische Produktion und Verbreitung geführt hat" (a.a.O., S. 241).

4.3 Die Desintegration der sozialen Lebenswelt in der postmodernen Gesellschaft

Als Folgen der bislang beschriebenen Transformationsprozesse sind spezifische soziale Erfahrungszusammenhänge zu verstehen, die insbesondere von TheoretikerInnen der Postmoderne beschrieben werden: Diese

> "Erfahrungen spiegeln Entwicklungstendenzen, die auf eine Desintegration der sozialen Lebenswelt hinauslaufen und ein neue, riskante Schwelle der Individualisierung der Gesellschaftsmitglieder markieren. Die Leitformel, die die postmodernen Sozialtheorien für die damit umrissenen Tendenzen bereithalten, ist die des 'Endes' oder der 'Auflösung' des Sozialen" (Honneth 1994, S. 12).

Dabei geht es vor allem um drei Komplexe, die miteinander verbunden sind:

Der erste Komplex ist eine direkte Folge der technologischen Neuerungen und steht im Zusammenhang mit den Umstrukturierungen des kapitalistischen Wirtschaftssystems: Der beschleunigte Umsatz des Kapitals und die

Grenzen, die der Akkumulation durch die Lebensdauer materieller Waren gesetzt sind, erfordern zum einen eine Beschleunigung des Konsums durch eine Mobilisierung der Moden bei Bekleidung und Accessoires sowie bei 'Lifestyles' und Freizeitaktivitäten und zum anderen eine verstärkte Hinwendung zur Produktion von Dienstleistungen vor allem der Unterhaltung, die im Konsum rasch vergänglich sind. Dies bedeutet einen Beschleunigungsschub innerhalb der Gesellschaft, mit der Folge der raschen Vergänglichkeit von Moden, Produkten, Arbeitsprozessen, aber - nach Harvey - auch von Ideen und Werten (vgl. Harvey 1994, S. 50). Ferner erfordert es die aktive Steuerung solcher Märkte durch die

> "Manipulation von Geschmack und Meinung, wobei man sich entweder als Macher von Moden etablieren oder den Markt mit Bildern überschwemmen muß, die die Vergänglichkeit auf bestimmte Zwecke hin orientiert" (a.a.O. S., 52).

Dies bedingt "die Schaffung neuer Zeichensysteme und Bildwelten" (ebd.), was sowohl eine gewaltige Zunahme einer auf Wunscherzeugung und Geschmacksmanipulation abzielenden Werbung als auch die Zunahme der Bedeutung der Produktion von Images als Vermittler entsprechender Bilder bewirkt. Dabei werden Images erzeugt und vermarktet wie Waren. Dies hat einen Aufschwung der bildproduzierenden Industrie zur Folge, die "letztlich nicht umhinkommt, sich auf die Innovationskraft der unmittelbaren Produzenten zu stützen" (a.a.O., S. 56). Dadurch findet ein außerordentliches Wachstum der Kulturproduktion statt, die Trends und Moden organisiert und durch die Produktion und Vermarktung von "Bildern" die Kapitalumschlagszeiten verkürzt (vgl. auch Featherstone 1990). [4]

> "Indem die Kultur damit aber in wachsendem Maße zugleich zum Träger und zur Ideologie des kapitalistischen Wachstumsprozesses wird, verliert sie endgültig ihren sozialen Rückhalt in der alltäglichen Lebenswelt: Die kulturellen Leistungen, ob nun Rockkonzerte, Fußball oder Kunstwerke, werden dem direkten Kommunikationszusammenhang entzogen und den vereinzelten

---

4 Als Beispiel für diese Entwicklungen kann die "Partnerschaft" der zur Zeit als weltweit größte Rockband geltenden "Rolling Stones" mit dem Volkswagen-Konzern genannt werden, der deren Tournee mit geschätzten 20 - 30 Millionen DM sponsort und im Gegenzug dafür mit dem Image der Band für eine Mittelklassewagen-Serie wirbt (vgl. FR v. 22.4.95). Deutlich wird dies etwa auch durch die Tatsache, daß die Mode-, Musik- und generell die "Lifestyle"-Branchen sogenannte "Trendspione" beschäftigen, die an "vorderster Front" vor allem neue jugendkulturelle Trends aufspüren, die dann - auf der Basis der Beurteilung ihrer Vermarktungschance - umgehend kommerzialisiert werden.

> Subjekten als Objekt einer bloß noch passiven Betrachtung zugleich nähergebracht" (Honneth 1994, S. 12).

Mit diesem zunehmenden Einbau der Kultur in den ökonomischen Verwertungsprozeß, der eine tendenzielle Aufweichung der relativen Autonomie der Kultur bedeutet (vgl. Jameson 1986, S. 93),

> "kann daher eine tendenzielle Auflösung des ästhetischen Vermittlungsmediums der sozialen Lebenswelt einhergehen" (Honneth 1994, S. 12).

Innerhalb eines zweiten Komplexes zur Desintegration der sozialen Lebenswelt wird neben ihrer ästhetischen Dimension zunehmend auch ihre normative Dimension geschwächt. Nach Häußermann und Siebel erodieren die kollektiven Wertbestände in einem doppelten Sinn:

> "Sie werden immer weniger kollektiv geteilt, und sie beziehen sich immer weniger auf ein Kollektiv wie z.B. 'Arbeiterklasse' oder 'Lohnabhängige'. Die Hoffnung der Moderne, daß es genügende einheitliche und stabile Interessen für bestimmte Politikziele gebe, ... hat sich in den postmodernen Sozialstrukturen ... weitgehend verflüchtigt" (Häußermann/Siebel 1993, S. 27).

Generell ist nach Lyotard in der Postmoderne die allgemeine Verbindlichkeit der Metaerzählungen der Moderne aufgelöst (Lyotard 1986, S.13 f., vgl. Kapitel 3.2).

Habermas zufolge sind die "utopischen Energien aufgezehrt": Die Zukunft ist nicht mehr positiv mit der Fortschrittshoffnung der Sozialutopien, sondern im Zusammenwirken von sozialen Polarisierungen, Umweltzerstörungen sowie militärischen und großtechnologischen Bedrohungen negativ besetzt, weil sich Produktivkräfte zunehmend in Destruktivkräfte verwandeln, "Vernunft" sich immer mehr als rein instrumentelle Vernunft erweist (vgl. Habermas 1985, S. 143 f.). Damit schwindet der Glaube an die "emanzipative Kraft des technischen Fortschritts, an etatistischen Reformismus und administrative Machbarkeit" und an die "Ideale von Gleichheit, sozialer Sicherheit und kollektiver Wohlfahrt" (Hirsch/Roth 1986, S. 103): Der "Tod des Sozialen" rückt immer näher.

In dieser Situation verlieren die alten "Attraktionspole" wie Parteien, Berufsverbände, Institutionen und historische Traditionen an Anziehungskraft: In der Identifizierung mit einem Lebensziel ist jeder "auf sich selbst zurückgeworfen" (Lyotard 1986, S. 54). Dies bedeutet Lyotard zufolge eine "Atomisierung des Sozialen in lockere Netze des Sprachspiels"

(a.a.O., S. 59). Nach Honneth droht mit dem beschleunigten Vorgang einer Zerstörung der

> "narrativ verfaßten Überlieferungen, in denen sich die Mitglieder eines Gemeinwesens in ihrer Gegenwart noch kommunikativ auf eine gemeinsame Vergangenheit und eine entsprechende Zukunft hin verständigen konnten ... die Gefahr einer Austrocknung des kulturell-normativen Interaktionsmediums der Lebenswelt - weil die eine, narrativ erzeugte 'Geschichte' wieder in viele partikulare 'Geschichten' zerfällt, können die Subjekte sich nicht mehr über die Grenzen ihrer jeweiligen Bezugsgruppe hinweg verständigen" (Honneth 1994, S. 13).

Ein dritter Erfahrungszusammenhang im Rahmen der Desintegration der sozialen Lebenswelt betrifft die Kommunikationsfähigkeit der Subjekte: Diese befinden sich, sowohl vor dem Hintergrund der beiden erstgenannten Entwicklungskomplexe als auch im Zusammenhang mit dem zunehmenden Verlust der Bedeutung der Arbeit, die in der Arbeitsgesellschaft Hauptbestandteil der individuellen Selbstverwirklichung und Identifikation als "nützliches" Mitglied der Gesellschaft war, in einem Zustand wachsender Orientierungslosigkeit. Dazu kommt, daß durch den Aufstieg der elektronischen Medien zunehmend die "Einbindung von Simulakra in das alltägliche Leben" (Harvey 1994, S. 69) erfolgt.[5] Durch ein Zusammenwirken der immer größeren Beschleunigung von Werten, Lebensstilen und Bindungen, dem Bedeutungswachstum der Vermittlung von Bildern und Images und der zunehmenden technischen Fähigkeit der Produktion von Bildern bis hin zur Originaltreue sind die von wachsender Orientierungslosigkeit geprägten Subjekte der "elektronisch fabrizierten Medienwirklichkeit so stark ausgesetzt", daß sie allmählich "die kognitive Fähigkeit zur Unterscheidung von Realität und Fiktionen" zu verlieren beginnen:

> "Innerhalb der sozialen Lebenswelt findet ein Prozeß der Fiktionalisierung von Wirklichkeit statt" (Honneth 1994, S. 14).

Dies führt neben der Orientierungslosigkeit zur zunehmenden Fragmentierung der Subjekte, wobei das im marxschen Sinne entfremdete Subjekt durch das fragmentierte Subjekt substituiert wird (Jameson 1986, S. 59,

---

5 Simulakra sind originalgetreue Kopien: Neben ihrer Funktion für die Imageerzeugung dienen sie häufig zur Kompensation von Defiziterfahrungen durch die "kalte" volltechnisierte Umwelt, indem sie etwa eine "ursprüngliche" Gemütlichkeit simulieren: Beispiele dafür sind originalgetreue Nachbildungen von mittelalterlicher Architektur, Kneipen oder Festivals.

Harvey 1989, S. 53): Die Erfahrung der Vergangenheit wird als vermeintlich reales Simulakrum (etwa durch Simulationen historischer "Welten") in die Gegenwart hinein konstruiert, der Sinn für die Zukunft geht durch extreme Beschleunigung und Vergänglichkeit verloren:

> "Die zeitliche Dimension ist zerbrochen, wir leben und denken nur noch in Fragmenten von Zeit, die jeweils auf einer eigenen Bahn davonfliegen und im Nu entschwinden" (I. Calvino, zitiert in: Harvey 1994, S. 59).

Da aber persönliche Identität als Einheit auf einem Zusammenspiel von Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft mit der Erzeugung eines Sinnes beruht, besteht die Gefahr, daß sie mit der zeitlichen Dimension in einen "Trümmerhaufen" von "angehäuften Fragmenten" zur Schizophrenität zerbricht, die nach Jameson ein typisches Merkmal der Postmoderne darstellt (Jameson 1986, S. 70-75).

Zumindest geht aber mit diesen Entwicklungen eine Schwächung der Kommunikationsfähigkeit der Subjekte einher.

Bei der Beschreibung dieser Erfahrungszusammenhänge darf allerdings vor dem Hintergrund der beschriebenen gesellschaftlichen Transformationsprozesse nicht übersehen werden, daß sie auf die Subjekte in unterschiedlichen Zusammenhängen unterschiedliche Auswirkungen haben. Hasse unterscheidet verschiedene Formen der Wandlung der Subjekte in postmodernen Gesellschaften. Neben der unbemerkten - und damit ungewünschten oder bedrohlichen - Fragmentierung des Subjekts sieht er folgende verschiedene Formen von Reaktionen auf die beschriebenen Entwicklungen:

- die Suche nach der Gegenerfahrung zu Entfremdung und sozialer Auflösung in

  > "abfedernden Verheißungen und Realutopien (z. B. in eskapististischen Handlungsnischen der wiederentdeckten Idylle oder des Konsums ...)" (Hasse 1989, S. 21);

  Harvey beobachtet in diesem Zusammenhang auch das Aufleben eines Neokonservativismus, der sich etwa in der Suche nach Autorität in der Politik oder im wiedererwachten Interesse an traditionellen Werten wie Nationalstaat und Familie ausdrückt (Harvey 1994, S. 58 und 71);

- den Widerstand gegen die geschilderten Bedrohungen und die Bereitschaft zu veränderungsorientiertem Handeln und
- einen ästhetisch motivierten Rückzug aus der "Rationalität des hegemonialen ökonomischen Diskurses" im Rahmen der Betonung von Selbsterfahrung und sinnlichem Erleben (vgl. Hasse 1989, S. 21).

In den letzten beiden Dimensionen sammeln sich in der "Dissidenz von Wachstumskritikern" (Habermas 1985, S. 155) die neuen sozialen Bewegungen, die in der Bundesrepublik "Minderheiten verschiedenster Herkunft" sind. Sie gehen davon aus, daß die "Lebenswelt durch Kommodifizierung und Bürokratisierung in gleichem Maße bedroht" (ebd.) ist und richten ihre Forderungen letztlich auf die Stärkung der Autonomie der bedrohten Lebenswelt.[6]

Die postmoderne Gesellschaft ist als Ganzes damit nicht eine Gesellschaft, die aus Subjekten besteht, die mehr oder weniger wehrlos der manipulativen Fiktionalisierung der Realität und der Kolonialisierung der Lebenswelt ausgesetzt sind. Entscheidend ist vielmehr, daß die beschriebenen Erfahrungszusammenhänge insbesondere für die sozialen VerliererInnen der dargestellten Restrukturierungsprozesse eine negative Bedeutung haben: Vor allem die Bevölkerungsgruppen, die über geringes soziales und kulturelles Kapital verfügen, sind der Kolonialisierung der Lebenswelt mit den negativen Entwicklungen der sozialen "Atomisierung" sowie der Manipulation durch elektronische Medien am stärksten ausgesetzt und haben nur geringe Chancen für die Ausbildung eines Widerstandspotentials dagegen. Sie können aber auch die potentiell positiven Bestandteile der beschriebenen Entwicklungen in viel geringerem

---

6 Vergleiche dazu auch die Entstehung der postmodernen Kultur als "adversary culture" (Kapitel 3.1).

Maße für sich nutzen als Bevölkerungsgruppen, die über ein hohes soziales und kulturelles Kapital verfügen.

Grundsätzlich stellen die beschriebenen Erfahrungszusammenhänge vor allem auch einen Freiheitsgewinn dar. Dieser, im Verlust überkommener sozialer Bindungen und in der Zunahme der Auswahlmöglichkeit durch die Vervielfältigung von Werten, Lebensstilen etc. liegende, Freiheitsgewinn kann aber nur eingelöst werden, wenn verlorene soziale Bindungen oder der Verlust von allgemeinen normativen Orientierungen durch ein hohes Maß an individuellen sozialen und kulturellen "Fähigkeiten" ausgeglichen werden können: Nur dann entsteht als Folge einer Abnahme sozialer "Zwänge" und einer Zunahme verfügbarer Werte oder Lebensformen eine individuelle Autonomie, die den positiven Gegensatz zur Orientierungslosigkeit durch den Verlust der ästhetischen, normativen und kommunikativen Dimension der Lebenswelt darstellt. Die entsprechenden Fähigkeiten sind aber wiederum an Bildung, sozialen Status etc. verknüpft und damit gesellschaftlich zunehmend ungleichverteilte Ressourcen. Zudem ist die Kultivierung von individualistischen Lebensstilen, die zunehmend zur gesellschaftlichen Respektierung erforderlich ist, auch direkt an Verfügbarkeit über materielles Kapital verknüpft.

Diese Problematik wird im Anschluß an die im nächsten Kapitel erfolgende sozialräumliche Konkretisierung am Beispiel Frankfurts in ihrer Bedeutung für die Frage nach einer demokratischen Planung diskutiert (5.3).

4.4 Fordistische Moderne und flexible Postmoderne: Charakteristische Merkmale

Die gesamten geschilderten Entwicklungen fügen sich nun nach Harvey zu einer gesellschaftlichen Formation zusammen, die er in Abgrenzung zum letzten historischen kapitalistischen Entwicklungsstadium der "fordistischen Moderne" als "flexible Postmoderne" bezeichnet. Diese können, wie hier in Abbildung 4-1 dargestellt, modellhaft einander gegenübergestellt werden.[7]

Diese Merkmale umfassen jeweils sowohl das Akkumulationsregime und die Regulationsweisen einschließlich der kulturellen Praktiken als auch Merkmale der im vorigen Kapitel beschriebenen intellektuellen Diskurse

---

7 Dabei werden im Vergleich der Merkmale von Harvey (1989, S. 340 f.) mit der abgeänderten Adaption von Helbrecht (1994, S. 32) einige Merkmale zusammengefaßt bzw. weggelassen.

der Postmoderne. Sie sind damit gleichsam eine Ergänzung der Hassanschen Merkmale der Postmoderne als kultureller Dominante um sozio-ökonomische Merkmale der postmodernen Gesellschaft.

Sowohl die fordistische Moderne als auch die flexible Postmoderne haben nach Harvey jeweils relativ kohärente gesellschaftliche Formationen ausgebildet. Beide sind aber nicht als fixe Konfigurationen zu verstehen, sondern als dynamische Kategorien, deren Merkmale in der Realität zwischen beiden Extremen pendeln: Die Gegensätze, die aus didaktischen Gründen so scharf dargestellt sind, bilden in der Realität verschiedenformige Verflechtungen. Beide Formationen sind weit davon entfernt, homogen zu sein. So treten etwa - bezogen auf das Akkumulationsregime - nach wie vor fordistische Produktions- und Organisationsweisen auf. Sie haben aber ihre dominante Funktion verloren. Geändert haben sich damit nicht die gesamten Strukturen. Vielmehr hat sich die Dominanz der einzelnen Merkmale in einer Weise verschoben, die es als gerechtfertigt erscheinen läßt, von einer neuen Formation zu sprechen (vgl. Harvey 1989, S. 338 f.).

Nach Harvey sind - aus marxistischer Perspektive - beide Formationen als entgegengesetzte interne Beziehungsgefüge innerhalb des Kapitalismus als Ganzem zu verstehen, wobei hier wieder an die anfangs geäußerte Kritik angeschlossen werden kann, daß dabei alle kulturellen und lebensweltlichen Phänomene als abhängige Funktionen des ökonomischen Systems erscheinen.

Die Bedeutung der hier beschriebenen gesellschaftlichen Entwicklungsprozesse für eine sich als demokratisch verstehende Stadtplanung wird in Zusammenhang mit der konkreten lokalen Ausprägung der postmodernen Gesellschaft am Ende des nächsten Kapitels (in 5.3) zusammenfassend bewertet.

Fordistische Moderne	**Flexible Postmoderne**
‘economies of scale’, Hierarchie, Homo-genität, Teilung der Arbeitsschritte	‘economies of scope’, Anarchie, Diversität, soziale Arbeitsteilung
Paranoia, Entfremdung	Schizophrenie, Dezentrierung
Vorsatz, Determination, Universalismus	Spiel, Indetermination, Lokalismus
Staatsgewalt, Gewerkschaften, Wohlfahrtsstaat	Finanzherrschaft, Individualismus Neokonservativismus
Ethik, Materialismus	Ästhetik, Immaterialismus
Produktion, Originalität, Autorität, ArbeiterInnen, Avantgardismus, Politik der Interessensgruppen, Semantik	Reproduktion, Pastiche, Eklektizismus, Angestellte, Kommerzialismus, charismatische Politik, Rhetorik
Zentralisierung, Totalisierung, Synthese, Kollektiv	Dezentralisierung, Dekonstruktion, Antithese, lokale Kontraste
Metatheorie, Erzählung, Tiefgang, Massenproduktion, Klassenpolitik, technisch-wissenschaftliche Rationalität	Sprachspiele, Image, Oberflächlichkeit, Kleinserienfertigung, soziale Bewegungen, pluralistische Vielfalt
Utopie, Konzentration, spezialisierte Arbeit, kollektive Konsumption	Heterotopie, Zerstreuung, flexible Arbeit, symbolisches Kapital
Funktion, Repräsentation, mechanische Reproduktion	Fiktion, Selbst-Referenz, elektronische Reproduktion
Werden, Epistemologie, Regulation, relative Lage	Sein, Ontologie, Deregulierung, Ort
Staatsinterventionismus, Industrialisierung, Internationalismus,	Laissez-faire, Deindustrialisierung, Geopolitik
Permanenz, Zeit	Simultanität, Raum

Abb. 4-1: Fordistische Moderne - flexible Postmoderne: Charakteristische Merkmale (Quellen: Harvey 1989, S. 340 f., Helbrecht 1994, S. 32)

5 *Postmoderne Urbanisierung am Beispiel Frankfurt am Main*

Im Hinblick auf die Stadtplanung und auf die Fragestellung der Arbeit ist die "Postmodernisierung" des "gesellschaftlichen Raummodells" (Helbrecht 1994) oder der "räumlichen Vergesellschaftung" (Hasse 1988) in ihren verschiedenen Dimensionen von besonderem Interesse. Dies ist vor dem Hintergrund der Annahme zu verstehen, daß der Raum ein Abbild gesellschaftlicher Beziehungen und ein Feld von ökonomischen, politischen, sozialen und ideologischen Auseinandersetzungen ist. Dabei entwickelt jede Gesellschaftsform "spezifische Vorstellungen und soziale Umgangsweisen mit dem Raum" (Helbrecht 1994, S. 30). Parallel zu den beschriebenen gesellschaftlichen Entwicklungen bildet sich damit ein gesellschaftliches Raummodell mit spezifischen regionalen und städtischen Ausprägungen heraus. Dieses ist Ausdruck der politsch-ökonomischen, der sozialen und der kulturellen Dimension der gesellschaftlichen Formation. Damit ist es konkrete Grundlage räumlicher Planung, die aber auch selbst Bestandteil der lokalen gesellschaftlichen Regulation und damit des gesellschaftlichen Raummodells ist. Das gesellschaftliche Raummodell der Postmoderne soll hier am Beispiel Frankfurt am Mains beschrieben werden.

In Frankfurt kann die Problematik demokratischer Planung in der Postmoderne besonders deutlich aufgezeigt werden: Zum einen sind dort die Prozesse der Postmodernisierung der (städtischen) Gesellschaft in ihren verschiedenen Dimensionen besonders weit fortgeschritten und zudem wissenschaftlich weitgehend aufgearbeitet. Damit kann der gesellschaftliche Strukturwandel durch seine in Frankfurt sehr auffällige Ausprägung gewissermaßen exemplarisch für zukünftige Entwicklungen auch in anderen großen Städten gut dargestellt werden. Zum anderen wird Frankfurt seit 1989 von einer politischen Koalition regiert, die sich die Demokratisierung der Lokalpolitik und der Stadtplanung auf ihre Fahnen geschrieben und entsprechend exemplarische Planungsmodelle in Gang gesetzt hat.

Die Stadtplanung Frankfurts ist der empirische Bezugspunkt der Arbeit: Am Beispiel zweier in Frankfurt durchgeführter kommunikativer Planungsverfahren sollen die Planungsansätze von Forester und Selle mit der gesellschaftlichen Realität und der Planungspraxis konfrontiert werden. Das vorliegende Kapitel ist damit die Verbindung zwischen der

Gesellschaftsanalyse und der Dekonstruktion der Planungsansätze von Forester und Selle. Während hier bereits die gesamtstädtische Planung Frankfurts als Bestandteil der postmodernen Urbanisierung der Stadt beschrieben wird, erfolgt die Darstellung der konkret analysierten Planungsverfahren im Zusammenhang mit der ersten Dekonstruktion der Ansätze Foresters und Selles in Kapitel 6.

Neben der wissenschaftlichen Literatur und einzelnen Artikeln der Frankfurter Rundschau (FR) zu speziellen Fragen werden in vorliegendem Kapitel insbesondere zur Darstellung von Dimension 5 und 6 (vgl. 5.2) der postmodernen Urbanisierung auch die empirischen Untersuchungen, die im Rahmen der Studie von Emrich/Lanz/Nahnsen (1994) geleistet wurden und vor allem die Grundlage von Kapitel 6 darstellen, herangezogen.

Deshalb soll zunächst unter 5.1 eine Darstellung der Fragestellung und Methodik dieser empirischen Untersuchung erfolgen. Abschnitt 5.2 dient dann der Analyse der postmodernen Urbanisierung Frankfurts in ihren verschiedenen Dimensionen. Unter 5.3 erfolgt eine zusammenfassende Schlußfolgerung der für die Frage nach einer demokratischen Planung besonders relevanten Kennzeichen der postmodernen Gesellschaft und ihrer lokalen Ausprägung in Frankfurt.

5.1 Fragestellung und Methodik der empirischen Basis der Arbeit

Die im Vorwort bereits angesprochene Studie, die als empirische Grundlage der vorliegenden Arbeit dient, wurde im ersten Halbjahr 1994 durchgeführt und trägt den Titel "Neue Planungskultur in der postfordistischen Stadt? Untersuchungen am Beispiel Frankfurt am Main". Ihr Ausgangspunkt war die Frage nach der Art und der Wirkung der sich im Rahmen der Herausbildung der "postfordisitischen Stadt" entwickelnden Veränderungen der Stadtplanungskultur in Frankfurt am Main. Das zentrale Interesse der Untersuchung galt dabei den Effekten der zu beobachtenden Neuerungen auf das von der Stadtregierung als politischer Wille formulierte Ziel der Demokratisierung von Lokalpolitik und Stadtplanung.

Zunächst war auf gesamtstädtischer Ebene zu untersuchen, ob, inwiefern und durch welche Elemente oder Instrumente tatsächlich die Herausbildung einer "Neuen Planungskultur" stattfindet und welches - vor dem Hintergrund der Umstrukturierungen der städtischen Gesellschaft - die Ursachen für die Ausprägung der jeweiligen Elemente einer "Neuen

Planungskultur" sind. Daran anschließend wurde analysiert, was die Herausbildung der entsprechenden Elemente für das Ziel der Demokratisierung von Stadtpolitik und Stadtplanung bedeutet. Dafür wurde die gesamtstädtische Ebene verlassen: Anhand zweier in Frankfurt durchgeführter planungspolitischer Verfahren sollte detailliert analysiert werden, wie sich die Anwendung der entsprechenden "neuen" Instrumente, die jeweils unterschiedliche kommunikative Verfahren waren, auf die Partizipation, also die Gestaltungs- und Einflußmöglichkeiten der jeweils unterschiedlichen lokalen gesellschaftlichen Gruppen auswirkt. Ausgewählt wurden zwei sehr verschiedene Verfahren, die hinsichtlich der Veränderungen der städtischen Planungskultur gleichsam die beiden Seiten der Medaille aufzeigen (vgl. dazu Kapitel 6): Das Gallus-Park-Verfahren, durchgeführt 1992/1993 von einem privaten Investor im Rahmen der Errichtung eines "Wohn- und Dienstleistungsparks", und der "Projektmonat Sossenheim", der Anfang 1994 im Rahmen der Planungen zum GrünGürtel von der GrünGürtel-GmbH durchgeführt wurde.

Für die Untersuchung der gesamtstädtischen Ebene erfolgte zum einen eine detaillierte Recherche wissenschaftlich aufbereiteter Literatur, vorhanener grauer Literatur (Projektberichte, Konzepte, unveröffentlichte Studien, Informationsmaterial der Stadt Frankfurt, u.ä.) und eine Recherche im Archiv der Frankfurter Rundschau. Dabei sollte vor allem ein Informtionsüberblick über Neuerungen in lokalpolitischen und administrativen Institutionen sowie über den Einsatz neuer oder veränderter Verfahren und Politikstile bzw. die Beteiligung und Einflußmöglichkeit neuer oder zusätzlicher AkteurInnen in Politik und Planung geschaffen werden.

Zum anderen wurden darauf folgend "gesamtstädtische ExpertInnen" interviewt, wobei das Schwerpunktinteresse auf deren Wahrnehmung der Funktion sowie der Wirkungen der entsprechenden Neuerungen lag. Ausgewählt wurden acht ExpertInnen aus den Bereichen Stadtplanung, Stadtpolitik und Wissenschaft: Hauptauswahlkriterium bei den InterviewpartnerInnen aus Planungsverwaltung und Planungspolitik war, daß sie als AkteurInnen an möglichst verantwortungsvoller Stelle mitbestimmend für die entsprechenden Veränderungen der Planungskultur waren. Dabei wurde darauf Wert gelegt, daß in der Verwaltung verschiedene Ressorts (Planung und Umwelt) und in der Politik VertreterInnen aus beiden Parteien der Koalition (SPD, DIE GRÜNEN) befragt wurden. Das Auswahlkriterium für die GesprächspartnerInnen aus der Wissenschaft bestand vor allem darin, daß sie die Entwicklung in Politik und Planung professionell (stadtsoziologisch) und von

außen beobachteten. Interviewt wurden in Einzelinterviews von der Verwaltung zwei ExpertInnen aus dem Planungsamt und ein/eine ExpertIn aus dem Umweltamt, von der Politik ein/eine VertreterIn des Planungsdezernats (SPD) und zwei VertreterInnen der GRÜNEN (Gruppeninterview) im Frankfurter Stadtparlament (dem sog. "Römer") sowie aus der Wissenschaft zwei Frankfurter "StadtforscherInnen".

Die Untersuchung der ausgewählten Planungsverfahren erfolgte jeweils anhand von Interviews mit den Verantwortlichen für das Verfahren, verschiedenen beteiligten AkteurInnen, VertreterInnen der Lokalpolitik sowie VertreterInnen ausgewählter lokaler sozialer Gruppen, die nicht an den Verfahren beteiligt waren. Damit sollten vor allem die Motivation und die "Technik" der Verfahren, der Verlauf der Verfahren aus der Perspektive der verschiedenen AkteurInnen und die Wirkung der Verfahren in der lokalen Gesellschaft analysiert werden. Im Vordergrund von letzterem standen die Fragen danach, welche AkteurInnen oder Gruppen beteiligt bzw. nichtbeteiligt waren und welche Gestaltungsmöglichkeit bzw. welchen Zugang zu welchen Entscheidungen jeweils welche Gruppen hatten.

Zum Gallus-Park-Verfahren wurden ein/eine VertreterIn des Investors (als Verfahrensverantwortlicher), ein Mitglied des Ortsbeirates (Lokalpolitik), zwei beteiligte Privatpersonen sowie ein/eine wissenschaftliche Experte/ Expertin zur Entwicklung des Gallusviertels interviewt, zum Projektmonat Sossenheim zwei Mitglieder der GrünGürtel-GmbH (Verfahrensverantwortliche), ein Mitglied des Ortsbeirates, vier verfahrensbeteiligte Privatpersonen (in zwei Gruppengesprächen) sowie ein/eine BewohnervertreterIn einer lokalen Großsiedlung als VertreterIn nicht am Verfahren beteiligter Bevölkerungsgruppen.

Für alle Interviews wurde die Form von halbstrukturierten, leitfadenorientierten Intensivinterviews gewählt, die in Ergebnisprotokollen zusammengefaßt und anschließend interpretiert und ausgewertet wurden. Die Interpretation erfolgte annäherungsweise sequenzanalytisch. Dabei wurde hinsichtlich der Wahrnehmungsmuster der entsprechenden Entwicklungen der Stadtplanungskultur bzw. der einzelnen Planungsverfahren versucht, typische Muster herauszufiltern und sie den jeweils anderen Interviews aus einem Untersuchungskomplex (gesamtstädtische Entwicklungen, Gallus-Park-Verfahren, Projektmonat Sossenheim) im Vergleich gegenüberzustellen (vgl. zur Methodik beispielsweise Meuser/Nagel 1991, Bock 1992, Hopf 1991).

5.2 Die sechs Dimensionen der postmodernen Urbanisierung in Frankfurt

Die Beschreibung städtischer Umstrukturierungsprozesse im Rahmen der Herausbildung einer postmodernen Gesellschaft (vgl. Kapitel 4) lehnt sich an den Ansatz von Edward Soja (Soja 1989, 1993, 1995) an: Soja betrachtet die Stadt in Form einer Landschaft, die wie ein Text gelesen und dekonstruiert werden kann. Dabei wird die aktuelle Phase der Urbanisierung als Produkt von verschiedenen Umformungsmustern oder "Restrukurieungen" gesehen, die die moderne Stadt mit einer neuen städtischen Struktur durchdringen. Die unterschiedlichen, miteinander verflochtenden Dimensionen der postmodernen Urbanisierung spiegeln die politisch-ökonomischen, sozialen und kulturellen Dimensionen der gesellchaftlichen Transformation in ihren konkreten Auswirkungen auf die städtische Gesellschaft. Damit werden im Ansatz Sojas interdisziplinär

> "soziale und räumliche Rehierarchisierungsprozesse in Städten auf flexible Strategien der Kapitalakkumulation bezogen" (Noller/ Ronneberger 1994, S. 502).

Einzelne Phänomene aus Ökonomie, Sozialstruktur, Kultur, Ideologie und Politik werden somit nicht getrennt, sondern in ihrer Wechselwirkung beschrieben. Der Ansatz Sojas ist dabei ein Versuch, eine ökonomistische Überdeterminierung zu vermeiden und der relativen Autonomie der einzelnen Transformationsprozesse gerecht zu werden.

Soja hat am Beispiel der Beschreibung der Entwicklung von Los Angeles sechs verschiedene Dimensionen der postmodernen Urbanisierung unterschieden. Diese werden hier leicht modifiziert und auf die Verhältnisse in Deutschland bzw. in Frankfurt am Main zugeschnitten. Dabei wird zum einen der Annahme Rechnung getragen, daß heute bis zu einem gewissen Grad jede Stadt postmodern genannt werden kann und damit die Dimensionen der Charakterisierung einer postmodernen Urbanisierung in ihren Grundprinzipien übertragbar sind. Zum anderen ist aber die postmoderne Urbanisierung als sozial produziert, damit als geographisch ungleich entwickelt und von Ort zu Ort in ihrer spezifischen Ausprägung als verschieden anzusehen (vgl. Soja 1995, S. 126).

Folgende Dimensionen einer postmodernen Urbanisierung werden unterschieden:

1. Die Restrukturierung der ökonomischen Basis der Urbanisierung
2. Die Globalisierung der städtischen Gesellschaft

3. Die Restrukturierung der baulich-räumlichen und der sozial-räumlichen Umwelt
4. Soziale Entwicklungen mit der Tendenz zur Fragmentierung, Polarisierung und Segregierung der städtischen Gesellschaft
5. Die Veränderung der städtischen Images und der Imagination der Stadt mit der Entstehung neuer städtischer Landschaften und veränderter kultureller Praktiken
6. Neue Formen lokalpolitischer und stadtplanerischer Regulation

Sie werden im folgenden in einer Mischung aus theoretischer Betrachtung und Darstellung der spezifischen Ausprägung in Frankfurt am Main beschrieben.

5.2.1 Die Restrukturierung der ökonomischen Basis der Urbanisierung

Diese Dimension bezieht sich auf die Entstehung des neuen Akkumulationsregimes, einer flexiblen Akkumulation, durch die - in Kapitel 4 beschriebenen - fundamentalen Veränderungen der industriellen Produktion und der sozialen und räumlichen Arbeitsteilung. Im Rahmen der ökonomischen Umstrukturierungsprozesse ergaben sich auch räumliche "Umschichtungsprozesse", die - national und international - zu einer neuen räumlichen Hierarchie des Städtesystems führten und "Gewinner"- und "Verlierer"-Regionen hervorbrachten: Die Region Rhein/Main und mit ihr die Stadt Frankfurt, die als Kernstadt der Region anzusehen ist[1] (vgl. Abb. 5-1), gehen im internationalen wie im nationalen Maßstab als "Gewinner" aus den Umstrukturierungsprozessen hervor (vgl. Häußermanmn/Siebel 1987, S. 80 ff.).

---

1 Die Region Rhein-Main reicht von Giessen im Norden bis nach Darmstadt im Süden und von Wiesbaden und Mainz im Westen bis nach Aschaffenburg im Osten (vgl. Abb. 5-1 und Ronneberger/Keil 1993b).

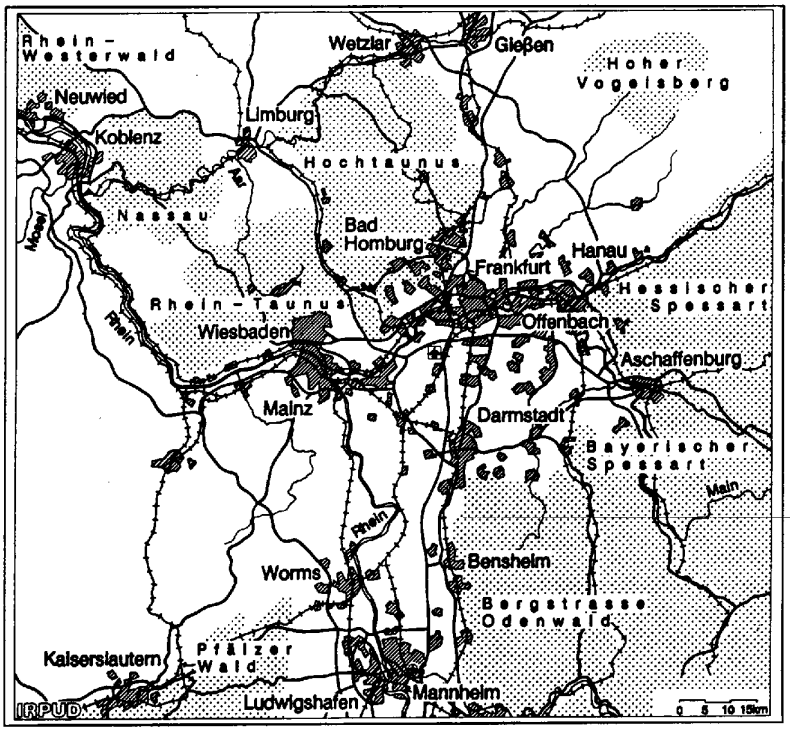


Abb. 5-1: Siedlungsstruktur der Region Rhein-Main (Quelle: Institut für Raumplanung Universität Dortmund 1991, S. 74)

Seit den achtziger Jahren gehört Frankfurt als Teil der europäischen "Boom-Banane" zur Spitzengruppe der Wachstumsregionen. Die Restrukturierung der ökonomischen Basis der Stadt kann anhand von zwei Tendenzen beschrieben werden: Dem Aufstieg des "finanzindustriellen Komplexes" und der "Erosion des industriellen Sektors" (Ronneberger 1994a).

"Banken, Messe, Flughafen gelten als das magische Dreieck der Frankfurter Entwicklung" zur "Wachstumsmaschine" (Keil/Lieser 1989, S. 23), die bei 660.000 EinwohnerInnen über 550.000 Arbeitsplätze aufweist. Tertiärisierung prägt zunehmend die ökonomische Struktur der Stadt. Dabei wird die gesamte Dienstleistungsökonomie der Stadt vom Finanzsektor beherrscht und durch die Börse, die Messe und den Flughafen (der mit

52.000 Beschäftigten die größte Beschäftigtenkonzentration in der Bundesrepublik ist) als die zentralen Ausstattungsmerkmale der Stadt global vernetzt. Die zunehmende Verflechtung der Stadt als internationale Finanzmetropole in den Weltmarkt ist dabei von entscheidender Bedeutung (vgl. 5.2.2). Grundlage dieser Entwicklung gerade in Frankfurt waren - neben der Bedeutung des Flughafens - spezifische Standortfaktoren, die sich aus der Zonenstruktur im Nachkriegsdeutschland ergaben, als die Bundesbank und die Bizonen-Wirtschaftsverwaltung in Frankfurt angesiedelt wurden (vgl. Ronneberger 1994a, S. 182).

Die herausragende Stellung in der städtischen Wirtschaft nimmt der Ausbau und die Internationalisierung des Finanzsektors ein: Frankfurt weist mit 420 Kreditinstituten, bei denen insgesamt 67.000 Beschäftigte angestellt sind (Stand 1993, FR v. 11.2.1994), die höchste Zahl an Banken auf dem europäischen Kontinent auf. Die Börse der Stadt bildete sich "zu einer der führenden der Welt" (Brake 1991, S. 42) heraus. Diese Entwicklung wurde durch die Festlegung Frankfurts als Standort der europäischen Zentralbank gestärkt.

Über den Finanzsektor hinaus konzentrieren sich weitere international ausgerichtete Dienstleistungsunternehmen in der Stadt: Den Kern dieses hochwertigen Dienstleistungssektors machen Werbeagenturen (mit über 10.000 Angestellten), Versicherungen, über 200 Unternehmensberatungsfirmen, Wirtschaftsverbände und Forschungs- und Entwicklungseinrichtungen aus. Die unternehmensorientierten Dienstleistungen und insbesondere die Unternehmen im High-tech-Bereich (mit über 100.000 Beschäftigten) sind der dynamischste Wirtschaftsbereich in der Stadt. Dabei nimmt in der "Hochtechnologie v.a. die Softwareproduktion ... eine zentrale Stellung" ein (Lieser/Keil 1988, S. 187).[2]

Die Erosion des industriellen Sektors der Stadt ist anhand des Schrumpfens von über 130.000 Beschäftigten im Jahr 1987 auf unter 100.000 in 1994 festzustellen, wobei zusätzlich dazu durch eine "interne Tertiärisierung" der Betriebe im Rahmen der Ausweitung der Büro-, Forschungs- und Entwicklungstätigkeiten zunehmend gewerbliche Arbeitsplätze verloren gehen.

Diese Erosion ist in mehreren Zusammenhängen zu sehen: Zum einen wird sie durch den Ausbau der Finanzökonomie indirekt beschleunigt. Dadurch

---

2 Vergleiche dazu auch Ronneberger 1994a, S. 182 f., Brake 1991, S. 39 f., und Esser/Steinert 1991, S. 35.

daß diese ihr "lokales Umfeld ... vorrangig als Raumreserve für die Expansion von Büro- und Geschäftszentren" (Krätke, zitiert in: Ronneberger 1994a, S. 186) nutzt, steigen die Grundstückswerte zum Teil so stark, daß sich durch einen Grundstücksverkauf mehr Profit als durch die Produktion erzielen läßt.[3] Dies führt häufig zu einer Verdrängung von Betrieben des verarbeitenden Gewerbes aus der Stadt, die oft in benachbarte Regionen umsiedeln.

Zum anderen ist der anhaltende Deindustrialisierungsprozeß im Zusammenhang mit der generellen Umstrukturierung der betrieblichen Organisations- und Produktionsstrukturen mit globalen Auslagerungen und "global sourcing" v.a. von Konzernen zu sehen. Klaus Ronneberger zeigt am Beispiel des Hoechst-Konzerns, der im Rhein-Main-Gebiet über 45.000 Personen beschäftigt, eine zunehmende Zergliederung der Geschäftsbereiche und der Produktion. Dabei werden etwa große Teile der Forschung und Entwicklung in jeweils relevante internationale "Know-how-Zentren" verlagert und ganze Produktlinien in internationaler Arbeitsteilung ausgelagert. Arbeitsleistungen werden im 'global sourcing' an die günstigsten Subunternehmen vergeben, um

> "Arbeits- und Beschaffungskosten zu senken, die jeweils niedrigste Besteuerung, die anspruchsärmsten Umweltschutzauflagen und die günstigsten Standortsubventionen auszunutzen" (Altvater/Mahnkopf, zitiert in: Ronneberger 1994a, S. 188).

Diese Entwicklungen stellen "angesichts der Bedeutung des Unternehmens als Arbeitgeber, Gewerbesteuerzahler und Auftraggeber" für örtliche Kleinunternehmen eine "bedrohliche Entwicklung" dar (ebd.).

Auch in anderen Bereichen erfolgen durch die zunehmende internationale Konkurrenz Auslagerungen, wie etwa beim Maschinen- und Anlagenbauer "Lurgi", der mehrere Hundert Arbeitsplätze im Ingenieursbereich nach Osteuropa und Indien verlagern will. Zudem geraten ganze Branchen verstärkt unter wirtschaftlichen Druck, wie etwa die mit über 10.000 Beschäftigten regional bedeutsame Automobilzulieferbranche durch die Grenzöffnung im Osten (vgl. a.a.O., S.186).

Diese Prozesse der Restrukturierung der städtischen Ökonomie durch Tertiärisierung, Deindustrialisierung, aber auch durch Neo- oder Reindustrialisierung vor allem im 'high tech'-Bereich (vgl. Brake 1994) üben eine große

---

3 Dies ist etwa bei der Firma Triumph Adler im Gallusviertel geschehen (vgl. Kapitel 6.1.1).

Wirkung auf alle anderen Dimensionen der städtischen Restrukturierung aus.

5.2.2 Die Globalisierung der städtischen Gesellschaft

Unter dieser Dimension der postmodernen Urbanisierung sind zwei miteinander verflochtene Prozesse zu verstehen: zum ersten die Anbindung der städtischen Wirtschaft an das globale Wirtschaftssystem mit der damit verbundenen Herausbildung von 'global cities', zu denen Frankfurt gezählt wird, und zum zweiten die "Lokalisierung der Weltgesellschaft" innerhalb der Städte.

Unter 5.2.1 wurde die zunehmende Bedeutung der Verflechtung Frankfurts in den Weltmarkt beschrieben. Theoretisch werden solche Entwicklungen mit dem 'global-city'-Konzept beschrieben, in dem Städte in unterschiedlichen Hierarchien als die

> "primären geographischen Knotenpunkte einer transnational organisierten kapitalistischen Ökonomie" (Feagin/Smith, zitiert in: Krätke 1990, S. 18)

zu betrachten sind. In den achtziger Jahren haben sich im Rahmen der zunehmenden Globalisierung der Wirtschaft Städte als "Schaltzentralen für Konzernentscheidungen und Finanzstrategien" (Noller/Ronneberger 1994, S. 500) herausgebildet, in denen sich die 'headquarter'-Funktionen des Finanzkapitals und der transnationalen Unternehmen konzentrieren. Diese werden als 'global cities' oder 'world cities' bezeichnet, wobei Frankfurt (in Europa zusammen mit Paris und Zürich) hinter New York, London und Tokio auf der zweiten Hierarchiestufe steht (vgl. Krätke 1990, S. 18 ff., Lieser/Keil 1988, S. 198 ff.).

In diesen Städten bilden sich "globalisierte Superstruktur(en)" (Keil/Ronneberger 1991b, S.199), wie der Flughafen oder die 'downtown' heraus, die gewissermaßen aus dem städtischen Kontext herausgelöst werden und Stadt und Region nach ihren Bedürfnissen umzuformen versuchen. Sie können im Anschluß an Friedman/Wolf als "Zitadelle" bezeichnet werden: Dort konzentrieren sich die Funktionen der internationalen "Headquarter-Ökonomie". Parallel zu Zitadellen bilden sich "Ghettos" als "zweite Stadt" der "Niedriglohn-Produktion und -Dienstleistungen, der Machtlosigkeit und

Armut" (Keil/Lieser 1988, S. 200) heraus.[4] Neben Auswirkungen auf die sozial-räumliche Struktur der Stadt hat dies auch Auswirkungen auf Politik und Imagination der Stadt (vgl. 5.2.3, 5.2.5 und 5.2.6).

Die ökonomische Globalisierung wird begleitet von der Lokalisierung der globalen Gesellschaft in der Stadt mit der Entwicklung einer multiethnischen Gesellschaft: Heute sind fast 30% der EinwohnerInnen Frankfurts ImmigrantInnen, wobei

> "der beachtliche Teil der Nicht-Registrierten oder osteuropäischen SaisonarbeiterInnen in dieser Statistik unberücksichtigt bleibt" (Ronneberger/Keil 1993b, S. 40).

Damit weist Frankfurt den höchsten AusländerInnenanteil aller deutschen Großstädte auf, wobei dieser seit 1970 um mehr als das Doppelte gewachsen ist (vgl. Wentz 1991, S. 11). Dabei wächst die Zahl der ImmigrantInnen aus Nicht-EU-Ländern, insbesondere aus Osteuropa, aber auch aus Drittweltländern (Afghanistan, Pakistan, Bangladesh). Die ausländische Bevölkerung ist sozialräumlich hauptsächlich in den "Nischen der Zitadelle", wie den innenstadtnahen Wohnvierteln (Bahnhofsviertel, Gutleutviertel, Gallusviertel), wo ihr Anteil bis zu 80% (Bahnhofsviertel) beträgt, und zunehmend auch in peripheren Trabantensiedlungen konzentriert (vgl. 5.2.3). Neben der sozialräumlichen Segregierung ist eine ethnische Polarisierung des Arbeitsmarktes zu beobachten, wobei die zunehmenden "bad jobs" weitgehend von MigrantInnen übernommen werden. Dies macht sie zu einem großen Teil zu "Proletarier-ImmigrantInnen" (vgl. 5.2.4).

Vor diesem Hintergrund hat die Globalisierung eine weitere Dimension: Dadurch daß sich im Rahmen der Globalisierung der Ökonomie im flexibilisierten Akkumulationsregime die Gesellschaft sozial spaltet und sozialräumlich segregiert, verlaufen die geographischen Grenzen zwischen prosperierender, "reicher" Gesellschaft und Armutsgebieten nicht mehr nur zwischen "erster Welt" und "dritter Welt", sondern bereits innerhalb der Städte der "ersten Welt" (vgl. Ronneberger 1994a, S. 181, Harvey 1989, S. 152): Die dritte Welt kommt sozusagen nicht nur durch ImmigrantInnen in

---

4 Das Gegensatzpaar "Zitadelle" und "Ghetto" ist auf bundesdeutsche Verhältnisse nur begrenzt übertragbar und lediglich als "analytisches Gegensatzpaar" zu verstehen (Keil/Lieser 1988, Keil/Ronneberger 1991, S. 198).

die erste Welt, sondern auch durch die Annäherung des Entwicklungsmodells der jeweiligen Städte (vgl. 5.2.3 und 5.2.4).

5.2.3 Die Restrukturierung der baulich-räumlichen und der sozialräumlichen Umwelt

Nach Soja unterscheidet sich die städtische Form oder die räumliche Organisation der heutigen, postmodernen Stadt erheblich sowohl von der frühen modernen Stadt (beschrieben etwa im Sektorenmodell der "Chicago School") als auch von der späten modernen Stadt der monozentrischen, funktional gegliederten Metropole: Die Postmodernisierung der städtischen Form kann als Kombination von Dezentralisierung und Rezentralisierung, der Peripherisierung des Zentrums und der Zentralisierung der Peripherie beschrieben werden (vgl. Soja 1995, S. 131):

> "Es gilt nicht mehr das überkommene zentrische Raummodell, sondern es ist von nodalen, fragmentierten Beziehungsmustern innerhalb eines disparaten Stadtgewebes auszugehen, das unterschiedlich dimensionierte Zentren und Peripherien aufweist. ... Anstelle des Kontinuums der Moderne herrscht heute das Paradigma der Synchronizität" (Ronneberger/Keil 1993a, S. 229).

Fragmentierung des städtischen Raumes durch inselartiges Wachstum

Der städtische Raum in der postmodernen Stadt wird durch ein inselartiges Wachstum fragmentiert und als einheitlicher Raum aufgelöst (vgl. Prigge 1991, S. 94). Die Herausbildung eines solches räumlichen Musters ist auch in Frankfurt zu beobachten. Dieses entwickelt sich dabei in der Verflechtung zweier Prozesse miteinander: zum einem in einem Wachstum durch Verdichtung und Stadterweiterung und zum anderen in der qualitativen Umstrukturierung städtischer Quartiere.

Die erste Form des Wachstums ist der

> "Ausbau der Zitadelle der Welt-Stadt Frankfurt, die am deutlichsten im Hochhausbau symbolisiert ist" (Keil/Ronneberger 1991, S. 128).[5]

Diese vertikale Verdichtung der Innenstadt, ergänzt durch den Ausbau des Messekomplexes, wird begleitet von einem Ausbau horizontaler Achsen

---

5 Momentan sind in Frankfurt weitere 10 Hochhäuser geplant bzw. in Bau (vgl. Noller 1994, S. 200).

(Mainzer Landstraße, Theodor-Heuss-Allee). Dadurch wird ein Entwicklungsdruck insbesondere auf den Frankfurter Westen erzeugt, der aktuell an die City angrenzende Stadtteile wie das Gallusviertel zum Restrukturierungsgebiet werden läßt.

Eine zweite Form des Wachstums ist das "Entstehen polynuklearer Wachstumskerne" (a.a.O., S. 131) in der Peripherie: In einem Dienstleistungsgürtel um die City sind etwa 100.000 Arbeitsplätze in etwa 10 "Villes Nouvelles" (Speer) in Planung. Zu solchen Entwicklungsinseln zählen z.B. die Bürostädte Eschborn, Niederrad, Kaiserlei und die 'Airport City'. Dabei entsteht ein Datenverarbeitungs- und Softwarehalbmond, der vom Rodgau über den Flughafen in das Taunusvorland reicht (vgl. Lieser/Keil 1988, S. 189). Das Wachstum verläuft dabei in komplexen, multifunktionalen und in sich integrierten "insulären Konfigurationen" (vgl. Brake 1991, S. 101). Diese "insulären Konfigurationen" sind anhand von Bürogebieten in Abb. 5-2 deutlich auszumachen.

Darüber hinaus gibt es aber auch durch Wohnungsbau v.a. im Frankfurter Westen (etwa in Sossenheim durch den "Westpark" mit 1.500 EinwohnerInnen oder durch den "Rebstockpark" in Messenähe, der Wohnen und Büroraum mischt) und im Frankfurter Norden (v.a. durch die geplante Riedberg-Bebauung als Stadtviertel für 20.000 Menschen oder auch durch große Arrondierungen in Bonames und Kalbach) einen Urbanisierungsschub.

Neben diesen Wachstumsprozessen sind qualitative Umstrukturierungen zu beobachten, die in der Veränderung städtischer Konsumptionsräume, in der Hierarchisierung der Wohnräume in gentrifizierte und marginalisierte Viertel und, wie der "GrünGürtel" zeigt, im Bedeutungswandel innerstädtischer Freiräume sichtbar werden.

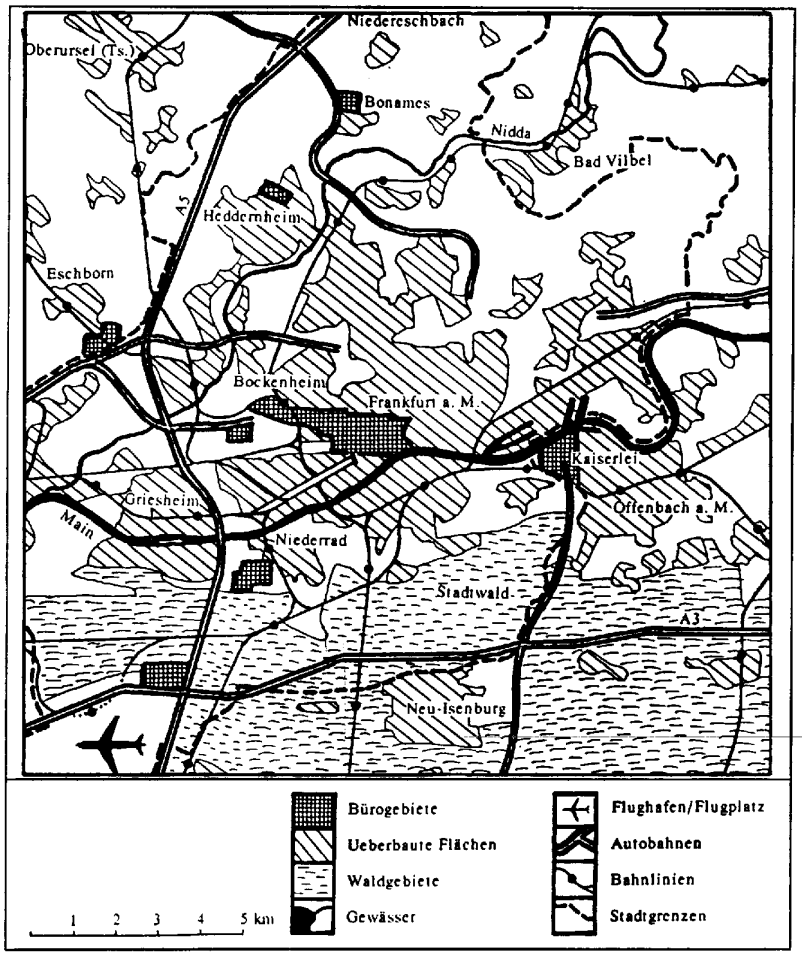


Abb. 5-2: Alte und neue Bürogebiete in und um Frankfurt (Quelle: Ronneberger/Keil 1993b, S. 39)

Veränderung städtischer Konsumptionsräume

Eine Veränderung des städtischen Konsumptionsraumes ist in Frankfurt v.a. in der City zu beobachten. Sie verändert sich zum gehobenen Konsumptionsraum mit der Folge von Segregation und Segmentierung: Die neue Generation der Hochhäuser (bsp. die DG-Bank, das BfG-Hochhaus und das noch nicht fertiggestellte Commerzbank-Hochhaus) verfügen über Erholungszonen, öffentliche piazzaähnliche Atrien, Restaurants und Geschäfte. Damit verändern sie nicht nur die Skyline, sondern auch den städtischen Raum zwischen ihnen. Zu ihnen gesellen sich umstrukturierte Warenhäuser und neu eröffnete Einkaufspassagen wie etwa die Zeilgalerie ‘Les Facettes’ als "vollkommene Waren- und Erlebniswelt" (Noller 1994, S. 206; vgl. dazu 5.2.5).

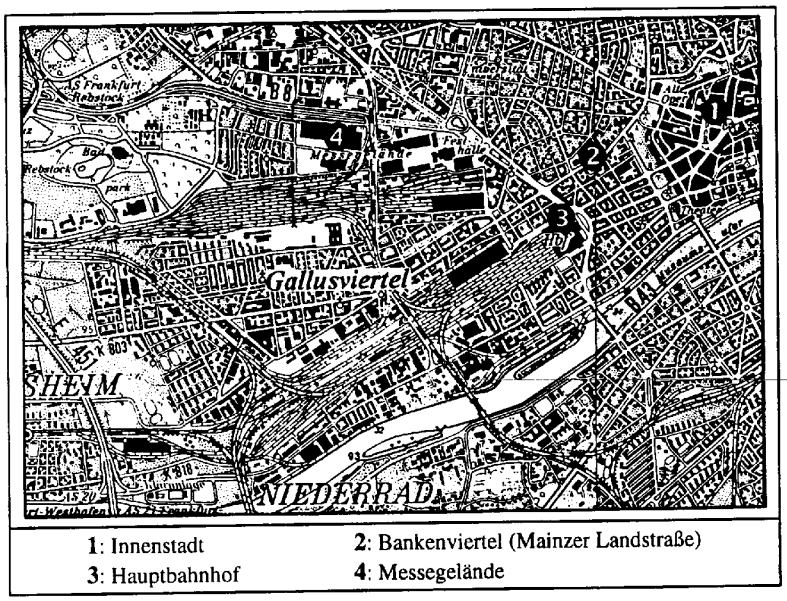
Sozialräumliche Polarisierungen innerhalb der Stadt

Nach Freyberg gelten die Entwicklungen auf dem Frankfurter Wohnungsmarkt mittlerweile als deutlichster Beleg für die sich zuspitzende soziale und sozial-räumliche Polarisierung in der Bundesrepublik (Freyberg 1992, S. 60): Die citynahen Wohngebiete in Frankfurt sind zu einem Teil gentrifiziert und 'yuppifiziert' (wie das Westend, Sachsenhausen, das Nordend oder Bockenheim; vgl. Esser/Steinert 1991, S. 38). In anderen, vernachlässigten Innenstadtquartieren (wie dem Bahnhofs- oder Gallusviertel) hingegen konzentrieren sich ärmere BewohnerInnen, die durch die "Wohnsitzstrategien der urban orientierten Mittelklasse" (Ronneberger 1994a, S. 191) und - damit verbunden - durch Abriß, Umwidmung oder Umwandlung billiger Mietwohnungen verdrängt werden. Dazu kommen einkommensschwache Neuzugezogene, insbesondere ImmigrantInnen, die durch das hohe Preisniveau des Wohnungsmarktes keine Ausweichmöglichkeiten haben (vgl. Freyberg 1992, S. 57 ff.). Die schärfsten sozialen Brennpunkte wie Griesheim, Sossenheim oder Bonames hingegen, die als Trabantensiedlungen von Großwohnanlagen der fünfziger bis siebziger Jahre geprägt sind und zunehmend als "Abschiebecontainer" (Ronneberger) für marginalisierte Gruppen dienen, liegen cityfern.

Als Beispiele für sozialräumliche Polarisierungen sollen hier das Gallusviertel und Sossenheim angeführt werden, wo sie auf jeweils unterschiedliche Art in besonders problematischer Weise auftreten. Damit erfolgt hier eine einführende Beschreibung jener beiden Stadtteile, in denen die in Kapitel 6 analysierten Planungsverfahren stattfanden.

Das Gallus Viertel als niedergehendes Arbeiterquartier

Wie die Abb. 5-3 zeigt, ist das westlich an die Innenstadt angrenzende Gallusviertel eine von den "massiven Superstrukturen" Hauptbahnhof, Messegelände und Bankenviertel "eingekeilte Stadtinsel" (Gottschalck 1994, S. 54).



1: Innenstadt
2: Bankenviertel (Mainzer Landstraße)
3: Hauptbahnhof
4: Messegelände

Abb. 5-3: Gallusviertel (Kartengrundlage: Topographische Karte 1: 50.000 (TK 50) mit Genehmigung des Hessischen Landesvermessungsamtes vervielfältigt. Vervielfältigungsnummer 96-1-022)

Das Viertel, das etwa 27.000 EinwohnerInnen aufweist, zeigte von 1987 bis 1992 bei stagnierendem Wohnungsbestand und bereits bestehender Überlegung einen Zuzug von 3.500 Personen. Dies verweist auf eine fortschreitende Ghettobildung: Das Viertel fungiert zunehmend als "transitorischer Aufnahmeraum für Migranten und Flüchtlinge" (Ronneberger 1994a, S. 181) und wird mit etwa 42% ausländischem Bevölkerungsanteil auch als "Frankfurts 'Dritte Welt'" bezeichnet (Gottschalck 1994, S. 54). Gleichzeitig ist es besonders negativ von der ökonomischen Umstrukturierung betroffen und verlor als traditionelles Industrie- und

Handwerkerviertel (mit nach wie vor 54% ArbeiterInnenanteil) zwischen 1970 und 1987 30% seiner Arbeitsplätze (vgl. Freyberg 1992, S. 53), was zu einem starken Anstieg von SozialhilfeempfängerInnen führte. Dazu unterliegt es wegen seiner Lage einem starken Expansionsdruck für hochwertige City-Funktionen: Besonders deutlich zeigt dies die spekulationsbedingte Schließung der Firma Triumph-Adler 1992 und der auf dem Betriebsgelände errichtete Wohn- und Dienstleistungspark "Gallus-Park", dessen Planungsprozeß in Kapitel 6.1 analysiert wird.

Sossenheim als "Abschiebecontainer" und sozialer Brennpunkt

Als Beispiel für einen zweiten Typ von Quartieren mit Marginalisierungstendenzen kann das an der westlichen Peripherie gelegene ehemalige Bauerndorf Sossenheim angesehen werden (vgl. Abb. 5-4), das seit den fünfziger Jahren durch insgesamt vier Großsiedlungen (deren jüngste der angesprochene Westpark als "rot-grünes" Wohnprojekt ist) in wachsendem Maße zu einem "Wohncontainer für Frankfurt" (Grimm/Ronneberger 1993, S. 31) ausgebaut wurde.

Sossenheim ist sozialräumlich deutlich fragmentiert: Zwischen Alt-Sossenheim mit seiner stabilen Sozialstruktur und den Großsiedlungen gibt es nahezu keine Verbindung.[6] Die Siedlungen fungieren generell zunehmend als "Abschiebecontainer für die ausländische Wohnbevölkerung" (Körner/ Ronneberger 1994, S. 60, vgl. auch Körner 1994, S. 63-70). Das Klima in den Großsiedlungen ist aufgrund von infrastrukturellen Defiziten, demographischen Umschichtungen mit dem verstärkten Zuzug von MigrantInnen und des im Rahmen des Neue-Heimat-Skandals drohenden und teilweise erfolgten Verkaufs von Siedlungsteilen an SpekulantInnen nachhaltig zerrüttet: Insbesondere die ehemals der Neuen-Heimat gehörende Robert-Dißmann-Siedlung gilt als sozialer Brennpunkt.[7] Dies zeigt sich unter anderem in der Wahlbeteiligung von 39,% (Landtagswahl 1995), die neben dem Gallus-Quartier (39,4%) die niedrigste in Frankfurt ist.[8] In der überalterten und kleinbürgerlichen Carl-Sonnenschein-Siedlung hingegen drücken sich

---

6 Vergleiche zur Lage der Siedlungen Abb. 5-4.

7 Dazu stellt die Frankfurter SPD-Politikerin Ilse Vaupel fest: "Wir haben hier (in der Robert Dißmann-Siedlung, d.Verf.) alles überdurchschnittlich: ... Ausländer, Arbeitslose, Sozialhilfeempfänger, Alleinerziehende" (FR v. 1.3.1995).

8 In der Frankfurter Rundschau wurde diese Tatsache als "Resignation von Randgruppen in aussichtsloser sozialer Lage" bezeichnet (FR v. 1.3. 1995).

die "fortschreitende Erosion des Integrationsmilieus mit dem zunehmenden Bedeutungsverlust von Traditionen und vermittelnden Institutionen" (dazu gehört v.a. der Vertrauensverlust in die Gewerkschaften durch den "Neue-Heimat-Skandal") durch ein Herabsetzen der "Intoleranzschwellen" gegenüber den "Fremden" aus (Körner/Ronneberger 1994, S. 60): Bei den Kommunalwahlen 1993 zeigte sich dies durch einen Stimmenanteil von 33% für rechtsextreme Parteien.

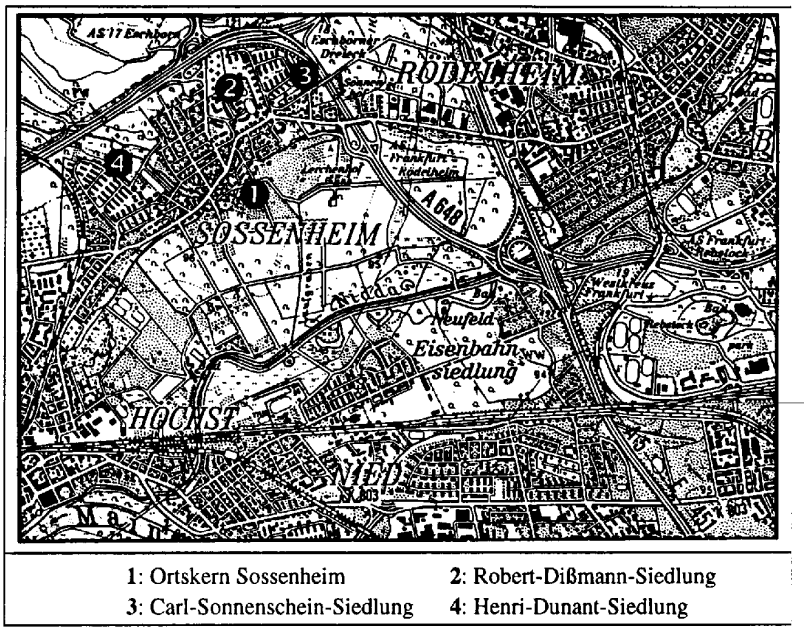


Abb. 5-4: Sossenheim (Kartengrundlage entsprechend Abb 5-3)

Bedeutungsveränderung der städtischen Freiräume

Neben der baulichen-räumlichen Umwelt verändern sich in der postmodernen Stadt auch die Bedeutung und das Verständnis der Freiräume, die Aneignungs- und Nutzungsweisen der Natur:

> "Natur wird vom Erholungscontainer direkt zur Produktivkraft. ... An die Stelle der Dichotomie von Stadt und Natur tritt nun ein synergetisches Projekt, das gleichzeitig Teil des Regulationsmodus

des neuen räumlichen Akkumulationsmodells ist" (Keil/Ronneberger 1991b, S. 197).

Dabei verschwimmen in einer Kommerzialisierung der Landschaft die Grenzen zwischen Gewerbe-, Technologie- oder Freizeitparks: Natur wird als Ambiente für die das Wachstum tragenden neuen Mittelschichten zum weichen Standortfaktor. Die Sicherung und Einbindung des "grünen Umlands" als Teil der Stadt wird Bestandteil der Stadterweiterung. In Frankfurt zeigt dies das "GrünGürtel-Projekt" als größtes Stadtentwicklungsprojekt der 90er Jahre, durch das etwa ein Drittel der städtischen Fläche (8000 Hektar) dauerhaft als Freiraum erhalten werden soll (vgl. Abb. 5-5).

Der GrünGürtel soll zum einen die Attraktivität der Stadt für moderne Produktions- und Dienstleistungsunternehmen sichern (vgl. Schoeler 1991, S. 194), zum anderen aber als sozialer Raum auch Kommunikationsraum sein, "in dem das eigentlich Verbindende die Menschen sind, die ihn nutzen" (Prigge/Lieser 1993, S. 65; vgl. zum GrünGürtel 5.2.6 und 6.1).

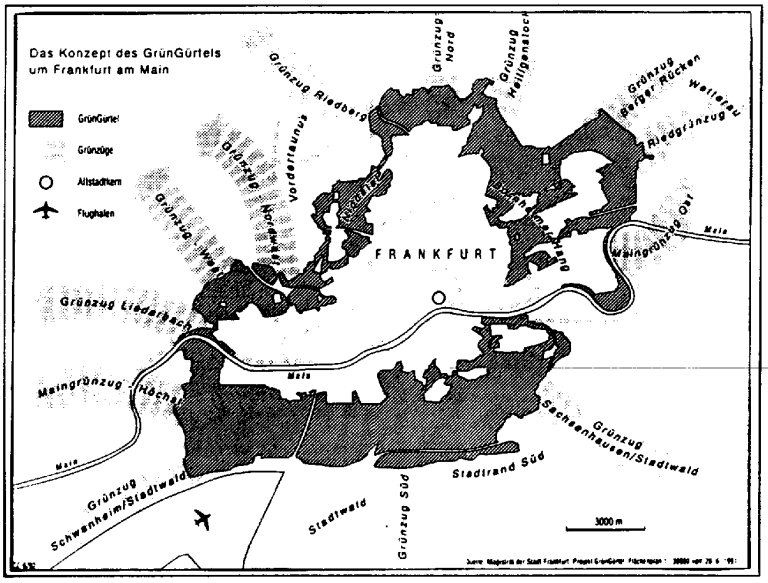


Abb. 5-5: Die Flächenkonzeption des GrünGürtels (Quelle: Gather/Unterwerner 1992, S. 110)

5.2.4 Soziale Restrukturierung: Fragmentierung, Polarisierung und Segregierung der städtischen Gesellschaft

Die in Kapitel 4 beschriebenen sozialen Prozesse der Polarisierung und Fragmentierung spiegeln sich in der städtischen Gesellschaft: Es entstehen, wie sich auch in Frankfurt zeigen läßt, durch mehrfache soziale Brüche gesellschaftlich "viergeteilte Städte". Dabei findet die soziale Spaltung sowohl vertikal als Polarisierung zwischen 'oben' und 'unten', als auch horizontal als Fragmentierung der Mittelklasse statt (Marcuse, zitiert in: Ronneberger 1994a, S. 191 f.).

Die zunehmende Polarisierung der Gesellschaft ist zunächst eine Folge der veränderten Arbeitsmärkte: Die Expansion des Finanzsektors und anderer Dienstleistungen sowie die Erosion der Industrie führten dazu, daß etwa 75% der Beschäftigten im tertiären Sektor tätig sind. Dabei sind diese Beschäftigungsverhältnisse polarisiert in hochqualifizierte und hochbezahlte Arbeitsplätze vor allem in unternehmensbezogenen Dienstleistungen, von denen in Frankfurt eine starke Zunahme zu verzeichnen ist, und in Niedriglohnarbeiten, die ebenfalls stark ansteigen: So nahmen etwa Gebäudereinigung und Abfalldienste von 1970 bis 1987 um 100% zu (Wentz 1992, S. 12). Bartelheimer zufolge ist Frankfurt zunehmend ein prekärer Arbeitsmarkt mit starkem Anstieg von Teilzeitarbeit und unregelmäßiger, schlecht entlohnter Beschäftigung (vgl. Bartelheimer 1992, S. 81 ff.).

Im sekundären Sektor geht die Deindustrialisierung mit einer Entwertung beruflicher Qualifikation einher, die neben der Polarisierung innerhalb des tertiären Sektors den Gesamtarbeitsmarkt weiter spaltet. Auch hinsichtlich der Einkommenshöhe ist der Frankfurter Arbeitsmarkt überdurchschnittlich polarisiert (vgl. a.a.O.). Dazu kommt ein rapider Anstieg der Arbeitslosigkeit und davon insbesondere der Langzeitarbeitslosigkeit. Allein von Januar 1994 bis Mai 1995 ist die Erwerbslosenquote von 42.000 Personen (7,3%) auf 44.370 gestiegen und bis Juli 1995 weiter auf 46.215 Personen (8,2%) (FR v. 9.8.1995). Die Langzeitarbeitslosenquote stieg von 25% Anfang 1994 auf die Rekordhöhe von 30% im Juni 1995 (FR v. 26.6.1995). Die Zahl der SozialhilfeempfängerInnen erreichte Ende 1994 mit 64.000 Personen eine Rekordhöhe. Dabei nahm die Zahl der beim Sozialamt Hilfesuchenden nach Angaben des Amtsleiters von 1980 mit 36.000 über 1990 auf 48.000 und in den nur drei Jahren bis 1993 um weitere 15.000 auf 63.000 Personen zu, die zumeist im erwerbsfähigen Alter sind (FR v. 24.11.1994).

Von dieser Polarisierung der Gesellschaft sind ethnische Minderheiten in besonderem Maße betroffen. Knapp die Hälfte der Beschäftigten auf einfacher Qualifikationsebene und der 'bad jobs' (und beispielsweise etwa 80 - 90% im Bereich der Gebäudereinigung) sind ImmigrantInnen, die oft als unregistrierte TagelöhnerInnen (1992 etwa 15.000) arbeiten. Auch liegt die Arbeitslosigkeit der ImmigrantInnen mit über 13% um 50% höher als die der deutschen Bevölkerung. Der Anteil der AusländerInnen mit Beschäftigungsverhältnis sank in den 80er Jahren (bei gleichzeitig zunehmendem Anstieg des Bevölkerungsanteils von 21,4 auf 24,3%) von 16,7% auf 13,5% (vgl. Ronneberger 1994a, S. 188 f., Wentz 1992, S.12, Freyberg 1992, S.55). Als Folge sozialräumlicher Ausgrenzungstendenzen konzentriert sich die zunehmende Armut in der Stadt räumlich (vgl. 5.2.3).

Freyberg zufolge ist in Frankfurt momentan eine Vier-Fünftel-Gesellschaft realisiert, in der 20% der Bevölkerung ModernisierungsverliererInnen sind, die schon als arm bezeichnet werden müssen oder in hohem Maße von Armut bedroht sind (Freyberg 1992, S. 63).

Die Gesellschaft spaltet sich jedoch nicht nur vertikal zwischen verarmten Unterklassen und einkommensstarken Bevölkerungsschichten, sondern soziokulturell auch horizontal innerhalb der Mittelklassen: Dabei können "neo-urbane" und "neo-rurale" 'ways of life' unterschieden werden, die sich zur herkömmlichen "fordistischen" Mittelschicht gesellen. Sie äußern sich in unterschiedlichen Wohnsitzstrategien, Konsumptionsmustern und Weltanschauungen: Die "Neuen Urbanen" (vgl. Wentz 1992, S. 13) bestehen vor allem aus den 'urban professionals' als einkommensstarker Gruppe, die sich im Verlauf der achtziger Jahre in Frankfurt durch die Expansion von Finanzsektor, High-Tech, Marketing und "kultureller Symbolproduktion" (Ronneberger) stark vergrößert hat und die innerstädtischen Quartiere gentrifiziert. Dabei fühlt sich auch die traditionelle Mittelklasse durch die damit einhergehende urbanistische Ästhetik und den demonstrativen Konsum, der ihre "nachbarschaftlich ausgerichteten Alltagspraktiken" zunehmend entwertet, materiell und symbolisch bedrängt. (vgl. Wentz 1991, S. 12, Ronneberger 1994a, S. 191 f.; siehe auch 5.2.5). Weltanschaulich sind die neo-urbanen Gruppen hochgradig heterogen:

> "Sie umfassen sowohl linksliberale Bevölkerungskreise als auch konservativ-technokratische Eliten" (Wentz 1992, S. 13).

Der Gruppe der 'Neu-Urbanen' steht seit den achtziger Jahren ein "neo-rural" orientiertes Segment der Mittelklasse mit einer an "urban villages"

orientierten Wohnsitzstrategie in der Peripherie gegenüber. Neo-Rurale befürworten eine letztlich vorindustrielle Siedlungskultur und lehnen 'Städtisches' ebenso ab wie die normierten und "gesichtslosen" (fordistischen) Einfamilienhaussiedlungen vergangener Jahrzehnte: Dabei werden um alte Dorfkerne als "Besonderheit des Lokalen" überschaubare Einfamilienhaussiedlungen mit einer mittelalterlich-ländlichen Symbolik (Dorfbrunnen, Fachwerkfassaden, Straßenpflasterung) errichtet, wobei die Familie und das Heim als Eigentum ideologische Grundkomponenten darstellen (vgl. Ronneberger 1994b, S. 66 f., Ronneberger/Keil 1993a, S. 240). In Frankfurt ist dies insbesondere im Stadtnorden (Kalbach, Niederursel etc.) zu beobachten. Dabei werden in privatistischer "Nimby"-Manier (Abkürzung für: "Not In My BackYard") städtische Erweiterungsprojekte (wie beispielsweise das Riedberg-Viertel, die Wohnarrondierung Bonames oder die Schlachthofverlagerung) schärfstens bekämpft. In diesem Zusammenhang besteht eine politische Übereinstimmung des "neo-ruralen" Mittelklassesegments mit den "Deklassierten" aus den sozialen Brennpunkten in den benachbarten Großsiedlungen in Bonames: Sie drückt sich als "populistischer Partikularismus" aus,

> "der die Sehnsucht nach lokaler Identität, den Unmut über staatliche/ kommunale Planungsmaßnahmen mit offensiver Besitzstandswahrung und unterschwelliger Ausgrenzung marginaler Bevölkerungsgruppen verknüpft" (Keil/Ronneberger 1991a, S. 144).

Zu dieser Aufspaltung der Mittelschichten in neo-urban orientierte "Neue Dienstleister" (Ronneberger), "traditionelle fordistische" Mittelschicht und neo-rural orientierte Mittelschicht sind als weiteres Fragment der städtischen Gesellschaft am oberen Ende die vermögenden Klassen zu nennen, die sich sozialräumlich in luxuriösen Wohnresidenzen

> "im Umfeld intakter historischer Stadtkerne und kultivierter Landschaftsräume (Königsstein oder Kronberg im Vorder-Taunus) installieren und als moderne 'landlords' die Vorteile des Stadtlebens mit den Annehmlichkeiten der nahen Großstadt verknüpfen" (Ronneberger/Keil 1993a, S. 240 f.).

Solche Abwanderungen haben großen Anteil an der Tatsache, daß Drei-Fünftel der Gehälter, die in Frankfurt verdient werden, im Umland versteuert werden (vgl. Bartelheimer in: FR v. 7.2.1995).

Insgesamt ist festzuhalten, daß durch die vertikalen sozialen Brüche mit der Folge der Polarisierung und durch die horizontalen Brüche zwischen ver-

schiedenen Mittelklassesegmenten mit der Folge einer weiteren gesellschaftlichen Fragmentierung

> "die Stadt zu Beginn der 90er Jahre einem Trümmerfeld aus segregierten Quartieren und distinktiven kulturellen Praktiken" gleicht, "deren Reibungsenergie das lose Netz des übergreifenden kommunitären Feldes an allen Enden auflöst" (Ronneberger/Keil 1993b, S. 41).

5.2.5 Die Veränderung der städtischen Images und der städtischen Kultur

Neben der ökonomischen, sozialen und baulichen Struktur der Stadt ist auch die städtische Kultur und die Vorstellung oder Imagination, die mit "Stadt" verbunden ist, wichtiger Bestandteil der gegenwärtigen Transformationsprozesse. Diese fünfte Dimension der postmodernen Urbanisierung umfaßt die Veränderung der städtischen Kultur und des städtischen Zeichensystems sowie die ideologische Produktion eines neuen, spezifischen Bildes der Stadt. Sie beinhaltet

> "einen radikalen Wandel davon, was städtisch, was urban ist, also von der Art und Weise, wie wir unser Bild eines realen Zustandes mit der Realität selbst in Beziehung bringen" (Soja 1993, S. 225).

Dieser Wandel ist beeinflußt von den tiefgehenden verhaltensbezogenen, kulturellen und ideologischen Veränderungen, die in Kapitel 4 beschrieben wurden. Die Analyse dieser Dimension der Restrukturierung ist vor dem Hintergrund zu verstehen, daß postmoderne Kultur zwar mit dem ökonomischen Strukturwandel eng zusammenhängt, dabei aber trotzdem als unabhängige Variable als relativ autonom gegenüber dem "Ökonomischen" anzusehen ist.

Die Transformation des Bildes von der Stadt

Die Veränderung der städtischen Kultur Frankfurts ist eng mit der Kulturpolitik und ihrer ideologischen Funktion verknüpft: Dabei ist zu unterscheiden zwischen dem Wandel der kommunalpolitischen Bedeutung der Kultur und der "von unten" erfolgenden Transformationsprozesse kultureller Praktiken im Rahmen der Entstehung sozialer, politischer, künstlerischer und kultureller Initiativen und Milieus, die sich im Verlauf der achtziger Jahre entscheidend veränderten: Aus den, in der traditionellen "Bewegungsmetropole" Frankfurt (vgl. Roth 1994, S. 230 ff.) besonders

starken, gesellschaftlichen Protestbewegungen der sechziger Jahre mit ihrem kulturalistischen Politikverständnis entwickelten sich in den siebziger Jahren alternative Kunst- und Kulturinitiativen, die im sozialliberalen Reformmodell unter der Losung "Kultur für alle" in die kommunale Politik einflossen: Dafür sprechen etwa das erste kommunale Kino der Bundesrepublik, das alternative TAT-Theater oder Straßentheaterfestivals (vgl. Wagner 1994b, S. 48). Ab 1977 änderte sich mit der Politik der CDU-Stadtregierung die Funktion der Kultur. Es erfolgte eine

> "stärkere Einbindung städtischer Kultur in ökonomische und stadtplanerische Zusammenhänge" (Wagner 1994a, S. 215)

mit einer doppelten Zielrichtung: Kultur wurde als Standort- und Imagefaktor gesehen, und "Kulturalisierung der Politik" erfolgte zudem als politisch-kompensatorischer Sinnersatz. Mit dem bei weitem höchsten städtischen Kulturetat bundesdeutscher Städte wurde Kultur zum "Ferment der Kommunalpolitik" (Wallmann). Das Bild der Stadt veränderte sich von der unwirtlichen modernen Großstadt zum "Mythos Metropole" (Prigge 1994, S. 26). Als populistische Verknüpfung zwischen

> "folkloristischem Regionalismus und großbürgerlicher Neoklassik mit Skylineambiente und urbaner Erlebniskultur" (Ronneberger/Noller 1994a, S. 30)

wurde "weltstädtische Urbanität" inszeniert.[9] Damit wurden die auseinanderdriftenden Segmente der städtischen Mittelklasse gleichermaßen bedient und durch "Identitätsangebote und die symbolische Integration distinktiver Lebensstile" (ebd.) politische Mehrheiten gewonnen. Durch eine Konzentration der Kultur und der Kulturpolitik auf das Zentrum und durch die Ästhetisierung und Festivalisierung der Kultur als "Stadtkronenpolitik"

---

9 Einzelne Bestandteile davon sind etwa der originalgetreue Wiederaufbau einer mittelalterlichen Häuserzeile am Römerberg direkt neben einer postmodernen Ausstellungshalle (Schirn), der Wiederaufbau der Alten Oper und vor allem das Museumsufer-Projekt, das die Errichtung acht großer Museengebäude beinhaltete.

(Häußermann/Siebel) wurde aber das Soziale dethematisiert und periphere Stadtteile kulturell marginalisiert.[10]

Aber nicht nur in der städtischen Politik verändert sich das Bild der Stadt: Klaus Ronneberger zeigt auf, daß die ehemalige linke Frankfurter Subkultur ihr Bild der Stadt im Verlauf ihres Aufstiegs vom "Submilieu" zu "Neuen Städtern" in den 80er Jahren umdefinierte. Die ursprüngliche Metropolenkritik, die die Großstadt als kapitalistische Zerstörungsmaschine zeichnete und entsprechend ökologische und kommunitäre Gegenentwürfe erzeugte, veränderte sich zum Bild einer metropolitanen Urbanität als positiver Erfahrungs- und Erlebnisraum. Dies zeigt sich im Diskurs des "Pflasterstrand" als Szenezeitung mit Definitionsmacht, im Aufstieg des ehemals subkulturellen Milieus in die lokale Elite innerhalb der Partei der GRÜNEN und in der "Urbanisierung" der Frankfurter GRÜNEN,[11] die sich zu einer "laizistischen" Großstadtpartei (Frank Herterich) mit dem hauptsächlichen Wahlklientel des neourbanen Mittelklassesegments entwickelt haben (vgl. Ronneberger 1994b; vgl. auch 5.2.6).

Die Veränderung der städtischen Zeichenlandschaften

Die Umdefinierung des ideologischen Bildes der Stadt, die soziokulturellen Transformationsprozesse und die ökonomische Umstrukturierung hinterließen Spuren im räumlichen Bild der Stadt. Es entstanden in der Verschränkung dieser Prozesse spezifische städtische Landschaften:

> "Mit der ökonomischen, räumlichen und kulturellen Umstrukturierung Frankfurts zur 'Global City' entsteht ein neues symbolisches Raumbild: Zwischen dem Museumsufer, der historisch aufgebauten Ostzeile des Römers, der Piazza vor der alten Oper, der Miniaturhochhausschlucht im Bankenviertel und dem Erlebnisraum der verhübschten Innenstadt erstreckt sich das postmoderne Frankfurt als

---

10 Carola Scholz (vgl. Scholz 1989) zeigt, daß seit der Regierung von CDU-Oberbürgermeister Wallmann 'public relation', Werbekampagnen und Kulturpolitik das städtische Image kontinuierlich bearbeiten. Dabei werden einzelne kulturelle Faktoren, wie z.B. die Alte Oper, die Römerzeile oder die Skyline auf ihr Image untersucht und mit der Betonung des Weltstädtischen dargestellt. Dies legt dar, "wie sehr heute Stadtpolitik eine Politik der Produktion von Symbolen, von Tauschwerten, von kulturellen Identifikationsangeboten ist" (Jaschke 1992, S. 13).

11 Schlüsselfiguren dabei sind insbesondere Joschka Fischer, Daniel Cohn-Bendit (gegenwärtig Amtsleiter des Amtes für multikulturelle Angelegenheiten) und Tom Koenigs, z.Zt. Kämmerer und Umweltdezernent in der rot-grünen Koalition.

> 'gemütliches New York' (Roger Keil) der neuen Dienstleistungsklasse" (Noller 1994, S. 202).

Als Beispiel neuer städtischer Landschaften können insbesondere innerstädtische Konsumptionsräume und Produktionsräume der Dienstleistungsökonomie genannt werden, die

> "die früheren Grenzen von Öffentlichkeit und Privatheit, Kultur und Ökonomie zusehends verwischen" (Ronneberger/Noller 1994, S. 35).

Dabei wird die Stadt durch postmoderne "signature buildings" (wie Hochhäuser, Warenhäuser, Museen, aber - in gentrifizierten Wohnvierteln - auch Wohnhäuser) mit einer ästhetisch spektakulären architektonischen "Verpakkung" zum "kommerziellen Gesamtkunstwerk" (Noller 1994, S. 200 ff.). Die neue Hochhaus-Generation oder neue Warenhäuser im "Mall-Stil" vermischen als gehobene halböffentliche "Archipele eines kontrollierten städtischen Erlebens" (Ronneberger 1994, S. 196) Funktionen wie Einkaufen, Gastronomie sowie Kultur- und Politikveranstaltungen. Damit simulieren sie in der

> "Form von 'Hybridprodukten', die von allen 'negativen Begleiterscheinungen' wie Wetter, Lärm, Arme, Drogensubkultur etc. gesäubert" (Noller/Ronneberger 1994, S. 504)

sind, städtisches Leben: Insbesondere die Zeilgalerie 'Les Facettes' ist als simulierter Marktplatz ein herausragendes Beispiel einer solchen kompletten künstlichen Waren- und Erlebniswelt. Aber auch neue "Dienstleistungsparks" werden - innerhalb der Gebäude - mit Atrien, Springbrunnen, Piazzas und z.T. riesigen Skulpturen als simulierte öffentliche Räume konstruiert und semiotisch mit exklusiven Zeichen (Granit, Palmen, Wasser, Glasfassaden) versehen. Beispiele dafür sind Bürogebäudekomplexe wie 'Articom', 'Poseidon' oder 'Triton', die in verschiedenen Frankfurter Bürostädten gelegen sind.

Derartige Hybridprodukte werden durch Wachmannschaften stark kontrolliert. Damit zusammen hängt eine zunehmende Säuberung der Innenstadt von "unerwünschten Elementen" wie Obdachlosen, jugendlich subkulturellen Milieus (Punks, Jugendgangs), Drogensüchtigen, aber auch StraßenmusikantInnen oder StraßenverkäuferInnen. "Während so die 'unteren Klassen' aus den gesicherten Enklaven der Stadt vertrieben werden" (ebd.), verwandelt sich die City mit den einzelnen "Bauteilen einer Fantasy-

Urbanität" in einen "festival market place" (ebd.), der durch internationale Gastronomie, Einkaufspassagen, Museumsausstellungen oder Straßenfeste charakterisiert ist.[12]

Die städtischen Landschaften verändern sich aber auch an der Peripherie, wo etwa in den Enklaven des neorural orientierten Mittelklassesegments bizarre Zeichenlandschaften entstehen, die aus einer Mischung aus simulierter mittelalterlicher Dorfatmosphäre mit Fragmenten der Metropole, wie Einkaufszentren, Videotheken oder Autobahnkreuzen in direkter räumlicher Nähe (etwa in Kalbach) bestehen (vgl. Ronneberger/Keil 1993a, S. 240).

Kulturpolitik der "rot-grünen" Koalition

Die seit 1989 in Frankfurt regierende rot-grüne Koalition übernahm zwar von der CDU-geführten Stadtregierung in Grundzügen das kulturelle Konzept der "Kulturstadt Frankfurt" mit einer metropolenorientierten Kulturpolitik. Gleichzeitig versuchte sie aber, die kulturelle Marginalisierung sozialräumlich peripherer Stadtteile durch Kulturarbeit in den Stadtteilen auszugleichen, um

> "die Chancen derjenigen (zu) verbessern, die bisher nur wenig am Kulturleben teilhatten" (Koalitionsvereinbarungen 1989, S. 20).

Dafür sollte durch Stadtteilfestivals in enger Zusammenarbeit mit lokalen Kulturgruppen ein innergesellschaftlicher Kulturaustausch ermöglicht werden (a.a.O. S. 21 f.). Das erste Stadtteilfestival fand als sogenannte "Kulturwochen" im "Problemstadtteil" Gallusviertel statt. Im Rahmen der Kulturwochen sollte die spezifische Lebenswirklichkeit verschiedener Ethnien, Generationen und Geschlechter artikuliert und in 23 Kulturprojekten und 180 Veranstaltungen mit mehreren Monaten Vorbereitungs- und Laufzeit

---

12 Deutlich wird dies etwa in einen Bericht der FR, wonach allein im April 1995 in der B-Ebene der U-Bahnstation Hauptwache in der City vom privaten Wachdienst 2000 Platzverweise ausgesprochen wurden und das gleiche auf der Zeil als Frankfurts Haupteinkaufsmeile geschehe, wo vom Ordnungsamt auf Obdachlose, Punks, aber auch auf Rollschuhläufer und "Leute mit Bauchläden" regelrecht "Jagd gemacht" werde (FR v. 17.5.1995).

zueinander vermittelt werden.[13] Aber dabei zeigte sich, daß die Kulturwochen innerhalb des Gallusviertels vor allem als Selbstdarstellung der Stadt betrachtet wurden. Dies drückte sich durch eine äußerst unzureichende Beteiligung der Bevölkerung bei der Definition und der Vorbereitung des Festivals, durch das intellektuell "abgehobene" und künstlerisch anspruchsvolle Konzept, durch eine große Reihe professioneller Veranstaltungen mit auswärtigen KünstlerInnen und durch den Mangel an perspektivischen oder bleibenden Initiativen im Gallusviertel aus. So wurde von wesentlichen politischen und kulturellen Initiativen im Stadtteil sogar lange Zeit ein Boykott geplant. Diese Untersuchungsergebnisse stimmen mit der Bewertung von Claudia Gottschalck überein, wonach das Zentrum in den Kulturwochen die periphere Kultur für sich entdeckte (vgl. Gottschalck 1994, S. 57).

Dabei müssen zwei Zusammenhänge unterschieden werden: Zum einen diente das Gallusviertel den neuen städtischen Mittelklassen als exotisches Ambiente der multikulturellen Vielfalt und zum anderen die Kulturwochen als Instrument der Politik, um das schlechte Viertel des Images aufzupolieren. Dabei muß letzteres zwar im Zusammenhang mit der gegenwärtigen massiven Umstrukturierung durch das Eindringen von City-Funktionen gesehen werden (und damit in einem Versuch der Anhebung des "Marktwertes" des Gallusviertels). Die Kulturwochen waren aber zugleich ein symbolisches politisches Reparaturinstrument gegen die zunehmende Unsicherheit und gegen Verdrängungsängste der Bevölkerung, die sich etwa in der immensen Erosion der SPD (von 600 auf 100 Mitglieder), in hohen Stimmenanteilen rechtsextremer Parteien (etwa 20%), in der niedrigsten Wahlbeteiligung in Frankfurt oder durch randalierende Jugendgangs ausdrücken.

Zu diesen "Fehlentwicklungen" einer "ausgleichenden Kulturpolitik der rotgrünen Koalition" zugunsten lokaler und nicht institutionalisierter Kultur (Wagner 1994b, S. 69) erfolgte ab 1993 mit einem rabiaten Sparhaushalt eine kulturpolitische Wende mit drastischen Reduzierungen im Bereich der

---

13 Die Analyse des Verlaufs der und der Beteiligung an den Kulturwochen war bei Emrich/Lanz/Nahnsen (1994) Teil der empirischen Untersuchung zur Planungskultur in Frankfurt und wesentlicher Bestandteil der Interviewreihe im Gallusviertel, wobei sowohl auf lokaler Ebene die bereits genannten BewohnerInnen, VertreterInnen von lokalen Initiativen sowie LokalpolitikerInnen, als auch auf gesamtstädtischer Ebene die ExpertInnen insbesondere aus Politik und Wissenschaft befragt wurden.

freien Kultur, der Abschaffung der Kulturwochen und der Schließung bzw. Mittelstreichungen soziokultureller Einrichtungen wie etwa Jugendhäusern (vgl. a.a.O.). Dies läßt eine weitere kulturelle Marginalisierung benachteiligter Stadtquartiere erwarten. Bei der Betrachtung der kulturellen Szene und der Kulturpolitik der Stadt ist zudem auffällig, daß solche Stadtteile ebenso von konservativer Kulturpolitik wie auch von freien Kulturinitiativen und über sie von der auf das metropolitane Zentrum orientierten Kulturpolitik v.a. der GRÜNEN "links" liegen gelassen werden.

5.2.6 Neue Formen lokalpolitscher und stadtplanerischer Regulation

Mit den genannten Umstrukturierungen bilden sich als Reaktion auf die veränderten Bedingungen und die damit entstehenden neuen Aufgaben für die Stadtpolitik neue lokale Politiken und Stadtplanungsformen heraus. Neben der bereits angesprochenen zunehmenden Kulturalisierung der Politik entstehen vor allem neue politische Instrumente. Sie müssen vor dem Hintergrund sowohl der ökonomischen Umstrukturierungen als auch der kulturellen und sozialstrukturellen Fragmentierung der Gesellschaft gesehen werden.

Die Zunahme der interkommunalen Konkurrenz im Zusammenhang mit dem Bedeutungswachstum "weicher Standortfaktoren" läßt das gesamte Milieu einer Stadt als Set institutioneller, kooperativer, sozialer und kultureller sowie lebensqualitativer Bedingungen zum "Geschäftsklima" werden. Für dessen Entstehen hat die lokale Politik Sorge zu tragen. Städtische Politik wurde vor diesem Hintergrund zunehmend zu "unternehmerischer Politik", deren hauptsächliches Ziel die Stimulation privaten Kapitals ist (vgl. Krätke 1990, S. 32, Mayer 1990, S. 197). Lokale Politik veränderte sich im Zuge der Notwendigkeit flexiblerer Politikformen zunehmend zum "urban management": Dies ist durch die steigende Bedeutung kommunaler Marketing-Strategien und vor allem durch die "Durchkapitalisierung lokalstaatlicher Organisationsformen" (Krätke 1990, S. 33) im Rahmen der Herausbildung neuer - zwischen Staat und Markt liegender - Instrumentarien und "institutioneller Arrangements" gekennzeichnet (Mayer 1990, S. 199). Solche sind etwa "parastaatliche Entwicklungsträger" (in Form von GmbHs) oder "gemischtwirtschaftliche

Organisationen" (wie 'Public-Privat-Partnerships')[14] (Krätke 1990, S. 33). Dabei entsteht unter der "Absolutsetzung" der Wirtschaftsförderung eine neue Sorte von "und-Politiken", um die

> "Stimulierung privater Kapitalakkumulation auf lokaler Ebene unter Einbeziehung aller relevanten Akteure und im möglichst abgestimmten Vorgehen zu organisieren" (Mayer 1991, S. 41).

Mit der gestiegenen Bedeutung der lokalen Ebene und selbst der Kultur- und Sozialpolitik für die lokale Wirtschaftsförderung werden zunehmend auch lokale AkteurInnen, Initiativen und Selbsthilfegruppen auf ihren möglichen Beitrag zur Durchsetzung einer Modernisierungspolitik geprüft, aufgewertet und funktionalisiert. Dabei sind zwei "Aufgaben" zu unterscheiden, die diese übernehmen können: Einerseits tragen sie "zur Herstellung eines urban-kulturellen Ambientes" als wichtigem Bestandteil des städtischen Klimas für die wesentliche Gruppe der 'neuen DienstleisterInnen' bei, andererseits dienen sie "als Mikro-Management für die sich verschärfenden sozialen Probleme" (Mayer 1990, S. 204), also als politisches Reparaturinstrument. Die Kulturwochen im Gallus-Viertel sind für beides ein hervorragendes Beispiel.

Der - neben neuen ökonomisch erzeugten Notwendigkeiten - andere Ursprung veränderter lokalstaatlicher Politik liegt in der zunehmenden Fragmentierung der Sozialstruktur der Städte. Für Frankfurt wurde dies vor allem von Planungsdezernent Wentz formuliert: Wentz führt den Individualisierungsschub und den hohen Anspruch insbesondere der, immer wichtiger werdenden, "tertiärisierten Mittelklassesegmente" auf Selbstbestimmung und Autonomie als Hintergrund für die "verstärkte Heterogenität des Sozialen" und die "verstärkte Sprechfähigkeit der Bevölkerung" (Wentz 1992, S. 13) an. Damit organisieren und artikulieren sich soziale Gruppen, so Wentz, "zu beliebigen Anlässen" mit der Folge, daß sich "bei fast allen Projekten Widerspruch oder Widerstand artikuliert" (a.a.O., S. 16): Dies führe letztlich zu hohen finanziellen und legitimatorischen Kosten für die Stadt. Notwendig seien aus diesen Gründen die

> "Ausformulierung von neuen Konsensmechanismen, die die Interaktion zwischen planender Instanz und betroffener Bevölkerung reibungsloser gestalten könnte" (a.a.O.),

---

14 Diese werden im weiteren Verlauf der Arbeit mit PPPs abgekürzt.

ein kontinuierlicher Informationsaustausch, dialogische Verfahrensweisen und flexible Aushandlungsmechanismen in der Planung. Um dies gewährleisten zu können, seien Verfahrensverkürzung und Deregulierung von Rechtsvorschriften unerläßlich (vgl. a.a.O., S. 15-19).

Zusammenfassend ist festzuhalten, daß institutionelle Hauptzüge neuer lokalpolitischer Strukturen vor diesem Hintergrund Deregulierung, Flexibilisierung und Privatisierung, die selektive Einbindung privater Gruppen und AkteurInnen (Unternehmen und Initiativen) und die Suche nach neuen Formen der Kommunikation sind. Dabei können zwei Motivationen unterschieden werden: eine "ökonomische" Motivation im weitesten Sinne, die im Zusammenhang mit dem Mangel an Effektivität bestehender Instrumente für neue Aufgaben steht, und eine "legitimatorische" Motivation als Reaktion auf die durch Umstrukturierungen und gesellschaftlichen Wandel entstandenen Legitimationsdefizite der Politik.

Veränderungen der lokalpolitischen Regulation in Frankfurt seit 1989

In Frankfurt sind neue lokalpolitische Strukturen vor dem Hintergrund der seit 1989 bestehenden rot-grünen Koalition zu verstehen: Die Koalition erhielt zwar das Ziel der Etablierung Frankfurts als internationale Finanzmetropole von Anfang an weiter aufrecht. Dabei formulierte sie aber auch den Anspruch der Entwicklung eines neuen "Urban-Management-Modells", in dem sich Handlungsmöglichkeiten für bis dahin marginalisierte Gruppen eröffnen sollten (vgl. Keil/Ronneberger 1993b, S. 29 f.). Damit sollte auf die negativen sozialen Folgen der "High Culture"- und "High Consumption"-Politik der symbolischen Entschädigungen durch die zwölfjährige CDU-Ära reagiert werden (vgl. Gather/Unterwerner 1992, S. 107, Bartelheimer 1989, S. 1056).

Das "sozial-ökologische Reformprojekt" sollte einerseits in Stadtentwicklungsprojekten, wie verstärktem Wohnungsbau, Flächenrceycling und - als wichtigstes - dem GrünGürtel, und andererseits in der Öffnung der Stadt gegenüber Gruppen realisiert werden, "die bisher zu den Verlierern des städtischen Wachstums gehörten" (Bartelheimer 1989, S. 1064). Um letzteres zu erreichen, wurden als neue städtische Ämter das Frauenreferat und das Amt für multikulturelle Angelegenheiten eingerichtet sowie politische Zielvorgaben zugunsten von Minderheiten wie Schwulen und Lesben formuliert. Darüber hinaus sollte durch eine Stärkung der Stadtteilparlamente eine Dezentralisierung der Macht erfolgen.

Ein Schwerpunkt rot-grüner Reformpolitik sollte des weiteren die Entwicklung einer neuen demokratischen Planungskultur der Stadt sein. Dabei wurden die Ziele verfolgt, Planung transparenter zu machen, in einzelnen Projekten einen intensiven Dialog mit allen beteiligten AkteurInnen zu führen und generell eine aktive Beteiligung der Bevölkerung zu gewährleisten (Koalitionsvereinbarungen 1989, S. 6 f., 35, 53).

Die Existenz, die Bedeutung und die Wirkungen der Planungskultur stand in Emrich/Lanz/Nahnsen (1994) im Mittelpunkt der empirischen Untersuchungen. An dieser Stelle sollen Ergebnisse der Untersuchung auf gesamtstädtischer Ebene zusammengefaßt dargestellt werden. Sie bilden den Hintergrund, in den die in Kapitel 6 dargestellten Planungsverfahren eingeordnet werden können. Analysiert wurden die Neuerungen der Planungskultur in Frankfurt auf ihren verschiedenen Ebenen: auf der organisatorischen und institutionellen Ebene, im Bereich informeller intermediärer Instanzen und im Bereich der Verfahren und Politikstile. Die Neuerungen wurden insbesondere im Hinblick auf die Fragestellung untersucht, ob sie - entsprechend der in den Koalitionsvereinbarungen formulierten Zielsetzung der Etablierung einer "Neuen Planungskultur" - zu einer Demokratisierung der Planung beitragen.

Dabei ist folgendes Ergebnis festzuhalten: Es gibt in Frankfurt eine große Anzahl von neuen Elementen in der Stadtplanung im weiteren Sinne auf allen verschiedenen Ebenen.[15] Das Neue liegt dabei nicht unbedingt in der Neuartigkeit einzelner Instrumente: Es liegt vor allem

- in der Vielzahl und Unterschiedlichkeit der vom Planungsdezernat eingesetzten informellen Planungsverfahren (bsp. Runde Tische u. a. bei den Planungen zur Westhafen- und zur Riedberg-Bebauung, neuartige Wettbewerbsformen etwa bei den Planungen zur Riedberg-Bebauung, Planungswerkstätten wie etwa bei der Flächenarrondierung von Bonames, diverse Workshops);
- in der Bedeutungssteigerung einzelner Elemente, wie vor allem von privatrechtlichen Organisationsformen (wie die Westhafen-GmbH, die GrünGürtel-GmbH, die Stadtentwicklung Frankfurt Ost-GmbH usw.), von Öffentlichkeitsarbeit (Publikationen, Pressearbeit, projektbezogene

15 Die Wirkungen von neuen Ämtern, wie dem Frauenreferat oder dem Amt für multikulturelle Angelegenheiten, wurden in die Untersuchung miteinbezogen, da sie in der Planung Mitspracherechte haben.

Öffentlichkeitsarbeit v. a. beim "Tempo-30-Projekt"[16]), Aushandlungsprozessen zwischen Investoren und Verwaltung (bei Commerzbank-Bau, Bebauungsplan Bankenviertel, Bebauung des Schlachthofgeländes) und von Diskussionsforen (Umweltforum, "Die Zukunft des Städtischen");

- in der Umstrukturierung des Verwaltungshandelns und der Verwaltungsorganisation im Hinblick auf Deregulierung und "Verschlankung" (bsp. die Umstrukturierung des Stadtplanungsamtes[17]) und
- in neuartigen Kombinationsformen aller entsprechenden Elemente etwa beim Tempo-30-Projekt und vor allem beim GrünGürtel-Projekt.

Hauptsächlich herauszustellen sind damit eine starke Tendenz zur Privatisierung von Organisationsformen, eine Tendenz zur "Informalisierung" von Planungsverfahren und eine generelle Ausdifferenzierung von Planungsverfahren. Allen neuen Elementen gemeinsam ist ihr kooperativer Charakter: Sie dienen der Vermittlung zwischen verschiedenen Interessen und der Beteiligung zusätzlicher Gruppen an der Planung.

In Motivation und Wirkung konnten sie zwei unterschiedlichen Logiken zugeordnet werden:

Zum ersten ist eine Entwicklung der Planung vom Verwaltungshandeln zum Management festzustellen: Dabei dienen die Neuerungen der Erhöhung der Effektivität und der Durchsetzbarkeit der Planung unter den genannten veränderten Bedingungen. Dies trifft vor allem für PPPs, Stadtentwicklungsgesellschaften, Aushandlungen, die Öffentlichkeitsarbeit, aber auch zum großen Teil auf informelle Verfahren wie die hochselektiven Diskussionsrunden für ExpertInnen, viele Runde Tische oder Planungswerkstätten zu, die in den meisten Fällen nur beim Auftreten von Konflikten eingesetzt wurden (Beispiele sind die 'Worksession Bonames'

---

16 Für die Planungen zur Einführung von Tempo 30-Zonen wurde mit den Mitteln der Massenkommunikation (wie Radiospots, Anzeigen etc.), der Pressearbeit (wie durch Postwurfsendungen, der Herausgabe einer Zeitschrift etc.), der Werbung (mit einer eigens entwickelten Comic-Figur) und mit Hilfe von Aktionen (wie etwa Einweihungsfesten oder der Verlosung von Aufklebern) eine massive "Werbekampagne" durchgeführt, mit der die Beteiligung von BürgerInnen an den Planungen ebenso wie die Akzeptanz der verkehrsberuhigten Zonen erhöht werden sollten (vgl. Topcom 1991, S.150 ff.).

17 Dabei wurden Fachbereiche zusammengelegt, Hierarchieebenen abgebaut und Verantwortungen verlagert sowie Genehmigungsverfahren für Bauanträge und Bauleitplanungsverfahren umstrukturiert und verkürzt (vgl. FR v. 16.12.1993), also eine Entwicklung in Richtung eines "lean management" (Interview 5, Verwaltung, S. 2) eingeleitet.

sowie die Runden Tische zu Westhafen- und (vorgesehen) zur Riedberg-Bebauung). Dem entsprechend wurde in der Untersuchung von den InterviewpartnerInnen aus Politik und Verwaltung (vgl. 5.1) ganz deutlich die lediglich kommunikative Wirkung solcher Instrumente und ihre Bedeutung zur Erlangung eines Konsenses betont (In. 1, Politik, S. 2, sowie aus der Verwaltung In. 5, S. 1, und In. 6, S. 1[18]).

Ein zweiter Bereich von Neuerungen kann als Entwicklung von Ansätzen zur Erneuerung der Planungskultur verstanden werden: Sie folgen nicht der (letztlich betriebswirtschaftlichen) Logik des ersten Bereichs von Änderungen, sondern sind als Versuch anzusehen, eine Demokratisierung der Planung und Lokalpolitik im Sinne der Koalitionsvereinbarungen von 1989 zu erreichen. Dies trifft auf viele kleinere Projekte zu, wie etwa das Projekt "Kinder planen ihren Stadtteil". Hauptsächlich sind dabei aber Veränderungen auf politischer Ebene zu nennen: Dazu gehört ein diskursiver Politik-Ansatz, der sich (nur) im Umweltforum ausdrückt und die Einrichtung der genannten neuen Ämter, denen Mitspracherechte an der Planung eingeräumt werden. Gerade die Ämter bedeuten sicherlich ansatzweise eine Umverteilung der Macht zugunsten marginalisierter Gruppen, die aber wiederum stark dadurch eingeschränkt ist, daß diese Mitspracherechte nicht formalisiert und institutionalisiert sind und somit keine Mitentscheidungsrechte bedeuten: Damit verbleibt die Politik häufig symbolisch (vgl. hierzu auch Bauer/Bock 1993, S. 145, Radtke 1991).

Wichtigstes Element einer neuen Planungskultur (und etwa von zwei InterviewpartnerInnen aus der Wissenschaft als das einzige angesehen; In. 9, S.1, In. 10, S. 5) ist das GrünGürtel-Projekt[19] als Vorzeigeprojekt sozial-ökologischer Reformpolitik. Als komplexes Set von - zum großen Teil neuen - Planungsverfahren verkündet es den Anspruch, Planung als sozialen Prozeß zu betreiben: Dreh- und Angelpunkte des Projektes sind die privatrechtlichen intermediären Instanzen Projektbüro (für die Erarbeitung des Konzeptes) und GrünGürtel-GmbH (für die Umsetzungsphase). In einer Kombination verschiedenster kooperativer Verfahren (Workshops, VHS-

---

18 Die Quellenangabe der den Interviews entnommenen Aussagen erfolgt, indem die entsprechenden Interviews (abgekürzt mit In.) numeriert und mit der Angabe des Bereiches, aus dem der/die InterviewpartnerIn kommt, versehen werden. Dabei werden folgende Bereiche unterschieden: Politik, Verwaltung, Wirtschaft, GrünGürtel, Wissenschaft und Initiativen/BürgerInnen. Die Seitenangabe bezieht sich auf die Interviewprotokolle.

19 Das GrünGürtel-Projekt wird in Kapitel 6.1.2 ausführlich dargestellt und soll hier nur kurz angesprochen werden.

Kurse, 'Verfassungskongreß') wurden die Planungsgrundsätze in öffentlichen, dialogischen, prozeßhaften Verfahren für das Projekt entwickelt und durch das politische Organ des Magistrats als sogenannte 'Verfassung' verabschiedet (vgl. dazu auch Stadt Frankfurt am Main 1991). Die Umsetzung erfolgt in den jeweiligen Planungsabschnitten über das Verfahren des 'Projektmonats', der als Bevölkerungsbeteiligungsverfahren eine Mischung aus öffentlichen Diskussionsveranstaltungen, Workshops und kulturellen Veranstaltungen ist. Der erste Projektmonat in Sossenheim wird in Kapitel 6 im Hinblick auf seinen Beitrag zu einer Demokratisierung der Planung untersucht (vgl. Kapitel 6.1.2).

Zur Frage der Demokratisierung von Lokalpolitik und Planung in Frankfurt

Das Demokratisierungspotential der neuen Planungsinstrumente in Frankfurt konnte, insgesamt betrachtet, vor allem anhand der Kriterien Beteiligungsoffenheit sowie Art und Stärke der Einflußnahme auf die Planung beurteilt werden. Es wurden informelle Kooperationsinstrumente unterschieden, die prinzipiell selektiv sind, und andere, die prinzipiell beteiligungsoffen sind: Bei letzteren besteht in der Regel lediglich in der praktischen Umsetzung eine faktische Selektivität der Beteiligung. Dabei gibt es unterschiedliche Grade: Unter ersteren sind vor allem PPPs als GmbHs und "Deals" zwischen Verwaltung und Investoren zu nennen, die prinzipiell nur für Verwaltung oder Politik und Wirtschaft geöffnet sind. Zu letzteren zählen etwa allgemeine Informationsveranstaltungen. Dazwischen sind Runde Tische, Workshops oder Beratungsgremien angesiedelt, an denen zwar prinzipiell alle Gruppen teilnehmen können, faktisch jedoch nur wenige VertreterInnen beteiligt werden.

Darüber hinaus unterscheidet sich die Art und Weise der Einflußnahme der unterschiedlichen Instrumente auf die Planung: Zum Teil sind die neuen Instrumente mit realem Gestaltungs- und Handlungseinfluß ausgestattet und zum Teil nur mit einen nicht quantifizierbaren "diskursiven" Einfluß. Auch dabei sind unterschiedliche Grade zu beobachten: GmbHs, PPPs und "Deals" sind am stärksten mit Gestaltungseinfluß oder der Möglichkeit der Beeinflussung von Entscheidungen für politisch nicht-legitimierte Akteure ausgestattet und Diskussionsgremien oder Runde Tische am geringsten. Mittleren Einfluß haben je nach konkreter Ausgestaltung Workshops oder Beratungsgremien.

Dies heißt, daß tendenziell die Instrumente mit der stärksten Einflußmöglichkeit die stärkste prinzipielle Selektivität aufweisen bzw. die am wenigsten selektiven Instrumente die geringsten Gestaltungsmöglichkeiten haben. Wenn nicht durch bewußte Regulierung gegengesteuert wird, kann damit die zunehmende Verlagerung der Planungsprozesse auf informelle Verfahren zwar die Planung transparenter und offener machen. Gleichzeitig können die Veränderungen der faktischen Einflußnahme auf die Planung im Rahmen einer selektiven Beteiligung zusätzlicher AkteurInnen aber zu einer schleichenden Entdemokratisierung im Sinne des Ausschlusses der für die Durchsetzung der Planung und die (ökonomische) Entwicklung der Stadt nicht benötigten AkteurInnen führen.

In diesem Zusammenhang wird die Frage der politischen Motivation für die Einführung neuer Instrumente relevant: Es konnte durch übereinstimmende Aussagen mehrerer InterviewpartnerInnen aus Verwaltung, Politik und Wissenschaft festgestellt werden, daß zwischen den Koalitionspartnern und dementsprechend zwischen den unterschiedlich besetzten Dezernaten Planung (SPD) und Umwelt (DIE GRÜNEN) ein grundsätzlicher Dissens über die Bedeutung der neuen Instrumente besteht (In. 7, Verwaltung, S. 4, aus der Politik In. 1, S. 7, und In. 2, S. 1,2,7, sowie aus der Wissenschaft In. 10, S. 6): Das Planungsdezernat sieht in neuen kooperativen Planungsverfahren lediglich kommunikative Instrumente, mit denen die Effektivität und Durchsetzbarkeit anstehender Planungsprozesse erhöht werden sollen, ohne die eigentlichen Entscheidungskompetenzen zu verändern. Das Umweltdezernat und die GRÜNEN im Römer bringen die Verfahren hingegen in Zusammenhang mit der Möglichkeit einer verstärkten Partizipation der Bevölkerung an der Planung. Dabei sehen entscheidende PolitikerInnen der GRÜNEN aber vor allem die theoretischen Möglichkeiten zur Demokratisierung durch eine Deregulierung der Planung auf informelle Verfahren und unterschätzen die grundlegend selektive Wirkung solcher Instrumente. Dies führt zu positiv eingefärbten Fehlurteilen über die Wirkung spezifischer Verfahren (wie etwa beim Planungsverfahren zum Gallus-Park, vgl. Kapitel 6.1.1).

Zur Beantwortung der Frage, ob die Neuerungen in Lokalpolitik und Planung eher im Sinne einer Demokratisierung oder im Sinne einer schleichenden Entdemokratisierung wirken, kann auch der Verlauf der rot-grünen Regierungszeit seit 1989 herangezogen werden. Dieser wurde aktuell durch Walter Prigge, Klaus Ronneberger und Roger Keil dargestellt (vgl. Prigge/

Ronneberger/Keil 1995, hier zitiert aus dem Abdruck in der FR v. 20.4.1995, Dokumentation): Die ursprüngliche Grundidee des Bündnisses lag demnach darin, mit Hilfe von Gewerkschaften, neuer sozialer Bewegungen und dem aufgeklärten Teil der neuen Mittelklasse eine 'rainbow-coalition' der unteren Zwei-Drittel der Gesellschaft als Reformbündnis zu installieren. Diese soziale Basis des Bündnisses erodierte aber, als sich im Rahmen der Umsetzung geplanter Stadtentwicklungsprojekte flächendeckend Proteste artikulierten:

> "Der Entmischungsprozeß innerhalb der Mittelschichten, die anhaltende soziale Erosion der Arbeiterquartiere, die wachsende Entfremdung des alternativen Restmilieus zur rot-grünen Koalition und die partikular-populistische Frontstellung der suburbanen Bürgerinitiativen (gegen wesentliche Stadtentwicklungsprojekte, d. Verf.) ... ließen die soziale Basis des Reformprojekts schmelzen" (ebd.).

Dazu kamen die internen Entwicklungen der Koalitionsparteien: In der SPD verläuft eine Spaltungslinie zwischen TraditionalistInnen und ModernisiererInnen, wobei diese Spaltung - durch ein gegen die Politik der Koalition gerichtetes abweichendes Stimmverhalten mehrerer Fraktionsmitglieder - letztlich den Rücktritt des Oberbürgermeisters von Schoeler im April 1995 bewirkte. Die Partei der GRÜNEN entfernte sich hingegen zunehmend von ihrer Basis im Protestmilieu und entwickelte sich in einem Entpolitisierungsprozeß zu einer etablierten urbanistischen Partei mit "Wählerklientel in gehobenen Mittelklassepositionen". Dabei wurden radikal-demokratische Vorstellungen zugunsten einer Politik "distinktiver Lebensstile und Lebensweisen" verabschiedet. (Keil/Ronneberger 1993b, S. 32). Als Reformpartei mit der hauptsächlichen Funktion, das Auseinanderdriften der Gesellschaft durch soziale Reformkonzeptionen zu beantworten, haben die GRÜNEN nach Meinung von Prigge durch das Betreiben von Klientelpolitik versagt (vgl. Prigge 1994, S. 25). Mit der Haushaltskrise und der Übernahme des Kämmererressorts durch einen Politiker der GRÜNEN gewannen in der Partei zunehmend neoliberale Positionen oberhand, "sozialpolitische Ansätze neuer Planungskultur" gerieten "völlig außer Blick" (Prigge/Ronneberger/ Keil 1995):

> "Das Grün-Gürtel-Projekt schrumpfte auf ein symbolisches Minimum zusammen, die Idee einer offenen Planung reduzierte sich auf ein pragmatisches Konsensmodell von Öffentlichkeitsarbeit" (ebd.).

Im Rahmen der Haushaltskrise wurden durch systemische Zwänge gesellschaftliche Reformvorstellungen aus dem Auge verloren und die Stadt lediglich technokratisch von oben modernisiert. Gleichzeitig werden rechtspopulistische Wählervereinigungen und rechtsextreme Parteien[20] durch die weitere soziale Erosion und durch die Verdrossenheit des traditionellen Klientels gegenüber der Politik der SPD in der Stadt zusehends gestärkt. Dies führt zu einer zunehmenden ordnungspolitischen Rhetorik in der städtischen Politik, die zu Lasten sozialer und multikultureller Inhalte geht:

> "'Sicherheit' scheint sich zum zentralen Dispositiv eines neuen Konsenses zu entwickeln" (Ronneberger 1994, S. 197).

Den vorläufigen Schlußpunkt des "stehenden K.O." der rot-grünen Koalition und ihrer Reformpolitik setzt der Sieg der CDU-Kanditatin Petra Roth bei den Direktwahlen zur Oberbürgermeisterin Ende Juni 1995.

Die Frage nach der Chance der Demokratisierung von Lokalpolitik und städtischer Planung durch die zunehmende Informalisierung der Verfahren muß also vor diesem Hintergrund der zunehmenden Erosion des sozialen Reformprojekts der rot-grünen Koalition beantwortet werden.

5.3 Schlußfolgerungen: Die Ausgangssituation einer demokratischen Planung in der postmodernen städtischen Gesellschaft

Welche Schlußfolgerungen sind nun aus der in den letzten beiden Kapiteln erfolgten Darstellung der Verfassung der postmodernen Gesellschaftsformation und ihrer konkreten Auswirkungen auf die städtische Gesellschaft Frankfurts am Main zu ziehen, die wieder an die Ausgangsfrage einer Möglichkeit der demokratischen Planung in eben dieser Gesellschaft anschließen können?

Grundsätzlich ist festzuhalten, daß sich die Ausgangsbasis oder die Plattform, auf der die Planung agieren muß, in Bezug auf die Möglichkeit einer Demokratisierung in mehreren Dimensionen verschlechtert hat, wenn - und das ist der entscheidende Punkt - Demokratisierung vor allem die Umverteilung von Macht zugunsten bislang *marginalisierter* Gruppen bedeuten soll. Und gerade in der postmodernen Gesellschaft, in der soziale Probleme

---

20 Die Republikaner erhielten bei den Kommunalwahlen 1993 gesamtstädtisch 13,5% und in einzelnen Wahlkreisen (Sossenheim) bis zu 33% der Stimmen.

zu Problemen von Minderheiten werden, kann nur eine Planung als demokratisch bezeichnet werden, die zu einer Umverteilung der Macht zugunsten dieser marginalisierten Minderheiten beiträgt. Die Verschlechterung der Ausgangssituation für eine solche Planung liegt im Zusammenwirken zweier gegenläufiger Entwicklungsprozesse begründet (a und b), die (c) auf die Umstrukturierung der städtischen Politik treffen:

a) Der gesellschaftliche Ausschluß der "Deklassierten"

Die ökonomischen Umstrukturierungen mit der Entstehung eines flexiblen Akkumulationsregimes bilden die Basis für die Polarisierung der Gesellschaft: Eine Abkehr vom ökonomischen "Erfolgsmodell Frankfurt", das maßgeblich für die soziale Spaltung der Gesellschaft verantwortlich ist und diese nach wie vor forciert, ist nicht in Sicht. Damit ist der Grundstein einer sich fortschreibenden sozialen Erosion und Marginalisierung zumindest des untersten Sockels der Gesellschaft mit einem Bevölkerungsanteil von bereits jetzt mindestens 20% (mit rapide steigender Tendenz) gelegt.

Dabei sind mehrere Formen der Marginalisierung zu unterscheiden, denen unterschiedliche Bevölkerungsgruppen in verschiedener Art und Stärke ausgesetzt sind:

Zunächst ist eine "soziale Marginalisierung" zu nennen: Diese drückt sich durch die sich verstärkende Armut immer größerer Bevölkerungsgruppen aus. Dabei ist die Armut sozialräumlich konzentriert, was zur tendenziellen Ghettobildung und zur Deklassierung ganzer Stadtteile führt. Sozial Marginalisierte, die aus den UmstrukturierungsverliererInnen mit etwa 20% der städtischen Bevölkerung bestehen, sind sozial fragmentiert, ökonomisch sowohl als ProduzentInnen wie als KonsumentInnen weitgehend "verzichtbar" und politisch ohne Sanktionsmacht. Zu ihnen gehören v.a. Langzeitarbeitslose und am Arbeitsplatz Ausgebeutete ('JobberInnen', Unterbezahlte). Der Grad sozialer Marginalisierung differiert nach Kriterien wie Ethnie und auch Geschlecht: So sind ImmigrantInnen und Frauen überdurchschnittlich von der Verarmung betroffen.

Zweitens ist eine "kulturelle Marginalisierung" in verschiedenen Dimensionen festzustellen: So leidet ein großer Teil der ImmigrantInnen, die immerhin fast ein Drittel der städtischen Bevölkerung ausmachen, zunehmend durch einen mehrdimensionalen Rassismus: Dieser besteht in einem "Rassismus der Mitte", der in den 'Nimby'-Positionen gegen den Neuzuzug von ausländischen Bevölkerungsteilen in mittelständische Viertel mit den

Diskursen "Zunahme der Kriminalität" und "Ghettoisierug der Viertel" zum Ausdruck kommt, und im "Rassismus der Deklassierten" in den sozialen Brennpunkten, der sich unter anderem bei Wahlen in einem hohen Stimmenanteil rechtsextremer Parteien ausdrückt.

Darüber hinaus ist ein zunehmender Bevölkerungsanteil von der Kultivierung von, mittlerweile die gesellschaftliche Mehrheit prägenden, ästhetisierten, differenzierten Lebensstilen ausgeschlossen. Denn diese sind an die Verfügbarkeit sowohl materiellen wie auch kulturellen und sozialen Kapitals geknüpft (vgl. dazu Kapitel 4.3). In der städtischen Gesellschaft kann dies indirekt im kulturellen Selbstverständnis der die Stadt zunehmend prägenden "Neuen DienstleisterInnen" gezeigt werden, zu denen auch die AufsteigerInnen aus der "linken Szene" zu rechnen sind: Als ProduzentInnen einer metropolitanen postmodernen Kultur ignorieren und werten sie gewachsene lokale Kulturen ab. Die Stadt wird semiotisch und sozialräumlich (etwa durch Gentrifizierung) weitgehend auf ihre Bedürfnisse umgerüstet. Damit reicht die kulturelle Marginalisierung bis in das fordistische Mittelklassesegment mit ihren traditionellen, auf gewachsene Kultur (etwa Vereinsstrukturen, Kleingärten etc.) gerichteten "Wertsystemen" hinein. Durch die zunehmende Privatisierung des öffentlichen Raumes zu gehobenen Konsumptionsinseln erfolgt darüber hinaus ein - durch exklusive Semiotik und dementsprechendes Konsumangebot - symbolischer und ein - durch Vertreibung - ordnungspolitisch organisierter Ausschluß bereits sozial marginalisierter Gruppen.

Kulturpolitisch findet eine Marginalisierung von Bevölkerungsgruppen, die nicht entsprechend urbanisierte 'lifestyles' pflegen, durch die Ausrichtung der Politik auf Hochkultur und auf "In-Kultur" statt: Dies erfolgt zum einen im Hinblick auf den Standortfaktor "Kulturmetropole" und zum anderen in der Ausrichtung der Stadt als Bühne für die sie beherrschenden "Neuen StädterInnen".

Eine dritte Dimension der Marginalisierung besteht in der "politischen Marginalisierung". Diese betrifft zunächst hauptsächlich die ImmigrantInnen: Nahezu 30% der städtischen Bevölkerung sind qua Wahlrecht von der politischen Mitwirkung ausgeschlossen und in Vierteln mit hohem ImmigrantInnenanteil an der Bevölkerung bis zu 80% (Bahnhofsviertel). Darüber hinaus beteiligen sich die verschiedensten marginalisierten Gruppen aus wachsender Resignation, die im Zusammenhang mit sozialer und

kultureller Marginalisierung zu verstehen ist, immer weniger am politischen Leben.[21]

Inhaltlich besteht in der Stadtpolitik eine Tendenz zur politischen Marginalisierung von bereits anderweitig deklassierten Bevölkerungsgruppen in der zunehmenden Orientierung jeweils der SPD und der GRÜNEN an den neuen Dienstleistungsklassen und im Aufstieg der GRÜNEN zur Partei eben dieser neuen städtischen Mittelklassesegmente: Damit wurden in der rot-grünen Koalition die Interessen anderer Gruppen (etwa traditionell "fordistischer" SPD-Klientel oder traditionell "grüner" Protest-Milieus) zunehmend irrelevant für die jeweilige politische Programmatik und Praxis.

Insgesamt sind zwar von den verschiedenen Dimensionen der Marginalisierung unterschiedliche Gruppen in unterschiedlichen Graden sowie Arten und Weisen betroffen. So unterliegt etwa eine langzeitarbeitslose Immigrantin allen Dimensionen in stärkster Ausprägung, während etwa ein, zwar bis zu einem gewissen Grad innerhalb der Stadt kulturell und kulturpolitisch marginalisierter, deutschstämmiger Arbeiter mit gesichertem Beschäftigungsverhältnis weder direkt sozial noch politisch marginalisiert ist. Trotzdem sind die einzelnen Dimensionen der Marginalisierung miteinander verbunden.

Ein zunehmender Teil von Bevölkerungsgruppen wird mehrdimensional marginalisiert und damit gesellschaftlich deklassiert: Langzeitlose ArbeiterInnen etwa sind nicht nur sozial, sondern auch kulturell und politisch (durch resignative Verweigerung und Irrelevanz ihrer Interessen für die Stadtpolitik) marginalisiert. Generell sind in der postmodernen Gesellschaft v.a. bereits sozial marginalisierte Gruppen besonders stark von der Auflösung sozialer Bindungen (die etwa den Absturz in die Armut abfedern könnten), von der zunehmenden ökonomischen und kulturellen Kolonialisierung der Lebenswelt und von der damit verbundenen Schwächung der Orientierungsmöglichkeit und Kommunikationsfähigkeit betroffen. Denn meist sind soziale und kulturelle Marginalisierung verknüpft: Unqualifzierte, kulturell "fordistisch" geprägte ArbeitnehmerInnen und Mitglieder kultureller Minderheiten sind am

---

21 So nahmen beispielsweise im Gallusviertel bei der hessischen Landtagswahl 1995 durch Ausschluß (42% ImmigrantInnenanteil ohne Wahlrecht) und Verweigerung (39,4% Wahlbeteiligung) lediglich knapp 23% Prozent der erwachsenen Bevölkerung an den Wahlen teil!

stärksten von sozialer Marginalisierung betroffen. Sie verfügen damit im geringsten Maße über politisches und - im Hinblick auf die Möglichkeit einer ästhetisch motivierten Verweigerung - über kulturelles Widerstandspotential. Und sie verfügen im geringsten Maße über Ausgleichsmöglichkeiten der lebensweltlichen Verluste durch eine Nutzung postmoderner Freiheitsspielräume im Rahmen der Ausdifferenzierung von gesellschaftlich akzeptierten Lebensformen und Wertsystemen.

Insgesamt heißt das, daß eine Tendenz festzustellen ist, daß mehrfach marginalisierte Gruppen zunehmend verarmen und zunehmend an gesellschaftlicher Anerkennung einbüßen bzw. aktiv ausgegrenzt werden: Weil sie weder ökonomisch gebraucht werden noch ihre kulturellen Werte von Bedeutung sind, "stören" sie nur noch. Darüber hinaus sind sie von der wachsenden Orientierungslosigkeit und der Erosion der sozialen Lebenswelt in der postmodernen Gesellschaft, die mit einem tendenziellen Verlust der sozialen Kommunikationsfähigkeit einhergeht (vgl. Kapitel 4.3), am stärksten betroffen.

b) Die Erhöhung der Sprechfähigkeit und die zunehmende Fragmentierung der Mittelschichten

Dem stehen Prozesse gegenüber, die auf der sozialen und kulturellen Transformation der oberen Zwei Drittel der städtischen Gesellschaft beruhen:

Sie liegen in der Erhöhung der Sprechfähigkeit und des Sprechwillens der zivilen Gesellschaft durch eine verbesserte Fähigkeit zur Selbstorganisation und dem gewachsenen Bedürfnis nach Autonomie und Selbstverwirklichung. Damit bedeuten sie die exakte Gegenentwicklung zu der gesellschaftlichen Transformationsform, die unter a) beschrieben wurde. Dies verbindet die unterschiedlichen Mittelklassenfragmente der städtischen Gesellschaft und die unterschiedlichsten Proteste gegen verschiedene Stadtentwicklungsprojekte miteinander.

Dabei driften die einzelnen Mittelklassefragmente aber zunehmend zu kleinen "Lebensstilszenen" auseinander, wobei Interessenlagen und kollektive Wertbestände schrumpfen. Häufig prallen die unterschiedlichen Fragmente gegeneinander (etwa "fordistische Mittelklasse" gegen "gentrifizierende Yuppies", sozial-ökologische "Neo-Urbane" gegen "neo-rurale" BesitzstandswahrerInnen). Dabei verlaufen die Fronten meist auch innerhalb der

politischen Parteien.[22] Die Proteste dieser Gruppen gegen Stadtpolitik und Projekte der Stadtplanung richten sich zunehmend aus partikularistischer, besitzstandswahrender Perspektive auch gegen soziale Projekte der Stadtentwicklung. Dies ist insbesondere beim Wohnungsbau festzustellen.

Natürlich ist die gesellschaftliche oder politische Sprechfähigkeit auch innerhalb der einzelnen Mitteklassesegmente unterschiedlich ausgeprägt. Dies zeigt, daß nicht pauschal nach 'oben' und 'unten' unterschieden werden kann. Vielmehr sind in unterschiedlichen Kategorien (sozial, kulturell, politisch) unterschiedliche Zugehörigkeiten einzelner Personen zu 'oben' und 'unten' zu verzeichnen. Das oben verwandte Beispiel eines deutschen Arbeiters kann dies auch hier zeigen: Während er zwar sozial zur Mittelklasse gehört, wird seine individuelle politische Sprechfähigkeit und seine individuelle kulturelle Ausdrucksmöglichkeit (in Lebensstilen) mit hoher Wahrscheinlichkeit sowohl gegenüber einem neo-urbanen akademischen Angestellten wie auch gegenüber einer Studentin zurückfallen, die wiederum sozial marginalisiert sein kann.

Trotzdem kann - zumindest in Frankfurt, das von einem besonders starken Wachstum der neuen städtischen Mittelschichten geprägt ist - insgesamt von einer Tendenz der allgemeinen Erhöhung dieser Sprechfähigkeit und vor allem auch des politischen "Sprechwillens" ausgegangen werden, wie ja auch vom Planungsdezernent der Stadt festgestellt wird (vgl. Wentz 1992). Dabei ist zu sehen, daß hauptsächlich die neuen Mittelklassesegmente der 'Neo-Urbanen' und der 'Neo-Ruralen' in mehreren Dimensionen die Stadt "beherrschen": Sie sind (abgesehen von den "vermögenden Klassen") materiell die wohlhabendsten, kulturell die dominierenden und politisch innerhalb der rot-grünen Koalition die einflußreichsten Bevölkerungsgruppen, wobei die beiden letztgenannten Faktoren hauptsächlich auf die 'Neo-Urbanen' zutreffen.

Im Zusammenhang mit diesen Entwicklungen verringert sich die soziale Basis einer reformorientierten Politik auch innerhalb des Reformflügels der städtischen Politik, also vor allem innerhalb der Partei der GRÜNEN: Dies erfolgt im Rahmen des Aufstiegs sowohl "grüner" PolitikerInnen als auch "grüner" WählerInnen vom linken subkulturellen Milieu der Stadt zur neo-

---

22 Ein Beispiel dafür ist die geplante Riedberg-Bebauung, die von einem Teil der GRÜNEN aus ökologischen Gründen und von einem anderen Teil aus Gründen der Besitzstandswahrung (in Kalbach und Niederursel) abgelehnt wird, während sie als großangelegter Wohnungsbau von einem dritten Teil aus sozialen Gründen befürwortet wird.

urbanen städtischen Elite im Verlauf der achtziger Jahre. Dabei werden radikaldemokratische soziale Positionen verlassen und eine metropolitane Urbanitätsvorstellung übernommen, die das in mehreren Beziehungen internationalisierte städtische Zentrum zu Lasten lokaler und "lebensweltlich" orientierter Politik in den Mittelpunkt des Interesses stellt. In der Politik der Stadt führt dies - im Zusammenhang mit dem systemischen Zwang zu rigorosen Sparhaushalten - im Verlauf der rot-grünen Koalition zunehmend zum Verlassen der Reformperspektive, wie sie noch 1989 formuliert wurde.

Der fortschreitenden Marginalisierung gesellschaftlicher Randgruppen und der Schwächung ihrer Sprechfähigkeit und ihres Sprechwillens durch eine wachsende Resignation steht also die Zunahme der Sprechfähigkeit und des Sprechwillens der verschiedenen Mittelklassefragmente und insbesondere der neuen städtischen Mittelklasse gegenüber. Dabei besteht die Tendenz, daß diese lediglich partikularistisch eingesetzt wird und sich häufig gegen Bedürfnisse der Randgruppen richtet. Dazu kommt im Verlauf der rot-grünen Koalition die Entpolitisierung der städtischen Politik im Hinblick auf eine soziale Reformperspektive.

c) Die Veränderung des politischen Instrumentariums in die Richtung selektiver Partizipationsmöglichkeiten

Diese gesellschaftliche Situation trifft nun auf eine Veränderung lokalpolitischer und stadtplanerischer Vorgehensweisen: Diese trägt zum ersten veränderten ökonomischen Bedingungen Rechnung. Zum zweiten ist sie als Folge der hier unter b) geschilderten kulturellen und gesellschaftlichen Entwicklung, also der Erhöhung zivilgesellschaftlicher Sprechfähigkeit bzw. Widerstandsbereitschaft bei der Bevölkerungsmehrheit anzusehen.

In Lokalpolitik und Stadtplanung konnte eine zunehmende Deregulierung insbesondere durch Informalisierung von Verfahrensweisen festgestellt werden, die sowohl den ökonomischen als auch - bei der *Mehrheit* der Stadtbevölkerung - den legitimatorischen Notwendigkeiten gleichermaßen gerecht werden sollen. Dabei zeichnen sich die neuen Instrumente für beide neuen Aufgaben durch die gleichen Grundmerkmale aus: Privatisierung von Organisationen, Deregulierung von Verfahren und selektive Einbeziehung jeweils unterschiedlicher Gruppen.

Damit zeigen sich in Frankfurt besonders deutlich die neuen politischen Regulationsweisen mit ihren Hauptkennzeichen der verstärkten Marktsteuerung, der Flexibilisierung und Deregulierung sowie die dazugehörige "Poli-

tik der selektiven Privilegierung", in der der "Staat als selektiver Staat" hauptsächlich die "privatistischen Interessen der entsolidarisierten Eliten bedient" (Helbrecht 1994, S. 22): Die neuen Instrumente bedeuten eine Öffnung der Verfahren gegenüber bislang nicht an der Planung beteiligten Gruppen, die zum Teil aus dem Bereich der Wirtschaft und zum Teil aus der zivilen Gesellschaft kommen. Dabei sind die Instrumente im Hinblick auf Beteiligungsoffenheit und Einflußmöglichkeit sehr unterschiedlich: Tendenziell sind die in der Beteiligung selektivsten gleichzeitig die einflußreichsten Instrumente (wie PPPs). Deren Einführung ist in Frankfurt aber nahezu ausschließlich in der Anpassung der lokalen Politikstrukturen an das postfordistische Akkumulationsregime begründet (vgl. Emrich/Lanz/Nahnsen 1994).

Die an die zivile Gesellschaft gerichteten dialogischen Instrumente werden in den meisten Fällen nur aufgrund von Protesten aus den obengenannten Mittelklassesegmenten eingerichtet und dementsprechend beteiligen sich daran auch lediglich diese Gruppen. Ihr Einfluß steigt, weil die Durchsetzung großer Projekte, für die immer weniger auf stabile Mehrheiten gebaut werden kann, zunehmend von der Konsensbereitschaft einzelner sprechfähiger Gruppen abhängig ist: Dadurch wächst deren Verhandlungsmacht, wodurch der Lokalstaat neben der Wirtschaft auch gegenüber den entsprechend sich artikulierenden Teilen der Zivilgesellschaft zu Zugeständnissen gezwungen wird, die in Aushandlungsprozessen erzielt werden.

Dies heißt tendenziell, daß - neben der Zunahme der Einflußmöglichkeit auf planerische Gestaltung durch Wirtschaftsunternehmen - die Einflußchance der sprechfähigen Mittelklassesegmente sowohl durch die Erhöhung ihrer Sprechfähigkeit als auch durch die Art der neuen informellen Instrumente steigt. Die neuen Instrumente scheinen für die sprechfähigen Bevölkerungsteile wirklich eine "selektive Demokratisierung" zu bedeuten. Demgegenüber sinkt die Einflußchance der deklassierten Gruppen sowohl durch den Verlust an Verhandlungsmacht und Kommunikationsfähigkeit als auch durch die Selektivität der neuen Instrumente, wonach nur jemand Einflußmöglichkeit hat, der/die sie kommunikativ nutzen kann: Damit wiederum tragen die neuen Instrumente tendenziell zur politischen Marginalisierung gesellschaftlich deklassierter Gruppen bei. Es bleibt hier vor allem die Frage, ob dies auch bei Instrumenten zutrifft, die *ausdrücklich* zu einer Demokratisierung der Planung installiert wurden (vgl. Kapitel 6).

Die geschilderte Verschlechterung der Ausgangsbasis für eine demokratische Planung, die hauptsächlich die Umverteilung von Macht zugunsten des unteren Drittels der Gesellschaft zum Ziel hat, muß die Basis planungstheoretischer Überlegungen darstellen. Sie stellt auch die Grundlage für die Dekonstruktion der Planungsansätze von Forester und Selle in den nächsten beiden Kapiteln dar.

6 *Theorie und Praxis: Eine erste Dekonstruktion der Planungstheorien von Forester und Selle*

In diesem Kapitel sollen die planerischen Strategien von John Forester und Klaus Selle, wie sie in Kapitel 2 beschrieben wurden, mit den Ergebnissen der innerhalb der Untersuchung von Emrich/Lanz/Nahnsen (1994) durchgeführten Untersuchung zweier Beispiele aus der Planungspraxis konfrontiert werden. Beide Planungsverfahren werden in Frankfurt häufig als Beispiele einer sozialen Planungsreform durch eine kommunikative oder kooperative Form der Planung in informellen Planungsverfahren genannt. Vor dem Hintergrund der in Kapitel 4 und Kapitel 5 gewonnenen Erkenntnisse ist die dabei verfolgte Absicht die Analyse und Kritik der Planungsansätze von Forester und Selle im Hinblick auf ihre praktische "Eignung" für eine demokratische Planung in der postmodernen Gesellschaft. Dabei sollen ihre strukturellen Mängel herausgearbeitet werden: Dies soll und kann allerdings nicht als Beweisführung erfolgen, denn dafür sind die Möglichkeiten der Analyse innerhalb des Rahmens der vorliegenden Arbeit nicht gegeben. Anhand der praktischen Beispiele sollen lediglich gleichsam die Fragen und Probleme der analysierten Ansätze aufgeworfen werden.

Damit folgt nach der Beschreibung der Planungsansätze aus der Perspektive ihrer Autoren (in Kapitel 2) eine erste Dekonstruktion der Ansätze aus der Perspektive der gesellschaftlichen und planerischen Realität, innerhalb derer sie anzuwenden sind.

Der Auswahl der Beispiele liegt erstens zugrunde, daß sie in zwei unterschiedlichen städtischen Räumen situiert sind, die innerhalb der in Kapitel 5 genannten Umstrukturierungen Frankfurts zu den marginalisierten Räumen gezählt werden müssen und in ihrer sozialen Struktur in ausnehmend problematischer Weise symptomatisch für die postmoderne Urbanisierung sind: Sossenheim als "Trabantensiedlung in der urbanen Peripherie" fungiert als "Abschiebecontainer für das städtische Proletariat" und das innenstadtnahe Gallusviertel als "transitorischer Aufnahmeraum für Migranten und Flüchtlinge" (Ronneberger 1994, S. 181). Gerade in solchen Räumen muß eine Planung, die im Sinne dieser Arbeit demokratisch sein soll, in besonderer Weise auf eine Umverteilung der Machtverhältnisse und

der Einflußchancen zugunsten gesellschaftlich marginalisierter Gruppen, die dort jeweils die Bevölkerungsmehrheit bilden, hinwirken.

Zweitens können beide Verfahren auf den ersten Blick als kommunikative oder kooperative Verfahren im Sinne Foresters und Selles angesehen werden und werden häufig - auch etwa innerhalb des Reformflügels der städtischen Politik - als positive Beispiele für die Möglichkeit einer demokratischen Planungsreform genannt. Dadurch erscheinen sie für die Konfrontation der Prinzipien und Verfahrensstandards beider Autoren mit der Planungspraxis als geeignet.

6.1 Das Gallus-Park-Verfahren und der GrünGürtel-Projektmonat Sossenheim: Zwei Beispiele für kommunikative demokratische Planungspraxis?

6.1.1 Das Gallus-Park-Verfahren

Der Gallus-Park

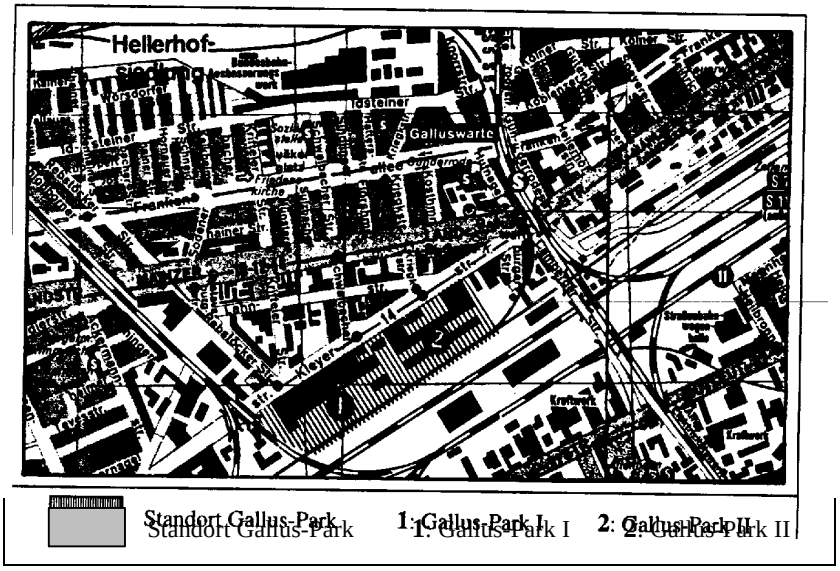


Abb. 6-1: Standort Gallus-Park (Kartengrundlage: Falkplan Frankfurt: Stadtplan und Stadtführer, 45. Auflage)

Der sogenannte Gallus-Park entsteht in zwei Teilen (Gallus-Park I und II) als Kombination von kleinteiligen Büro- und Gewerbenutzungen mit freifinanziertem und sozialem Wohnungsbau seit Mitte 1992 auf dem ehemaligen Betriebsgelände der Triumph Adler-Werke im Gallusviertel (Kleyerstraße; vgl. Abb. 6-1).

Insgesamt sollen auf dem 97.000 Quadratmeter großen Gelände etwa 190.000 Quadratmeter Büro-, Gewerbe- und Wohnfläche entstehen. Davon sind im bereits fertiggestellten Gallus-Park I 438 Wohnungen (davon 383 Sozialwohnungen) und 80.000 Quadratmeter Büro- und Gewerberaum errichtet worden. Der in Bau befindliche Gallus-Park II soll - zum Teil innerhalb der denkmalgeschützten Adlerwerke - aus einem "Kommunikationszentrum" mit geplanten 3.000 bis 4.000 Arbeitsplätzen im Dienstleistungsbereich, etwa 300 Wohnungen, Geschäften, Arztpraxen und unterirdischen Parkplätzen bestehen. Bauherr beider Anlagen ist eine Frankfurter Projektentwicklungsgesellschaft.

Der Gallus-Park wird als einer der Hauptbestandteile der gegenwärtigen Umstrukturierungsprozesse im Gallusviertel angesehen, im Rahmen derer hochwertige City-Funktionen des Dienstleistungssektors in das traditionelle Industrie- und Gewerbequartier eindringen. Nach Schätzungen städtischer PlanerInnen entstehen im Verlauf der 90er Jahren etwa 14.000 neue Büro-Arbeitsplätze im Gallusviertel (vgl. FR v. 25.2.1994). Neben dem Gallus-Park sind momentan andere Großprojekte geplant, wie das Forschungs- und Dienstleistungszentrum "Europahaus" (mit geplanten 3.000 Arbeitsplätzen), bzw. in Bau, wie zwei Hochhäuser für die Hauptverwaltung der Deutschen Bahn AG oder das Commerzbank-Hochhaus am Rand des Gallusviertels zum Bankenviertel.

Das Gallus-Park-Projekt nimmt dabei gewissermaßen eine symbolische Funktion ein, da seine Realisierung nur durch die spekulationsbedingte Schließung des traditionell größten Industriebetriebes im Viertel (Triumph Adler mit ehemals etwa 2.000 Arbeitsplätzen) und den Verkauf des Betriebsgeländes möglich wurde: Dabei lag der Grundstückswert höher als der Gewinn aus der Produktion des nach mehreren Schrumpfungen wirtschaftlich gesunden Betriebes (vgl. Ronneberger 1994a, S. 189), dessen Besitzerin Olivetti noch kurz vor der Schließung den dauerhaften Verbleib von 300 Arbeitsplätzen zugesichert hatte. Nach Meinung des Ortsvorstehers, verschiedener Mitglieder des Ortsbeirats, der Bürgerinitiative "Stadtteilgruppe Gallus" (In. 3, Politik, S. 4, sowie u.a. In. 14, Initiativen/BürgerInnen, S. 2) oder der FR (v. 25.2.1994) besitzt das

"riesige" (a.a.O.) Projekt zudem hohe soziale Sprengkraft durch eine befürchtete Verdrängung ansässiger Bevölkerung: Der erwartete Einzug der gehobenen Dienstleistungsangestellten spalte das Viertel unmittelbar zwischen "Arm und Reich", zumal der Gallus-Park direkt neben dem sogenannten "Lahndreieck" (um die Lahnstraße; vgl. Abb. 6-1), einem Quartier mit heruntergekommener Bausubstanz, hoher Überbelegung der Wohnungen und über 70% ImmigrantInnenanteil an der Bevölkerung gelegen ist.

Das Planungsverfahren Gallus Park

Das Planungsverfahren für den Gallus-Park wird für Frankfurt allgemein als neuartig angesehen. Baurechtlich wurde für die Genehmigung des Projektes der § 34 Baugesetzbuch angewandt.[1] Das Besondere des Planungsverfahrens in diesem Fall ist jedoch, daß der Investor aus eigener Initiative anstelle der Stadt ein Verfahren zur Beteiligung der Bevölkerung an den Planungen durchgeführt hat: Dabei wurden in mehreren öffentlichen, zum Teil etwa mit Freibierausschank volksfestartigen, Veranstaltungen und Informationsständen (etwa am Markt und bei den Kulturwochen) die Pläne vorgestellt. Die Architekten und der Investor stellten sich in diesen Veranstaltungen der Diskussion mit der Bevölkerung. Darüber hinaus gab es in der Planungsphase durch die Initiative des Investors mehrere Einzel- und Kleingruppengespräche von Investor und Architekten mit VertreterInnen des Ortsbeirates und örtlicher Initiativen über den lnhalt der Planungen. Verhandelt wurde vor allem über Art und Zuschnitt der Wohnungen, über Freiraumnutzung und über soziale Infrastruktur (etwa Kindergarten). Daneben sponsorte der Investor auch lokale Kulturinitiativen.

Zu den Diskussionsrunden wurden aktive LokalpolikerInnen und insbesondere VertreterInnen der lokalen Bürgerinitiative "Stadtteilgruppe Gallus" geladen. Die Stadtteilgruppe setzt sich seit mehreren Jahren mit Stadtteilentwicklungsprozessen auseinander und war immer wieder mit Kritik, Forderungen und eigenen Plänen (etwa dem Entwurf eines

---

1 Dieser besagt, daß innerhalb im Zusammenhang bebauter Ortsteile ein Vorhaben zulässig ist, "wenn es sich nach Art und Maß der baulichen Nutzung, der Bauweise und der Grundstücksfläche, die überbaut werden soll, in die Eigenart der näheren Umgebung einfügt... " (§34 BauGB 1992). Entscheidend dabei ist, daß kein Bebauungsplan aufgestellt wird: Damit hat keine formelle BürgerInnenbeteiligung zur Art und Weise der Bebauung, sondern lediglich eine Stellungnahme zur Abgrenzung des Gebietes stattzufinden.

Stadtteilentwicklungskonzepts) für eine sozialverträgliche Planung im Gallusviertel an die Öffentlichkeit getreten.

Ergebnisse der Untersuchung des Verfahrens

Die unabhängig voneinander geführten Interviews mit drei TeilnehmerInnen an Gesprächsrunden mit dem Investor (In. 3, In. 14, In 15) ergaben, daß sich diese übereinstimmend vom Investor getäuscht und mißbraucht fühlten: Die Planungen seien trotz gegenteiliger Bekundungen bereits vor den - in freundlicher Atmosphäre geführten - Gesprächen fertiggestellt gewesen. Versprochene Einflußmöglichkeiten hätten in Wirklichkeit nicht exisitiert, versprochene Zugeständnisse (vor allem bei Wohnungsgrößen und -zuschnitten sowie bei der Freiraumplanung) seien nicht eingehalten worden. Als Motivation für das Verfahren sahen sie nachträglich übereinstimmend lediglich das Interesse der schnellen und konfliktfreien Durchsetzbarkeit des Projektes an (In. 14, S. 1-4, In. 15, S. 1 f.).

Der/die VertreterIn des für das Verfahren zuständigen Investors und insgesamt drei InterviewpartnerInnen aus Verwaltung und Politik (In. 8, Wirtschaft, In. 5 und In. 6, Verwaltung, sowie In. 1, Politik) bestätigten dies letztlich: Die Motivation des Investors für das Verfahren hatte sich aus den Ergebnissen einer Untersuchung der lokalen Protestpotentiale durch eine von ihm beauftragte Werbeagentur ergeben. Das Verfahren sei als aktive Informationspolitik im Rahmen eines neuen, erweiterten Marketingverständnisses zu verstehen, das bei der Imagewerbung für städtebauliche Produkte zunehmend auch die Tatsache einbeziehe, wie die Planung im räumlichen Umfeld angenommen wird. Dies geschehe, um das Projekt durchführbar zu machen und einen hohen Marktwert erzielen zu können. In diesem Fall sei das Verfahren erfolgreich gewesen, da in den Veranstaltungen und Gesprächen etwa 90% der ursprünglichen Kritik und Ängste der Bevölkerung relativiert werden konnte, so daß nach anfänglich sehr kritischen Diskussionen jetzt weitgehende Akzeptanz für das Projekt herrsche (In. 8, Wirtschaft, S. 1-4).

Nach übereinstimmenden Aussagen der entsprechenden VertreterInnen aus Verwaltung und Politik im Interview (In. 1, Politik, S. 4 f., In. 6, Verwaltung, S.1) waren die Planungen für das Projekt bereits im Vorfeld der Genehmigung zwischen Investor und Stadt abgesprochen und zudem ein herkömmliches städtebauliches Wettbewerbsverfahren durchgeführt worden. Das Beteiligungsverfahren des Investors sei eine klassische Wer-

bekampagne des Investors gewesen und deshalb ein "problematischer Fall von Kommunikation" (In. 1, S. 4). Als Folge des Verfahrens habe es so wenig Widerstand gegeben, wie noch bei keinem Projekt in dieser Größenordnung (In. 5, Verwaltung, S. 4). Generell sei eine Tendenz festzustellen, daß sich die Stadt im Vorfeld der Planungen zurückziehe und es dem Investor überlasse, Konflikte mit der Bevölkerung auszutragen (ebd.).

Nach Ansicht des/der InterviewpartnerIn im In. 2 (Politik, S. 2 f.) stellt das Verfahren trotz der Unzufriedenheit der lokalen Beteiligten hingegen einen positiven Ansatz einer Bevölkerungsbeteiligung an der Planung dar, da der Investor sich nach kontroversen Diskussionen freiwillig auf Zugeständnisse eingelassen habe, ohne daß die Stadt eingreifen mußte. Die Übertragung dieses Modells auf andere Planungen könne demnach befürwortet werden.

Verlauf und Ergebnis des Verfahrens sind vor dem Hintergrund der Frage nach einer demokratischen Stadtplanung auf zwei Ebenen zu verstehen:

Zum einen ist eindeutig eine Deregulierung städtischer Planungsverfahren im Sinne einer 'Informalisierung' zu beobachten. Diese zeigt sich in der planungsrechtlichen Genehmigung des Projekts einer solchen Größenordnung ohne Bebauungsplan und in der Aushandlung des Projekts zwischen Stadt und Investor. Planungsdezernent Wentz zufolge dient dies "einer rascheren Baudurchführung" (zitiert in FR v. 22.3.1990) und wird immer häufiger angewandt (In. 6, Verwaltung, S. 1, und In. 2, Politik, S. 7). Beides wurde vom Investor begrüßt (In. 8, Wirtschaft, S. 4).

Zum anderen ist der kommunikative Teil des Verfahrens eine Akzeptanz- und Imagekampagne, die aufgrund des vom Investor professionell untersuchten Protestpotentials vor Ort und der zunehmenden Notwendigkeit der Imagewerbung auch für städtebauliche Produkte durchgeführt wurde. Letzteres ist sicherlich auch vor dem Hintergrund zu verstehen, daß ein vom gleichen Investor entwickeltes Hochhausprojekt (der sog. Campanile) in der Nachbarschaft des Gallus-Parks nach jahrelangen Konflikten letztlich gekippt worden war (nach Angaben aus In. 2, Politik, S. 4). Aus ökonomischen und Effizienzkriterien war das Gallus-Park-Verfahren für Stadt und Investor ein voller Erfolg: "Beim Gallus-Park ist alles ganz glatt durchgegangen ..." (In 8, Wirtschaft, S. 4).

Im Hinblick auf die Frage nach einer Demokratisierung der Planung ist die Art und der Verlauf des Projektes jedoch fatal (vgl. 6.2). Problematisch ist

dabei nicht vorrangig die Tatsache, daß in diesem einen Fall eine Mischung aus lokalstaatlicher Deregulierung und kommunikativer Manipulation zum Tragen kam. Als prekär ist vor allem anzusehen, daß von allen InterviewpartnerInnen eine zunehmende Tendenz zu diesen beiden Bestandteilen des Verfahrens festgestellt wurde und das Projekt somit einen richtungsweisenden Charakter hat. Darüber hinaus gilt es in Frankfurt weitgehend, so auch innerhalb von Teilen der rot-grünen Koalition, als positives, nachahmenswertes Modell hinsichtlich einer Demokratisierung der Planung.

6.1.2 Der Projektmonat Sossenheim im Rahmen des GrünGürtel-Projektes

Das GrünGürtel-Projekt

Das GrünGürtel-Projekt ist als "Stadtentwicklungsprojekt einer neuen Generation" (Keil/Ronneberger 1991b, S. 198) nicht einfach als Projekt zur groß angelegten Freiraumsicherung zu verstehen. Es hat vielmehr, sowohl inhaltlich als auch verfahrensbezogen, einen weit darüber hinausgehenden Anspruch. Der GrünGürtel wird als *das* zentrale Frankfurter Stadtentwicklungsprojekt der neunziger Jahre angesehen (vgl. Lieser u.a. 1992, S. 83). Er enthält die Vision einer veränderten Stadtentwicklung, in der die Freiflächen des GrünGürtels als zentrale Vermittlungszone zwischen Stadt und Natur sowie zwischen lokalem Ort und Gesamtstadt und damit als Teil der Stadt zu verstehen sind: Als "transitorischer Raum" soll der GrünGürtel die einzelnen Fragmente der postmodernen Stadt wieder verknüpfen. Darüber hinaus ist auch die Vision einer veränderten städtischen Politik im GrünGürtel-Konzept enthalten, in der der lokale Staat neue, intermediäre Verfahren und Institutionen schafft, "die die Konflikte in der Stadtpolitik zivilisieren" (Prigge/Lieser 1993, S. 53) sollen. Im Planungsprozeß des GrünGürtel soll gezeigt werden, daß durch

> "kooperative Planung im Dialog zwischen Bürgern, Planern und beteiligten Ressorts der Frankfurter Stadtverwaltung" (Lieser u.a. 1992, S. 63)

Konzepte entwickelt werden können, "die widerstreitende Interessenskonkurrenzen und Nutzungsansprüche komplexer Problemsituationen auflösen" (ebd.) können.

Mit beidem ist das GrünGürtel-Projekt vor allem auch als soziales Projekt zu verstehen: Das heißt einerseits, daß die Planung inhaltlich die nach

lokalen Milieus unterschiedlichen kulturellen Raumpraktiken (also Nutzungsansprüche und Aneignungsweisen) und die daraus folgenden sozialen Konflikte berücksichtigen und verarbeiten sollte. Andererseits sollte sich aber auch der Planungsprozeß selbst auf diese unterschiedlichen Milieus und ihre soziale Infrastruktur wie Vereine, Initiativen usw. beziehen, um die lokale Bevölkerung zu den eigentlichen aktiven AkteurInnen des Planungsprozesses zu machen. Durch ein solchermaßen verstandenes "Social Management" sollte der Diskurs zwischen den gesamtstädtischen und quartiersbezogenen AkteurInnen gefördert und die Hierarchie von Planung und Bürgerbeteiligung zugunsten einer verschränkenden und mediatisierten Praxis aufgehoben werden (vgl. a.a.O.).

Im Verhältnis zur gesamtstädtischen Entwicklung soll das GrünGürtel-Projekt "als Teil des räumlichen Regulationssystems des zukünftigen Frankfurt" die Widersprüchlichkeit, Fragmentierung und Polarisierung der postmodernen Urbanisierung zur Kenntnis nehmen und zur Grundlage des Handelns der beteiligten AkteurInnen machen. Dabei sollten vor allem institutionelle und prozessuale Möglichkeiten geschaffen werden,

> "die systemische Hegemonie der materiellen und ideologischen Modernisierungsformation aus World City-Ökonomie und urbaner Mittelklassenideologie durch die fortwährende Aktivierung des gesellschaftlichen Selbstorganisationsprozesses zu stören" (Keil/ Ronneberger 1991b, S. 208).

Das heißt, an den GrünGürtel wurde die Hoffnung geknüpft, daß er *das* Vehikel einer Demokratisierung der städtischen Gesellschaft Frankfurts unter den Bedingungen der im vorigen Kapitel beschriebenen postmodernen Urbanisierung sein könne.

Dafür wurde ein ganzes Set von Planungsinstrumenten und -verfahren eingesetzt: In der Konstitutionsphase bis zur Verabschiedung der GrünGürtel-"Verfassung" war das "GrünGürtel-Projektbüro" Dreh- und Angelpunkt des Projekts. Es verstand sich selbst als intermediäre Organisation im Sinne Klaus Selles (vgl. Lieser u.a. 1992, S. 77) und wollte die Verbindung zwischen den einzelnen Akteurs-Sphären und Handlungsfeldern herstellen. Im sogenannten Projektjahr (März 1990 bis 1991) wurden dafür verschiedenste Veranstaltungen durchgeführt und kooperative Verfahren installiert, um dem Anspruch einer als sozialer Prozeß verstandenen Planung gerecht zu werden: Durch einen "Bürgerwettstreit" und in Workshops ("Leitlinien"-Workshop, "Entwürfe-Sommerakademie") wurde in Zusammenarbeit von

ExpertInnen, RepräsentantInnen aus Politik und Verwaltung sowie interessierten BürgerInnen eine Charta erarbeitet und im öffentlichen "Verfassungs"-Kongreß diskutiert und verabschiedet. Volkshochschulkurse sollten den GrünGürtel lokal an die verschiedenen Öffentlichkeiten vermitteln, sie in das Projekt einbeziehen und den Kontakt zum Lokalstaat herstellen. Die Rückbindung an Verwaltung und Politik erfolgte durch eine interdisziplinäre Ämtergruppe, durch das vom Stadtparlament eingesetzte Kontrollgremium "GrünGürtel-Ausschuß", durch die Information der Ortsbeiräte und durch die Verabschiedung der "GrünGürtel-Charta" durch den Magistrat.

Bereits im Projektjahr gab es aber im Hinblick auf die Einbeziehung der Öffentlichkeit Probleme: So ist es nicht gelungen, nicht-organisierte Gruppen beziehungsweise "Gruppen, die nicht über Informationen über den städtischen Prozeß verfügen" (Keil/Ronneberger 1993b, S. 324), wie vor allem AusländerInnen, angemessen in den Planungsprozeß einzubeziehen. Die VHS-Kurse als sehr wichtige Instrumente gerade dafür wurden aus "politischen, fiskalischen und verwaltungslogischen" Gründen nach vier Kursen eingestellt (In. 10, Wissenschaft, S. 1).

Für die Umsetzung der Charta wurde die GrünGürtel-GmbH als städtische Gesellschaft gegründet, die in der zehnjährigen Umsetzungsphase Konzeptionen zur Gestaltung und Pflege der GrünGürtel-Fläche sowie zur Einbeziehung und Beteiligung der lokalen Bevölkerung erarbeiten soll: Dies erfolgt in zwölf lokalen Planungsabschnitten. Die lokalen Entwicklungskonzepte sollen über das Verfahren des "Projektmonat" als Reihe von Informations- und Diskussionsveranstaltungen und Workshops "gemeinsam mit den Bewohnerinnen und Bewohnern, den politischen Verantwortlichen und städtischen Ämtern " (Faltblatt der GmbH zum Projektmonat Sossenheim) erarbeitet werden.

Dabei gerät die GmbH zunehmend unter Druck: So wurden ursprünglich vorgesehene 200 Mio. DM für die Umsetzung des GrünGürtels ebenso wie vier von 15 Stellen der GmbH gestrichen. CDU und Teile der SPD fordern die Auflösung der GmbH (vgl. FR v. 24.5.1995). Oben beschriebene Visionen gehen aus politischen und finanziellen Gründen zunehmend verloren (In. 12, GrünGürtel, S. 4; vgl. auch Prigge/Ronneberger/Keil 1995 und Kapitel 5.2.6). So scheint die Arbeit der GmbH heute weitgehend aus Sponsorensuche und Öffentlichkeitsarbeit zu bestehen (In. 10, Wissenschaft, S.1, In. 12, GrünGürtel, S. 4). Zudem wird ihre Arbeit vielfach von der Verwaltung blockiert, da sich vor allem Planungsamt und Planungsdezernat

nicht mit dem Projekt identifizieren und häufig auch das Umweltamt die GmbH als Konkurrenzunternehmen versteht (In. 7, Verwaltung, S.3, In. 13, GrünGürtel, S. 6).

Der Projektmonat Sossenheim

Im Mai 1994 fand der Projektmonat in Sossenheim statt. Er wurde von der GmbH sowohl als Kommunikations- wie als Partizipationsangebot an die lokale Bevölkerung verstanden, innerhalb dessen die GrünGürtel-Planungen im gesamten Sossenheimer Unterfeld zur Diskussion standen (vgl. zur Fläche der GrünGürtel-Planungen in Sossenheim Abb. 6-2).

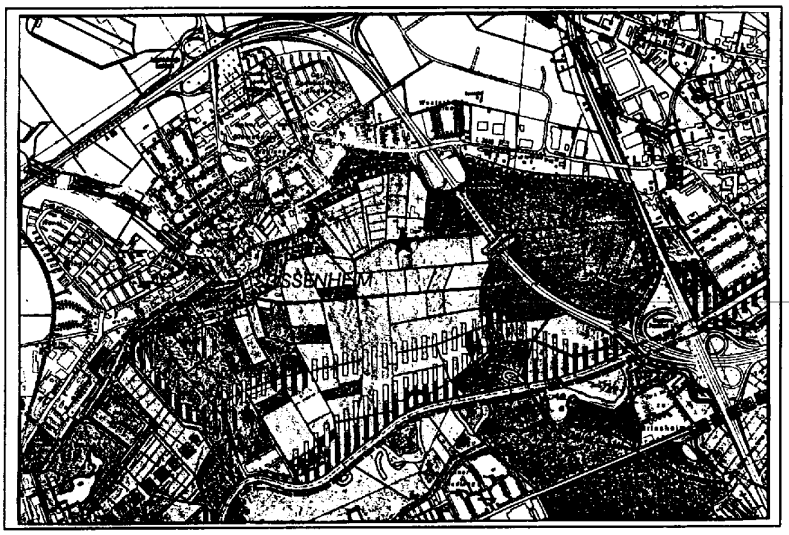


Abb. 6-2: GrünGürtel-Flächen im Sossenheimer Unterfeld: Alle in den unterschiedlichen Grautönen markierten Flächen sind Bestandteil des GrünGürtels (Quelle: GrünGürtel Frankfurt, GrünGürtel - Plan, Bestand und Entwicklung).

Angekündigt wurde der Projektmonat durch ein an alle Haushalte verteiltes Faltblatt und in der lokalen Presse. Durchgeführt wurden innerhalb eines Monats diverse öffentliche Informationsveranstaltungen, Diskussionsrunden und Workshops, die das Ziel der Erarbeitung von Konzeptvorschlägen für spezifische Themen und Probleme verfolgten.

Darüber hinaus gab es Kulturveranstaltungen, die sich zum Teil an unterschiedliche Öffentlichkeiten wenden sollten. Durchgeführt wurde ein "Konzert im Unterfeld", ein geplantes "Streetball"-Turnier für Jugendliche mußte mangels Beteiligung ausfallen. Ferner hielt die GmbH öffentliche Besprechungsrunden ab und nahm den Kontakt mit einzelnen VertreterInnen lokaler Vereine und Gruppen auf, mit denen Gespräche über spezifische Einzelprobleme geführt wurden (Kleingartenverein, Sportverein, einzelne Landwirte etc.).

Im Hinblick auf die Frage nach der Möglichkeit einer Demokratisierung der Planung sind nun vor allem folgende Ergebnisse der Untersuchung interessant, die vor dem Hintergrund der sozialen Struktur Sossenheims und lokaler Besonderheiten der Nutzung der GrünGürtel-Flächen verstanden werden müssen.

In folgende Hintergründe ist der Verlauf des Projektes einzuordnen:

Wie beschrieben ist die soziale Struktur des Ortes unterteilt: Auf der einen Seite stehen die alteingesessenen "Alt-SossenheimerInnen" (wie sie vor Ort genannt werden), die im alten Siedlungskern wohnen und insbesondere über die von ihnen dominierten Vereine (Sportvereine und Kleingartenverein) über ein stabiles soziales Netzwerk verfügen. Auf der anderen Seite sind die - verschiedensten - BewohnerInnengruppen der einzelnen Großsiedlungen zu sehen, die nicht in dieses Netzwerk integriert sind und zu einem hohen Teil aus "deklassierten" Randgruppen bestehen (vgl. Kapitel 5.2.3). Auf dieser Grundlage existieren in Bezug auf die Nutzung der GrünGürtel-Flächen, vor allem des Sossenheimer Unterfelds, für die Ziele der GmbH mehrere Probleme: Das größte ist die zunehmende illegale Umnutzung landwirtschaftlicher Flächen in "Kleingärten", die hauptsächlich von ausländischen Bevölkerungsgruppen aus den Großsiedlungen genutzt werden. Andere sind die Flächennutzung durch einen Hundeverein, eine Kompostieranlage und KfZ-Verkehr im Unterfeld. Nach Vorstellungen der GmbH sollten diese Nutzungen aus dem Unterfeld herausgehalten werden.

Zum Projektverlauf sind folgende Ergebnisse der Untersuchung festzuhalten:

Bei Betrachtung des Verlaufs des Projektmonats fiel insbesondere eine Tendenz auf: An allen Veranstaltungen beteiligten sich - neben FachexpertInnen, die aus speziellem Interesse teilnahmen (wie etwa die Jäger des

lokalen Jagdreviers) - nahezu ausschließlich "Alt-SossenheimerInnen", während die SiedlungsbewohnerInnen fern blieben. Nach Angaben eines/einer InitiativenvertreterIn im Interview ist der GrünGürtel den BewohnerInnen z.B. der Robert-Dißmann-Siedlung komplett gleichgültig (In. 16, S. 1). Zudem fühlten sie sich vom Programm nicht angesprochen.

In entscheidenden Punkten gab es nun Interessensüberschneidungen zwischen den Alt-SossenheimerInnen und der GmbH, die indirekt zu Lasten artikulationsschwacher Gruppen gingen: Beide wollten neben dem Hundeverein und der Kompostieranlage vor allem die illegalen Kleingärten beseitigen, die die Alt-SossenheimerInnen mit diversen Argumentationslinien (Verkehr, "mangelnde Ökologie", Illegalität) ablehnten. Über diese Problematik wurde ohne die Anwesenheit solcher "wilder KleingärtnerInnen" diskutiert und befunden. Diese wurden von der GmbH nicht angesprochen, da sie nicht organisiert sind und demnach Kontaktpersonen fehlen (In 13, GrünGürtel, S. 2). Das gleiche gilt generell für die verschiedenen ausländischen Bevölkerungsgruppen, aus denen die meisten "wilden GärtnerInnen" kommen. Ebenso nahmen auch die VertreterInnen des Hundevereins nicht teil, obwohl diese von der GmbH angesprochen wurden (a.a.O., S. 3). Damit waren Personen und Gruppen, die besonders negativ von den GrünGürtel-Planungen betroffen sind, nicht am Projektmonat beteiligt.

Dem gegenüber wurden mit Alt-SossenheimerInnen, vermittelt vor allem über den Kleingartenverein, bei gegensätzlichen Interessen Kompromisse ausgehandelt, bei denen die GmbH entgegen ihrer ursprünglichen Position große Zugeständnisse machte: Dies gilt vor allem für den Hauptdissens zwischen GmbH und Alt-SossenheimerInnen, der in der Frage der Zulassung von Kfz-Verkehr und Parkmöglichkeiten im Unterfeld bestand (In. 4, Politik, S. 4, In. 12, S. 3, und In. 13, GrünGürtel, S. 3).

Generell haben sich explizite Gegenpositionen zum GrünGürtel im Projektmonat "überhaupt nicht artikuliert" (In. 13., GrünGürtel, S. 4). Demgegenüber scheint es der GmbH weitgehend gelungen zu sein, die zunächst sehr kritischen Schlüsselpersonen der Alt-SossenheimerInnen, etwa die Vereinsvorsitzenden, im Verlauf des Projektmonats als BefürworterInnen in das Projekt einzubinden (In. 4, Politik, S.4): Dies glückte vor allem durch die Offenheit der GmbH gegenüber deren Belangen, durch inhaltliche Zugeständnisse und die ständige Präsenz vor Ort.

Ein weiteres Problem der Veranstaltungsreihe lag darin, daß bei den Workshops, die die eigentlichen planerischen Veranstaltungen mit realer Gestaltungsmöglichkeit waren, eine Kerngruppe von lediglich etwa acht bis zehn Personen teilnahm, die zu allen Veranstaltungen kamen und dort eine prägende Rolle einnahmen (In. 13, GrünGürtel, S. 2). An den Veranstaltungen nahmen auch weder VertreterInnen der Verwaltung noch - offiziell - der Ortsbeirat als lokales politisches Gremium teil. Bei den Diskussionen spielte der GrünGürtel als visionäres Gesamtkonzept keine Rolle: Von Belang waren lediglich partikulare Privatinteressen, vor allem Probleme im Rahmen der privaten Nutzung der Flächen (a.a.O., S. 5).

Insgesamt bleibt festzuhalten, daß sich am Verfahren Projektmonat äußerst selektiv die meinungsbildenden Gruppen der lokalen Machtstruktur beteiligt und durch ihre Beteiligung Kompromißergebnisse erzielt haben, die in ihrem partikularen Interesse lagen. Gewissermaßen als "Gegenleistung" legten sie ihre ursprünglich kritische Distanz zu Projekt und GmbH ab, konnten in das Projekt eingebunden werden und zeigten gegenüber dem Verfahren weitgehend positive Reaktionen (In. 4, Politik, S. 4, und In. 17, S. 1 f., sowie In. 18, Initiativen/BürgerInnen, S. 2-4). Für diesen Teil der lokalen Bevölkerung stellt das Verfahren durch einen realen Zugewinn an Gestaltungsmöglichkeiten und direkter Einflußnahme im Rahmen einer diskursiven Verständigung mit dem Lokalstaat eine Demokratisierung der Planung dar.

Demgegenüber beteiligten sich Randgruppen und für die lokale Machtstruktur "unwichtige" Personen nicht am Verfahren. Von allen InterviewpartnerInnen wurde die grundsätzliche Schwierigkeit betont, die nicht organisierten Bevölkerungsgruppen wie BewohnerInnen der Großsiedlungen oder ausländische Gruppen zur Beteiligung zu motivieren. Sie wurden von der GmbH als nichtorganisierte Gruppen auch nicht konkret angesprochen, obwohl die Planungen potentiell den partikularen Interessen einzelner Gruppen dieser Bevölkerungsteile am stärksten zuwider laufen.

Damit führt das Verfahren eindeutig zu einer Verfestigung der lokalen Machtstrukturen und der verstärkten Möglichkeit der lokalen Machtelite, ihre Interessen, die rein partikulare Interessen sind, zum Teil auf Kosten der Interessen der anderen Bevölkerungsteile in den Planungsprozeß einzubringen und diesen mitzugestalten.

6.1.3 Die zwei Planungsverfahren im Kontext der gesamtstädtischen Planung

Es liegt auf der Hand, daß beide beschriebenen Projekte und Verfahren zunächst kaum miteinander vergleichbar sind. Sie sind sowohl inhaltlich als Projekte wie auch prozessual als Verfahren sehr unterschiedlich: Der Gallus-Park ist eine gewinnorientierte Investition eines privaten Investors und als Bestandteil der Zitadellenökonomie Mitverursacher wirtschaftlicher und sozialräumlicher Umstrukturierungen und damit der Vertiefung der gesellschaftlichen Polarisierung. Die Motivation für das Planungsverfahren ergibt sich aus dem Ziel der möglichst effizienten Durchsetzung dieses Projektes. Damit fällt das Verfahren in den Bereich jener Veränderungen des Planungssystems, der als Entwicklung der Planung vom Verwaltungshandeln zum Management bezeichnet wurde (vgl. Kapitel 5.2.6).

Der Projektmonat Sossenheim ist Bestandteil des GrünGürtels: Damit ist er Bestandteil des anspruchsvollsten Vorhabens rot-grüner Reformpolitik, das gleichzeitig als Vision einer sozialen und ökologischen städtischen Gesellschaft wie als Reparaturinstrument für die räumlichen, politischen und sozialen Verwerfungen der postmodernen Urbanisierung Frankfurts zu verstehen ist. Die Motivation für das Planungsverfahren ergibt sich zumindest unter anderem aus dem Ziel einer demokratischen Erneuerung der Planungskultur.

Dennoch können beide zusammen gewissermaßen als zwei Seiten der Medaille der Veränderungen des Planungssystems in der postmodernen Stadt gesehen werden: Beide sind vor dem Hintergrund des Versagens traditioneller lokaler Politik und Planung im Angesicht der hier beschriebenen ökonomischen und sozialen Entwicklungen zu verstehen, also dem Mangel an Lösungskapazitäten traditioneller Instrumente für neue Aufgaben. Beide geben darauf grundsätzlich eine ähnliche Antwort.

Diese besteht zum ersten im Rückzug des Lokalstaates: In beiden Fällen wird das Verfahren ein Stück weit privatisiert, wobei in einem Fall die Vermittlung und Aushandlung des Vorhabens an die bzw. mit der Bevölkerung eine städtische GmbH und im anderen Fall ein privater Investor übernimmt.

Zum zweiten liegt die Antwort in der Informalisierung der Verfahren: In beiden Verfahren wird versucht, in informellen Aushandlungsprozessen zwischen verschiedenen gesellschaftlichen Sphären (Staat, zivile

Gesellschaft, Wirtschaft) nicht durch hoheitliche Anordnung, sondern durch argumentative Verständigung im Dialog zu Lösungen zu gelangen.

Damit sind grundsätzlich beide Verfahren kommunikative Planungsverfahren und - nach Selle - Kooperationsverfahren, bei denen der Ort der Kooperation im intermediären Bereich zwischen den "Welten" Staat, Markt und zivile Gesellschaft gelegen ist. Sie liegen somit im Bereich der planerischen Verfahrenstypen, die in den Ansätzen Foresters und Selles analysiert und für eine Demokratisierung der Planung als sinnvoll oder notwendig angesehen werden.

6.2 Kommunikative Planungspraxis und kommunikative Planungstheorie: Die Ansätze Foresters und Selles im Spiegel von Gallus-Park-Verfahren und Projektmonat Sossenheim

In der folgenden Analyse sollen die zu Planungstheorien verdichteten Normen und praktischen Anleitungen von Forester und Selle und die geschilderte Praxis der zwei sehr unterschiedlichen, aber für die postmoderne Stadt symptomatischen kommunikativen Planungsverfahren gegenübergestellt werden. Dabei liegt das Ziel einerseits darin, die Dimensionen aufzuzeigen, in denen die beiden Planungsansätze zu einer Demokratisierung der Planung beitragen können. Andererseits sollen aber anhand der praktischen Beispiele vor allem auch die Fragen und Probleme der Ansätze im Hinblick auf die Fragestellung der Arbeit aufgeworfen und die strukturellen Mängel der Ansätze gezeigt werden. Das Ziel besteht also nicht in einer detaillierten Analyse der beschriebenen Planungsverfahren (siehe dazu Emrich/Lanz/ Nahnsen 1994).

6.2.1 Die Praxisrelevanz der Ansätze von Forester und Selle im Spiegel der kommunikativen Planungspraxis

Sowohl mit Forester als auch mit Selle läßt sich das Gallus-Park-Verfahren im Hinblick auf die Demokratisierungsfrage dekonstruieren. Nach Forester be- oder verhindert das Verfahren eine demokratische Planung durch eine Verzerrung der Kommunikation in mehreren Dimensionen. In Bezug auf Aufrichtigkeit ist die Kommunikation sowohl auf 'face to face'-Ebene als auch auf organisatorischer Ebene verzerrt: Die Beteiligten werden über die wirkliche Bedeutung des Verfahrens im Unklaren gelassen und versprechen sich deshalb nicht vorgesehene Einflußmöglichkeiten. Damit werden Motive verborgen, die Beteiligten "rhetorisch beruhigt". In Bezugnahme

auf die Legitimität des Verfahrens (Richtigkeit) ist die Kommunikation durch die Unklarheit von Entscheidungsstrukturen auf organisatorischer Ebene,[2] vor allem aber auch auf der Ebene der politisch-ökonomischen Struktur verzerrt: Dies ist im Zusammenhang damit zu sehen, daß sich der Lokalstaat aus seiner Verantwortung zur Beteiligung der Bevölkerung an der Planung zurückzieht und das Projekt insgeheim mit dem Investor aushandelt. In Bezug auf die Wahrheit der Kommunikation bestanden ebenso auf allen Ebenen Verzerrungen: So wurden Informationen zurückgehalten und Verantwortlichkeiten verschleiert (vgl. Kapitel 2.1).

Mit den normativen Voraussetzungen, die nach Klaus Selle für Kooperationsverfahren gelten müssen, läßt sich - weniger abstrakt - schnell sehen, daß in allen vier Bereichen (Information und Transparenz; Lasten und Nutzen; Glaubwürdigkeit und Vertrauen; Teilhabe und Einfluß) der größte Teil der Voraussetzungen nicht erfüllt ist (vgl. Abb. 2-4).

Im Vergleich der Ansätze mit dem Verlauf des Projektmonats Sossenheim lassen sich die Probleme erheblich schwerer fassen: Die Grundfragen nach Verständlichkeit, Aufrichtigkeit, Richtigkeit und Wahrheit der Kommunikation, die Forester aus der universellen Pragmatik ableitet (vgl. Kapitel 2.1), können im wesentlichen positiv beantwortet werden. Problematisch ist am ehesten noch die Frage der "Richtigkeit" auf organisatorischer Ebene: Da die GmbH nicht befugt ist, planungshoheitliche Entscheidungen zu treffen, kann sie auf die Umsetzung ausgehandelter Kompromisse lediglich einwirken, diese aber nicht garantieren. Die Selleschen Voraussetzungen für eine Kooperation sind ebenso weitgehend erfüllt (Abb. 2-4). Die Interviews zeigten auch, daß die GrünGürtel GmbH im Gegensatz zum Investor des Gallus-Parks "aufrichtig" das Verfahren verfolgte: Die Beteiligten an den Verfahren beurteilten den Verlauf des Verfahrens in Sossenheim weitgehend positiv (allerdings mit dem Vorbehalt, daß die Kompromisse und Konzepte auch umgesetzt werden), während sie sich beim Gallus-Park-Verfahren übervorteilt fühlten.

Probleme gibt es im Verfahren des Projektmonats Sossenheim aber hinsichtlich der verfahrensbezogenen Merkmale, die Selle nennt: So ist das Kriterium des Dialogs als gleichzeitige Kommunikation der relevanten AkteurInnen nur teilweise erfüllt (Verwaltung und Politik fehlten), die

---

2 So war den Beteiligten nicht klar, wer (Stadt, Investor des Projekts oder künftige KäuferIn) letztlich welche Entscheidungen treffen kann: Dies gilt beispielsweise über die Einrichtung eines Kindergartens.

Prozeduralisierung als Verlagerung der Entscheidungen in den intermediären Bereich ebenso (die letzte Entscheidung verbleibt bei der Verwaltung) und die GmbH als Moderatorin des Prozesses ist keine "neutrale Dritte", sondern verfolgt eigene Interessen (vgl. Kapitel 2.2). Mängel lassen sich ebenso anhand Foresters Vorschlägen für planerische Organisationsprinzipien aufzeigen (vgl. Abb. 2-2): So hat es die GmbH versäumt, AnwältInnen für schwächere Gruppen zu organisieren und damit nichtgeäußerte Interessen ausreichend sichtbar zu machen, Kommunikationsnetzwerke im Stadtteil zu etablieren und BürgerInnen zu qualifizieren. Damit trägt sie letztlich nicht zur Umverteilung von "Ressourcen" bei.

Bei einer ersten Gegenüberstellung der Ansätze mit den Planungsverfahren läßt sich also sehen, daß sich Demokratiedefizite der Verfahren mit beiden Ansätzen aufzeigen lassen. Anhand von Forester lassen sich, systematisch und bezogen auf verschiedene Organisationsebenen (von 'face to face'-Ebene bis zur politisch-ökonomischen Struktur), die Kommunikationsstrukturen in ihren einzelnen Bestandteilen nachvollziehen und verstehen. Damit eignet sich Foresters Ansatz (mehr als Selles Ansatz) für eine abstrakte Analyse prinzipieller Merkmale der jeweiligen Kooperationsstrukturen. Man kann mit Forester systematischer analysieren, in welcher Dimension eine demokratische Praxis ver- oder behindert wird und eine entsprechende Gegenreaktion erfolgen muß. So kann gezeigt werden, ob und inwiefern Interventionen auf der Ebene faktischer Geltungsansprüche, der Ebene der institutionellen oder politischen Normen und Machtstrukturen, der Ebene der subjektiven Art und Weise der Kommunikation oder auf der Ebene der politischen Ökonomie erfolgen müssen (vgl. Kapitel 2.2). Es fehlt aber gewissermaßen ein Scharnier zur wirklichen Praxis: Die abstrakte Theorie der universellen Pragmatik scheint zu unvermittelt auf die Planung übertragen zu sein, als daß sie für die praxisbezogene Analyse konkret eingesetzter Instrumente wirklich direkt anwendbar ist.

Anhand von Selles Konzeption hingegen, in der ja die Verfahrensmerkmale und Standards direkt aus der Beobachtung aktueller Verfahrensentwicklungen gewonnen wurden, lassen sich sehr konkret Mängel analysieren und vor allem auch Vorschläge zu einer Verbesserung der Verfahren entwickeln. Selle unterscheidet aber nicht systematisch zwischen verschiedenen strukturellen Ebenen: Dadurch wird nicht exakt unterschieden, ob es sich bei Demokratisierungsdefiziten um Verzerrungen

handelt, die einer systemischen Logik folgen, oder lediglich um leicht zu verbessernde "ad hoc"-Probleme eines Verfahrens.

Probleme der Ansätze beider Autoren lassen sich insbesondere bei genauerer Betrachtung des Projektmonats Sossenheim aufzeigen: Das GrünGürtel-Verfahren verfügt im Gegensatz zum Gallus-Park-Verfahren weitgehend über Mindeststandards, die zu einer Demokratisierung beitragen können. Die im Hinblick auf eine Demokratisierung der Planung entscheidenden Probleme scheinen insbesondere prinzipieller Art zu sein. Sie lassen sich mit einer ersten Anwendung der jeweiligen Frage- und Merkmallisten der beiden Autoren nicht direkt fassen. Selle benennt diese Probleme in seinem Ansatz: Zu nennen ist zunächst und vor allem die "soziale Selektivität" der Verfahren, die in Verbindung mit der mangelnden Kontrollmöglichkeit durch demokratisch legitimierte Institutionen zu informellen Machtzuwächsen der selektiv beteiligten gesellschaftlichen Sphären (etwa nur 'Staat' und 'Markt') und Bevölkerungsgruppen führt. Das zweite Problem ist die "organisierte Verantwortungslosigkeit".

Es zeigte sich in beiden untersuchten Verfahren, daß nur jene Gruppen beteiligt waren, die für die Umsetzung der jeweiligen Projekte strategisch wichtig waren. Dagegen wurden Gruppen ausgeblendet, die ihre Interessen nicht artikulierten. Beim Gallus-Park erfolgt zusätzlich dazu in der projektdefinierenden und entscheidenden Aushandlungsrunde lediglich eine Beteiligung von Verwaltung und Investor. Die selektive Beteiligung geschah hier mit systematischem Vorsatz, beim Projektmonat zumindest "fahrlässig". In beiden Fällen zog sich zudem der Lokalstaat zurück und konnte damit von den Verfahrensbeteiligten nicht direkt in die Verantwortung gezogen werden, was zur genannten "organisierten Verantwortungslosigkeit" führt: Beim Gallus-Park verwies der Investor bei umstrittenen Punkten (Infrastruktur, Wohnungsbelegung der Sozialwohnungen) auf die Zuständigkeit der Stadt und der KäuferInnen der Gebäude. Ebenso hielten sich beim Projektmonat die entscheidenden Instanzen Politik und Verwaltung aus dem Verfahren heraus: Dies machte die GmbH tendenziell zum "Prügelknaben" (In. 13, GrünGürtel, S. 4), indem sie "Prügel" für nicht eingelöste Zusagen bezieht, die sie aber aus eigener Kompetenz gar nicht einlösen kann.

Insbesondere um gegen das strukturelle Problem der sozialen Selektivität und der damit zusammenhängenden, selektiv erfolgenden, informellen Machtzuwächse im Rahmen der Anwendung der informellen Kooperations-

verfahren angehen zu können, betont Selle die Notwendigkeit der normativen Wertorientierung der Verfahren: Grundprinzip muß danach der "faire Prozeß", das "Prinzip der gleichlangen Spieße" sein, das den Aufbau gleicher kommunikativer Kompetenz und die Kompensation ungleicher Machtverhältnisse durch ausgleichende Maßnahmen (etwa durch das Einsetzen von AnwaltsplanerInnen) beinhaltet. Das gleiche Prinzip ist im Ideal der "herrschaftsfreien Kommunikation" enthalten, auf das sich Forester in letzter Instanz bezieht.

Während im Gallus-Park-Verfahren jegliche Wertorientierung jenseits ökonomischer Effizienz fehlt (und somit eingeklagt werden kann), besteht jedoch eine solche demokratische Wertorientierung beim GrünGürtel und damit auch dem Projektmonat in hohem Maße.[3] Kernpunkt der Wertorientierung des "Prinzips der gleichlangen Spieße" ist die Notwendigkeit der Unterstützung schwacher Gruppen (vgl. auch Forester): Eine solche erfolgte in der Umsetzung des Projektmonats trotz dieser grundsätzlichen "demokratischen" Wertorientierung nicht: Weder gab es Qualifizierungsversuche (etwa durch vorbereitende Volkshochschulkurse[4]), noch ein verstärktes Zugehen auf artikulationsschwache Bevölkerungsgruppen oder eine Bereitstellung von AnwältInnen. Unter anderem war dafür auch die Organisationsform des Verfahrens als Projektmonat vor allem wegen seiner zu kurzen Dauer relativ ungeeignet. Das heißt, anhand einzelner Vorschläge Selles und auch Foresters könnte das Verfahren in diesem Hinblick etwa durch Qualifizierungsmaßnahmen, durch die Bereitstellung von AnwältInnen oder durch ähnliche Maßnahmen erheblich verbessert werden.

Zudem muß bei der Analyse des Verfahrens berücksichtigt werden, daß natürlich ein einzelnes Verfahren oder Projekt, auch eines mit der Komplexität des GrünGürtels, die strukturellen Probleme eines "benachteiligten" Stadtteils, die zur zunehmenden sozialen Spaltung führen, nicht lösen kann. Neben konkreten Verfahrensstandards nennt Selle auch in den "Anwendungen" seines Ansatzes auf benachteiligte Quartiere die notwendigen Schritte,

---

3 So verweist Klaus Selle in verschiedenen Veröffentlichungen auf den GrünGürtel als positives Beispiel im Hinblick auf sein Verständnis einer kooperativen Planung. Darüber hinaus diente er bei den GrünGürtel-Planungen zum einen als Berater, zum anderen berufen sich die im Interview befragten MitarbeiterInnen von GmbH und Projektbüro bei der Entwicklung ihrer Verfahren auf ihn.

4 Die im Verlauf des GrünGürtel-Projektes veranstalteten VHS-Kurse beschränkten sich auf das Projektjahr 1990.

die im Rahmen einer "ganzheitlichen" lokalen Politik gegen Benachteiligung zu ergreifen wären (vgl. Kapitel 2.2). In beiden Stadtteilen, dem Gallusviertel und Sossenheim, müßte eine solche Politik erfolgen.

Anhand dieser Gegenüberstellung der Planungsansätze von Forester und Selle mit der Planungspraxis zeigt sich der Realitätsgehalt beider Konzeptionen: Mithilfe beider können demokratische Defizite der kommunikativen Planungspraxis aufgezeigt und analysiert werden. Damit sind beide Ansätze insbesondere für das Verständnis und die Analyse der aktuellen Entwicklungen der Veränderungen im Planungsverständnis relevant, die in die Richtung eines kommunikativen Verständnisses von Planung weisen. Darüber hinaus lassen sich anhand beider Ansätze auf jeweils unterschiedlichen Abstraktionsgraden und analytischen Ebenen Vorschläge entwickeln, mit denen solche Defizite auf verschiedenen Ebenen behoben werden könnten: In dieser Beziehung scheinen sich beide Ansätze hervorragend ergänzen zu können, um die Planungsrealität sowohl abstrakt als auch konkret, sowohl auf systemischer als auch auf Handlungsebene, beschreiben und analysieren zu können und um Vorschläge zur Demokratisierung mit ihrer Hilfe machen zu können. Damit ist das Verständnis der Planung als kommunikativer Handlung, das beiden Ansätzen zugrundeliegt, dazu geeignet, die Planungsrealität im Hinblick auf die Frage nach ihrer Demokratisierung zu beschreiben und zu analysieren (bzw. zu kritisieren).

Im Hinblick auf das Ziel der Entwicklung einer demokratischen Planungs*praxis* scheint insbesondere dem Planungsansatz Klaus Selles zunächst kaum etwas hinzuzufügen zu sein, wenn man innerhalb seiner Logik verbleibt: Der Ansatz ist aktuell in dem Sinne, daß er die gegenwärtigen Entwicklungen der Planung erfaßt und in den wesentlichen Punkten beschreibt. Dies zeigte die Untersuchung der Veränderungen der Stadtplanung in Frankfurt, bei der festgestellt werden konnte, daß die meisten Verfahrensneuheiten eine Veränderung der Planung in Richtung "kooperatives Handeln" bedeuten (vgl. Emrich/Lanz/Nahnsen 1994). Auf der Basis dieser aktuellen "Zustandsbeschreibung" der Planungspraxis entwickelt Selle seine Standards und Normen für eine demokratische Planungspraxis. Diese geben ebenso die Kriterien ab, mit denen Demokratisierungsdefizite analysiert werden können, wie sie das komplette Gerüst für demokratische Verfahren und eine ganzheitliche "Politik gegen Benachteiligung" bilden können. Dabei scheint der Ansatz im Hinblick auf

die Konkretisierung der aus der "Demokratisierungsperspektive" notwendigen Merkmale von Planungsverfahren so ausgereift zu sein, daß ihm kaum mehr etwas hinzuzufügen ist.

Hier ist der Ansatz Selles dem Ansatz Foresters überlegen: Foresters Ansatz berücksichtigt die zunehmende Verlagerung des Ortes der Planung in den intermediären Bereich nicht ausdrücklich: Bei ihm sind PlanerInnen noch zentrale AkteurInnen. Die Normen und Standards, die er entwickelt, gelten demnach nicht hauptsächlich für Verfahren im intermediären Bereich, sondern für planerisches "Verhalten" im Rahmen einer "aktivierenden Beteiligung" (vgl. Kapitel 2.3).

6.2.2 Strukturelle Probleme der Planungstheorien von Selle und Forester

Zum Ansatz Klaus Selles

Das strukturelle Problem des Ansatzes von Selle liegt also weder im Grundverständnis der Planung als kooperativer (kommunikativer) Handlung, noch in einer fehlenden "Diagnose" prinzipieller Probleme, noch in einzelnen strategischen bzw. instrumentellen Vorschlägen zur Demokratisierung der Planung begründet. Es liegt woanders: Sogar im offensichtlich besten Fall (vgl. Emrich/Lanz/Nahnsen 1994) einer in Frankfurt realisierten Anwendung eines kooperativen Verfahrens innerhalb des "demokratischen" Modellprojektes GrünGürtel konnte dadurch die gesellschaftliche Polarisierung im Hinblick auf politische Einfluß- und Gestaltungsmöglichkeiten nicht verringert werden. Sie hat diese in Sossenheim im Gegenteil sogar vertieft. Die Analyse der Veränderungen des Planungssystems in Frankfurt (vgl. Kapitel 5.2.6) und der zwei Beispiele für kooperative Planungsverfahren zeigt, daß in der Realität die Informalisierung der Planung zu kooperativen Verfahren nicht zu einer Demokratisierung führt, wenn diese als Umverteilung von Macht und Einfluß zugunsten gesellschaftlich *schwacher* Gruppen verstanden wird. Sie führt im günstigsten Fall (dem GrünGürtel) zu einer Öffnung des politisch-administrativen Systems zugunsten des sprechfähigen Bevölkerungsteils. Und im ungünstigsten Fall (siehe das Beispiel Gallus-Park) führt sie zu einer Kumpanei zwischen Lokalstaat und Wirtschaft in kaum kontrollierbaren Aushandlungen und zur zeitgemäß "weichen" Form der Verhinderung von Widerstand durch kommunikative Manipulation, die noch dazu als Demokratisierung "verkauft" wird.

Die Ursachen dieser Entwicklungen liegen nicht nur darin, daß die neuen Instrumente "falsch" oder unvollständig angewandt werden und die Probleme demnach durch eine "richtige" Anwendung behoben werden können, oder darin, daß die Verfahren nicht mit ganzheitlichen Politikansätzen verbunden werden. Zwar können anhand von Selles Kriterien - wie beschrieben - viele "Fehler" oder Versäumnisse genannt werden, die etwa die GrünGürtel-GmbH bei der Anwendung ihrer kooperativen Planungsinstrumente begangen hat (vgl. oben) und die durch Modifikationen des Verfahrens behoben werden könnten. Diese Korrekturen lösen aber nicht die grundsätzlichen Probleme dieser Planungsverfahren. Diese scheinen mit der Veränderung der gesellschaftlichen Machtverhältnisse in Richtung einer zunehmend ungleichen Machtverteilung in der postmodernen Gesellschaft zusammenzuhängen: Dabei erfolgt die abnehmende staatliche Regulierung mit der Zunahme von Aushandlungen in einer Situation der wachsenden Polarisierung der Verhandlungskompetenz und Verhandlungsmacht innerhalb der Gesellschaft, die zudem mit einer Abnahme kollektiver Interessen einhergeht. Dies bedeutet eine extrem ungünstige Ausgangssituation für eine demokratisierende Wirkung eines solchermaßen veränderten staatlichen Handelns (vgl. Kapitel 5.3).

Es ist auch von Selle unbestritten, daß die neuen Instrumente im Hinblick auf die Demokratisierungsfrage durch die prinzipielle soziale Selektivität der Beteiligung und ihre demokratisch nicht legitimierten und schwer kontrollierbaren Einflußmöglichkeiten grundsätzlich problematisch sind: Potentiell können sie zwar durch die Möglichkeit einer weitgehenden partizipatorischen Beteiligung der zivilen Gesellschaft an Politik und Planung im Rahmen einer dialogischen, kommunikativen Entscheidungsfindung zu einer allgemeinen Demokratisierung beitragen. Dies geschieht aber nur dann, wenn gewährleistet werden kann, daß eine annähernd gleiche Beteiligung und Einflußmöglichkeit für *alle* gesellschaftlichen Gruppen gegeben ist, das heißt, wenn das "Prinzip der gleichlangen Spieße" wirklich realisierbar ist. Gerade dies scheint aber generell (vgl. Kapitel 4) und vor allem auch in Frankfurt (vgl. Kapitel 5) durch die soziale und kulturelle Spaltung und Fragmentierung der Gesellschaft immer weniger möglich zu sein. Das zeigt sich gerade darin, daß die erfolgte Anwendung kooperativer Verfahren selbst im günstigsten Fall nur den Einfluß derer erhöht, die nicht zu den VerliererInnen der ökonomischen, sozialen und kulturellen Umstrukturierungen in der postmodernen Gesellschaft gehören und den

Einfluß der zunehmend marginalisierten Gruppen verringert, die die VerliererInnen sind.

Das heißt, in der gesellschaftlichen Realität scheinen diese Instrumente nicht eine allgemeine, sondern lediglich eine "selektive Demokratisierung" des politisch-administrativen Systems zu bedeuten: Diese liegt in einer Zunahme von Macht und Einfluß innerhalb der oberen zwei Drittel der Gesellschaft durch die faktische Öffnung des politisch-administrativen Systems für diesen Teil der Bevölkerung im Rahmen von Verfahren kommunikativer Entscheidungsfindung. Damit scheint aber unvermeidbar eine Entdemokratisierung für das untere Drittel der Gesellschaft einherzugehen, das nicht in der Lage ist, sich die kommunikativen Instrumente zunutze zu machen.

Vor diesem Hintergrund erweisen sich die "demokratischen" Grundprinzipien, die Selle für kooperative Verfahren vorschlägt, als Fallen: Dadurch daß das "Prinzip der gleichlangen Spieße" eine Illusion zu sein scheint, ergeben sich fatale Folgen, wenn es als allgemeines Grundprinzip vorgeschlagen wird: Es wird der - vor dem Hintergrund der gesellschaftlichen Realität - falsche Eindruck vermittelt, daß kooperative Verfahren fair und "gerecht" sein können, wenn sie nur richtig angewandt werden. Darauf wiederum basiert das Prinzip der Konsensorientierung der Verfahren, das nur auf der Grundlage einer fairen Sprechsituation ("gleichlanger Spieße") demokratisch sein kann, die in der Realität nicht möglich scheint: Erzielte Konsense aber, die prinzipiell auf der Basis ungleicher Machtverhältnisse und ungleich beteiligter Gruppen geschlossen werden, die also prinzipiell in ungerechten Verfahren erzielt werden, sind auch im Hinblick auf das Ziel der Umverteilung der Machtverhältnisse zugunsten schwächerer Gruppen prinzipiell undemokratisch: Denn zum einen setzen sich innerhalb der Verfahren tendenziell stärkere Gruppen durch und zum anderen sind in der Regel nur artikulationsfähige und damit starke Gruppen überhaupt an den konsensorientierten Verfahren beteiligt, wie die Planungspraxis in Frankfurt zeigt.

Selle sieht und benennt die Probleme und Gefahren der Entdemokratisierung durch kooperative Verfahren zwar grundsätzlich. Er kommt dennoch zu diesen "demokratischen" Grundprinzipien, weil er die Gefahren unterschätzt: So thematisiert er weitestgehend das Demokratisierungs*potential* der sich entwickelnden neuen Planungskultur. Dabei blendet er die - konträr zur Entwicklung einer Neuen Planungskultur

verlaufende und von ihm auch angesprochene - Bewegung der "Deregulierung, ... in der sich alte Planungsfeindschaft und neue Lust an der Privatisierung zusammenfinden" (Selle 1994, S. VI), zum großen Teil aus.

Ein Ursprung für die zu positive Bewertung der Möglichkeiten kooperativer Planungsverfahren durch Selle ist sicherlich folgender: Er beschreibt zwar - fragmentarisch und weitgehend in Exkursen - gesellschaftliche Entwicklungen als Hintergrund für die Veränderungen im Planungssystem (vgl. Kapitel 2.2), sieht in ihnen aber im Gegensatz zur Argumentation der vorliegenden Arbeit (Kapitel 4 und 5) nicht eine Logik, die eine Entdemokratisierung im Rahmen der Informalisierung und des Rückzugs des Staates erheblich wahrscheinlicher erscheinen läßt als eine Demokratisierung. Er zeigt die Entwicklungen vor allem als eine Logik der zwangsläufigen Ablösung traditioneller planerischer Instrumente zugunsten der neuen. Dabei fällt allerdings auf, daß Selle die ökonomischen Entwicklungen der Herausbildung eines neuen Akkumulationsregimes völlig ausblendet, obwohl es nahe zu liegen scheint, daß die dadurch entstehenden veränderten Erfordernisse an die politische Regulation die Entstehung neuer, flexibler Regulierungsinstrumente als Bedürfnis des Kapitals hauptsächlich mitverursacht hat: Auch dies zeigt, daß Selles Betonung auf dem Demokratisierungs*potential* und der Ergreifung der Chancen dieser zwangsläufigen neuen Instrumente liegt.

In vorliegender Arbeit hingegen wird die aktuelle gesellschaftliche Situation als äußerst ungünstige Ausgangsbasis dafür angesehen, daß dieses Demokratisierungspotential wirklich zum Tragen kommt: In dieser Veränderung des Blickwinkels verändert sich als Grundlage der Bewertung der kooperativen Planungsverfahren der Schwerpunkt von der Betonung des Demokratisierungspotentials der neuen Instrumente zur Betonung der Gefahr der verstärkten Entdemokratisierung der Gesellschaft durch deren Anwendung.

Vor diesem Hintergrund erweist es sich bei Selles Ansatz als besonders problematisch, daß die Frage der gesellschaftlichen Machtverhältnisse und der Position, die Planung und PlanerInnen darin einnehmen, von ihm nicht grundlegend analysiert wird. Er stützt seine Analyse und seine Normen nicht auf eine Analyse der Macht. Er entwickelt lediglich Normen und Werthaltungen für planerische Verfahren. Damit greift er zu kurz: Die Verfahren können dadurch nicht in den Gesamtkontext der

gesellschaftlichen Machtverhältnisse eingeordnet werden. Ihre Möglichkeiten im Hinblick auf eine Demokratisierung werden damit auch deshalb überschätzt, weil die Chance der Durchsetzung dieser Werthaltungen in der gesellschaftlichen Realität nicht grundlegend diskutiert wird: So ist ein kooperatives Verfahren, dem das "Prinzip der gleichlangen Spieße" zugrundeliegt und das als Merkmale eine nichthierarchische Struktur, dialogische Beziehungen, einen offenen Zielbezug, einen konsensorientierten gleichberechtigten Kommunikationsprozeß etc. (vgl. Kapitel 2.2) aufweist, ein demokratisches Ideal, das aber in der aktuellen gesellschaftlichen Realität eben nicht umsetzbar erscheint. Hier erweist sich als schwerwiegendes Problem, daß Selle bei der Beschreibung der Merkmale der kooperativen Verfahren nicht scharf zwischen demokratischer Vision und gesellschaftlicher Realität trennt.

In der beobachteten Planungspraxis zeigt sich also, daß sich das strukturelle Problem des Ansatzes von Klaus Selle daraus ergibt, daß er das Demokratisierungspotential der kooperativen Planungsinstrumente über- und die Gefahr der Entdemokratisierung unterschätzt, weil er die gesellschaftlichen Machtverhältnisse in der postmodernen Gesellschaft nicht systematisch analysiert: Weil vor diesem Hintergrund die Chance der Durchsetzung des in Selles Ansatz grundlegenden normativen "Prinzips der gleichlangen Spieße" nicht diskutiert wird, wird nicht gesehen, daß seine Umsetzung in der Planungspraxis nicht realisierbar ist. Die Annahme der Umsetzungsmöglichkeit dieses Prinzips führt vielmehr zur Annahme eines weiteren Prinzips, dem Prinzip der Konsensorientierung als Merkmal kooperativer Verfahren: Eine Konsensorientierung erscheint jedoch durch die Unmöglichkeit der Verwirklichung des ersten Prinzips in der Praxis als grundsätzlich undemokratisch.

Zum Ansatz John Foresters

Forester hingegen analysiert die Rolle der Planung "im Angesicht der Macht".[5] Er begreift Planung als Teil des politisch-ökonomischen Systems und PlanerInnen sowohl als ReproduzentInnen wie auch als Opfer systemisch verzerrter Kommunikationsstrukturen, die damit ebenso Macht ausüben wie sie der Macht unterliegen.

---

5 Vergleiche die Originaltitel "Planning in the face of power" zweier Veröffentlichungen von Forester (1982 und 1989).

So zeigt das Beispiel Gallus-Park, daß Investor und Lokalstaat im Zusammenspiel Macht ausüben (und beide von der Macht des jeweils anderen abhängig sind), indem sie die Kommunikationsstrukturen systematisch durch die Verletzung der Normen der alltäglichen Kommunikation verzerren, um ein wirtschaftliches Interesse durchzusetzen. Diese Systematik der Machtausübung kann mit Selles Ansatz nicht erfaßt werden.

Im Fall der GrünGürtel-GmbH verläuft die Machtausübung anders: Die GmbH ist in ihrem Selbstverständnis nicht Teil des politisch-ökonomischen Systems, sondern intermediäre Instanz, die systemische und lebensweltliche Interessen gegeneinander vermitteln will. Dabei unterliegt sie in hohem Maße systemischen Zwängen: Sie ist etwa durch die Abhängigkeit von administrativen Entscheidungen oder als Leidtragende ideologisch und fiskalisch motivierter politischer Entscheidungen und von dadurch entstehenden Zeitdruck, Erfolgsdruck oder zu geringer Arbeitskapazität Opfer staatlicher Machtausübung. So stellen Keil und Ronneberger fest, daß es sich im GrünGürtel-Projekt als unmöglich heraus gestellt hat,

> "mit dem Vermittlungsansatz zwischen den konfligierenden Gruppen Hierarchien, Machtbeziehungen u.a. außer Kraft zu setzen. Wo die Intermediarität an die Grenzen der 'harten' städtischen Wachstumsinteressen und der strategischen Stadtentwicklungs-Vorstellungen stieß ... wurde sie als Mittel der Planung unbrauchbar" (Keil/Ronneberger 1993a, S. 324).

Das heißt, die GmbH kann in der Gestaltung ihres Verfahrens durch ihre spezifische Position innerhalb der gesellschaftlichen Machtstruktur nur in relativ engem Rahmen agieren. Sowohl vor dem Hintergrund der Verschärfung der gesellschaftlichen Polarisierung und Fragmentierung wie auch vor dem Hintergrund der zunehmenden Rücknahme visionärer sozialreformerischer Zielvorstellungen und dem zunehmendem (u.a. fiskalisch bedingten) Rückzug des Lokalstaates von der Idee des Interventionsstaates ist eine intermediäre Instanz wie die GrünGürtel -GmbH nicht nur ad hoc (im konkreten, verbesserbaren Verfahren), sondern vor allem strukturell überfordert. Die auf die GmbH einwirkenden Zwänge, die zu Erfolgsdruck im Sinne vorweisbarer sichtbarer Erfolge bei gleichzeitiger Finanzknappheit und ständiger Infragestellung und Bedrohung ihrer Existenz führen, bewirken zwangsläufig die Orientierung des Verfahrens auf strategisch wichtige AkteurInnen, auf deren Akzeptanz des Projektes die GmbH angewiesen ist.

Auf diese Weise folgen die innerhalb des GrünGürtel-Verfahrens verzerrten Kommunikationsstrukturen einer systemischen Logik, die anhand Foresters Ansatz abstrakt nachvollziehbar ist: So läßt sich zeigen, daß insbesondere auf der Ebene der institutionellen und politischen Normen und Machtstrukturen (der "sozialen Welt") sowie auf der Ebene der ungleichen Ressourcenverteilung im Rahmen der politischen Ökonomie (vgl. Kapitel 2.1) eine demokratisierende Planungspraxis im Rahmen der Arbeit der GrünGürtel-GmbH verhindert wird.

Mit Forester kann die Planung zwar - im Gegensatz zu Selle - abstrakt im Angesicht der gesellschaftlichen Machtverhältnisse analysiert werden. Aber erst durch eine über diese abstrakte gesellschaftstheoretische Analyse hinausgehende soziologische Beschreibung der gesellschaftlichen Situation wird die systemische Logik konkret faßbar. Dadurch daß Forester nicht eine konkrete soziologische Beschreibung der gesellschaftlichen Formation, sondern den abstrakten sozialphilosophischen Ansatz von Habermas seinem Planungsansatz zugrundelegt, scheint auch sein Ansatz idealistisch eingefärbt zu sein. Obwohl er im Gegensatz zu Selle die Planung im Kontext gesellschaftlicher Machtbeziehungen und Machtausübung analysiert, gilt für ihn letztlich als Ideal das gleiche Grundprinzip, das auch bei Selle als generelle Werthaltung der Vorstellung von einer demokratischen Planungspraxis zugrundeliegt: Das Ideal eines selbstbestimmten Konsenses im Rahmen einer gleichberechtigten Diskussion aller Beteiligten ist letztlich nichts anderes als das Prinzip der Konsensorientierung von Verfahren auf der Grundlage des "Prinzips der gleichlangen Spieße".

Damit ergibt sich in der Planungspraxis das gleiche Problem wie bei Selle. Die gesellschaftliche Realität und die Planungspraxis scheint, wie die analysierten Verfahrensbeispiele zeigen, eher Michael Dear recht zu geben, der die Betonung von konsensualen kommunikativen Verfahren in einer auf "Negotiation", also auf Aushandlungen beruhenden Planung bei Forester mit folgendem Argument kritisiert: Ein solches Planungsverständnis führe, wenn es von seiner sozialen Vision "befreit" ist, lediglich zu einem modernen, an veränderte gesellschaftliche Bedingungen angepaßten, planerischen Instrumentarium. Kommunikation und 'negotiation', als "bastardisierte", also von ihren Werthaltungen enthüllte Prinzipien, werden dabei lediglich als Instrumente der Überredung mißbraucht, bei deren Einsatz es nur darum geht, wie PlanerInnen zu einem "Ja" für ihre Pläne gelangen (vgl. Dear 1989, S. 456).

6.2.3 Fazit: Das Dilemma einer demokratischen Planung in der postmodernen Gesellschaft

Damit existiert für das Ziel einer demokratischen Planung in der aktuellen gesellschaftlichen Formation ein, als unauflösbar erscheinendes, Dilemma: Die alten Instrumente einer regulativen, hoheitlichen Form der Planung funktionieren, wie ja gerade Selle gezeigt hat, unter den veränderten gesellschaftlichen Bedingungen nicht mehr. Zudem ist die herkömmliche ritualisierte BürgerInnenbeteiligung zu einer "unproduktiven Groteske" (Keil/ Ronneberger 1991b, S. 207) verkommen und somit in keinster Weise geeignet, dem Ziel einer demokratischen Planung zur Geltung zu verhelfen.

Auf der anderen Seite vertiefen die neuen informellen Instrumente der kommunikativen Aushandlungsverfahren, an denen im Rahmen eines bestimmten Planungsvorhabens die relevanten AkteurInnen aus allen gesellschaftlichen Sphären beteiligt sind, in der Planungspraxis die gesellschaftliche Polarisierung: Dadurch daß sie lediglich als "bastardisierte" Versionen der Akzeptanzschaffung unter veränderten Vorzeichen aufzutreten scheinen, schließen sie gerade jene Bevölkerungsteile von einer politisch-planerischen Einflußmöglichkeit und von der Vertretung ihrer Interessen aus, die in der postmodernen Gesellschaft zunehmend marginalisiert werden. Eine positive demokratisierende Wirkung beschränkt sich lediglich auf sprechfähige Bevölkerungsgruppen.

Dies liegt nicht an einem Mangel an theoretisch verfügbarem Handwerkszeug: Die einzelnen Verfahrensvorschläge und Standards, mit denen diese Instrumente ausgestattet sein müssen, damit sie demokratisierend wirken, sind insbesondere von Klaus Selle - und darin liegt der hauptsächliche Beitrag seines Ansatzes im Hinblick auf eine Demokratisierung der Planung - so komplex und umfassend ausgearbeitet worden, daß sie bei ihrer Umsetzung zu einer weitreichenden Demokratisierung der Planungspraxis führen würden. Das Problem liegt vielmehr in der gesellschaftlichen Realität der postmodernen Gesellschaft mit ihrer spezifischen Veränderung der Machtverhältnisse begründet, in der die Umsetzung dieser Instrumente aus systembedingten Gründen nur in einer verzerrten Form erfolgt. In diesem Zusammenhang liegt der hauptsächliche Beitrag von John Forester im Hinblick auf eine Demokratisierung der Planung darin, daß er den Blick auf die Art und Weise der Ausübung von (planerischer) Macht bzw. Ohnmacht im Rahmen der systematischen Verzerrung der Kommunikationsstrukturen lenkt.

Das Grundverständnis der Planung als kommunikativer Handlung, das beiden Ansätzen zugrundeliegt, erweist sich in der aktuellen Planungspraxis, die zunehmend von einem kommunikativen Planungsverständnis geprägt ist, als adäquat sowohl um demokratische Defizite von Planungsverfahren aufzuzeigen als auch um strategische und instrumentelle Vorschläge zur Demokratisierung zu erarbeiten. Damit kann also die Diskussion der Frage nach einer demokratischen Planung in der aktuellen Gesellschaftsformation im Rahmen des Grundverständnisses der Planung als kommunikativer Handlung und im Rahmen der einzelnen Organisationsvorschläge zur Planungspraxis auf die Planungsansätze von Forester und Selle aufbauen: Dabei ergänzen sich beide Ansätze durch ihre entgegengesetzten Schwerpunkte (vgl. Kapitel 2.3).

Gleichzeitig erscheint aber innerhalb der gesellschaftlichen Realität das normative Grundprinzip einer kommunikativen Konsensorientierung auf der Grundlage fairer und gleichberechtigter Kommunikation, das der Planung nach Selle und Forester zugrundeliegen soll, als Illusion: Es ist lediglich ein demokratisches Ideal, durch dessen Übertragung auf die Planungspraxis vertuscht wird, daß dort die kommunikativen Planungsverfahren die gesellschaftliche Spaltung zementieren und vertiefen und häufig lediglich verbesserte Mittel der Akzeptanzschaffung sowie der Verhinderung von Widerstand sind. Damit wird letztlich von beiden Autoren mißachtet, daß in der gesellschaftlichen Realität faire und gerechte Verfahren, die wirklich zu einer Umverteilung der Macht beitragen, nicht aufzutreten scheinen.

Die Blickrichtung der Analyse der Ansätze Foresters und Selles ist damit auf die sozialtheoretischen Grundlagen zu lenken, die ihnen jeweils als Maßstab und als kritischer Bezugspunkt für die Interpretation der gesellschaftlichen Verhältnisse dient. Denn diese führen sie zu ihren normativen Grundprinzipien, die sich in der gesellschaftlichen Realität als illusorische Grundlagen für eine demokratische Planungsreform erweisen.

7 *Planungstheorie und Sozialtheorie: Eine zweite Dekonstruktion der Planungstheorien von Forester und Selle*

Im vorangegangenen Kapitel wurden die Planungstheorien von John Forester und Klaus Selle anhand zweier Beispiele aus der "kommunikativen" Planungspraxis mit der gesellschaftlichen Realität konfrontiert, innerhalb der sie agieren. Dabei wurden grundsätzliche Probleme festgestellt und Fragen aufgeworfen, die sich im Hinblick auf eine Demokratisierung der Planung durch die Übertragung der Theorien auf die Planungspraxis ergeben.

In vorliegendem Kapitel soll auf die sozialtheoretischen Konzeptionen zurückgegangen werden, die den Ansätzen im Fall von John Forester explizit und im Fall von Klaus Selle, wie zu zeigen sein wird, implizit zugrundeliegen. Damit sollen durch einen neuerlichen Perspektivenwechsel die Planungstheorien aus der Sicht der ihnen zugrundeliegenden Sozialtheorien dekonstruiert werden.

Die Absicht dieser zweiten Dekonstruktion ist zunächst die Beantwortung der Frage, inwiefern es diese jeweiligen normativen Grundlagen sind, die die Planungstheorien - indem sie ihnen als Maßstab bzw. als kritischer Bezugspunkt dienen - zu jenen Grundprinzipien führen, die sich in der Übertragung auf die Planungspraxis als äußerst problematisch gezeigt haben, wenn das Ziel einer Demokratisierung der Planung verfolgt werden soll.

Darüber hinausgehend sollen aber die jeweiligen sozialtheoretischen bzw. philosophischen Ansätze im Hinblick auf die Rekonstruktionsversuche einer demokratischen Planung im letzten Kapitel der Arbeit hinterfragt werden: Dabei ist zu diskutieren, inwiefern sie geeignete normative Grundlagen einer demokratischen Planung in der Postmoderne sein können, bzw. inwiefern sich durch ihre Anwendung auf die Planung Probleme ergeben, denen gegebenenfalls durch das Heranziehen anderer Konzeptionen begegnet werden müßte. Da die Rekonstruktionsversuche einer demokratischen Planung im letzten Kapitel grundsätzlich auf die Ansätze Foresters und Selles aufgebaut werden sollen (vgl. Kapitel 6.2.3), liegt der

Schwerpunkt dieser Diskussion nicht in der Absicht, aufzuzeigen, wie und warum jene Prinzipien für die normative Grundlegung einer demokratischen Planung dienen können, die bereits bei Forester und Selle enthalten sind. Der Schwerpunkt liegt vielmehr in einer Kritik (bzw. in der Begründung dieser Kritik) an jenen Prinzipien, die - im Gegensatz zu Forester und Selle - als problematisch angesehen werden.

Dabei wird bei beiden Planungsansätzen jeweils unterschiedlich verfahren: Da John Forester sich in allen Dimensionen seiner Planungstheorie, also der analytischen, der strategischen und der visionären Dimension, ausdrücklich auf das Theoriegebäude von Jürgen Habermas bezieht, wird nicht mehr gezeigt, inwiefern er dies tut (vgl. dazu Kapitel 2.1). Der Habermassche Ansatz wird vielmehr in seiner Bedeutung für eine demokratische Planung direkt rezipiert. Klaus Selle hingegen bezieht sich nicht ausdrücklich auf eine sozialtheoretische oder philosophische Konzeption. In seinem Fall kann deshalb nur eine direkte Gegenüberstellung seines Ansatzes mit jener philosophischen Konzeption, der er zu folgen scheint, nämlich der Position der "postmodernen Moderne" (vgl. Kapitel 3.2), die "Verwandtschaft" mit ihr zeigen.

7.1 John Forester und die Habermassche Konsenstheorie der Wahrheit

Explizite Grundlage der Planungstheorie von John Forester ist die "Theorie des kommunikativen Handelns" von Jürgen Habermas (bzw. in den älteren Aufsätzen Vorstufen davon). Dieser bedient er sich, um zu zeigen, inwiefern Planungspraxis als kommunikatives Handeln verstanden werden kann und inwiefern planerisches Handeln und - generell - politisch-ökonomische Strukturen demokratische Planungspraxis begünstigen oder verhindern können. Darüber hinaus dient ihm die Theorie als sozialtheoretischer Maßstab für die Entwicklung seiner Planungstheorie, die pragmatische Strategie und politische Vision verbinden will (vgl. Kapitel 2.1). Damit übernimmt Forester Habermassche Positionen in seinem Ansatz für die Ebene der Analyse der Planung, für die Ebene der Entwicklung einer prozessualen planerischen Strategie und für die Ebene der normativen Dimension der Planung:

Eine Dekonstruktion des Ansatzes von Forester aus theoretischer Perspektive kann damit nur anhand der Rezeption der Sozialtheorie von Jürgen Habermas erfolgen. Dies kann allerdings nicht in einem kompletten Überblick geschehen, sondern lediglich zugespitzt auf für die Arbeit relevante Aspekte. Im Hinblick auf die unterschiedlichen Ebenen des Ansatzes von Forester sind drei Dimensionen des Habermasschen Theoriegebäudes relevant: die Gesellschaftstheorie als Grundlage der Analyse der Planung in ihrem gesellschaftlichen Kontext, die "Universalpragmatik" als praktische Philosophie und damit als eine mögliche "Handlungsanleitung" zur Entwicklung einer "pragmatischen Strategie" für die Planung und die "Diskursethik" als normative philosophische Grundlage oder "politische Vision" der Planungstheorie.

Die Gesellschaftstheorie von Jürgen Habermas

Die in der "Theorie des kommunikativen Handelns" (Habermas 1981) umfassend dargestellte Gesellschaftstheorie von Jürgen Habermas ist eine Theorie der Rationalität. In ihr erfolgt eine Verbindung des Gesellschaftsbegriffes von Handlungstheorie und Systemtheorie (vgl. Habermas 1993, S. 180).

Ihre Grundlage ist zunächst der Handlungsbegriff von Habermas: Soziales Handeln kann danach zunächst nach "zweckrationalem Handeln", das als "instrumentelles" oder "strategisches Handeln" erfolgsorientiert ist, und nach "kommunikativem Handeln", das sich auf die sprachliche Verständigung zwischen sprach- und handlungsfähigen Subjekten bezieht, unterschieden werden. Kommunikatives Handeln ist als soziales Handeln dadurch charakterisiert, daß es durch Sprechhandlungen koordiniert wird: Es läßt sich in "normatives Handeln", das sich auf das normenorientierte Verhalten in Gruppen bezieht, in "dramaturgisches Handeln" als Selbstrepräsentation vor einem Publikum und in "Konversation" als sprachliche Verständigung zwischen einzelnen Subjekten, trennen. Habermas zeigt aber nun, daß jedes soziale Handeln letztlich kommunikatives Handeln ist: Auch bei zweckrationalem Handeln muß der oder die strategisch handelnde "SprecherIn" zur Durchsetzung eines Ziels eine Interaktion mit einem oder einer "HörerIn" aufnehmen und ist - auch wenn der oder die HörerIn aus strategischen Gründen bewußt getäuscht wird - zum Erreichen des entsprechenden Handlungszweckes darauf angewiesen, daß der oder die "HörerIn" die Äußerungen versteht (vgl.

Reese-Schäfer 1991, S. 27 ff., Gripp 1984, S. 86 ff., Habermas 1988a Bd. I, S. 126-151).

Vor dem Hintergrund dieses Handlungsbegriffes entwickelt Habermas nun seinen Begriff von Gesellschaft. Danach ist Gesellschaft gleichzeitig als "System" und als "Lebenswelt" konzipiert (vgl. Habermas 1988a Bd. II, S. 180), wobei sich beide Bestandteile der Gesellschaft im Verlauf des Rationalisierungsprozesses der gesellschaftlichen Modernisierung immer weiter entkoppeln. Dabei ist unter

> "der Lebenswelt ... der alltagskommunikative Zusammenhang angesprochen, in dem Mitglieder sozialer Gruppen unter der Aneignung tradierter und sich weiter entwickelnder 'kultureller Gewißheiten' eingebunden sind und der sie in die Lage versetzt, immer vernünftigere Konsensstrategien eines bedürfnissichernden Zusammenlebens zu praktizieren" (Krüger 1988, S. 32).

Damit findet alles soziale Handeln in der als Ort der Verständigung und der persönlichen Beziehungen verstandenen Lebenswelt statt. Das System hingegen bildet den Kontext, in den die Lebenswelt eingebettet ist. Im Verlauf des Modernisierungsprozesses hat es sich zunehmend in unterschiedliche Subsysteme ausdifferenziert, wie etwa die Subsysteme "kapitalistische Wirtschaft" oder "bürokratische Administration" (und als Teil davon die Planung). Diese werden über die Medien Geld und Macht gesteuert.

Der fortschreitende Rationalisierungsprozeß der Moderne ist nun ein ambivalenter Vorgang: Zum einen ermöglichen die Prozesse der gesellschaftlichen Differenzierung einen als positiv zu verstehenden Emanzipationsprozeß. Dies geschieht mit der Ablösung tradierter religiöser und metaphysischer Weltbilder durch die Möglichkeiten der "Reflexivität von Überlieferung", der "Individuierung der vergesellschafteten Subjekte" und der Herausbildung der "universalistischen Grundlagen von Recht und Moral" (Habermas 1985, S. 183). Zum anderen, und darin besteht die Gesellschaftsdiagnose von Habermas, führt die fortschreitende, einseitig technische Rationalisierung zum Eindringen von Formen ökonomischer und administrativer Rationalität - und damit der Medien Geld und Macht - in Handlungsbereiche der Lebenswelt. Deren Strukturen, die durch kulturelle Überlieferung und sprachlich konsensuale Verständigung geprägt sind, werden mit einer solchen "Verdinglichung" zunehmend zerstört (vgl.

Habermas 1988a Bd. II, S. 488). Diesen Prozeß nennt Habermas die "Kolonialisierung der Lebenswelt".

Eine Bekämpfung der dadurch entstandenen und weiter fortschreitenden sozialen Pathologien läge demnach im Zurückdrängen der Systemimperative aus der Lebenswelt. Dazu müßte nach Habermas ein Ausgleich zwischen Systemimperativen und lebensweltlichen Bedürfnissen, eine "Immunisierung" der Lebenswelt gegen die Aggressivität des Systems stattfinden.

"Universalpragmatik" und "Diskursethik" als Konsenstheorie der Wahrheit

An dieser Stelle gelangt die philosophische Position von Habermas zu Interesse: Das Vermögen für einen versöhnenden Ausgleich zwischen Systemimperativen und Lebenswelt liegt, so Habermas, in der Sprache begründet, denn Sprache kann nicht unabhängig von der in ihr erzielten Verständigung begriffen werden:

> "Verständigung wohnt als Telos der menschlichen Sprache inne" (Habermas 1988a Bd. I, S. 387).

Eine solche Verständigung liegt in einem Konsens kommunikativ Handelnder, der in einer rationalen Kommunikation über einen bestimmten Sachverhalt erzielt wird. Den Begriff einer "kommunikativen Rationalität" hat Habermas in der "Universalpragmatik" entwickelt: Dabei liegt zugrunde, daß kommunikativ Handelnde "nicht mehr geradehin auf etwas in der objektiven, sozialen oder subjektiven Welt Bezug" nehmen, sondern

> "ihre Äußerungen an der Möglichkeit, daß deren Geltung von anderen Akteuren bestritten wird" (a.a.O., S. 148),

relativieren. Damit erkennen sie den Handlungsanspruch von anderen AkteurInnen grundsätzlich an. In Bezug auf das eigene Handeln und auf das Handeln Anderer werden von "SprecherIn" und "HörerIn" - zusätzlich zur Verständlichkeit - grundsätzlich folgende drei Geltungsansprüche erhoben, die sich auf die unterschiedlichen Handlungsformen beziehen: die Ansprüche auf Wahrheit (mit dem Bezug auf objektive Welt und zielgerichtetes Handeln), auf Richtigkeit (soziale Welt und normatives Handeln) und auf Aufrichtigkeit (subjektive Welt und dramaturgisches

Handeln).[1] Kommunikatives Handeln kann nun als rational angesehen werden, wenn es diese Geltungsansprüche erfüllt und damit eine

> "rationale Verständigung zwischen einzelnen Kommunikationsteilnehmern über Tatsachen, Normen und Subjektivität" (Gripp 1984, S. 92)

ermöglicht. Die solchermaßen verstandene "kommunikative Rationalität" ist nach Habermas allgemeingültig, da die Rationalität aller kommunikativen Handlungen an ihren Kriterien überprüft werden kann.

Eine rationale Kommunikation kann nur in einer herrschaftsfreien, also von Verletzungen der Geltungsansprüche freien, Kommunikation erfüllt werden. Eine sprachlich geführte rationale Kommunikation mit dem Ziel eines Konsenses über kontroverse Geltungsansprüche wird "Diskurs" genannt.

> "In Diskursen wird darüber entschieden, wie die Wirklichkeit des kommunikativen Handelns beschaffen sein soll" (Figal 1992, S. 379).

Als Bedingung für einen Diskurs führt Habermas den Begriff der "idealen Sprechsituation" ein. Diese ist Voraussetzung dafür, daß ein wahrer - von Verzerrungen freier - Konsens von einem falschen Konsens, der etwa durch Täuschung oder Machtausübung durch mächtigere KommunikationsteilnehmerInnen zustandekommen kann, unterschieden werden kann. Die "ideale Sprechsituation" ist dann gegeben, wenn alle potentiellen TeilnehmerInnen eines Diskurses die gleiche Einflußchance auf Definition und Verlauf des Diskurses sowie die gleiche Chance der Formulierung von Geltungsansprüchen und Kritik innerhalb des Diskurses haben. Darüber hinaus werden nur SprecherInnen zum Diskurs zugelassen, die die gleiche Chance haben, sich auszudrücken, und die gleiche Chance,

> "regulative Sprechakte zu verwenden, d.h. zu befehlen und sich zu widersetzen, zu erlauben und zu verbieten" (Reese-Schäfer 1991, S. 20).

---

1 Die von Forester zusätzlich genannte Verständlichkeit wird nicht als eigener Anspruch, sondern als Voraussetzung der drei Geltungsansprüche verstanden (vgl. Reese-Schäfer 1991, S. 28).

Eine solche "ideale Sprechsituation" tritt in der Praxis selten auf (vgl. a.a.O., S. 21) und ist eher als normativer Maßstab zu verstehen, an dem reale kommunikative Handlungen gemessen werden können.

In politischer Hinsicht sah Habermas zunächst eine gesellschaftliche Utopie in der Verwirklichung der idealen Sprechsituation als Lebensform, nahm dies aber später zurück:

> "Der utopische Gehalt der Kommunikationsgesellschaft schrumpft auf die formalen Aspekte einer unversehrten Intersubjektivität zusammen" (Habermas 1985, S. 161; vgl. unten).

Habermas vertritt also eine "Konsenstheorie der Wahrheit", und er vertritt eine diskursive Ethik, die sogenannte "Diskursethik". Dabei wird davon ausgegangen, daß unter den Bedingungen einer "idealen Sprechsituation", die als allgemein gültiges Regelsystem einen herrschaftsfreien Diskurs ermöglicht, ein wahrer Konsens unter den Beteiligten erzielt werden kann. Die Diskursethik ist eine kognitivistische Ethik, "die an der Wahrheitsfähigkeit normativer Fragen" (Gripp 1984, S. 130) festhält und ist damit auch universalistisch, das heißt, sie beansprucht die universelle Gültigkeit ihrer Normen. Eine diskursive Ethik ist sie dadurch, daß sie die

> "Gültigkeit ihrer Normierungsvorschläge an die faktische oder idealiter antizipierbare Zustimmung der von diesen Normierungsvorschlägen betroffenen Individuen bindet" (Brumlik 1986, S. 267).

Das heißt, daß innerhalb der Diskursethik festgesetzte Normen nur dann universelle Gültigkeit beanspruchen dürfen, wenn sie aufgrund einer rationalen Verständigung in Diskursen, die die oben beschriebenen formalen Eigenschaften aufweisen, aufgestellt werden. Wahrheit ist damit nur noch kommunikativ begründbar.

Die Diskursethik ist eine reine Verfahrensethik:

> "Der diskursethische Grundsatz nimmt auf eine Prozedur, nämlich die diskursive Einlösung von normativen Geltungsansprüchen Bezug; insofern läßt sich die Diskursethik mit Recht als formal bezeichnen. Sie gibt keine inhaltlichen Orientierungen an, sondern ein Verfahren: den praktischen Diskurs" (Habermas, zitiert in: Gripp 1984, S. 134).

Damit bezieht die Diskursethik also lediglich zu Fragen der "Sollgeltung von Handlungsnormen" (a.a.O., S. 135) Stellung. Die universellen Normen

der Diskursethik - also die Diskursregeln - sind jene, welche Habermas in der Universalpragmatik dargestellt hat (vgl. oben). Alle Fragen zur "Präferenz von Werten", also Fragen des "guten Lebens" und damit sittliche Fragen, werden in diskursethischen Verfahren nicht behandelt.

Einwände gegen die Theorie von Habermas als einzige oder umfassende normative Grundlage für eine demokratische Planung

Aus theoretischer Perspektive führt die Übernahme der Theorie von Habermas als Grundlage für eine demokratische Planung in der postmodernen Gesellschaft in mehrerer Hinsicht zu Problemen, wenn sie als einzige normative Grundlage umfassend auf die Planung übertragen wird, wie dies bei Forester geschieht. Diese Probleme befinden sich sowohl im Bereich der Gesellschaftstheorie und dem damit verbundenen Verständnis der gesellschaftlichen Machtverhältnisse als auch im Bereich der Universalpragmatik und der Diskursethik. Sie sollen im folgenden dargestellt werden:

a) Kritik der Analyse der Macht

Das erste Problem liegt in der Gesellschaftstheorie von Habermas begründet: Die Konstruktion der Lebenswelt als alltagskommunikativer Zusammenhang, der sich durch konsensuale Verständigung und durch kulturelle Überlieferung reproduziert, "suggeriert ... die Unabhängigkeit der Lebenswelt von Herrschaftspraktiken und Machtprozessen" (Honneth 1985, S. 329). Dadurch erscheint es, als ob sich die soziale Lebenswelt

> "unabhängig von Praktiken der strategischen Einflußnahme, von Formen der physischen, psychischen oder kognitiven Machtausübung reproduzieren würde" (a.a.O., S. 330).

Das heißt, daß die Lebenswelt bei Habermas als machtfreie Kommunikationssphäre konstruiert ist. Damit wird Macht

> "nur noch auf der Ebene der Systemintegration als ein Mittel der Koordinierung sozialen Handelns angesehen, so daß alle vorsystemischen Prozesse der Konstitution und Reproduktion von Herrschaft aus dem Blick fallen müssen" (a.a.O., S. 331).

Habermas setzt also Macht mit Ideologie und technischer Rationalität auf systemischer Ebene gleich. Damit kann mit Habermas´ Theorie die Ausübung oder der Mißbrauch von Macht in der systemischen Verzerrung der

Kommunikationsstrukturen gezeigt werden, wie es auch durch Forester dargestellt wird, und anhand der Anwendung der Theorie Foresters auf die Analysen des Gallus-Park-Verfahrens und des Projektmonats Sossenheim zu sehen war. Demgegenüber neigt die Theorie von Habermas aber zur "Blindheit" gegenüber der Rolle der Macht in sozialen Interaktionen, die innerhalb der Lebenswelt angesiedelt sind (vgl. Hillier 1993a, S. 94 ff., und 1993b, S. 34 ff.).

Dieses Problem läßt sich etwa an den gesellschaftlichen Machtverhältnissen in Sossenheim, dem Standort des GrünGürtel-Projektmonats darstellen: Wilfried Körner zeigt mit Hilfe der Methodik der auf Michel Foucault zurückgehenden Diskursanalyse, wie die soziale Lebenswelt von Sossenheim durch verschiedene Diskurszusammenhänge strukturiert ist:[2] Dabei werden von den unterschiedlichen gesellschaftlichen Gruppen lokale Diskurse konstruiert, die als Komplexe von Denk- und Redeweisen gesellschaftliche "Wahrheiten" definieren, "indem sie verbindliche Deutungen sozialer Phänomene festlegen" (Körner 1994, S. 20).

Körner zufolge zirkulieren etwa bei den "Alteingesessenen", die als soziale Gruppe die Kommunikationsstrukturen Sossenheims (also Vereine oder informelle soziale Netze) beherrschen, verschiedene Diskurse, die ein Bild der lokalen Gesellschaft definieren: so etwa ein "antistädtischer", ein "ethnizistisch-kulturalistischer" (Körner) oder ein 'pseudo-ökologischer' Diskurs. Über diese Diskurse erfolgt - beispielsweise gegenüber der GrünGürtel-GmbH - die Definition der lebensweltlichen "Sossenheimer Interessen" über die Ausgrenzung der BewohnerInnen der Großsiedlungen insgesamt, insbesondere aber der ausländischen Bevölkerungsgruppen als Teil der SiedlungswohnerInnen. Im Zusammenhang mit dem GrünGürtel-Projektmonat gesehen heißt dies, daß diese Bevölkerungsgruppen nicht erst im Planungsverfahren, sondern bereits in den herrschenden lokalen Diskursen aus der lokalen Gesellschaft ausgegrenzt sind. So verwenden etwa die "Alteingesessenen" den 'Ökologie-Diskurs', der die Schutzwürdigkeit der Natur im Sossenheimer Unterfeld zum Hauptinhalt hat und insbesondere auch den übergeordneten GrünGürtel-Diskurs prägt, dazu, eine unerwünschte soziale Raumaneignung der "Anderen" zu

---

2 Dabei ist zu beachten, daß sich der Begriff Diskurs nicht auf die Habermassche Definition, sondern auf Foucault bezieht, der den Begriff mit einer anderen Bedeutung belegt (vgl. Kapitel 8.1).

verurteilen - also in diesem Fall die "wilde" soziale Nutzung des Unterfeldes durch ausländische Bevölkerungsgruppen.

Dabei zeigt sich, daß Macht nicht nur mit technischer Rationalität gleichzusetzen ist, sondern vielmehr als diskursives Phänomen existiert, das im Kontext unterschiedlicher Interessen angesiedelt ist, die wiederum unterschiedliche soziale Formationen repräsentieren (vgl. Hillier 1993b, S. 35). Damit muß eine demokratische Planung, die eine gleichberechtigte Berücksichtigung und Beteiligung gesellschaftlich "Anderer", also ausgegrenzter Gruppen, zum Ziel hat, die Mechanismen der Ausgrenzung durch eine über Habermas hinausgehende Machtanalyse erfassen. Ein Vorschlag dazu soll in Kapitel 8.1 als erstem Fragment einer demokratischen Planung in der Postmoderne erfolgen.

b) Kritik am Ideal der Konsensorientierung

Ein zweites Problem des Habermasschen Ansatzes ergibt sich innerhalb der Universalpragmatik und der Konsenstheorie der Wahrheit, die davon ausgeht, daß das Erkennen von Wahrheit in einem rational erzielten Konsens auf der Grundlage der idealen Sprechsituation möglich ist. Diese Position, die von Forester übernommen wurde (vgl. Kapitel 2.1), ist, übertragen auf das Ziel einer demokratischen Planung, sowohl in theoretischer wie auch in praktischer Hinsicht problematisch (vgl. Kapitel 6).

Der Ursprung des theoretischen Problems liegt im Habermasschen Modell einer idealen Kommunikation begründet: Nach Young abstrahiert Habermas sein Diskursmodell zum einen von körperlichen Aspekten der Sprache (Gestik, Ton, Rhythmus) und zum anderen auch von der rhetorischen Dimension der Kommunikation, also etwa von Metapher, Ironie, Witz. Damit trennt er in seinem Kommunikationsmodell sowohl buchstäbliche und figurative Bedeutung einer Aussage als auch Bedeutung einer Aussage und Ausdrucksweise. Eine gegenüber der - von Habermas einseitig präferierten - buchstäblichen Bedeutung der Sprache gleichberechtigte Berücksichtigung der figurativen Bedeutung und der Ausdrucksweise, müßte, so Young, eine irreduzible Vielfältigkeit und Vieldeutigkeit von Bedeutungen sprachlicher Äußerungen zugestehen. Und dies müßte wiederum die Aufgabe des Prinzips der Möglichkeit der Wahrheitsfindung in einem rationalen Diskurs bedeuten (vgl. Young 1986, S. 393 ff.).

Auch Healey konstatiert, daß eine befreiende kommunikative Vernunft die Anerkennung der Unübersetzbarkeit und der Spezifität unterschiedlicher Bedeutungssysteme zur Grundlage haben müßte: Denn einzelne sprachliche Bedeutungssysteme könnten in ihren komplexen Ausdrucksweisen und vieldeutigen Aussagen nie vollkommen verstanden werden. Damit müßte die Vorstellung der Möglichkeit von wahren Konsensen aufgegeben werden. Aus diesem Grund enthalte das Konzept einer allgemeingültigen Verfahrensutopie als kommunikative Metasprache mit dem Prinzip der Konsensorientierung unvermeidlich ein Herrschaftspotential (vgl. Healey 1992, S. 150 ff., dazu auch Moore Milroy 1989, S. 316 f.).

Diese Positionen entsprechen postmodernen philosophischen Positionen, etwa von Lyotard, der die Inkommensurabilität einzelner Sprachspiele annimmt, für unüberwindbar hält und eine Konsensorientierung als letztlich dominatorisch ablehnt, oder von Derrida, der die Existenz eines herausfindbaren wahren Kerns einer Aussage und die Möglichkeit einer vollständigen Interpretation bestreitet.

Von größerer Relevanz für die planerische Praxis ist der Einwand gegen die Konsensorientierung und gegen die Unterstellung einer idealen Sprechsituation vor dem Hintergrund der aktuellen gesellschaftlichen Formation. So kritisiert Healey auch, daß Habermas am Glauben an die Möglichkeit, wahre Konsense zu erzielen, festhält, während die aktuelle gesellschaftliche Entwicklung immer tiefere soziale Spaltungen produziert, die dem entgegenstehen (Healey 1992, S. 151).

Diese Position wird auch in der vorliegenden Arbeit vertreten: Dabei ist zwar zu berücksichtigen, daß die "ideale Sprechsituation" und der "wahre Konsens" von Habermas nicht als praktisch realisierbare Geschehen konzipiert sind, sondern lediglich als normative Maßstäbe. Gleichzeitig muß aber - über die theoretische Kritik hinaus - gefragt werden, welche gesellschaftliche Relevanz normative Maßstäbe haben sollen, die im Gegensatz zu allen beobachtbaren gesellschaftlichen Entwicklungen stehen: Die Analyse der gesellschaftlichen Entwicklungen mit ihren Haupttendenzen der - sowohl hinsichtlich der materiellen Ausstattung als auch hinsichtlich der kulturellen und politischen Sprechfähigkeit der Individuen - sozialen Polarisierung sowie der sozialen Fragmentierung mit der Folge der Partikularisierung von Interessen hat gezeigt, daß die gesellschaftliche Ausgangsbasis für die Möglichkeit jeder kommunikativen

"Wahrheitsfindung" extrem ungünstig ist und sich zunehmend verschlechtert. Und die Analyse der Entwicklungen des Planungssystems und einzelner kommunikativer Verfahren in Frankfurt auf dieser Grundlage haben gezeigt, daß die Unterstellung einer idealen Sprechsituation bzw. einer nur ansatzweise fairen oder gerechten Sprechsituation in der Planungspraxis eine (gefährliche) Illusion darstellt. Bedingt durch die Tatsache, daß in der Planungsrealität kommunikative Verfahren nur als "bastardisierte" Versionen auftreten, führt aber eine Konsensorientierung, die nur auf der Grundlage des Prinzips einer fairen Sprechsituation demokratisch sein kann, zwangsläufig zur Durchsetzung "starker" Gruppen, Interessen oder Verhaltensmuster bei gleichzeitiger Unterdrückung "Anderer". In der Praxis hat also die Vorstellung der Möglichkeit einer Wahrheitsfindung auf der Basis einer herrschaftsfreien Kommunikation zwangsläufig den Ausschluß und die Unterdrückung marginalisierter sozialer Gruppen und Lebensformen zur Folge.

Das zweite Fragment der "Rekonstruktionsversuche" einer Planungstheorie knüpft an diese Kritik an (Kapitel 8.2).

c) Kritik der formalen Ethik

Ein dritter Einwand gegen die umfassende Übertragung des Habermasschen Theoriegebäudes auf eine Planungstheorie betrifft die Diskursethik in ihrer Konstruktion als lediglich formale Ethik, die keine Aussagen über die Präferenz von Werten, sondern lediglich über die Sollgeltung von Handlungsnormen trifft und damit eine strikte Trennung von Moralität und Sittlichkeit vornimmt.

Während es, Volz und Danielzyk zufolge, zwar "sympathisch" ist, in der Frage der Präferenz von Werten und Lebensformen "von einer Ethik nicht schlecht bevormundet zu werden", so ist es doch unbefriedigend, wenn in die Entscheidungsprozesse darüber

> "keine weiteren ethischen und gesellschaftstheoretisch gestützten Überlegungen eingehen können" (Volz/Danielzyk 1986, S. 11).

Nach Reese-Schäfer leistet die Diskursethik durch ihre strikte Beschränkung auf formale Aspekte

> "nicht das, was von ihr erwartet werden muß: nämlich die Hervorbringung begründeter Vorschläge zu grundsätzlichen moralisch praktischen Fragen" (Reese-Schäfer 1991, S. 66),

die einen Beitrag zur Lösung grundsätzlicher gesellschaftlicher Probleme leisten können ohne deswegen bevormundend sein zu müssen. Micha Brumlik, der anhand der Ansprüche ungeborener und unmündiger Menschen nachweist, daß die universalistische Diskursethik nicht nur praktisch, sondern selbst prinzipiell nicht in der Lage ist, die Ansprüche aller Menschen auf eine potentielle Beteiligung an diskursiven Entscheidungsprozessen zu erfüllen, kommt zu dem Schluß, daß "es keine Moralität (gibt, d. Verf.), die nicht zugleich sittlich ist" (Brumlik 1986, S. 265). Damit stelle

> "ein wahrhaft universalistischer und demokratietheoretischer Zugang zur Ethik mehr dar ... als eine bloße Prozedur, nämlich eine Lebensform..." (a.a.O., S. 296).

Dies gilt insbesondere vor dem Hintergrund der Tatsache, daß in der (Planungs-)Praxis eine zunehmende Zahl von Menschen faktisch aus den diskursiven Entscheidungsprozessen ausgeschlossen werden. Eine Ethik also, die einer demokratischen Planung zugrundeliegt, muß über rein formale Kriterien hinausgehen und inhaltliche Kriterien zur Verfügung stellen, die als materiale Werte der Planung zugrundegelegt werden können, um die eigentlichen lebensweltlichen Probleme zu erfassen (vgl. auch Aring u. a. 1989, S. 382 f.). Denn nicht in der "Beschneidung kognitiver Rationalitätsstandards" und in der "Mißachtung der im kommunikativen Handeln wirksamen Geltungsansprüche" liegt für Gruppen, die innerhalb der Gesellschaft an den Rand gedrückt sind, das Problem, sondern in der "Erfahrung der Verletzung intuitiv gegebener Gerechtigkeitsvorstellungen" (Honneth, zitiert in: Roth 1994, S. 433). Generell besteht damit das ethische Grundproblem, dem eine demokratische Planung entgegentreten muß, in der Verweigerung der Anerkennung und damit auch der Entfaltung der Werte und Lebensformen der entsprechenden sozialen Gruppen.

Das dritte Fragment zu einer demokratischen Planung in Kapitel 8 (8.3) ist der Versuch, dieser Kritik Rechnung zu tragen.

Zum Beitrag der Habermasschen Theorie für eine theoretische Grundlegung demokratischer Planung

Die drei genannten Einwände sprechen also dafür, das Theoriegebäude von Habermas nicht *umfassend* als normativen Bezugspunkt einer demokratischen Planung zu verwenden, wie es durch Forester erfolgt, sondern im

Hinblick auf die einzelnen Kritikpunkte von ihr abzuweichen. Der Beitrag, den die Habermassche Theorie für die theoretische Grundlegung einer demokratischen Planung leisten kann, ist ausführlich bei Forester dargestellt. Hier sollen die zwei entscheidenden Dimensionen deshalb nur kurz angesprochen werden:

Im Rahmen seiner Gesellschaftstheorie liegt ein solcher Beitrag der Theorie von Habermas vor allem in der Bereitstellung der Möglichkeit, mit ihrer Hilfe die Rolle aufzeigen zu können, die die Planung innerhalb des Prozesses der einseitigen technischen Rationalisierung der Gesellschaft mit der Folge der Kolonialisierung der Lebenswelt einnimmt. In diesem Zusammenhang gilt insbesondere vor dem Hintergrund, daß die Kolonialisierung der Lebenswelt durch ihre soziale Desintegration in der postmodernen Gesellschaft bislang nicht gekannte Ausmaße erreicht hat, auch in der Planung,

> "daß die lebensweltliche Autonomie der Alltagspraxis vor den unvermittelten, professionell noch weitgehend ungesicherten Zugriffen der Experten geschützt werden muß" (Habermas 1985, S. 48).

Um dies zu erreichen, müssen die Belange der sozialen Lebenswelt zum Ausgangspunkt und zur Zielorientierung planerischer Handlungen gemacht werden (vgl. dazu Aring u. a. 1989, S. 371 ff.). Notwendig dafür ist die Einbindung kommunikativer Alltagspraxis in planerische Institutionen, wozu Forester ja Handlungsvorschläge entwickelt hat.

Der zweite wesentliche Beitrag der Theorie von Habermas ist im Rahmen der Diskursethik und der Universalpragmatik zu sehen: Darin wird aufgezeigt, daß normative Geltungsansprüche in demokratischen Gesellschaften nur in diskursiven Verfahren begründbar sind. In diesem Sinne kann demokratische Planung nur als kommunikatives Unterfangen verstanden werden, das seine Geltungsansprüche, die eine wesentliche Wirkung auf die sozialräumliche Lebenswelt ausüben, nicht hauptsächlich in hoheitlichen Anordnungen durchsetzt, sondern diskursiven Verfahren mit den davon Betroffenen aussetzt. Eine solche grundsätzlich diskursive Grundlegung der Planung wurde von Forester sowohl auf der Ebene einzelner planerischer Handlungen wie auch auf der strukturellen Ebene entwickelt.

7.2 Klaus Selle und die "postmoderne Moderne"

Wie geschildert, bedient sich Klaus Selle bei der Entwicklung seiner Planungstheorie nicht explizit einer sozialtheoretischen Position. Trotzdem besteht sein Ansatz nicht nur aus der Entwicklung und Ausarbeitung planerischer Instrumente, obwohl dies - im Gegensatz zur Theorie Foresters - im Vordergrund steht. Selle legt vielmehr Wert auf die Feststellung, daß der "Planung ... die Frage nach Werten, die ethische Dimension immanent" (Selle 1994, S. 102) ist, da sie ansonsten zum reinen Interessensmanagement verkomme. Diese Werte bezieht er aber nicht aus einer ethischen Konzeption, sondern formuliert sie praxisorientiert, anscheinend intuitiv, direkt an der Entwicklung der Standards für seine "kooperativen Verfahren". Diese intuitiv wirkenden Wertestandards entsprechen aber in Konzeption und Begrifflichkeit weitgehend einer philosophischen Konzeption, der Selle bei der Entwicklung seiner Normen zu folgen scheint: Es ist die Konzeption einer "transversalen Vernunft", die im Rahmen der als "postmodernen Moderne" (vgl. Kapitel 3.2) bezeichneten philosophischen Position vor allem von Wolfgang Welsch entwickelt wurde, aber in entscheidenden Zügen etwa auch von Albrecht Wellmer vertreten wird. Diese "Verwandtschaft" der normativen Position Selles mit der philosophischen Konzeption der "postmodernen Moderne" soll im folgenden aufgezeigt werden.

Klaus Selles "postmoderner Blick" auf die Gesellschaft

Zunächst wird jedoch auf die gesellschaftstheoretischen bzw. -diagnostischen Aussagen, die Selle trifft, eingegangen, da sie die Basis darstellen, auf der er seine Wertestandards entwickelt:

Im Bereich der Gesellschaftsdiagnose bewegt sich Selle auf der sozialstrukturellen und der sozio-kulturellen Ebene weitgehend im Rahmen der Gesellschaftsbeschreibung einer als postmodern verstandenen Gesellschaft, wie sie in der vorliegenden Arbeit in Kapitel 4 vorgenommen wurde. Er benennt die dabei als zentral beschriebenen sozialen Transformationsprozesse, also die Prozesse der sozialen "Fragmentierung" und "Individualisierung" (Selle 1994, S. 18), und kommt auch auf die soziale Polarisierung und die zunehmende Verarmung (vgl. bsp. a.a.O., S. 131) zu sprechen.

Darüber hinaus verwendet Selle zur Charakterisierung sozio-kultureller gesellschaftlicher Veränderungen zentrale Begriffe der Postmoderne. Dies geschieht, indem er etwa zur Beschreibung aktueller gesellschaftlicher Zustände Begriffe wie "Chaos" oder "Turbulenz" verwendet (bsp. a.a.O., S. 5 f.), wobei die gesellschaftlichen Turbulenzen Selle zufolge ihren Ausdruck "in der verwirrenden Vielfalt nebeneinander gültiger Werte und Verhaltensweisen" (a.a.O., S. 60) finden; es geschieht ebenso, wenn er die Fragmentierung der Gesellschaft in "Archipele" unterschiedlicher Öffentlichkeiten (Selle 1993, S. 209) und die Existenz verschiedener sozialer "Welten" (a.a.O., S. 199) feststellt und dabei die Verschiedenartigkeit ihrer "Wertsysteme" (a.a.O., S. 208) sowie ihrer "Artikulations- und Kommunikationsformen" (1994, S.106) betont; oder es geschieht, wenn er feststellt, daß das "Besondere ... gegenüber dem Allgemeinen an Bedeutung gewonnen zu haben (scheint)" (a.a.O., S. 26).

Wie sich an den Zitaten, die unterschiedlichsten Stellen seines "Werkbuches" entnommen sind, bereits sehen läßt, wirft Selle solche Beschreibungen der Gesellschaft meist nur stichwortartig ein, verknüpft dies aber nicht zu einer umfassenden Darstellung der aktuellen Gesellschaftsformation. Dennoch bildet dieser postmoderne Blick auf die Gesellschaft den Hintergrund, vor dem die Normen, die Selle für Planungsverfahren entwickelt, verstanden werden müssen (vgl. Kapitel 2.2).

Transversal und kommunikativ: Die Vernunft in der "postmodernen Moderne"

Auch Wolfgang Welsch geht bei der Entwicklung seiner Konzeption einer "transversalen Vernunft" davon aus, daß durch die Existenz eines grundlegenden Pluralismus in einer gesellschaftlichen Gesamtsituation der "Simultaneität und Interpenetration differenter Konzepte und Ansprüche" "unsere Realität und Lebenswelt 'postmodern' geworden (sind)" (Welsch 1991, S. 4). Damit "erfinden" philosophische postmoderne Positionen eine "Postmoderne" Welsch zufolge also nicht, sondern reflektieren sie lediglich:

> "Diskontinuität, Spezifität, Umfeldunschärfe, Eigensprachlichkeit gelten von der Oberfläche der Erscheinungen bis zu den Tiefen der Vernunft" (a.a.O., S. 205).

Vor diesem Hintergrund ist die gesellschaftliche Postmoderne insofern als "exoterische Alltagsform der einst esoterischen Moderne" (a.a.O., S. 202) anzusehen, als die bereits in der Moderne (esoterisch) angelegte Pluralität tatsächlich in Lebensformen übergeht und durch die alltägliche Existenz einer Vielfalt von nebeneinander existierenden "Sinnsystemen und Realitätskonstellationen" (ebd.) Eingang in den Alltag finden.

Welschs Konzeption einer transversalen Vernunft ist nun als

> "theoretischer Überbrückungsversuch zwischen verschiedenen Rationalitätstypen und Sinnwelten" (Aring u.a. 1989, S. 367)

innerhalb der postmodernen Gesellschaft zu verstehen. Damit kann diese eigentlich philosophische Konzeption letztlich als Skizze für die "Perspektive einer neuen Gesellschaftsformation" (Krüger 1988, S. 28) angesehen werden: Postmodernes Denken entwickelt nach Welsch eine

> "grunddemokratische Vision. Denn in ihr wird Pluralität grundsätzlich anerkannt und freigegeben. Und erst unter der Bedingung solch grundsätzlicher Pluralität macht Demokratie eigentlich Sinn" (Welsch 1991, S. 182).

Damit wird Pluralität in der postmodernen Position Welschs zur "regulativen Idee" (Danielzyk/Helbrecht 1989, S. 112), die die Vielfalt von Wissensformen, Lebensentwürfen und Handlungsformen nicht nur gleichberechtigt nebeneinander bestehen läßt, sondern sie auch fördern will.

Welsch läßt nun die Ansicht Lyotards nicht gelten, daß die einzelnen Sprachspiele (oder Sinnsysteme) absolut inkommensurabel sind, sondern geht davon aus, daß die "Heterogenität ... der Diskursarten nicht absolut, sondern relativ ist" (Welsch 1991, S. 258). Damit kann Inkommensurabilität nur zwischen

> "überschaubaren Konfigurationen und in spezifischer Hinsicht behauptet werden, nicht global zwischen Welten" (a.a.O., S. 269).

Demnach muß der Blick auf die Möglichkeit von Übergängen zwischen den "Welten" gelenkt werden. Diese Suche nach Übergängen ist insbesondere in der gesellschaftlichen Realität unvermeidlich, da

> "man sich einfach über eine Reihe von Fragen ... verständigen muß, wenn man gesellschaftlich existieren will" (Reese-Schäfer, zitiert in: Hasse 1988, S.78).

Als ein solches Vermögen sowie als Vollzug von Übergängen und der Verbindung zwischen einzelnen Rationalitätsformen ist die "transversale Vernunft" konzipiert. Als "interrationales Vermögen" ist sie von allen "substantialistischen, prinzipialistischen, ganzheitlichen Auffassungen freizuhalten" (Welsch 1991, S. 304). Die Übergänge sollen nicht Differenzen verwischen, sondern lediglich eine Verständigung zwischen den einzelnen Rationalitätsformen ermöglichen.

Neben dem Vermögen der Übergänge ist die transversale Vernunft auch als das Medium und die Prozeßform der "offenen Prozessualität" (a.a.O., S. 308) für die Austragung von Rationalitätskonflikten anzusehen. Dabei ist letztes Ziel weder Dissens (wie bei Lyotard), noch Konsens (wie bei Habermas), sondern Dissensklärung. Die "transversale Vernunft" soll damit ebenso Grundlage für eine kommunikative Vernunftorientierung der Gesellschaft, wie "Grundvermögen einer postmodernen Lebensform" sein.

> "Denn indem (sie, d.Verf.) ein Vermögen gerade materialer Übergänge ist, trägt und leistet sie, was für eine postmoderne Lebensform erforderlich ist: den Übergang von einem Regelsystem zum anderen, die gleichzeitige Berücksichtigung unterschiedlicher Ansprüche, den Blick über konzeptionelle Gatter hinaus" (a.a.O., S. 317).

Eine solche Vernunft ist Welsch zufolge

> "Subjekten eigentümlich, die zwischen verschiedenen Rationalitätstypen abzuwägen gehalten sind und überzugehen vermögen" (a.a.O., S. 316).

Ebenso wie Welsch entwickelt Albrecht Wellmer seine Idee von Vernunft als diskursive oder kommunikative Vernunft sowohl als Gegensatz zu den Aporien der planenden, kontrollierenden, objektivierenden, kurz der "totalisierenden Vernunft der einseitig verlaufenden Rationalisierungsprozesse der Moderne" als auch in Abgrenzung zur lediglich negativen Antwort auf die Möglichkeit einer Vernunftorientierung durch Lyotard: Aufgrund der Anerkennung

> "der irreduziblen Pluralität ineinander verschachtelter Sprachspiele in jeder modernen - oder postmodernen - Gesellschaft" (Wellmer 1985, S. 105)

verfolgt die Vernunftidee bei Wellmer als Ziel ebenso wie die transversale Vernunftidee

> "nicht eine 'Versöhnung der Sprachspiele', sondern die wechselseitige Durchlässigkeit der Diskurse füreinander: die Aufhebung der einen Vernunft in einem Zusammenspiel pluraler Rationalitäten" (a.a.O., S. 109).

Wellmer zufolge muß sich dies in einem "formellen und informellen, lokalen und zentralen, temporären und dauerhaften" "Pluralismus von Institutionen" ausdrücken. Die Bedingung dafür sei, daß das kommunikative Handeln im Sinne von Habermas "zum Mechanismus der Handlungskoordinierung würde" (a.a.O., S. 106). Dies wird allerdings von Wellmer nicht weiter ausgeführt oder konkretisiert.

Auch Jürgen Habermas entwickelt zunehmend das Verständnis einer "kommunikativen Vernunft" als

> "prinzipielle Möglichkeit eines wie immer okkasionellen, jedoch verständlichen Übergangs von einer Sprache in die andere" (Habermas 1988b, S. 2).

Die Einheit der Vernunft ist dabei nur mehr in der "Vielheit ihrer Stimmen" (ebd.) vernehmbar. Dabei setzt er aber weiterhin auf die Möglichkeit einer Verständigung durch Konsensorientierung der Diskurse zwischen den Sprachspielen. Diese Möglichkeit bilde als Telos der Sprache ein "Nicht-Hintergehbares".

Jeweils als Vernunftkonzepte des Übergangs zwischen Sprachen konzipiert, "berühren sich" das Konzept der transversalen Vernunft und das der kommunikativen Vernunft (Hasse 1988, S. 77).

Die Konzeption Selles als planerische Verkörperung einer kommunikativen "Vernunft der Übergänge"

Die Planungskonzeption Klaus Selles stellt nun gleichsam die planerische Verkörperung dieser Vernunftkonzeptionen einer "postmodernen Moderne" dar: Der zentrale Aspekt der Planungskonzeption des kooperativen

Handelns ist die Funktion der Planung als Instanz der Vermittlung unterschiedlicher Interessen und Wertsysteme von AkteurInnen aus den drei "Welten" Markt, Staat und private Haushalte (vgl. beispielhaft Selle 1991, S. 211). Damit entspricht das grundsätzliche Ziel Selles, das mit einer in kooperativen Verfahren organisierten Planung verfolgt werden soll, dem Ziel von Welsch, nämlich der Vermittlung von unterschiedlichen "Sprachspielen" oder "Welten". Ebenso wie Welsch und Wellmer geht Selle in seinem "Blick" auf die Gesellschaft von der Existenz verschiedener sozialer Welten mit unterschiedlichen "Wertsystemen" und "Kommunikations- und Artikulationsformen" (vgl. oben) aus, also sozusagen von der Existenz heterogener Sprachspiele.[3]

"Planerisch" ausgedrückt liegt dem Ansatz Selles die "Entdeckung" der verschiedensten AkteurInnen zugrunde, die alle "selbstaktiv" den sozialen Raum gestalten, wobei sich

> "die Werte, an denen sich die Akteure orientieren, die Ausschnitte der Welt, die sie wahrnehmen, die Formen, in denen sie handeln, die Organisationsstrukturen, die sie entwickeln" (Selle 1994, S. 64),

wesentlich voneinander unterscheiden.

> "Öffentliche Planung muß also ... unterschiedliche Welten miteinander in Verbindung bringen" (ebd.).

Neben der Vermittlung der verschiedenen Welten entspricht mit der Pluralität als regulativer Idee ein weiteres wesentliches Ziel dem von Welsch oder - genereller - der philosophischen Position einer "postmodernen Moderne":

> "Kooperation heißt ... Verschiedenes nebeneinander bestehen zu lassen. Eigen-Sinn akzeptieren, Eigenaktivitäten nicht nur zulassen sondern fördern..." (a.a.O., S.106).

Wesentlich ist also, daß Vermittlung nicht zur Verwischung der Differenzen führen soll, sondern Verschiedenartigkeiten sogar gefördert werden sollen. Dazu gehört:

---

3 Dabei benutzt er zur Darstellung der Existenz verschiedener Öffentlichkeiten den Begriff "Archipel", den auch Lyotard als Bild für den gleichen Sachverhalt verwendet, indem er das Meer als das Medium charakterisiert, das die einzelnen Diskurse (die Inseln) trennt, aber auch verbindet (vgl. Welsch 1991, S. 259).

> "Wer sich auf den Austausch von Welten einlassen will, muß verschiedenartige Wertsysteme als gleichberechtigte nebeneinander bestehen lassen. Diesen Verschiedenheiten gleichen Rang zuzubilligen und zur Geltung zu verhelfen, ist eine der zentralen (neuen) Aufgaben" (ebd.).

Diese Aussagen könnten von Welsch stammen und bedeuten geradezu ein postmodernes Credo.

Um diese Ziele zu erreichen, konstruiert Selle sozusagen die transversale Vernunft in der Planungspraxis: Der Ort der planerischen Kooperation ist der zwischen den "Welten" liegende "intermediäre Bereich", der die "unterschiedlichen Werte, Handlungsweisen und Organisationsformen zusammenführt" (a.a.O., S. 66). Dies entspricht dem "Ort" der transversalen und auch dem der kommunikativen Vernunft. Als Träger der Kooperation fungieren häufig sogenannte "intermediäre Organisationen", die

> "Brückeninstanzen genannt (werden, d. Verf.), weil sie zwischen den verschiedenen Welten Verbindungen herstellen" (a.a.O., S. 68).

Die Organisationsformen bei Selle sind geprägt von typisch postmodernen Merkmalen: Gefordert wird eine "Formenvielfalt" unterschiedlicher Organisationsformen (a.a.O., S. 70), die Struktur der Kooperationsformen soll heterarchisch oder netzwerkförmig sein (a.a.O., S. 80). Häufig sind die Organisationstypen in einer Mischung aus staatlichen und privaten Organisationsmerkmalen Hybridformen (vgl. a.a.O., S. 35). Damit wird die Forderung nach der Wiederkehr des "Pluralismus der Sprachspiele als ein Pluralismus der Institutionen" von Wellmer (Wellmer 1985, S. 106) in die Planungspraxis umgesetzt.

Es gibt allerdings neben diesen Gemeinsamkeiten, die bis in die Begrifflichkeit und einzelne Formulierungen hineinreichen, ein wesentliches Merkmal, das den Ansatz Selles von postmodernen Positionen unterscheidet. Damit bewegt er sich letztlich eher auf dem Boden der oben geschilderten Habermasschen Position der kommunikativen Vernunft: Selle verpflichtet seine kooperativen Verfahren auf Konsensorientierung:

> "Kooperationen gehen von Konsensbereitschaft aus und steuern den Konsens an" (Selle 1994, S. 80).

Der lapidare Beisatz, "daß es auch Konflikte gibt, die nicht über Konsensverfahren aufgelöst werden können" (a.a.O., S. 81), ändert nichts an diesem Grundprinzip.

Welsch hingegen legt die Prozedur seiner transversalen Vernunft - erheblich bescheidener - lediglich auf "Dissensklärung" an. Um mit Welsch zu sprechen, schlägt sich Selle damit ebenso wie Habermas auf Kosten der Differenz "auf die Seite" der Identität (Welsch 1991, S. 307). Es ist auch genau diese Konsensverpflichtung, die Selle letztlich zur Annahme seines "Prinzips der gleichlangen Spieße" und damit der "idealen Sprechsituation" als unbedingt zu erfüllendes Grundprinzip zwingt. Denn ein Verfahren mit Konsensorientierung, das nicht in jedem Fall von - zumindest - der realen Möglichkeit der Erfüllung dieses Prinzips ausgeht, ist bereits prinzipiell undemokratisch. Insbesondere bei diesem Grundprinzip, das letztlich von Habermas stammt, zeigt sich die Verwandtschaft des Ansatzes von Selle zur Konzeption von Forester.

Transversale Vernunft und normative Zielorientierung demokratischer Planung

Damit bleibt die Frage, ob die beschriebene Konzeption einer postmodernen Moderne, die von Welsch am konkretesten ausgearbeitet wurde und von ihm als "grunddemokratische Vision" bezeichnet wird, eine geeignete normative Grundlage für eine demokratische Planung in der postmodernen Gesellschaft sein kann, wenn die letztlich entscheidende Veränderung in Richtung einer Konsensorientierung von Verfahren, die Selles Ansatz prägt, unterbleibt.

Zunächst ist festzuhalten, daß gerade in der postmodernen Gesellschaft, deren unterschiedliche Lebensformen immer weiter auseinanderdriften, eine wesentliche Notwendigkeit darin besteht, vermittelnde kommunikative "Brückeninstanzen" aufzubauen, die diese weiterhin verbinden. Nur so können Konflikte zwischen den widerstrebenden Ansprüchen ohne obrigkeitsstaatliche Intervention zivilisiert werden bzw. kann überhaupt eine Verständigung ermöglicht werden. In dieser Hinsicht stellen Welschs und Wellmers Konzeption - etwa gegenüber Habermas - vor allem auch insofern einen Gewinn dar, als ihre Vision nicht auf einen Ausgleich und eine Versöhnung zwischen unterschiedlichen Rationalitätsformen gerichtet ist, sondern auf die Ermöglichung einer "radikalen Pluralität" unterschiedlicher Lebensformen und Wertsysteme durch eine Förderung in

ihrer jeweiligen Verschiedenheit voneinander. Und die wesentliche Leistung Klaus Selles im Hinblick auf eine solchermaßen demokratische Vision liegt sicherlich darin, daß er für die Planungspraxis real umsetzbare Instrumente und Standards entwickelt hat, die dieser Vision einen konkreten Ausdruck verleihen.

Gleichzeitig enthält diese Konzeption aber als grundlegendes Problem ein Paradoxon: Sie setzt gleichsam die Existenz der demokratischen Gesellschaft, die sie in ihrer Vision schaffen will, bereits voraus. Denn nur in einer Gesellschaft, in der die unterschiedlichen Lebensformen und Wertsysteme bereits gleichberechtigt sind, kann eine transversale Vernunft, die lediglich Brücken und Übergänge zwischen ihnen herstellt, Gerechtigkeit erzeugen. Diese bestünde dann darin,

> "der Vielfalt und Unübersetzbarkeit der ... Sprachspiele ihre Autonomie, ihre Spezifität zuzuerkennen, sie nicht aufeinander zu reduzieren; mit einer Regel, die trotzdem eine allgemeine wäre, nämlich 'laßt spielen ... und laßt uns in Ruhe spielen'" (Lyotard, zitiert in: Rüb 1986, S. 94).

Welsch übernimmt diese Gerechtigkeitsvorstellung Lyotards, den, so formuliert es Hasse,

> "nicht einmal eigene gesellschaftskritische Diagnosen daran hindern, ohne Überwindung des Kapitalismus die Fiktion einer Gerechtigkeit zu konzipieren, die einen (kontrafaktischen) Gesellschaftszustand vorsieht, in dem alle sozialen Lebensformen gleichberechtigt erscheinen" (Hasse 1988, S. 10).

Dadurch erscheint sein "Bild von Gerechtigkeit ... affirmativ und naiv zugleich" (a.a.O., S. 12).

In dieser Beziehung fällt die Analyse und Berücksichtigung der gesellschaftlichen Machtverhältnisse für eine Konzeption "grunddemokratischer" sozialer Gerechtigkeit erheblich hinter Habermas zurück.

Bei Welsch tritt dieses Problem auch dort zum Vorschein, wo er seine transversale Vernunft als Vermögen einer postmodernen Lebensform ansieht: Die Konzeption einer Vernunft als subjektives Vermögen des Übergangs zwischen verschiedenen "Rationalitätstypen" und "Sinnsystemen" wirkt, wenn man sie durch die gesellschaftliche Realität hindurch betrachtet, geradezu fahrlässig optimistisch. Zum einen muß,

beispielsweise mit Aring u. a. (1989), grundsätzlich gefragt werden, welches Subjekt überhaupt in der Lage wäre,

> "sich nicht nur den experten- und alltagsweltlichen Regelstrukturen und Relevanzsystemen zu entheben, sondern mit ihnen gleichsam Schach zu spielen" (Aring u.a. 1989, S. 368).[4]

Zum anderen muß vor allem konstatiert werden, daß die gesellschaftliche Realität der postmodernen Gesellschaft als *Gesamtheit* nicht, wie es durch die Beschreibung von Welsch erscheint (vgl. etwa Welsch 1991, S. 202-206), aus dem Spiel eines fröhlichen Nebeneinander von und einem Übergehen zwischen Lebensstilen und Sinnsystemen besteht. Ein derartiges Praktizieren einer transversalen Vernunft benötigt das Verfügen über ausreichend materielles, soziales und kulturelles Kapital, das einem zunehmenden Teil der Bevölkerung immer weniger zur Verfügung steht. Damit berücksichtigt diese Art der Vernunft und diese Konzeption von Gerechtigkeit letztlich lediglich die "GewinnerInnen" der gesellschaftlichen Transformationsprozesse, die sich ein solches "Vermögen" in mehrerer Hinsicht "leisten" können.

Das heißt, die Konzeption einer sozialen Gerechtigkeit, die die Bedürfnisse von Bevölkerungsteilen einbezieht, deren soziales, kulturelles und materielles Vermögen sie nicht zu derartig verstandenen postmodernen Lebensformen befähigt, muß neben der Idee der gleichberechtigten Anerkennung unterschiedlicher Wertsysteme vor allem die Idee der Umverteilung und damit den Kampf gegen gesellschaftliche Marginalisierung verfolgen. Denn die Anerkennung unterschiedlicher Werte und Lebensformen reicht nicht aus, um in einer Gesellschaft mit derart ungleich verteilten Chancen auch ihre Entfaltung zu ermöglichen.

Dies sieht Selle zwar grundsätzlich ebenso (vgl. etwa Selle 1994, S. 106). Durch die prinzipielle Annahme seines "Prinzips der gleichlangen Spieße", also der gleichen Verfügbarkeit aller, jeweils an Planungsverfahren beteiligten, Gruppen über Information und Einflußmacht, bewegt er sich aber innerhalb des gleichen Paradoxons wie Welsch: Die reale Möglichkeit der Erfüllung dieses Prinzips würde die demokratische Gesellschaft bereits

---

4 Ganz davon abgesehen scheint Welsch nicht zu berücksichtigen, daß eine solche Lebensform der Übergänge letztlich eine Ideologie darstellt, der man sich etwa aus legitimen kulturellen Gründen und nicht nur aus "Borniertheit" (Welsch 1991, S. 316) verweigern kann.

bedeuten, zu deren Schaffung die Planungsverfahren Selles beitragen sollen.

Auf der Grundlage dieser Kritik wird auch deutlich, daß die philosophischen Konzeptionen einer als postmodern verstandenen Moderne nicht dazu verhelfen können, den an der Diskursethik kritisierten Mangel an sittlichen ethischen Beiträgen zu beheben: Auch sie treffen keine Äußerungen, die über prozessuale Aussagen hinausgehen. Selbst dort, wo Welsch die transversale Vernunft mit der postmodernen Lebensform in Zusammenhang bringt, ist lediglich die prozessuale Fähigkeit von Subjekten angesprochen, sich zwischen verschiedenen Lebensformen "bewegen" zu können. Die demokratischen Wertorientierungen, die Klaus Selle festlegt, verbleiben - abgesehen von der von ihm selbst als "blutleer" bezeichneten 'common sense'-Formel "so sozial und ökologisch wie möglich" (a.a.O., S. 54) - ebenso innerhalb prozessualer Vorgaben.

Als Resümee bleibt - neben der Berücksichtigung des oben genannten Gewinnes einer solchen Konzeption - vor allem auf folgende Probleme zu reagieren, die sich bei einer umfassenden Anwendung der Konzeption einer postmodernen Moderne für die normative Grundlegung einer demokratischen Planung ergeben würden: auf die im Rahmen der bestehenden gesellschaftlichen Formation illusionär optimistische Konzeption von Gerechtigkeit (worauf in Kapitel 8.2 reagiert wird), die hauptsächlich durch das Unterbleiben einer fundierten Einbeziehung der Analyse gesellschaftlicher Machtverhältnisse zu erklären ist (vgl. dazu Kapitel 8.1), und auf das Fehlen sittlich-ethischer Aussagen, die als über rein formale Kriterien hinausgehende normative Werte der Planung zugrundegelegt werden können (vgl. dazu Kapitel 8.3).

8 *Rekonstruktionsversuche: Fragmente einer demokratischen Stadtplanung in der postmodernen Gesellschaft*

> "Mein Ausgangspunkt ist nicht, daß alles böse ist, sondern daß alles gefährlich ist. Wenn alles gefährlich ist, haben wir immer etwas zu tun. Deshalb führt meine Position nicht zur Apathie, sondern zu einem Hyper- und pessimistischen Aktivismus. Ich denke, daß die ethisch-politische Wahl, die wir jeden Tag zu treffen haben, darin besteht zu bestimmen, wo die Hauptgefahr ist" (Michel Foucault).

Mit der in Kapitel 6 erfolgten Dekonstruktion der Planungsansätze Foresters und Selles aus der Perspektive der Planungspraxis und der in Kapitel 7 erfolgten Dekonstruktion aus der Perspektive ihrer sozialtheoretischen Maßstäbe ist der Ausgangspunkt für das letzte Kapitel der Arbeit erreicht: Das Ziel der Arbeit liegt darin, über diese Ansätze hinausgehende theoretische Überlegungen zu Elementen einer Planungstheorie anzustellen, die dazu geeignet sind, Möglichkeiten für eine demokratische Stadtplanung aufzuzeigen, die innerhalb der postmodernen Gesellschaft zu einer größeren sozialen Gerechtigkeit beitragen kann. Dafür werden sozialtheoretische Konzeptionen von Michel Foucault, Jaques Derrida und Iris Marion Young herangezogen, mit Hilfe deren Aussagen versucht werden soll, die diskutierten Positionen von Forester und Selle sowie ihre jeweiligen normativen Grundlagen auf der Basis der in den letzten beiden Kapiteln geübten Kritik zu ergänzen bzw. zu verändern.[1]

Dabei ist das vorliegende Kapitel nicht der Versuch, ein in sich schlüssiges theoretisches Gesamtkonzept zu erarbeiten. Dies würde den Rahmen der Arbeit sprengen und wäre vor allem aber als in sich geschlossenes Rationalitätsmodell weder wünschbar noch sinnvoll bzw. möglich. Die Überlegungen dieses Kapitels sind eher als Rekonstruktions-Versuche zu verstehen: Sie stellen Suchbewegungen in mögliche Richtungen dar, in die eine entsprechende Planungstheorie gehen könnte und verbleiben fragmentarisch. Gegeneinander gestellt sind sie ferner nicht nur

---

1 Eine knappe Einführung und eine Einordnung dieser intellektuellen Diskurse in die Diskussion der Postmoderne erfolgte bereits in Kapitel 3.2.

fragmentarisch, sondern zum Teil auch widersprüchlich. Darüber hinaus sind sie lediglich schemenhafte Skizzen (und können dies vor dem Hintergrund der fehlenden empirischen Untersuchung über ihre praktische Tragfähigkeit auch nur sein), deren Ausarbeitung in weiteren Arbeiten erfolgen und mit einer Analyse ihrer empirischen Relevanz verbunden werden müßte.

Zunächst soll an dieser Stelle der Ausgangspunkt für die Rekonstruktionsversuche noch einmal kurz rekapituliert werden: Eine demokratische Planung, die der in der Einleitung erfolgten Definition entspricht, muß innerhalb der postmodernen Gesellschaftsformation auf der Basis der folgenden Grundüberzeugungen entwickelt werden. Diese haben sich aus der hier erfolgten Analyse der aktuellen Gesellschaftsformation einschließlich der Planungspraxis sowie aus der sozialtheoretischen Diskussion über die Dekonstruktion der Ansätze von Forester und Selle ergeben und werden sowohl mit Forester als auch mit Selle bzw. den ihnen zugrundeliegenden Sozialtheorien geteilt:

Normative Geltungsansprüche sind nur diskursiv begründbar, wenn sie demokratisch sein sollen. Damit muß Planung als kommunikatives Unterfangen verstanden werden, das seine Geltungsansprüche diskursiven Verfahren mit den faktisch und potentiell davon Betroffenen aussetzt. Planung muß also diskursive "Brückeninstanzen" schaffen, die die Zivilisierung von Konflikten zwischen immer stärker auseinanderstrebenden sozialen Gruppen und partikularen Interessen ermöglichen, ohne hauptsächlich auf obrigkeitsstaatliche Intervention zurückzugreifen. Denn diese ist weder demokratisch, wie das inhaltsleere Ritual "Bürgerbeteiligung" gezeigt hat, noch funktioniert sie in der postmodernen Gesellschaft, wie die Diskussionen über die Veränderungen im Staats- bzw. Planungsverständnis zeigen (vgl. v.a. Klaus Selle).

Darüber hinaus muß sich eine demokratische Planung gegen eine weitere einseitig technische Rationalisierung der Gesellschaft und die damit einhergehenden Prozesse, die Habermas "Kolonialisierung der Lebenswelt" nennt, positionieren. Damit werden die Belange der sozialen Lebenswelt zu Ausgangspunkt und Zielorientierung planerischen Handelns.

Dieses Grundverständnis demokratischer Planung wird bis hierhin mit den Ansätzen von John Forester und Klaus Selle geteilt. Das heißt, eine demokratische Planung kann - wie auch hier bereits dargestellt wurde - weitgehend auf den Ansätzen von Forester und Selle aufbauen, die sich - abgese-

hen von ihren gegensätzlichen Ausgangspunkten und den daraus folgenden unterschiedlichen Schwerpunkten - in ihren Grundprinzipien letztlich weitestgehend entsprechen. An dieser Stelle soll deshalb thematisiert werden, an welchen Punkten sich eine demokratische Planung von den beiden Ansätzen unterscheiden bzw. über sie hinausgehen müßte. Die Ansatzpunkte dafür liegen in den Kritikpunkten, die in den Kapiteln 6 und 7 herausgearbeitet wurden und hier noch einmal zusammengefaßt werden sollen:

Der erste Kritikpunkt an den Planungsansätzen bezieht sich auf deren mangelnde Analyse der gesellschaftlichen Formation und damit der gesellschaftlichen Machtverhältnisse, auf deren Grundlage eine Planung, die das Ziel der Umverteilung dieser Machtverhältnisse verfolgt, agieren muß: Bei Selle erfolgt zwar eine Darstellung gesellschaftlicher "Zustände", aber keine systematische Analyse. Die Frage und Kritik der Macht wird - auch bei dem ihm zugrundeliegenden sozialtheoretischen Konzept - nahezu völlig ausgeblendet. Bei Forester - und dem ihm zugrundeliegenden Ansatz von Habermas - erfolgt die Analyse der Macht lediglich abstrakt. Damit fehlt eine notwendige soziologische Konkretisierung, die aber als direkte Grundlage für das planerische Arbeiten erforderlich wäre. Eine solche Erweiterung des "Normativismus der politischen Philosophie" (von Jürgen Habermas) durch eine sozialwissenschaftliche Analyse ist auch Axel Honneth zufolge notwendig, um

> "unsere gesellschaftliche Realität auf ... Formen der sozialen Benachteiligung und Ungleichheit hin zu untersuchen. (Denn, d. Verf.) so wie die Sozialforschung ohne den konstruktiven Geist der politischen Philosophie blind wäre, so ist diese ohne den Wirklichkeitssinn der Sozialwissenschaften leer" (Honneth 1995, S. 7).

Eine solche soziologische Gesellschaftsbeschreibung wurde in der vorliegenden Arbeit (in den Kapiteln 4 und 5) versucht. Sie war hier eine notwendige Grundlage für die Dekonstruktion der Planungsansätze Foresters und Selles. Insbesondere soweit sie die städtische Gesellschaft analysiert hat (Kapitel 5), könnte sie in ihren Grundzügen als Beispiel für eine soziologische Analyse dienen, die einer demokratischen Planungspraxis zugrundeliegen sollte. Im Hinblick auf die, für eine demokratische Planung letztlich entscheidende, Machtfrage in der Planung muß aber eine solche soziologische Analyse um eine detaillierte Analyse der Macht erweitert werden. Der Begriff von Macht aber, der Foresters

Ansatz zugrundeliegt, ist, der Kritik in Kapitel 7.1 zu Folge, zu eng angelegt und kann damit lebensweltliche Machtausübung nicht ausreichend fassen.

Auf diese Kritik wird in Kapitel 8.1, dem ersten Fragment der Rekonstruktionsversuche, reagiert.

Der zweite Kritikpunkt bezieht sich auf die normativen Grundprinzipien, die als prozedurale Normen beiden Ansätzen zugrundeliegen. Bei beiden wird die prinzipielle Konsensorientierung sozusagen zur kommunikativen Metasprache. Dahinter steht der Glaube an die - zumindest prinzipielle - Möglichkeit einer "idealen Sprechsituation", von Selle als das "Prinzip der gleichlangen Spieße" bezeichnet, und, auf der Grundlage einer solchen, der Glaube an die Möglichkeit der Wahrheitsfindung in einer rationalen Kommunikation. Diese kommunikative Metasprache wurde in der vorliegenden Arbeit als *das* grundlegende Problem herausgestellt, das in der Planungspraxis im Rahmen der zunehmenden Anwendung an sich notwendiger kommunikativer Instrumente letztlich zu einer Verschärfung der Ungleichverteilung von Einfluß- und Handlungsmöglichkeiten führt (vgl. Kapitel 6 und Kapitel 7).

Diese Kritik hat in Kapitel 8.2 das zweite Fragment der Rekonstruktionsversuche zur Folge.

Ein dritter Einwand bezieht sich schließlich auf die strikte Formalität der ethischen Normen der beiden Planungsansätze bzw. der entsprechenden Sozialtheorien, die ausschließlich prozedurale, verfahrensbezogene Aussagen treffen. Insbesondere vor dem Hintergrund des faktisch zu beobachtenden Ausschlusses von immer mehr Menschen aus den diskursiven Verfahren reicht eine solche ausschließlich prozedurale Ethik nicht aus, um zum einen eine wirkliche Anerkennung auch sozial "schwacher" Wertsysteme und Lebensformen zu garantieren und um zum anderen eine Umverteilung der Macht gerade zugunsten jener sozialer Gruppen zu ermöglichen, die am ehesten von den diskursiven Verfahren ausgeschlossen werden.

Auf diesen Einwand wird im dritten Fragment (Kapitel 8.3) reagiert.

Die Rekonstruktionsversuche einer demokratischen Planung erfolgen in vier Fragmenten: Die ersten drei (Kapitel 8.1, 8.2 und 8.3) betreffen als Folge der einzelnen Kritikpunkte prinzipielle Richtungsänderungen bzw. Ergänzungen, die an den Planungsansätzen von Forester und Selle vorgenommen

werden sollen. Kapitel 8.4, das vierte Fragment, dient hingegen der theoretischen Überlegung von konkreten organisatorischen Veränderungen, die diese prinzipiellen Richtungsänderungen in der Planungspraxis zur Folge haben könnten.

8.1 Erstes Fragment: Planung und Macht: Eine erweiterte Analyse der Macht

In Kapitel 7 wurde konstatiert, daß der Begriff von Macht, den Forester von Habermas übernimmt, zu eng angelegt ist. Die Gleichsetzung von Macht mit Ideologie und technischer Rationalität durch Habermas (vgl. Hillier 1993b, S. 36) ermöglicht keine adäquate Analyse der in der Lebenswelt verankerten Machtstrukturen. Das Beispiel der in der lokalen Gesellschaft Sossenheims existierenden Machtstrukturen zeigt, daß diese besser mit einem auf Michel Foucault zurückgehenden Begriff der Macht zu fassen sind.

In der vorliegenden Arbeit wurde als entscheidende Problematik dargestellt, daß sich innerhalb der untersuchten diskursiven Planungsverfahren die vor Ort in der lokalen Gesellschaft existierenden Machtverhältnisse reproduzieren, da tendenziell die Einfluß- und Handlungsmöglichkeiten der mächtigsten lokalen Gruppen in diesen Verfahren am größten sind. Insbesondere vor diesem Hintergrund gelangt die Analyse von Macht als diskursives Phänomen zu entscheidender Bedeutung.

Diese Problematik zeigt auch Jean Hillier, die in Perth (Australien) den konkreten Verlauf mehrerer diskursiver Planungsverfahren sprachlich analysiert hat und zu dem Ergebnis kam, daß die in diesen bzw. um diese Planungsverfahren existierenden Machtverhältnisse mit einer Kombination der Machtanalyse von Habermas und Foucault am adäquatesten beschrieben werden können (vgl. Hillier 1993a und 1993b):

Mit Habermas kann die systemische Machtausübung durch die systematische Verzerrung der Kommunikationsstrukturen aufgezeigt werden, die im Rahmen der technischen Rationalisierung der Gesellschaft zu verstehen ist. Anhand einer auf Foucault zurückgehenden Analyse kann die Machtausübung, die durch die Konstruktion von Diskursen in sozialen Interaktionen zum Tragen kommt, beschrieben werden. Beide Autoren erkennen an, daß Macht durch Sprache etabliert, konsolidiert und implementiert wird: Für Habermas geschieht dies im Rahmen

kommunikativen Handelns, für Foucault im Rahmen von gesellschaftlichen Diskursen. Während jedoch Habermas Macht mit technischer Rationalität gleichsetzt, setzt Foucault Macht mit diskursivem Wissen gleich, wie die folgende Kurzdarstellung seines Ansatzes zeigt:

Macht und Diskurs bei Michel Foucault

Die Philosophie Foucaults ist eine Machttheorie: Es ist Foucaults Überzeugung, daß die Macht "Entwicklungs- und Integrationsprinzip unserer Gesellschaft ist" (Fink-Eitel 1989, S. 7). Macht äußert sich danach nicht lediglich als ein "Negatives", etwa durch Repression, Herrschaft oder Verbot. Vielmehr ist der menschliche Wille zum Wissen nach Foucault grundsätzlich der Wille zur Macht. Damit sind

> "alle Fähigkeiten und Leistungen des Menschen Äußerungen seines Machtwillens, ... auch seine subtilsten diskursiven und geistigen Leistungen" (a.a.O., S. 67).

Der

> "Erwerb und die Behauptung gesellschaftlicher Macht findet daher nicht in Form einer einseitigen Aneignung und Ausübung von Verfügungsrechten statt, sondern in Gestalt eines andauernden Kampfes sozialer Akteure untereinander" (Honneth 1985, S. 174).

Macht ist also kein Vermögen oder eine Potenz, die man erwerben, teilen oder wegnehmen kann. Sie ist auch nicht zweigeteilt (durch HerrscherInnen und Beherrschte), sondern "kommt von unten" (Foucault) und ist allen Typen von Verhältnissen immanent (vgl. Olesen 1992, S. 559). Durch die Genealogie, also die Theorie der Machtpraktiken, kann die Macht analysiert werden. Dabei analysieren GenealogInnen, gleichsam mit einem "subversiven Blick", aus der "Froschperspektive" die Entstehung sozialer Macht an einzelnen Handlungssituationen, in denen

> "Subjekte mit konkurrierenden Zielsetzungen aufeinandertreffen und um die Durchsetzung ihrer Zielsetzungen streiten" (Honneth 1985, S. 175).

Bei solchen strategischen Auseinandersetzungen werden Techniken der Machtgewinnung angewandt. Machtausübung erfolgt nach Foucault in modernen Gesellschaften nicht hauptsächlich durch Instrumente der Gewalt oder der Täuschung, also durch repressive Machttechniken, sondern über produktive soziale Integration. Dabei spielen die Machtpraktiken der Diszi-

plinierung des Körpers und der "Verwaltung der organischen Lebensprozesse" (a.a.O., S. 189) als nichtdiskursive Bestandteile der Macht mit dem "Wissen" zusammen, das als diskursiver Bestandteil der Macht sozusagen die Erkenntnisse erzeugt, die im Rahmen der Machtpraktiken angewandt werden. Wissen und Macht hängen damit unauflöslich zusammen.[2]

Die Archäologie als Theorie der Diskurs- und Wissensformen ist nun die Methodik der Analyse des Wissens: Wissen formiert sich in gesellschaftlichen Diskurspraktiken (vgl. Fink-Eitel 1989, S. 79). Mit 'Diskurs' ist bei Foucault die "gesellschaftliche Rede" (Körner 1994, S. 20 f.) gemeint, die aus geregelten Verknüpfungen und Formationen von Aussagen besteht, die sich als Gesamtheit jeweils in bestimmten Epochen zu einem System formieren. Jeder Diskurs untersteht der Macht, hat also nicht hauptsächlich Kommunikations- oder Verständigungsfunktion, sondern Herrschaftsfunktion. Diskurse unterliegen einer Ordnung durch soziale Regeln und institutionelle Praktiken: Durch die "kulturelle Kontrolle von Diskursthemen", die "wissenschaftliche Bearbeitung von Diskursinhalten" und die "soziale Regulierung der Diskursteilhabe" (Honneth 1985, S. 163) wird die Produktion des Diskurses zugleich "kontrolliert, selektiert, organisiert und kanalisiert" (Foucault, zitiert in: a.a.O.). Beispiele für einzelne Kontrollpraktiken sind etwa der soziale oder inhaltliche Ausschluß von einem Diskurs, die Tabuisierung von Themen, die Ritualisierung von Redesituationen oder auch die Trennung von als wahr und als falsch bezeichneten Aussagen (vgl. Fink-Eitel 1989, S. 64 f.).

Alle gesellschaftlichen "Wahrheiten" sind Ergebnisse von solchermaßen verstandenen Diskursen und damit auch von einer durch diese Herrschaftspraktiken erfolgenden Ausgrenzung "Anderer" bzw. von "Anderem". Darüber, daß Diskurse etwa durch die verbindliche Deutung sozialer Phänomene gesellschaftliche "Wahrheiten" erzeugen und etablieren, sind sie ein wesentlicher Aspekt der "Konstitution sozialer Wirklichkeit" (Körner 1994, S. 20).

Foucault und die Planung

Die Machttheorie Foucaults ist zwar als Gesamttheorie als gescheitert anzusehen, da sie nicht in der Lage war, zu zeigen, daß Macht das

---

2 So kann auch beispielsweise wissenschaftliche Tätigkeit als Teil der strategischen Auseinandersetzungen zur Machtgewinnung nicht objektiv sein.

ausschließliche soziale Grundprinzip ist (vgl. dazu v.a. Habermas 1993). Sie liefert aber wertvolle Einsichten in die Etablierung von Diskursen im Rahmen gesellschaftlicher Machtverhältnisse, die anhand der Diskursanalyse dargestellt werden können. Wenn sie auf die Planung übertragen wird, können mit ihr unterschiedliche Phänomene analysiert werden:

Zum einen zeigt die Arbeit von Körner am Beispiel Frankfurt-Sossenheim (Körner 1994), daß anhand der Diskursanalyse die lokalen gesellschaftlichen Machtverhältnisse als Geflecht von gesellschaftlichen Diskursen dargestellt werden können, die über die Definition sowie über das Ein- und Ausgrenzen von Inhalten und sozialen Gruppen die soziale Lebenswelt konstituieren. Dabei werden gesellschaftliche "Wahrheiten" konstruiert und verbreitet. Diese stellten im Rahmen des Projektmonats Sossenheim letztlich die Grundlage für die Sichtweise und das Verständnis dar, das die GrünGürtel-GmbH von der lokalen Gesellschaft und ihren Interessen hatte. Damit bildeten die lokalen Diskurse die Basis, auf der der Verlauf der diskursiven Planungsverfahren im Rahmen des GrünGürtels und die dadurch erzeugte Zementierung der lokalen Machtstrukturen zu verstehen sind.

Gemäß dieser Analyse konstatiert auch A.C. Pratt die Existenz von unterschiedlich mächtigen "Discourses of locality", die innerhalb lokaler Gesellschaften verschiedene Versionen der "realen Welt" konstruieren und damit das Handeln von lokal agierenden AkteurInnen manipulieren. Damit erzeugen diese Diskurse auch materielle Konsequenzen, die Pratt zufolge zur Fortschreibung eines "uneven development" beitragen (vgl. Pratt 1991).

Das heißt, daß eine Analyse der machtrelevanten gesellschaftlichen Diskursstrukturen bereits im Vorfeld der Etablierung von entsprechenden Planungsverfahren die lebensweltlichen Machtstrukturen zu analysieren und darzustellen hätte, auf deren Basis diskursive Verfahren etabliert werden. Auf der Grundlage einer solchen "Entlarvung" lokaler gesellschaftlicher "Wahrheiten" als Diskurse, denen partikulare Interessen einzelner sozialer Gruppen zugrundeliegen, könnte ein diskursives Verfahren mit gegensteuernden Maßnahmen verbunden werden, die den im lokalen gesellschaftlichen "Machtkampf" unterlegenen Diskursen zur Geltung verhelfen könnten.

Zum anderen können durch den Blick auf die enge Beziehung zwischen Rhetorik und Macht anhand der Machtanalyse Foucaults auch Machtver-

hältnisse aufgedeckt werden, die Entscheidungsprozessen in der Planung zugrundeliegen: Wie Hillier (Hillier 1993a und 1993b) beschreibt, bauen AkteurInnen, die beispielsweise an kooperativen Planungsverfahren teilnehmen, in unterschiedlichen Diskursen eine jeweils unterschiedliche Rhetorik auf und erzählen damit verschiedene "Geschichten" als subjektive Interpretationen der "Welt".

C. Hoch (1992) oder A. Tett und J. Wolfe (1991) beispielsweise zeigen, daß auch generell planerisches Handeln sowie Planungsdokumente mit Foucault interpretiert werden können. Dabei werden grundsätzlich sowohl in direkten kommunikativen Auseinandersetzungen einzelner AkteurInnen als auch in Planungstexten verschiedene Konstruktionen der Wirklichkeit erzeugt, mit denen jeweils entsprechende AkteurInnen beeinflußt werden (sollen). Die Geschichten stellen sozusagen relative "Wahrheiten" aus der Sicht ihrer ErzählerInnen dar und sind mit deren strategischen Positionen im "Machtkampf" zwischen den einzelnen AkteurInnen verknüpft. In beiden Fällen geschieht das strategische Vorgehen mit Mitteln der Rhetorik: So wird etwa in der Planung typischerweise von *einem* Gemeinwohl gesprochen, das (angeblich) von einer als objektiv und subjektunabhängig dargestellten Planung verfolgt wird. Dies könnte in diesem Fall soweit auch mit Habermas (bzw. Forester) gezeigt werden. Habermas geht aber davon aus, daß strategisch motivierte Interpretationen einzelner "Aussagen" kommunikative Verzerrungen sind, die in einer rationalen Kommunikation aufgelöst werden können.

Hillier stellt nun dar, daß in diskursiven Verfahren von einzelnen AkteurInnen jeweils je nach Akteurskonstellation andere Geschichten der gleichen "Sachverhalte" erzählt werden (vgl. Hillier 1993b). Nach einer an Foucault orientierten Interpretation stellen die unterschiedlichen Geschichten oder Diskurse lediglich an die jeweilige Situation angepaßte unterschiedliche Strategien der AkteurInnen dar. Damit gibt es nach dieser Interpretation - und dies ist der wesentliche Unterschied zu einer durch Habermas angeleiteten Interpretation von Planungsverfahren oder Texten - keine wahren oder falschen Geschichten, sondern nur verschiedene Strategien: Eine Wahrheitsfindung, ein Auffinden der "wirklichen" Bedeutung einer Geschichte durch eine rationale Kommunikation im Habermasschen Sinne ist nach Foucault nicht möglich, da Wahrheit und wirkliche Bedeutung eines Diskurses so nicht existieren. Einzelne Diskurse gelangen, etwa im Konsens der AkteurInnen, lediglich durch ihre - gegenüber anderen Diskursen - größere Durchsetzungsfähigkeit zur Zustimmung und Umsetzung.

An dieser Stelle berührt sich die Foucaultsche Position mit der Dekonstruktion von Derrida, die als sprachanalytische Strategie für die Analyse der Planung im nächsten Fragment diskutiert werden soll.

Es wird deutlich, daß als Konsequenz einer an Foucault orientierten sprachlichen Interpretation planerischer Handlungen im Gegensatz zur Foresterschen Analyse völlig andere Schlußfolgerungen zu ziehen sind: Nach Foucault ist Machtausübung jeder Form von Diskurs immanent, eine herrschaftsfreie Kommunikation und damit eine diskursive Wahrheitsfindung unmöglich. Konsensorientierung diskursiver Verfahren bedeutet damit zwangsläufig die prinzipielle Festlegung auf den Ausschluß von im Machtkampf unterlegenen Positionen.

Diese Position scheint der gesellschaftlichen und planerischen Realität, wie sie hier in den Kapiteln 4, 5 und 6 analysiert wurde, erheblich näher zu stehen als die Haltung Foresters und Selles. Die Probleme, die sich aus der Übertragung einer solchen Position auf die Planung ergeben, sollen im Zusammenhang mit dem Ansatz der Dekonstruktion am Ende des zweiten Fragments (in Kapitel 8.2) dargestellt werden.

8.2 Zweites Fragment: Planung und Dekonstruktion: Gegen eine Konsensorientierung kommunikativer Verfahren

Das zweite Fragment der Rekonstruktionsversuche schließt direkt an die Foucaultsche Position an, daß "Wahrheitsfindung" in einer rationalen Kommunikation nicht möglich ist. Die hier vorgenommene Einführung der Dekonstruktion Jaques Derridas in die Diskussion um demokratische Planung geht als Konsequenz aus dem Hauptkritikpunkt an den Planungstheorien Foresters und Selles hervor: Diese Hauptkritik besteht in der Feststellung, daß die Prinzipien der Konsensfindung und der "idealen Sprechsituation", die von der Möglichkeit einer Wahrheitsfindung ausgehen, in der Planungspraxis zur prinzipiellen Unterdrückung bzw. zum Ausschluß "anderer" Positionen und sozialer Gruppen führt.

Die Machttheorie Foucaults und die Dekonstruktion Derridas überschneiden sich: Beide betonen die Unmöglichkeit einer Wahrheitsfindung und lehnen als Folge davon eine Konsensorientierung ab. Während die Theorie Foucaults hier vor allem mit der Absicht herangezogen wurde, mit ihr eine Methode zu zeigen, welche die allen sozialen Interaktionen zugrundeliegenden Machtverhältnisse aufdeckt, soll die philosophische Position der Dekonstruktion vor allem als "Strategie des Lesens" planerischen Handelns

aufgezeigt werden. Der Wechsel von Fragment eins zu Fragment zwei bedeutet damit lediglich eine Schwerpunktverschiebung.

Im Hinblick auf ihren möglichen Beitrag für eine (skeptische) normative Zielorientierung demokratischer Planung in der Postmoderne, die auf der Annahme der Unmöglichkeit einer wahren Konsensfindung in herrschaftsfreier Kommunikation aufbaut, werden beide Positionen zusammen diskutiert und im dritten Fragment modifiziert.

Dekonstruktion nach Jaques Derrida

Die von Jaques Derrida entwickelte Dekonstruktion kann im weitesten Sinne als philosophische sprachanalytische Strategie angesehen werden, Texte auf eine bestimmte Weise zu lesen und zu hinterfragen. Grundlage dafür ist ein verallgemeinerter Textbegriff, wonach alles Geschehen (Rede, Geste, Realität) insofern als Text aufgefaßt werden kann, als es eine Spur hinterläßt, die "gelesen" (analysiert) werden kann (vgl. Engelmann 1990, S. 20 f.). Derrida geht nun davon aus, daß jede Spur wieder auf eine andere Spur verweist und diese wiederum auf eine weitere. Damit

> "gibt es keine ursprüngliche Bedeutung, von der die anderen abgeleitet werden können. Alle Bedeutungen sind veränderlich und verändern sich in einem Spiel der Differenzen ..." (Kimmerle 1988, S. 33).

Jeder Text beinhaltet also verschiedenste Bedeutungen, die über Bahnen der Verstreuung und Kreuzung miteinander verbunden sind. Hinter jeder "anwesenden Bedeutung" liegt wiederum

> "das abwesende, unausgesprochene, ungedachte, ja weitgehend unbegriffene Netz der Bedingungen, Voraussetzungen und Vermittlungsinstanzen, von denen sie abhängig ist. Folglich läßt sich die Bedeutung dessen, was wir sagen, nie durch einen einheitlichen bewußten Begriff, den wir uns davon machen, erfassen ..." (McCarthy 1993, S. 151).

Damit gibt es auch keine "Wahrheit" eines Textes, die sich herausfinden läßt.

In der Dekonstruktion geht es nun darum, den

> "Traum vom endgültigen Erfassen der Grundbedeutungen und Basiswahrheiten unaufhörlich zu untergraben" (a.a.O., S.152)

und damit die Fundamente totalisierenden Denkens freizulegen, das den Behauptungen von Wahrheit, Einheit oder logischer Ordnung zugrundeliegt:

> "Das philosophische Verfahren der Dekonstruktion richtet sich gegen ... Einheit, Ganzheit, Totalität, Harmonie, stabile Ordnung und vollendetes Gelungensein (Präsenz) ... im Blick auf unser Denken, Fühlen, Wähnen und Konstruieren insgesamt" (Welsch 1993, S. 55).

Als Strategie des Lesens und Hinterfragens von Texten geht es um das Aufdecken von "blinden Flecken", die allen Texten immanent sind, von unbewußten oder ungesagten Inhalten, die sie aufweisen, bzw. von Voraussetzungen, die ihnen zugrundeliegen. So sollen Texte danach befragt werden,

> "wie es Autoren und Texten gelingt, das bewegliche Heer von Metaphern so zu organisieren, daß sie in ihren Werken unumstößliche Wahrheiten und Absolutheiten postulieren können; oder was sie vorkehren, um Grundprinzipien oder Fundamente, auf welchen ihre Theorien ruhen, schlüssig rechtfertigen und behaupten zu können; und welche Anstrengungen, Täuschungsmanöver und Vereinfachungen sie in Kauf nehmen, um zu einem Weltbild zu gelangen, in welchem ihre Sicht der Wirklichkeit bruchlos aufgeht" (Müller 1993, S. 44).

Damit sollen Systeme geöffnet, Begründungen verunsichert, die Unmöglichkeit einer einzigen Perspektive oder der Behauptung einer einzigen Bedeutung aufgezeigt werden (vgl. Rötzer 1993, S. 76). Dekonstruktion könnte mit einem Virus verglichen werden, der in ein System eingeschleust wird, um dessen Gedankengebäude von innen bloßzulegen.

Die Dekonstruktion ist ein "Denken der Differenz", das Einheiten und Identitäten auflösen will und das Andere, Ausgeblendete, Ausgegrenzte in nicht-identifizierender und nicht-in-eins-setzender Weise neben einen Text stellen will: Dadurch daß das Interesse der Dekonstruktion der Entlarvung dessen gilt, was in Gedankengebäuden, Systemen, Argumentationsweisen etc. jeweils ausgeschlossen und unterdrückt wird, kann mit ihr eine Perspektive der Konsensorientierung grundsätzlich nicht akzeptiert werden: Denn Konsense, die sich nicht mehr auf die Grundlage der Möglichkeit einer Wahrheitsfindung berufen können, kommen immer nur über Ausgrenzungen von jeweils Anderem zustande (vgl. dazu Culler 1982, S. 153 f.). Ziel der Dekonstruktion kann damit keine konsensuale Versöhnung oder keine Verschmelzung der einzelnen Bedeutungen sein, sondern lediglich ein Neben-

einanderstellen, ein Aufzeigen von Unterdrücktem: Für Derrida bleibt der, die oder das "Andere" das radikal "Andere" (vgl. Kimmerle 1988, S. 52).

Dekonstruktion soll nun keine allgemeine Methode mit feststehenden Regeln sein. Sie ist eher eine Haltung als ein Regelwerk bzw. eine Methode und damit

> "ein bewegliches, sich jeweiligen Kontexten anpassendes Lesen (Handeln), das auf diese Art eine Alternative zum totalisierenden Zugriff allgemeingültiger Methoden entwickeln will" (Engelmann 1990, S. 27).

Trotzdem gibt es gewisse Grundmerkmale einer dekonstruktiven "Strategie": Zunächst muß die Lektüre so offen und differenziert wie möglich sein. Das Lesen eines Textes darf sich nicht im buchstäblichen Lesen erschöpfen, das lediglich das aufnimmt, was direkt gesagt ist. Es muß vielmehr nach dazwischen- und dahinterliegenden Bedeutungen und Voraussetzungen gesucht werden, um die Differenz zwischen Gesagtem und Nichtgesagtem herauszuarbeiten. Durch ein solches Lesen, das Moore Milroy als "liberal reading" gegenüber dem "literal reading" als buchstäblichem Lesen bezeichnet, sollen die textimmanenten Begriffshierarchien und Oppositionen, wie etwa zwischen "Wir" (PlanerInnen) / "Sie" (Betroffene), Zentraler Sachverhalt / Marginaler Sachverhalt, Gut / Schlecht, Gemeinwohl / Privates aufgelöst und hinterfragt werden (vgl. Moore Milroy 1989, S. 320 f.). Dadurch soll nachvollzogen werden, wie Plausibilität und Logik des Textes aus der Hierarchisierung von Begriffen konstruiert werden.

Das wichtigste Merkmal dekonstruktiven Vorgehens ist in einer "doppelten Taktik" der ständige Wechsel der Perspektive oder des Standortes bei Lesen oder Schreiben. Dies soll einer neuerlichen Verabsolutierung einer einzigen Perspektive entgegenwirken. Dabei liegt die erste "Taktik" darin, sich innerhalb der Begriffe der analysierten AutorInnen zu bewegen, ihnen beim Lesen möglichst wenig "Gewalt" anzutun und sie gleichsam von innen heraus zu verstehen. Die zweite Taktik liegt im Wechsel der Perspektiven oder Standorte, um diese Begriffe und Grundprinzipien von außen aus mehreren Blickwinkeln zu durchleuchten, zu hinterfragen und gegen die AutorInnen zu wenden (vgl. McCarthy 1993, S. 153, Kimmerle 1988, S. 25 f. und S. 50 f.).

Dekonstruktion und Planung

Von Michael Dear und Beth Moore Milroy wurde die Dekonstruktion mit der Planung in Verbindung gebracht (Dear 1986 und 1989, Moore Milroy 1989). Während Dear den planerischen Gesamtdiskurs dekonstruiert, zeigt Moore Milroy am Beispiel eines beliebigen planerischen Dokuments eine Möglichkeit, die Strategie der Dekonstruktion auf die Planung zu übertragen. Dabei macht sie deutlich, wie mit rhetorischen Mitteln, mit Nicht-Gesagtem, mit Verweisen auf die Allgemeingültigkeit herangezogener Prinzipien usw. eine dominante Logik und eine scheinbar zwangsläufige Perspektive geschaffen wird, die dazu geeignet ist, sowohl die planerischen Ziele als auch die angewandten Mittel der AutorInnen als bestmögliche aller Alternativen darzustellen (vgl. Moore Milroy 1989, S. 322 ff.).

Dabei stellt sie dar, daß über das jeweils verfolgte Ziel ("Entlarven" versus "Konsens") hinaus der Unterschied zwischen Dekonstruktion und einer durch Habermas angeleiteten Textanalyse auch in der Strategie des "Lesens" liegt: Bei Habermas sollen kommunikative Handlungen mit ihren jeweiligen kommunikativen Verzerrungen anhand eines vorher festgelegten Maßstabes, der selbst bereits einem begrifflichen, einheitlichen Denken entspringt, *gemessen* und die ihm zugrundeliegende *Wahrheit* gezeigt werden. Mit dieser dialektischen Logik würden Differenzen von vornherein unterdrückt (vgl. auch Young 1990b, S. 308). Demgegenüber sollen bei der Dekonstruktion die Logik und Plausibilität des Textes und die dafür eingesetzten Mittel *entdeckt* werden, wobei sich "DekonstruktivistInnen" gleichsam wie "Kundschafter auf unbekanntem Gebiet" (Kimmerle 1988, S. 143) bewegen. Dabei sollen nicht Wahrheiten gefunden, sondern lediglich *Differenzen* zu anderen Texten gezeigt werden.

Die Analyse der Planungsstrategien von Forester und Selle in der vorliegenden Arbeit ist als Versuch einer Dekonstruktion von Gedankengebäuden anzusehen. Insbesondere wurde die "Taktik" Derridas übernommen, Perspektiven doppelt zu wechseln: Dies geschah im Rahmen der "ersten Taktik" zunächst durch die Beschreibung der zentralen Begriffe aus Sicht der Autoren und, darauf folgend, im Rahmen der "zweiten Taktik" als Prozeß des Hinterfragens der Theorien aus den Perspektiven der Planungspraxis und der Sozialtheorie. Damit wurde versucht, durch ein über das Gesagte hinausgehendes Lesen die zentralen Begriffe zu hinterfragen, nichtgesagte Voraussetzungen, Grundlagen oder auf eine bestimmte Logik abzielende Argumentationslinien aufzuzeigen und zu kritisieren: Die

"blinden Flecken" der Ansätze sollten in unterschiedlichen Herangehensweisen aufgedeckt werden. Dabei sollen Differenzen, sowohl der beiden Ansätze untereinander als auch zwischen beiden Ansätzen und den im vorliegenden Kapitel gezeigten anderen Ansatzpunkten für planungstheoretische Grundlegungen, gezeigt und nebeneinandergestellt werden.

Die politische Relevanz von Diskursanalyse und Dekonstruktion

Ebenso wie schriftlich vorliegende Texte könnten nun auch kommunikative Planungsverfahren dekonstruiert werden. Eine scharfe Trennung der Foucaultschen Diskursanalyse und der Dekonstruktion ist dabei nicht möglich. Beide sind sich in Ziel und Analyse ähnlich und könnten miteinander kombiniert werden: Dabei kann die Foucaultsche Analyse eher die Grundlage für das soziologische Verständnis der sich in Diskursen äußernden gesellschaftlichen Machtverhältnisse bilden. Aus der Dekonstruktion, die sich nicht direkt mit soziologischen Phänomenen (also etwa gesellschaftlichen Machtstrukturen) befaßt, kann eher eine direkte sprachanalytische Strategie des Lesens und Interpretierens abgeleitet werden.

Bei beiden liegt die politische Relevanz für eine demokratische Planung insbesondere in ihrer beständigen Suche und "Denunziation" der Grundlagen von Macht und Autorität sowie nach den Wegen, wie diese über den Ausschluß und die Unterdrückung von Anderen konstruiert und aufrechterhalten werden (vgl. Moore Milroy 1989, S. 314). Bei der Dekonstruktion diskursiver Planungsverfahren und planerischer Texte läge das Ziel im Aufzeigen der Unterdrückung und des Ausschlusses sozialer Gruppen und auch unterdrückter oder nicht verfolgter möglicher Ziele, Inhalte und Argumentationsmöglichkeiten.

Dies würde eine radikalisierte Reflexion von Theorie und Praxis bedeuten: Dadurch, daß die Dekonstruktion Unterdrücktes und Ausgeschlossenes offenlegt, kann sie sensibilisieren, Öffentlichkeit herstellen, "den Finger in die Wunde legen". Dies ist insbesondere in der gegenwärtigen Situation von Bedeutung, in der Planung und Politik immer mehr auf diskursive Verfahren mit Konsensorientierung verlagert werden: Denn durch Konsense, die in diskursiven Verfahren erzielt werden, wird der Eindruck vermittelt, daß sie die Zustimmung *Aller* beinhalten, das heißt sowohl, daß alle Betroffenen teilgenommen als auch, daß alle Beteiligten nach einem fairen Verfahren einer erfolgten Entscheidung zugestimmt haben. Damit verschärft sich gegenüber herkömmlichen obrigkeitsstaatlich durchgesetzten

Entscheidungen tendenziell das Problem der Unterdrückung von unterlegenen Diskursen: Denn obrigkeitsstaatliche Entscheidungen werden in der Regel gegen oppositionelle Meinungen bzw. Proteste durchgesetzt, die damit zumindest artikuliert sind.[3]

Das Problem des Negativismus bei Foucault und Derrida

Beide Denker, Foucault und Derrida, betonten und legten Wert auf die progressive politische Relevanz ihrer Theorien. Eine Sensibilisierung durch eine öffentliche Denunziation der Macht und durch das Aufzeigen von ausgeschlossenen und unterdrückten sozialen Gruppen und Diskursen wäre mit der Übernahme der Machttheorie Foucaults und der Dekonstruktion Derridas jedoch die verbliebene, zusammengeschrumpfte Vision dessen, was eine der Demokratisierung der Gesellschaft verpflichtete Planung zu leisten in der Lage wäre. Die darin enthaltenden Probleme liegen auf der Hand und sind beiden Autoren immer wieder vorgeworfen worden: Sie liegen - in einem Wort ausgedrückt - im bloßen Negativismus ihrer Theorie.

Die Konsequenz auf Foucaults Diagnose "totaler Machtverhältnisse" ist letztlich, daß es nur eine "Politik ohne Ethik" gibt, "die keine normativen Orientierungen sucht" (Fink-Eitel 1989, S. 113). Diese Konsequenz führte Foucault dazu, lediglich im Anarchismus lokaler Aufstände und Widerstände, die das Ziel verfolgen, an allen Orten "Sand ins Getriebe" des Systems zu streuen, einen politischen Weg zur Veränderung scheinbar unabänderlicher Machtverhältnisse zu sehen. Dabei verknüpft Foucault Machtausübung - und Widerstand - mit dem Raum, der für ihn grundlegend für jede Ausübung von Macht ist. Da Macht bei Foucault kein Zentrum hat, sondern ein dezentriertes Netz einzelner Kraftverhältnisse darstellt, plädiert er dafür, Kritik und Widerstand lokal zu organisieren. Damit sollen existierende Machtstrukturen mit ihren unterdrückenden Institutionen, Techniken und Diskursen sozusagen an ihren Wirkungsstätten herausgefordert werden (vgl. Hillier 1993a, S. 36).

Weil Macht, so Foucault, ungestört nur dort funktioniere, wo sie im Verborgenen und in nichtentlarvten Diskursen operieren könne, sah er die Rolle der Intellektuellen darin, diese zu entlarven und ihr Wissen den lokalen Widerstandskräften zur Verfügung zu stellen. Der "bloße Negativismus" der

---

3 Vgl. dazu die Aussagen zum Gallus-Park-Verfahren, daß aufgrund dieses Verfahrens für ein Projekt dieser Größenordnung ungewöhnlich wenig Protest geäußert wurde und "alles glatt durchging" (6.1.1)

in der ausschließlichen Propagierung von "Subversion, Sabotage und Dissidenz" liegt, führt ihn aber letztlich in eine Situation "lähmender Handlungsunfähigkeit" (Fink-Eitel 1989, S. 124). Jenseits dieses Negativismus zeigt Foucault keine Möglichkeit zur Entscheidung auf, welche (politischen) Handlungen besser sind als andere, da letztlich alle der Macht unterliegen.

Ebenso kann Derrida vorgehalten werden, daß aus der Dekonstruktion keine positiven ethisch-politischen Vorschläge abgeleitet werden können. Derrida wendet dagegen zwar ein, daß das aus der Demontage oder der Destabilisierung gewonnene Wissen zur Rekonstruktion von "Ensembles" wiederverwendet werden kann.[4] Er beklagt aber selbst, daß es bislang nicht gelungen sei,

> "die Dekonstruktion unmittelbar zu existierenden politischen Codes und Programmen in Beziehung zu setzen" (Derrida, zitiert in: McCarthy 1993, S. 146).

Dekonstruktion als "Zerlegung" jeglichen Geschehens und jeglichen Konsenses gibt "den Standpunkt des Beteiligten völlig zugunsten des Standpunkts des kritisch eingestellten Beobachters" (McCarthy 1993, S. 170) preis. Dabei ist es McCarthy zufolge

> "reine Romantik, wollte man annehmen, die Entwurzelung und Destabilisierung universalistischer Strukturen führe von sich aus dazu, daß der intolerante und aggressive Partikularismus ... vermieden und der Andere respektiert und in Freiheit unbehelligt gelassen wird" (a.a.O., S. 174).

Vor dem Hintergrund dieser Kritik wird deutlich, daß die philosophischen Positionen von Foucault und Derrida auch für eine "verzweifelte Politik" bzw. eine "verzweifelte Planung der Postmoderne", die von der Unmöglichkeit der Erzielung von rationalen Konsensen in einer auch nur annäherungsweise herrschaftsfreien Sprechsituation ausgeht, nicht die ausschließlichen normativen Grundlagen darstellen können: Denn Planung produziert und gestaltet per definitionem, damit produziert und reproduziert sie Machtverhältnisse und schließt Anderes zwangsläufig aus.

Wie können also die Erkenntnisse, die anhand der Rezeption und Kritik von Forester und Selle bzw. ihrer sozialtheoretischen Grundlagen auf der einen

---

4 Dies verweist darauf, daß De-kon-struktion Ab-Auf-bau heißt.

Seite und von Foucault und Derrida auf der anderen Seite gewonnen wurden, zusammengefügt werden, um eine normative Grundlegung für eine "verzweifelte" demokratische Planung in der Postmoderne zu finden?

Diese Frage soll anhand der nächsten beiden Fragmente der Rekonstruktionsversuche erörtert werden.

8.3 Drittes Fragment: Planung und soziale Gerechtigkeit: Die Benennung der Dimensionen sozialer Ungerechtigkeit als normativer Bezugspunkt der Kritik

In diesem Fragment soll - auf der Grundlage der in der Einleitung erfolgten Definition (Kapitel 1.1) - die normative Zielorientierung einer demokratischen Planung konkretisiert werden. Dazu wird die Gerechtigkeitskonzeption der - der Postmoderne zugerechneten - amerikanischen Feministin Iris Marin Young herangezogen (Young 1990a), die von David Harvey mit Stadtplanung und Stadtpolitik in Verbindung gebracht wurde (Harvey 1992 und 1993). Ihre Herangehensweise an die Frage sozialer Gerechtigkeit wird als Möglichkeit angesehen, dem - durch die Unmöglichkeit egalitärer Positionen und dem Verwerfen jeder universellen Moral - drohenden "postmodernen Tod der Gerechtigkeit" (Harvey 1993, S. 48) entgegenzuwirken, ohne selbst wieder vereinheitlichend oder "totalitär" zu sein.

Über die ausschließliche Dekonstruktion der Planung hinaus soll im Rahmen einer solchen Zielorientierung demokratischer Planung die Rekonstruktion eines Maßstabes der Kritik ermöglicht werden, der ausreichend skeptisch angelegt ist, um die totalitäre Verwischung von Differenzen und ungleichen Machtverhältnissen zu vermeiden. Zudem soll mit dieser ethischen Grundlegung demokratischer Planung auf die Kritik an der Diskursethik reagiert werden, daß eine rein formale Ethik in der gesellschaftlichen Realität nicht ausreicht, um die Anerkennung sozial "schwacher" Wertsysteme zu ermöglichen und auf eine Umverteilung der Macht gerade zugunsten jener Bevölkerungsteile hinzuwirken, die faktisch von den diskursiven Verfahren ausgeschlossen sind.

Soziale Gerechtigkeit in einer postmodernen Politik der Differenz

Die Gerechtigkeitskonzeption von Young folgt zwar grundsätzlich einer Konzeption diskursiver Ethik (wie etwa von Habermas). Dabei geht sie aber über den rein prozeduralen Aspekt der diskursiven Ethik, die lediglich ein "Engagement für einen fairen und gleichberechtigten Umgang miteinander"

(Taylor 1993, S. 49) beinhaltet, hinaus und bezieht sittliche Fragen des 'guten Lebens' in die Frage nach sozialer Gerechtigkeit ein. Fragen des guten Lebens werden aber nicht nur mit Verteilungsgerechtigkeit gleichgesetzt, wie dies im modernen Wohlfahrtsstaat geschieht. Vielmehr wird zusätzlich dazu die Frage der Anerkennung der Differenz der unverwechselbaren Identität von Subjekten und sozialen Gruppen in die Konzeption mit einbezogen. Ausgangspunkt dieser Konzeption ist damit ebenso das Wissen, daß soziale Ungerechtigkeit Ausdruck der ökonomisch bedingten Ungleichverteilung ist, wie - als Folge postmoderner Positionen - die Erkenntnis, daß vor dem Hintergrund dominanter gesellschaftlicher Rationalitätsformen Ungerechtigkeit auch durch die kulturell bedingte Unterdrückung oder Ausgrenzung sozialer Gruppen und Individuen (bsp. Frauen, Homosexuelle, ethnische Minderheiten) existiert.

Eine Bekämpfung sozialer Ungerechtigkeit, die bestehende kulturelle Differenzen nicht durch eine "Gleichbehandlung von Ungleichen" auslöscht, kann Young zufolge nur durch die Verwirklichung einer "Politik der Differenz" erreicht werden, die den verschiedenen sozialen Gruppen politische Repräsentationsmöglichkeiten gibt und ihre unterschiedlichen Merkmale und kulturellen Ausdrucksformen wertschätzt (Young 1990b, S. 319). Die Gerechtigkeitskonzeption Youngs ist damit der sozialen Gerechtigkeit und der Differenz unterschiedlicher Werthaltungen und Lebensformen gleichermaßen verpflichtet.

Fragen der Gerechtigkeit verschmelzen nun in der Konzeption Youngs nicht etwa mit Fragen des 'guten Lebens': Lebensformen oder Werthaltungen von sozialen Gruppen oder Individuen werden nicht bewertet. Es geht bei der Frage nach der sozialen Gerechtigkeit einer Gesellschaft lediglich darum, inwieweit sie gewillt und in der Lage ist, institutionelle Bedingungen zu schaffen, die dazu geeignet sind, die Ungerechtigkeit zu bekämpfen.

Soziale Ungerechtigkeit ist durch zwei soziale Bedingungen gekennzeichnet: Die erste ist die "Unterdrückung", die als Verhinderung der *Selbstentfaltung* definiert ist, und die zweite die "Herrschaft", die als Verhinderung der *Selbstbestimmung* definiert ist (vgl. Young 1990a, S. 36-40). Während sich letztere auf die prozeduralen Aspekte der Partizipation an Entscheidungen bezieht, meint erstere den sittlichen Aspekt von Gerechtigkeit: Eine gerechte Gesellschaft müßte somit - zusätzlich zur Schaffung von institutionellen Bedingungen für die gleichberechtigte, diskursive Partizipation aller Menschen an Entscheidungsprozessen - institutionelle Bedingungen schaffen, die das Ziel der Bekämpfung der

verschiedenen Dimensionen der Unterdrükkung verfolgen. Dabei können Young zufolge fünf Dimensionen der Unterdrückung unterschieden werden. Sie sollen hier als substantielle Kriterien der Kritik vorgeschlagen werden, die den normativen Bezugspunkt demokratischer Planung darstellen können.

Die Benennung sozialer Ungerechtigkeit: Fünf Dimensionen der Unterdrückung

Die erste Dimension der Unterdrückung besteht aus der klassischen marxschen Ausbeutung am Arbeitsplatz. Sie ist aber - v.a. im Hinblick auf im Haushalt arbeitende Frauen - auf die Ausbeutung am Wohnort zu erweitern (vgl. Young 1990a, S. 48-53). Obwohl die schlimmsten Auswirkungen der Ausbeutung im Wohlfahrtsstaat beseitigt wurden, ist sie Harvey zufolge in "mutierten" Formen nach wie vor "omnipräsent"[5] (Harvey 1992, S. 598) und verschärft sich in der postmodernen Gesellschaft wieder (vgl. die Kapitel 4 und 5).

Die in der Ausbeutung liegende Ungerechtigkeit besteht in der Tatsache, daß "Ausgebeutete" ihre Fähigkeiten unter der Kontrolle, für die Ziele und für den hauptsächlichen Nutzen von Anderen ausüben. Ausbeutung erschöpft sich nicht auf rein materielle Aspekte der Verteilungsungerechtigkeit von Wohlstand, sondern beinhaltet etwa auch die Ungleichverteilung gesundheitlicher Risiken oder die Ungleichverteilung der Kontrolle über die eigene Arbeitskraft. Ausbeutung ist nicht nur ein auf soziale Klassen bezogenes Phänomen, sondern auch nach sozialen Gruppen unterschiedlich intensiv: So unterliegen Frauen als soziale Gruppe ebenso einer über ihre Klassenzugehörigkeit hinausgehenden Ausbeutung wie etwa ethnische Minderheiten (vgl. dazu den Arbeitsmarkt in Frankfurt, Kapitel 5.2.4).

Die in Bezug auf die Planung aus dieser ersten Dimension der Unterdrükkung zu ziehende Schlußfolgerung ist, daß demokratische und damit sozial gerechte Stadtplanung die Schaffung sozialer und politischer Institutionen und Politiken zum Inhalt haben muß, die darauf abzielen, die Ausbeutung sowohl am Arbeitsplatz als auch am Wohnort zu minimieren.

---

5 So wurde etwa die Verkürzung der Arbeitszeit durch eine Verdichtung der Arbeitsintensität kompensiert.

Die zweite Dimension der Unterdrückung, die sich im Rahmen der aktuellen ökonomischen und sozialen Umstrukturierungsprozesse erheblich verschärft, besteht in der Marginalisierung von Individuen und sozialen Gruppen. Marginalisierte sind Young zufolge Menschen, die der Arbeitsmarkt nicht aufnehmen kann oder will (Young 1990a, S. 53 f.). Wie die Kapitel 4 und 5 der vorliegenden Arbeit zeigen, wird eine steigende Anzahl von hauptsächlich älteren Menschen, Alleinerziehenden, Langzeitarbeitslosen, arbeitslosen Jugendlichen ohne Berufserfahrung oder von Angehörigen ethnischer Minderheiten dauerhaft vom Arbeitsmarkt ausgegrenzt. Die in der Marginalisierung liegende Ungerechtigkeit besteht nicht nur aus der materiellen Deklassierung und ist damit durch rein materielle Zuwendungen nicht zu lösen. Ebenso deklassierend ist der Ausschluß von den Möglichkeiten sinnvoller Partizipation am sozialen Leben (und damit an sozialer Interaktion) oder der Ausbildung sozialer Identität und darüber von Anerkennung und Selbstachtung. Darüber hinaus besteht eine zusätzliche Deklassierung darin, daß marginalisierte Menschen Objekte von sozialer Mißachtung[6] oder von - mit Strafandrohung verbundenen - paternalistischen politischen Maßnahmen sind, die bei EmpfängerInnen staatlicher Leistungen eine dauerhafte Angst vor - materiellen Kürzungen zur Folge haben.

Marginalisierung wird eines der zentralen Probleme der städtischen Gesellschaften in naher Zukunft sein. Demokratische Stadtplanung und lokale Politik müssen sich damit auf eine Politik verpflichten, die dem Problem der Marginalisierung in nicht-diskriminierender und nicht-paternalistischer Weise entgegentritt und in "ganzheitlichen" lokalen Politikansätzen bekämpft.

Die dritte Dimension der Unterdrückung wird von Young (Young 1990a, S. 56-58) als Machtlosigkeit bezeichnet. Sie bezieht sich auf die Ungleichverteilung sowohl der politischen Ausdrucksmacht als auch der Ausdrucksmöglichkeit im Rahmen persönlicher Selbstverwirklichung. Machtlosigkeit ist verknüpft mit der im Rahmen der gesellschaftlichen Arbeitsteilung bestehenden Ungleichverteilung von gesellschaftlichem Status (und damit der Chance zu persönlichem Selbstbewußtsein) sowie der Möglichkeit zur Bildung (und damit zu gesellschaftlich relevanter "Sprechfähigkeit"). So zeigt sich etwa in Frankfurt, daß die unterschiedliche politische

---

6 Hierzu kann etwa das Stichwort "Sozialmißbrauch" genannt werden.

Sprechfähigkeit, die letztlich entscheidend ist für die Möglichkeit der Beteiligung und Einflußnahme bei diskursiven Planungsverfahren, an Bildung und gesellschaftlichen Status gekoppelt ist. Das Problem der Machtlosigkeit wird für einzelne soziale Gruppen vor allem durch die Deregulierung der Planung auf informelle Instrumente und der damit verbundenen Möglichkeit selektiver Beteiligung immer gewichtiger.

Demokratische Planung muß damit der Unterdrückung durch Machtlosigkeit insbesondere durch aufsuchende und unterstützende Beteiligung gesellschaftlich machtloser Gruppen entgegenwirken. Diese Dimension bezieht sich also vor allem auf prozedurale Aspekte der Planung (vgl. dazu Selle und Forester), beinhaltet darüber hinaus aber auch die inhaltliche Verpflichtung der Planung zur Berücksichtigung der Bedürfnisse machtloser Gruppen.

Während Ausbeutung, Marginalisierung und Machtlosigkeit Folge und Ausdruck der sozialen Arbeitsteilung sind, bezieht sich "kultureller Imperialismus" als vierte Dimension der Unterdrückung auf unterschiedliche Lebensformen und kulturelle Werte (vgl. Young 1990a, S. 58-61, Harvey 1992, S. 599): Kultureller Imperialismus meint die Etablierung eines dominanten Wertesystems als kulturelle gesellschaftliche Norm und die damit einhergehende Definition davon verschiedener kultureller Wertsysteme und Lebensformen als "nicht der Norm entsprechend", als abweichend oder "anders". Solche "anderen" Lebensformen werden einerseits von der gesellschaftlich dominanten "Meinung" definiert, mit bestimmten Urteilen belegt und damit diskriminiert. Beispiele dafür sind etwa die herrschenden Auffassungen, daß Frauen besser dafür geeignet seien, Kinder zu erziehen, daß Schwule promiskuitiv seien oder daß "südländische Gastarbeiter" langsam arbeiteten. Andererseits wird "anderen" Lebensformen häufig ihre soziale "Berechtigung" abgesprochen (etwa "wilden Ehen", homosexuellen Lebensgemeinschaften oder diversen Jugendkulturen), was in Gesellschaft, Politik und Rechtssystem Benachteiligung und Ausschluß zur Folge hat.

In der Planung drückt sich ein kultureller Imperialismus städtebaulich durch den Mangel an Berücksichtigung spezifischer Belange aus (bsp. bei sozialer und kultureller Infrastruktur). Er zeigt sich aber auch prozedural in der Nichtbeteiligung und Nichtberücksichtigung "unterdrückter" Gruppen, Lebens- und Ausdrucksformen etwa in diskursiven Verfahren. Eine demokratische Planung muß für einen solchermaßen verstandenen kulturellen

Imperialismus sensibel sein und ihm durch spezifische Maßnahmen entgegenwirken.

Eine fünfte Dimension der Unterdrückung liegt in der Ausübung oder Androhung von Gewalt: Gewalt ist einerseits verknüpft mit den sozialen Bedingungen des Kapitalismus und damit Bestandteil sozialer Ungerechtigkeit (vgl. Harvey 1992, S. 599 f.). Andererseits ist Gewalt als soziale Praktik ein, über individuelle Problematik hinausgehender, Bestandteil sozialer Ungerechtigkeit, wenn sie systematisch gegen Mitglieder bestimmter sozialer Gruppen gerichtet ist (vgl. Young 1990a, S. 62 f.). Als potentielle oder faktische Opfer systematischer Gewaltausübung sind insbesondere kulturell diskriminierte Gruppen, wie Frauen und in den letzten Jahren zunehmend ImmigrantInnen, Homosexuelle oder Obdachlose, zu nennen.

Unterdrückung durch Gewaltausübung ist aber auch anders herum Ausdruck sozialer Ungerechtigkeit: Die Möglichkeit zur Abwehr von Gewalt ist zum einen eine ungleich verteilte gesellschaftliche Ressource. Dies zeigt sich in der zunehmenden "Verschanzung" sowohl von Wohnvierteln wohlhabender Bevölkerungsteile als auch von exklusiven städtischen Konsumzonen durch Sicherheitssysteme, Wachdienste und die Privatisierung des öffentlichen Raumes, die wiederum zum Ausschluß marginalisierter Gruppen beiträgt. Zum anderen wird Gewalt aber auch zunehmend von öffentlichem und privatem Wachpersonal insbesondere gegen die als potentiell gewalttätig eingestuften oder nur "störenden" marginalisierten Gruppen (Junkies, Punks, Obdachlose, BettlerInnen) ausgeübt (vgl. zu dieser Problematik in Frankfurt Kapitel 5.2.4).

Unterdrückung durch Gewalt bzw. Bekämpfung von Gewalt ist also ein äußerst zweischneidiges Problem. Eine demokratische Stadtplanung muß der Gewalt als Dimension sozialer Ungerechtigkeit durch eine nicht-ausschließende, nicht-"militaristische" und nicht-überwachende Form der sozialen Kontrolle begegnen (vgl. Harvey 1992, S. 600), wofür etwa die städtebauliche Beseitigung sogenannter "Angsträume" ein Beispiel sein kann.

Die Bekämpfung der Ungerechtigkeit als ethische Dimension demokratischer Planung

In der Verpflichtung der Stadtplanung auf die Bekämpfung sozialer Unterdrückung in diesen fünf genannten Dimensionen kann die ethische Grundle-

gung einer demokratischen Planung gesehen werden, die über rein prozedurale Aspekte der Diskursethik hinausgeht. Die Anwendung dieser inhaltlichen Kriterien der Kritik, die in der Benennung der fünf Dimensionen sozialer Unterdrückung liegen, ermöglicht es, unterschiedliche Formen der Unterdrückung differenter Gruppen und Individuen zu erkennen. Dies kann erfolgen, ohne einerseits die Kritik auf der reduzierten Grundlage eines 'common sense' anzusetzen (wie mit der Formel "so sozial und ökologisch wie möglich") und ohne andererseits eine Hierarchie der Bedeutungen der einzelnen Dimensionen zu errichten (vgl. Young 1990a, S. 64). Damit vermeidet ein solches Verständnis von sozialer Unterdrückung ein vereinheitlichendes und lediglich in Oppositionen verbleibendes (modernes) Denken und basiert auf der Grundlage der Erkenntnisse über die soziale und die subjektive Fragmentierung: So können einzelne Individuen, beispielsweise im Fall eines ausgebeuteten Angehörigen einer ethnischen Minderheit, der physische Gewalt anwendet, oder einer ausgebeuteten weißen Frau, die durch ethnische Vorurteile kulturellen Imperialismus ausübt, zu gleicher Zeit Unterdrückte und UnterdrückerInnen sein (vgl. dazu auch Kapitel 5.3).

Der Vorschlag für eine normative ethische Grundlage einer demokratischen Planung liegt also - in der Folge der Ansätze von Forester und Selle - in der prozessualen Verpflichtung der Planung auf die Bekämpfung von Herrschaft, die durch ungerechte Verfahren ausgeübt wird, und darüber hinausgehend in der inhaltlichen Verpflichtung auf die Bekämpfung von Unterdrückung, die in den fünf genannten Dimensionen auftritt. Dementsprechend ist der Maßstab für eine Kritik der Planung nicht nur ihr prozessualer Beitrag zur Schaffung gerechterer Verfahren, sondern auch ihr inhaltlicher Beitrag zur Bekämpfung sozialer Unterdrückung.[7]

Es wird hier also keine positive (zwangsläufig totalisierende) Utopie formuliert: Gemäß der Feststellung von Axel Honneth wird davon ausgegangen, daß

> "die Forderungen nach sozialer Gerechtigkeit ... einen so unerfüllbaren, ja maßlosen Charakter besitzen, daß sie auf Dauer die Möglich-

---

7 Im Hinblick auf die beiden analysierten Planungsansätze lassen vor allem verschiedene Aussagen von Klaus Selle vermuten, daß er zwar grundsätzlich einer solchen Zielorientierung der Planung zustimmen würde: In seinem Ansatz ist eine solche aber als prinzipielle normative Grundlegung der Planung nicht enthalten.

> keit einer Kritik an ihrer unvollständigen Verwirklichung bieten" (Honneth 1995, S. 7).

Damit verfolgt diese Kritik der Ungerechtigkeit als utopische Vision auch nicht das Ziel einer konsensualen Versöhnung zwischen einander widersprechenden Werten mit seiner zwangsläufigen Folge von Ausschluß und Unterdrückung. Das Ziel kann lediglich in einer "friedlichen Koexistenz" einander widersprechender Werte gesehen werden, letztlich in der Erfüllung des "laßt uns in Ruhe spielen" von Lyotard.

Die - strenggenommen den Prinzipien der Dekonstruktion widersprechende - Benennung der Unterdrückung in fünf Begriffen stellt in gewisser Weise einen Kompromiß dar: Er wird zwischen der Dekonstruktion - und ihrer Erkenntnis der Unmöglichkeit einer positiven Wahrheitsfindung - und der Annahme geschlossen, daß die Formulierung ethischer Maßstäbe zur Bekämpfung sozialer Ungerechtigkeit unerläßlich ist. Dabei gehen diese ethischen Maßstäbe durch die Formulierung sittlicher Aspekte gleichzeitig über die Diskursethik von Habermas hinaus, wie sie durch den Verzicht auf eine Vision der Wahrheitsfindung in einer idealen Sprechsituation zugunsten der Formulierung lediglich mehrdimensionaler Maßstäbe der Kritik hinter ihn zurückfallen.

Im Hinblick auf eine die soziale Unterdrückung bekämpfende Politik der Differenz bleiben natürlich viele Fragen offen, die hier nicht beantwortet werden können, zum Beispiel: Wie definieren und repräsentieren sich soziale Gruppen und ihre Bedürfnisse etwa außerhalb der gängigen Strukturen (wie Vereine, Träger öffentlicher Belange etc.)? Auf welche Weise sind im Rahmen einer Politik der Differenz etwa Maßnahmen einer "positiven Diskriminierung" zu ergreifen und welche kulturellen Werte können wie geschützt werden (vgl. dazu etwa Taylor 1993)?

In welcher Beziehung vor dem Hintergrund der beschriebenen normativen Zielorientierung und auf der Basis der Erkenntnisse der Machtanalyse Foucaults sowie der Dekonstruktion die Verfahrensprinzipien Foresters und Selles verändert werden könnten, bzw. in welcher Form eine Kritik der Planung stattfinden könnte, wird im nächsten Fragment diskutiert.

8.4 Viertes Fragment: Dekonstruktive Planungskritik versus gestaltende Planungspraxis: Die Konstruktion der Planung als "paradoxes Ganzes"

Das vierte Fragment dieses Kapitels soll der Überlegung konkreter Konsequenzen dienen, die sich aus den bisher dargestellten Ergänzungen bzw. Richtungsänderungen der planungstheoretischen Grundprinzipien der diskutierten Ansätze Foresters und Selles für die Planungspraxis ergeben könnten.

Solche Konsequenzen sind in einer abstrakten Diskussion auf zwei Ebenen naheliegend: auf der Ebene der diskursiven Planungsverfahren und auf der Ebene der Kritik der Planung.

Diskursive Planungsverfahren: Dissensklärung versus Konsensorientierung

In Kapitel 6 wurde dargestellt, daß die einzelnen Verfahrensmerkmale und Standards, die v.a. Klaus Selle für kooperative Planungsverfahren entwickelt hat, so umfassend sind, daß ihnen vor dem Hintergrund des Ziels der Demokratisierung der Planung kaum mehr etwas hinzuzufügen ist. Die entscheidende Veränderung, so wurde in vorliegender Arbeit argumentiert, hat auf der Ebene des Grundprinzips der Konsensorientierung als "kommunikativer Metasprache" zu erfolgen. Danach können kooperative Planungsverfahren, sollen sie zu einer Demokratisierung beitragen, nicht konsensorientiert sein:

In der postmodernen kapitalistischen Gesellschaft kann nur eine Planung im Sinne der Umverteilung der Machtverhältnisse zugunsten gesellschaftlich schwacher oder ausgeschlossener Gruppen demokratisch sein, die zugesteht, daß in dieser Gesellschaft die Ungleichheit der Machtverhältnisse unüberwindbar ist. Anders ausgedrückt kann nur eine Planung demokratisch sein, die von vornherein davon ausgeht, daß sie ihr Ziel nicht erreichen kann. In diesem Paradoxon liegt die zentrale Konsequenz aus den in der vorliegenden Arbeit vorangegangenen Analysen. Die entscheidende Folge dieses Paradoxons ist, daß eine solche Planung das Prinzip der "gleichlangen Spieße" als generelles in der Planungspraxis geltendes Prinzip als Illusion begreifen und aufgeben muß. Damit gesteht sie ein, daß gerechte diskursive Planungsverfahren in der Praxis nicht möglich sind. Und die Folge davon ist, daß jeder Konsens prinzipiell ungerecht und jede Konsensorientierung prinzipiell undemokratisch ist, da ein Konsens nur auf der Grundlage von

ausgeschlossenen Gruppen und Inhalten sowie ungleich verteilter Sprechfähigkeit zustandekommt. Diskursive Planungsverfahren können damit als maximales Ziel eine exakte Klärung der Dissense verfolgen.

Aus diesem Prinzip ergibt sich eine grundsätzliche Frage: Auf welche Weise und durch wen kann eine Entscheidung erfolgen, die zur planerischen Umsetzung führt, wenn diese nicht in einem diskursiven Verfahren als Folge eines Konsenses der Beteiligten getroffen werden kann?

Die naheliegenste Anwort ist, daß Entscheidungsprozesse weiterhin innerhalb des politisch-administrativen Systems verbleiben. Dies geschieht faktisch im Rahmen der von Selle entwickelten Verfahren in der Planungspraxis sowieso (vgl. Kapitel 5 und 6). Nur ist dann die Frage, inwiefern die Veränderungen durch diskursive Planungsverfahren etwa gegenüber der herkömmlichen "Bürgerbeteiligung", bei der den BürgerInnen ebenso nur das Recht auf Information und Anhörung zustand, wirklich substantiell sind - bzw. ob sie nicht lediglich eine operative Anpassung des Rituals der "Bürgerbeteiligung" an veränderte Bedingungen bedeuten und damit dieses "leere Ritual" unter einem neuen Gesicht weiterführen.

Hier soll eine andere Antwort vorgeschlagen werden, die aber an dieser Stelle lediglich schemenhaft bleiben kann und in ihrer konkreten Umsetzungsmöglichkeit (etwa Finanzierung) oder -form hier nicht diskutiert wird:

Die auf eine exakte, schriftlich fixierte und öffentlich zugängliche Klärung der Dissense zwischen den Beteiligten an diskursiven Verfahren folgende und zur praktischen Umsetzung führende Entscheidung soll "Schiedsgerichten" übertragen werden. Solche Schiedsgerichte sollen mit - demokratisch zu wählenden - VertreterInnen der verschiedenen gesellschaftlichen "Welten" besetzt sein, d.h. mit VertreterInnen aus Staat, Markt und verschiedenen Segmenten der zivilen Gesellschaft. Damit soll verhindert werden, daß lediglich dem Lokalstaat, der in der Planung als ein Akteur unter anderen anzusehen ist (vgl. dazu Selle) und zudem als Teil des politischen Systems kaum die hier geforderte lebensweltliche Zielorientierung als Grundlage seiner Entscheidungen verwendet, die Entscheidungshoheit übertragen wird. Fachliche Kompetenz dürfte bei der Besetzung eines Schiedsgerichts kein Auswahlkriterium darstellen, eine hohe Beteiligungsquote von "Laien" wäre ausdrücklich zu garantieren. Denkbar für die Besetzung könnten Quotenregelungen sein, die einer

"positiven Diskriminierung" zugunsten gesellschaftlicher Minderheiten folgen. Die ethische Grundlage dafür resultiert aus dem Ziel der Bekämpfung sozialer Ungerechtigkeit (vgl. Kapitel 8.3).

Schiedsgerichte wären - um der Gefahr einer institutionellen Verfestigung zu begegnen - keine dauerhaften Einrichtungen, sondern würden jeweils bei größeren Planungsvorhaben etabliert. Der Staat müßte damit einen Teil seiner Planungshoheit auf solche schiedsgerichtlichen Instanzen übertragen, sich wie die anderen AkteurInnen an den jeweils erfolgenden Schiedsspruch binden und sich zu seiner Umsetzung verpflichten.

Entscheidungsvorlagen für das Schiedsgericht würden zum einen in diskursiven Planungsverfahren unter Beteiligung planungsbetroffener AkteurInnen aus den verschiedenen gesellschaftlichen "Welten" erarbeitet, die von ihm eingesetzt und kontrolliert würden, und wären zum anderen die hier unter "Kritik der Planung" angesprochenen "Dekonstruktionsanalysen" (vgl. unten). Als Reaktion auf die Kritik an Selle, daß die Schaffung von vermittelnden Brückeninstanzen nicht ausreicht, um unterdrückten Interessen zur Geltung zu verhelfen, ändert sich damit die "Führungsmethode" kooperativer Verfahren: Als Folge der Annahme, daß eine Wahrheitsfindung in rationaler Kommunikation unmöglich ist, bestünde die "Führung" diskursiver Verfahren nicht mehr in einer lediglich vermittelnden Moderation, sondern im Fällen von Schiedssprüchen auf der Basis kritischer Information.

Selbstverständlich bleiben Ungerechtigkeiten und offene Fragen: Auch ein Schiedsgericht ist kein neutrales Instrument, sondern immer subjektiv. Letztlich werden wahrscheinlich bei der Besetzung des Schiedsgerichts (ähnlich wie bei der Auswahl von SchöffInnen) und bei der Urteilsfindung im Rahmen eines kulturellen Imperialismus Vorurteile gegen Minderheiten zum Tragen kommen. Zudem setzen sich auch in einem Schiedsgericht die Sprechfähigsten gegenüber anderen durch, werden Machtverhältnisse reproduziert usw.

Damit bleibt die Frage, ob dieser Vorschlag nicht lediglich eine Verlagerung der Problematik der diskursiven Kooperationsverfahren auf eine andere Ebene bedeutet: Denn auch ein Schiedsgericht ist letztlich ein diskursives Verfahren. Der Hauptunterschied zwischen Schiedsgericht und Kooperationsverfahren nach Selle besteht darin, daß Entscheidungen in Schiedsgerichten nicht von AkteurInnen getroffen werden, die direkt von den verhandelten Sachverhalten betroffen sind. Die dadurch vorhandene Distanz zu den entsprechenden Sachverhalten und zu eigenen partikularen

Interessen läßt eine größere Bereitschaft zur Differenzierung eigener Standpunkte und zur Unterstützung benachteiligter Positionen erhoffen. Prinzipiell müßte die allgemeine ethische Grundlage der Entscheidungen des Schiedsgerichts die Verpflichtung zur Bekämpfung sozialer Ungerechtigkeit nach den in Fragment 3 (Kapitel 8.3) genannten Kriterien sein.

Ein Punkt von entscheidender Bedeutung ist zudem, daß auch den Schiedsgerichten keine Konsensentscheidung vorgeschrieben sein darf. Die Entscheidungsfindung soll vielmehr nach dem Prinzip der Mehrheitsentscheidung auf der Grundlage einer exakten, schriftlich fixierten und öffentlich zugänglichen Dissensklärung erfolgen. Das Herrschaftspotential im Hinblick auf die Unterdrückung unterlegener Diskurse erscheint im Rahmen einer solchen Mehrheitsentscheidung vor dem Hintergrund obiger Analysen gegenüber einer Konsensorientierung als das "geringere Übel", da oppositionelle Stimmen nicht in die Entscheidung eingebunden und damit auch nach dem Verfahren als Gegenmeinung artikuliert werden (können).

Kritik der Planung: Dekonstruktive versus gestaltende Planung

Im ersten und im zweiten Fragment des vorliegenden Kapitels wurde die Bedeutung aufgezeigt, die eine kritische Dekonstruktion sowohl der Machtverhältnisse, auf deren Grundlage die Planungspraxis operiert, als auch der Planungsverfahren, innerhalb derer diese Machtverhältnisse reproduziert werden, hat. Die Richtungsänderung der Zielorientierung diskursiver Verfahren von der Konsensorientierung zur Dissensklärung und die Einführung von Schiedsverfahren als alternative Entscheidungsfindungsprozesse in solchen Verfahren kann die prinzipiellen Probleme nicht lösen, die der Suche nach einer demokratischen Planung in der Postmoderne zugrundeliegen. Die rationale Kommunikation ist auch in Schiedsverfahren unmöglich, ungleiche Machtverhältnisse werden weiterhin reproduziert: Wie bereits angesprochen ist Planungspraxis per definitionem eine gestaltende und produzierende Tätigkeit, bei der Entscheidungen zu treffen sind, die automatisch zu Ausschluß und Unterdrückung von Anderem führen. Damit ist sie letztlich grundsätzlich ungerecht. Dekonstruktion hingegen ist die zu einer gestaltenden Praxis gegensätzliche Tätigkeit einer kritisierenden Beobachtung, die selbst nicht gestaltet oder produziert. Beides läßt sich nicht miteinander verbinden oder versöhnen: Dekonstruktive Kritik kann nur neben die Planungspraxis gestellt werden, eine dekonstruktive Planungspraxis gibt es nicht.

Der Foucaultschen Diskursanalyse und der Dekonstruktion kann die Fähigkeit zugesprochen werden, die prinzipielle Ungerechtigkeit der Planung entlarven und denunzieren zu können. Foucault zufolge ist diese Entlarvung ihrer Praktiken die einzige Möglichkeit, ein ungestörtes Funktionieren der Macht zu verhindern. Diese Fähigkeit der "Entlarvung" kann Dekonstruktion und Diskursanalyse aber nur entfalten, wenn sie völlig frei agieren kann, d.h. wenn sie nicht im Rahmen der Planungspraxis in Kompromisse eingepaßt wird, in Kooperation eingebunden wird, Rücksichten auf praxisbezogene Sachzwänge nehmen muß etc.

Damit scheint demokratische Planung in der Postmoderne aus zwei entgegengesetzten Bestandteilen bestehen zu müssen: Der erste Bestandteil ist die - an den in Fragment 3 formulierten ethischen Grundsätzen orientierte - Entwicklung und Anwendung von diskursiven Verfahren in der gestaltenden Planungspraxis mit dem Ziel der Minimierung ihrer ihnen immanenten Ungerechtigkeit. Der zweite Bestandteil bestünde aus der davon völlig unabhängigen, ständigen Dekonstruktion sowohl der Machtverhältnisse, die den Ausgangspunkt planerischen Handelns bilden, wie auch der Planungsverfahren und der planerischen Diskurse selbst. Damit wäre eine "dekonstruktive Planung" komplementär zur eigentlichen Planungspraxis, die hier als "gestaltende Planungspraxis" bezeichnet werden soll, zu installieren und müßte ihr gewissermaßen als konträre Gegenbewegung entgegenarbeiten: Dekonstruktionsprozesse müßten in verschiedensten Formen dekonstruieren, was die gestaltende Planungspraxis konstruiert; sie müßten Konflikt suchen und erzeugen, wo jene Konflikt minimiert oder ausschaltet; sie hätten nach Machtverhältnissen und Entscheidungsgrundlagen, nach Ausschluß und Unterdrückung von Gruppen, Personen und Inhalten zu suchen und sie offenzulegen, wo jene verschleiert; sie hätten Planungsverfahren völlig unbeeindruckt von Fragen der Effektivität, Ökonomie, Umsetzbarkeit, Durchsetzbarkeit etc. zu analysieren, wo jene nach Effektivität, Durchsetzbarkeit etc. sucht; sie müßte dort kritisieren, wo es jene am meisten trifft usw., kurz: Dekonstruktive Planung hätte die Aufgabe, die Reflexion der Praxis zu radikalisieren. Dekonstruktive Planung wäre damit als "subversive Tätigkeit" die "Andere Planungspraxis".

Eine solchermaßen verstandene dekonstruktive Planung müßte sowohl institutionell als auch personell von der gestaltenden Planungspraxis völlig getrennt etabliert werden. Der Hintergrund für diese Forderung wurde bereits

angesprochen und liegt in der unversöhnlichen Gegensätzlichkeit beider Elemente: Dekonstruktive Planung kann nur als unabhängige Instanz ihre Funktion als "Systemvirus" ausüben und gestaltende Planung bleibt als gestaltende Kraft nur funktionsfähig, wenn sie nicht vom "Virus" bereits erfaßt ist. Letzteres konkret ausgedrückt heißt beispielsweise, daß ein diskursives Planungsverfahren, das ein Mindestmaß an Verständigungs- und Kompromißbereitschaft aller Beteiligten benötigt, nicht funktionieren kann, wenn etwa die am Verfahren beteiligte Planungsinstanz durch das schonungslose Aufdecken von Machtverhältnissen und Machtausübung innerhalb des Verfahrens Konflikte erzeugt, die jegliche Kompromißbereitschaft zerstören.

Zur Institutionalisierung einer dekonstruktiven Planung wären damit personell und institutionell komplett eigenständige Instanzen zu schaffen, die ausschließlich dekonstruktiv tätig werden und - entsprechend den Schiedsgerichten - jeweils bei größeren Planungsvorhaben eingesetzt werden. Denkbar wäre etwa die Organisationsform von Vereinen. Dabei müßte ihre Tätigkeit als Bedingung an die planungsrechtliche Genehmigung von Planungsvorhaben geknüpft werden. Ihre Tätigkeit könnte zum Teil ehrenamtlich als "sozialer Dienst" erfolgen. Wie bei den Schiedsgerichten wäre es auch innerhalb der dekonstruktiven Planung sinnvoll, ExpertInnen, die zur Erstellung der Dekonstruktionsanalysen notwendig wären, und Laien kombiniert einzusetzen.

Die Aufgaben der Dekonstruktion entsprächen in etwa den Aufgaben, die Foucault für eine "Politik der Wahrheit" den Intellektuellen oder Lyotard für seine Idee einer "philosophischen Politik" den PhilosophInnen zuweist (vgl. Welsch 1991, S. 241 ff.): Sie wären den Aufgaben von AnwältInnen ähnlich. Zum einen bestünden sie in einer beobachtenden, analytischen und zum anderen in einer teilnehmenden, kommunikativen Tätigkeit.

Die analytische Aufgabe läge im Erstellen von "Dekonstruktionsanalysen" im Zusammenhang mit größeren Planungsvorhaben. Der erste Teil dieser Aufgabe bestünde in der Analyse der jeweiligen lokalen gesellschaftlichen Machtstrukturen. Sie wäre jeweils vor der Implementierung eines gestaltenden Planungsverfahrens abzuschließen und öffentlich zu machen. Solche Analysen hätten als Grundlage für die Etablierung von Maßnahmen der gestaltenden Planung zu dienen, die das Ziel verfolgen, den jeweils kenntlich gemachten unterdrückten "Diskursen" zur größeren Einflußnahme in den zu etablierenden Planungsverfahren zu verhelfen (also etwa

Anwaltsplanung oder Qualifizierungsmaßnahmen). Unterschiedliche Möglichkeiten für solche gegensteuernden Maßnahmen finden sich bei Forester und Selle. Der zweite Teil der Analysen läge in der Dekonstruktion der Verfahren selbst: Diese Dekonstruktionsanalysen wären zwingend öffentlich zu machen. Vor allem aber hätten sie neben dem Ergebnis des jeweiligen Planungsverfahrens als gleichbedeutsame Grundlage in die schiedsgerichtlichen Entscheidungen einzugehen.

Die zweite, mindestens ebenso wichtige Aufgabe der dekonstruktiven Planung läge in der konkreten kommunikativen Unterstützung unterdrückter "Diskurse", also sozialer Gruppen, planerischer Diskurse sowie generell inhaltlicher Alternativen: Dabei müßten mit verschiedensten kommunikativen Mitteln etwa unterdrückte soziale Gruppen zum Widerstand in verschiedensten Formen, zur Äußerung ihrer Wünsche animiert werden: Dafür könnten Streit- und Kommunikationsforen installiert, Demonstrationen organisiert, künstlerische oder generell kulturelle Äußerungen und Protestformen inszeniert werden. Dabei liegt die Hoffnung darin, daß durch die Entlastung solcher unverbindlicher Protestformen vom Zwang der Beteiligung an *gestaltender* planerischer Tätigkeit das größte Problem klassischer anwaltsplanerischer Ansätze, nämlich Lethargie und Mangel an Beteiligung gerade marginalisierter Gruppen, entschärft werden könnte. Zudem könnte, und das ist ein wichtiger Punkt, der in der gestaltenden Planung existierende Zwang zu bestimmten (instrumentellen, zielorientierten) Wissens- und Rationalitätsformen und Ausdrucksweisen (logische Sprache) etwa zugunsten symbolischer Ausdrucksweisen (Malerei, Musik) oder Sprechakte, wie etwa dem zwanglosen Erzählen, aufgehoben werden.

Hier wird auch deutlich, was diese Art der Anwaltstätigkeit von der klassischen Anwaltsplanung trennt: Anwaltsplanung hat (ebenso wie etwa auch die sogenannten intermediären Organisationen) eine produzierende, gestaltende Planungsfunktion und unterliegt somit als Teil der gestaltenden Planungspraxis den logischen Folgen der Berücksichtigung von Sachzwängen, der Einbindung in systembeherrschte Diskurse, der Ausgrenzung nichtinstrumentell verwendbarer Rationalitätsformen usw. Anwaltsplanung hat als Bestandteil der gestaltenden Planungspraxis (wie etwa bei Forester und Selle) in ihrer Funktion als Maßnahme, die den Ungerechtigkeiten der Planungsverfahren entgegensteuert, eine wichtige Bedeutung. Sie darf aber nicht mit dekonstruktiver Planungskritik verwechselt werden.

Die dekonstruktive Planung kann lediglich neben die gestaltende Planung gestellt werden. Ihre Tätigkeit darf nicht mit der gestaltenden Planung vermischt werden, da damit ihr kritisches dekonstruktives Potential zerstört werden würde: Dieses Problem der Entschärfung von Kritik im Zusammenhang mit der Übernahme gestaltender Planungsfunktionen, und damit sozusagen einer "Kollaboration" mit dem Planungssystem, ist häufig bei der Entwicklung von vielen, ursprünglich aus Protest entstandenen, intermediären Organisationen zu beobachten.

Die dekonstruktive Planung würde lediglich darüber an die Planungspraxis angeschlossen, daß die Schiedsgerichte zum Heranziehen der Dekonstruktionsanalysen als Entscheidungsgrundlage für die Schiedssprüche verpflichtet wären (vgl. dazu Abb. 8-1).

Insgesamt kann so die Planung gleichsam als "paradoxes Ganzes" betrachtet werden, das aus zwei miteinander unversöhnlichen Elementen besteht, die einander widerstreben. Eine solche Konstruktion der Planung ist die Konsequenz aus dem Paradoxon, daß eine demokratische Planung in der postmodernen Gesellschaft nur denkbar ist, wenn sie zugesteht, daß sie ihr Ziel nicht erreichen kann, das in der weitgehenden Umverteilung der Machtverhältnisse und der gleichberechtigten Anerkennung unterschiedlichster Wertsysteme liegt. Und dieses Paradoxon ist gleichermaßen die Konsequenz aus der Beobachtung der gesellschaftlichen Praxis, wie es in der Skepsis der diskutierten philosophischen Ansätze begründet ist, die der Postmoderne zugerechnet werden.

Damit ist die dargestellte fragmentarische Skizze einer theoretischen Grundlegung der Planung als Versuch einer "verzweifelten Politik" der Postmoderne zu verstehen, die trotz des Wissens um die Unmöglichkeit einer Verständigung in herrschaftsfreier Kommunikation nicht in resignativen Zynismus verfällt.

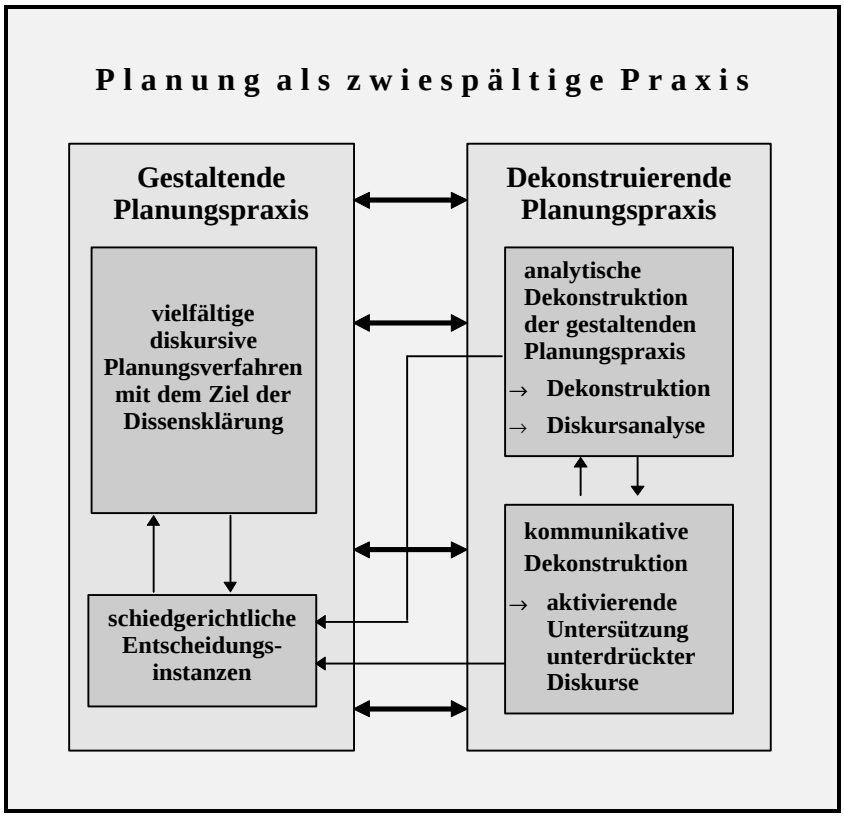


Abb. 8-1: Konstruktion der Planung als zwiespältige Praxis (eigener Entwurf)

Nachwort

Beim Versuch eines selbstkritischen Rückblicks auf die Arbeit fallen sicherlich zwei Punkte ins Auge: Bereits in Diskussionen, die ich während des Anfertigens der Arbeit über sie geführt habe, sind kritische Kommentare besonders dazu geäußert worden. Beide Probleme können gut anhand folgender Zitate illustriert werden:

> "Die Frage, ob dem menschlichen Denken gegenständliche Wahrheit zukomme, ist keine Frage der Theorie, sondern eine *praktische* Frage. In der Praxis muß der Mensch die Wahrheit, i.e. Wirklichkeit und Macht, Diesseitigkeit seines Denkens beweisen" (Karl Marx, zitiert in: Gripp 1984, S. 14).

> "Die Postmodernen sind die Nicht-Überzeugten, die modernen Melancholiker/innen, Untröstbaren und Zweifelnden. Sie sind postmodern, weil sie den modernen Kurs nicht mittragen, aber keinen anderen Kurs vorschlagen. Die postmoderne Position ist keine Kampf- und Kontraposition, sie ist nicht rebellisch im klassischen Sinne, nicht kontradiktorisch. Ihr geht es nicht um die Organisation von Gegenkollektiven, nicht um Machtergreifung. Sie hat allenfalls die Macht der Distanz, des ambivalenten Wissens, der tiefen Skepsis gegenüber den Bewegungen des Mainstreams, die Macht der Fremdheit, der Nichtvereinbarkeit. Sie bleibt fragend, beobachtend, inspizierend und immer gefährdet, ohne Sicherheiten. Die Enttäuschung der Postmoderne ist nicht die Enttäuschung der Besiegten und Unterlegenen, sondern die Illusionslosigkeit derjenigen, die von den Verführungen durch das Geschäft der modernen Macht unabhängig zu werden versuchen, einer Macht, die fraglose Norm, aber nicht mehr Glanz ist" (Christina Thürmer-Rohr 1995, S. 92).

Anhand der Erkenntnis von Karl Marx muß an die vorliegende Arbeit die Frage gestellt werden (und wird dies sicherlich auch von vielleicht enttäuschten LeserInnen getan), worin denn die "Wahrheit ihres Denkens" liegen könne: Denn bis zum Schluß verbleibt sie in abstraktem Denken und macht sie Vorschläge, die im Hinblick auf die aktuelle Planungspraxis leicht als naive Illusionen, als praxisferne akademische Vorstellungen abgetan werden können.

Zeigt sich nicht vielmehr in der Planungspraxis die Wahrheit eines knappen Statements, das ein langjähriger Planungspraktiker als Kommentar zum Thema der Arbeit abgegeben hat, nämlich daß die Frage nach einer demokratischen Planung in der Praxis irrelevant ist: "Demokratische Planung gibt es nicht. Sie ist ein Widerspruch in sich."

Ist vor diesem Hintergrund - im Gegensatz zu den hier erfolgten "abgehobenen" Diskussionen - nicht vielmehr die Frage nach konkreten Planungsinhalten und Aufgaben, nach in der Praxis lediglich möglichen kleinteiligen Reformen, nach realistischen und direkt anwendbaren Instrumenten wichtig?

Was hat ein solchermaßen abstraktes Denken für sichtbare und damit im marxschen Sinne "wahre" Folgen?

Andererseits ist im Hinblick auf die Geisteshaltung der "Postmodernen" im Sinne von Christina Thürmer-Rohr, von der die Arbeit sicherlich geprägt ist, festzustellen, daß die entscheidenden Vorschläge zum "Gesicht", das eine demokratische Planungspraxis haben könnte, lediglich Kriterien der Kritik sowohl an den gesellschaftlichen Verhältnissen als auch an der Planungspraxis sind.

Liegt vor diesem Hintergrund nicht darin, daß die Kritik ausgerechnet an jenen Planungskonzeptionen erfolgt, die wirklich positive Reformen zu ermöglichen scheinen, lediglich ein zersetzender, purer Negativismus?

Welches sind die positiven Beiträge der Arbeit, die - und das schließt an das erste Problem an - eine "bessere" Praxis, und sei es auch in noch so kleinen Veränderungen, ermöglichen?

Ich kann diese Fragen letztlich nicht beantworten.

Auch diese Arbeit erzählt eine - hoffentlich plausible - "Geschichte", die aus einem subjektiven, aus meinem Blickwinkel die "Welt" interpretiert. Diese Geschichte ist eine andere Geschichte über das Thema der Möglichkeit einer demokratischen Planung als sie die beiden Planungstheoretiker John Forester und Klaus Selle und als sie viele PlanungspraktikerInnen erzählen: Auch sie kommt über die Unterdrückung von nur am Rande Behandeltem und über den Ausschluß von Nichtgesagtem zustande. Auch sie hat blinde Flecken, die eine Dekonstruktion aufdecken würde oder müßte: Damit beansprucht sie für

sich keine Wahrheit, sondern soll in der Unausgereiftheit ihrer Überlegungen Fragen aufwerfen und Diskussionen anregen.

Im Hinblick auf die oben gestellten Fragen kann ich nur hoffen, daß eine Kritik an den progressivsten und ernsthaftesten Konzeptionen nicht zersetzend ist, sondern die Diskussion weiterführen kann; daß so grundsätzliche theoretische Erwägungen zur Frage nach der Möglichkeit demokratischer Reformen und die im Hinterkopf existierenden Kriterien der Kritik letztlich ein Bewußtsein schaffen, das sich auf die (eigene) Planungspraxis auswirkt; daß die hier angestellten praxisfernen Illusionen vielleicht doch keine Illusionen sind; daß die Arbeit dazu beitragen kann, die Fähigkeit zu entwickeln, suchen und erkennen zu können,

> “wer und was inmitten der Hölle nicht Hölle ist, und ihm Bestand und Raum geben“ (Italo Calvino).

Literatur

ARING, J./B. BUTZIN/R. DANIELZYK/I. HELBRECHT: Krisenregion Ruhrgebiet? Alltag, Strukturwandel und Planung. Oldenburg 1989 (= Wahrnehmungsgeogr. Studien zur Regionalentwicklung Heft 8).

BÄRSCH, J./J. BRECH (Hg.): Das Ende der Normalität im Wohnungs- und Städtebau. Thematische Begegnungen mit Klaus Novy. Darmstadt 1993.

BARTELHEIMER, P.: Alles zu werden, strömt zu Hauff? Das Frankfurter Modell der rot-grünen Moderne. In: Blätter für deutsche und internationale Politik 9, 1989, S. 1053-1068.

BAUER U./S. BOCK: Abenteuer Verwaltung. Feministische Stadt- und Verkehrsplanung im Frauenreferat der Stadt Frankfurt. In: Frei•Räume H. 5, 1993, S. 145-148.

BAUGESETZBUCH (BAUGB). 24., neubearbeitete Auflage, Stand 1.Juni 1993. München 1993.

BOCHNIG, S./K. SELLE (Hg.): Freiräume für die Stadt: sozial und ökologisch orientierter Umbau von Stadt und Land. Band 1. Wiesbaden, Berlin 1992.

BOCHNIG, S./K. SELLE (Hg.): Freiräume für die Stadt: Instrumente der Freiraumplanung. Band 2. Wiesbaden, Berlin 1993.

BOCK, M.: Das halbstrukturierte-leitfadenorientierte Tiefeninterview: Theorie und Praxis der Methode am Beispiel von Paarinterviews. In: HOFFMEYER-ZLOTNIK/H. P. JÜRGEN (Hg.): Analyse verbaler Daten: über den Umgang mit qualitativen Daten. Opladen 1992, S. 90-109.

BORST, R. u.a. (Hg.): Das neue Gesicht der Städte. Basel, Boston, Berlin 1990.

BRAKE, K.: Dienstleistungen und räumliche Entwicklung Frankfurt - Strukturveränderungen in Stadt und Region. Universität Oldenburg, Studiengang Stadt- und Regionalplanung. Oldenburg 1991.

BRAKE, K.: Das neueste Frankfurt: Hochhäuser in der City, Sekundär-Cities an der Peripherie. In: H. G. HELMS (Hg.): Die Stadt als Gabentisch.

Beobachtungen der aktuellen Städtebauentwicklung. Leipzig 1992, S. 217-232.

BRAKE, K.: Gerade ein Dienstleistungszentrum braucht auch Industrie. In: Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung 7.4.1994, S. 4.

BRAUERHOCH, F.-O. (Hg.): Frankfurt am Main. Stadt, Soziologie und Kultur. Frankfurt a.M. 1991.

BREMM, H.-J./R. DANIELZYK: Vom Fordismus zum Post-Fordismus. Das Regulationskonzept als Leitlinie planerischen Handelns? In: Raum-Planung 53, 1991, S. 121-127.

BRUMLIK, M.: Über die Ansprüche Ungeborener und Unmündiger. Wie advokatorisch ist die diskursive Ethik? In: W. KUHLMANN (Hg.): Moralität und Sittlichkeit. Das Problem Hegels und die Diskursethik. Frankfurt a.M. 1986, S. 265-300.

BUKOLD, S./P. THINNES (Hg.): Boomtown oder Gloomtown? Berlin 1991.

CALVINO, I.: Die unsichtbaren Städte. München, Wien 1985.

CULLER, J.: On Deconstruction. Theory and Criticism after Structuralism. London 1983.

DANIELZYK, R./I. HELBRECHT: Ruhrgebiet: Region ohne Gegenwart? Ansätze zu einer qualitativen Regionalforschung als Kritik. In: P. SEDLACEK (Hg): Programm und Praxis qualitativer Sozialgeographie. Oldenburg 1989, S. 101-132 (= Wahrnehmungsgeogr. Studien zur Regionalentwicklung Heft 6).

DANIELZYK, R./R. VOLZ (Hg.): Vernunft der Moderne? Zu Habermas' Theorie des kommunikativen Handelns. Münster 1986 (= Parabel, Schriftenreihe des evangelischen Studienwerks Villigst Bd.3).

DEAR, M.: Postmodernism and Planning. In: Environment and Planning D: Society and Space 4, 1986, S. 367-384.

DEAR, M.: Privatization and the rhetoric of Planning Practice. In: Environment and Planning D: Society and Space 7, 1989, S. 449-462.

DEAR, M.: Review of Postmodern Geographies. In: Annals, Association of American Geographers 80, 1990, S. 649-654.

DEAR, M.: Review of the Condition of Postmodernity. In: Annals, Association of American Geographers 81, 1991, S. 533-539.

DEAR, M.: Postmodern Human Geography. A preliminary assessment. In: Erdkunde 48, 1994, S. 2-13.

DEUTSCHE, R.: Männer im Raum. In: M. WENTZ (Hg.): Stadträume. Frankfurt a.M. 1991, S. 91-98 (= Die Zukunft des Städtischen. Frankurter Beiträge Band 2).

ENGELMANN, P.: Einführung: Postmoderne und Dekonstruktion. Zwei Stichwörter zur zeitgenössischen Philosophie. In: ders. (Hg.): Postmoderne und Dekonstruktion. Texte französischer Philosophen der Gegenwart. Stuttgart 1991, S.5-32.

EMRICH, S./S. LANZ/A. NAHNSEN: Neue Planungskultur in der postfordistischen Stadt? Untersuchungen am Beispiel Frankfurt am Main. Carl von Ossietzky Universität Oldenburg, Studiengang Stadt und Regionalplanung. (Unveröffentl. Ms.) Oldenburg 1994.

ESSER, J./J. HIRSCH: Stadtsoziologie und Gesellschaftstheorie - Von der Fordismuskrise zur „postfordistischen Regional- und Stadtstruktur“. In: W. PRIGGE (Hg.): Die Materialität des Städtischen. Stadtentwicklung und Urbanität im gesellschaftlichen Umbruch. Basel, Boston 1987, S. 31-58.

ESSER, J./H. STEINERT: „Dienstleistungsgesellschaft“ und „Scheinbürgertum". In: F.-O. BRAUERHOCH (Hg.): Frankfurt am Main. Stadt, Soziologie und Kultur. Frankfurt a.M. 1991, S. 31-44.

FEATHERSTONE, M.: Auf dem Weg zu einer Soziologie der postmodernen Kultur. In: H. HAFERKAMP (Hg.): Sozialstruktur und Kultur. Frankfurt a.M. 1990, S. 209-248.

FIGAL, G.: Jürgen Habermas. In: A. HÜGLI/P. LÜBKCKE (Hg.): Philosophie im 20. Jahrhundert. Band 1: Phänomenologie, Hermeneutik, Existenzphilosophie und Kritische Theorie. Frankfurt a.M. 1992, S. 366-385.

FINK-EITEL, H.: Foucault zur Einführung. Hamburg 1989.

FORESTER, J.: Critical Theory and Planning Practice. In: Journal of the American Planning Association 46/3, 1980, S. 275-286.

FORESTER, J.: Planning in the Face of Power. In: Journal of the American Planning Association 48/3, 1982, S. 67-80.

FORESTER, J.: The geography of planning practice. In: Environment and Planning D: Society and Space 1, 1983, S. 163-180.

FORESTER, J. (Hg): Critical Theory and Public Life. Massachusetts 1985.

FORESTER, J.: Introduction: The Applied Turn in Contemporary Critical Theory. In: ders. (Hg): Critical Theory and Public Life. Massachusetts 1985, S. X-XIX.

FORESTER, J.: Critical Theory and Planning Practice. In: ders. (Hg): Critical Theory and Public Life. Massachusetts 1985, S. 202-230.

FORESTER, J.: Critical Theory and public life: only connect. In: International Journal of Urban and Regional Research 10, 1986, S. 185-205.

FORESTER, J.: Planning in the face of power. Berkeley, Los Angeles, London 1989.

FREYBERG, T. V./K. KOCH/K. H. PETER (Hg.): Armut in Frankfurt - Probleme der Armutsberichterstattung. Offenbach 1992.

FREYBERG, T. V.: Städtische Modernisierung und soziale Polarisierung. Anmerkungen zur Armutsentwicklung in Frankfurt/Main. In: ders. u.a. (Hg.): Armut in Frankfurt - Probleme der Armutsberichterstattung. Offenbach 1992, S. 49-68.

GATHER, M./P. UNTERWERNER: Die grüne Weltstadt? „Grüne“ Politik in Frankfurt a.M. In: Geographische Zeitschrift 80, 1992, S. 106-120.

GOTTSCHALCK, C.: Frankfurts „Dritte Welt“. In: Bauwelt H. 1/2, 1994, S. 54-57.

GRIMM, S./K. RONNEBERGER: Soziale Krise und Rassismus. In: Kommune. Forum für Politik-Ökonomie-Kultur 11, H. 5, 1993, S. 30-33.

GRIPP, H.: Jürgen Habermas. Und es gibt sie doch - Zur kommunikationstheoretischen Begründung von Vernunft bei Jürgen Habermas. Paderborn, München, Wien, Zürich 1994.

HABERMAS, J.: Die Neue Unübersichtlichkeit. Frankfurt a.M. 1985.

HABERMAS, J.: Theorie des kommunikativen Handelns. 2 Bde., Frankfurt a.M. (4. durchgesehene Aufl.) 1988a.

HABERMAS, J.: Die Einheit der Vernunft in der Vielfalt der Stimmen. In: Merkur 42, H. 467, 1988b, S. 1-14.

HABERMAS, J.: Der philosophische Diskurs der Moderne. Zwölf Vorlesungen. Frankfurt a.M. (4. Aufl.) 1993.

HAFERKAMP, H. (Hg.): Sozialstruktur und Kultur. Frankfurt a.M. 1990.

HARVEY, D.: The Condition of Postmodernity. Oxford 1989.

HARVEY, D.: Flexible Akkumulation durch Urbanisierung. Reflexionen über Postmodernismus in amerikanischen Städten. In: R. BORST u.a. (Hg.): Das neue Gesicht der Städte. Basel, Boston, Berlin 1990, S. 39-61.

HARVEY, D.: Social Justice, Postmodernism and the City. In: International Journal of Urban and Regional Research 16/4, 1992, S. 588-601.

HARVEY, D.: Class Relations, Social Justice and the Politics of Difference. In: M. KEITH (Hg.): Place and the politics of identity. London 1993, S. 41-66.

HARVEY, D.: Die Postmoderne und die Verdichtung von Raum und Zeit. In: A. KUHLMANN (Hg.): Philosophische Ansichten der Moderne. Frankfurt a.M. 1994, S. 48-78.

HASSAN, I.: Postmoderne heute. In: W. WELSCH (Hg.): Wege aus der Moderne. Schlüsseltexte der Postmoderne-Diskussion. Weinheim 1988, S. 47-56.

HASSE, J.: Die räumliche Vergesellschaftung des Menschen in der Postmoderne. Karlsruhe 1989 (= Karlsruher Manuskripte zur mathematischen und theoretischen Wirtschafts- und Sozialgeographie Heft 91).

HASSE, J.: Sozialgeographie an der Schwelle zur Postmoderne. In: Zeitschrift für Wirtschaftsgeographie 33, H. 1/2, 1989, S. 20-29.

HÄUSSERMANN, H./W. SIEBEL: Neue Urbanität. Frankfurt a.M. 1987.

HÄUSSERMANN, H./W. SIEBEL: Die Politik der Festivalisierung und die Festivalisierung der Politik. Große Ereignisse in der Stadtpolitik. In: dies. (Hg.): Festivalisierung der Stadtpolitik. Stadtentwicklung durch große Projekte. Opladen 1993, S. 7-31 (= Leviathan Sonderheft 13).

HEALEY, P.: Planning through debate. In: Town Planning Review 63/2, 1992, S. 143-162.

HEINELT, H./H. WOLLMANN (Hg.): Brennpunkt Stadt: Stadtpolitik und lokale Politikforschung in den 80er und 90er Jahren. Berlin 1991.

HEINELT, H./M. MAYER (Hg.): Politik in europäischen Städten: Fallstudien zur Bedeutung lokaler Politik. Basel, Boston, Berlin 1993.

HELBRECHT, I.: Stadtmarketing. Konturen einer kommunikativen Stadtentwicklungspolitik. Basel, Boston, Berlin 1994.

HELMS, H. G. (Hg.): Die Stadt als Gabentisch. Beobachtungen der aktuellen Städtebauentwicklung. Leipzig 1992.

HILLIER, J.: Discursive Democracy in Action. (Unveröffentl. Ms.) Perth 1993a.

HILLIER, J.: To boldly go, where no planners have ever... . In: Environment and Planning D: Society and Space 11, 1993b, S. 89-112.

HIRSCH, J./R. ROTH: Das neue Gesicht des Kapitalismus. Vom Fordismus zum Post-Fordismus. Hamburg 1986.

HOCH, C.: The Paradox of Power in Planning Practice. In: Journal of Planning Education and Research 11, 1992, S. 206-215.

HONNETH, A.: Kritik der Macht. Reflexionsstufen einer kritischen Gesellschaftstheorie. Frankfurt a.M. 1985.

HONNETH, A.: Desintegration. Bruchstücke einer soziologischen Zeitdiagnose. Frankfurt a.M. 1994.

HONNETH, A.: Die Stimme der Gerechtigkeit. In: Frankfurter Rundschau 8.8.1995, S. 7.

HOPF, C.: Qualitative Interviews in der Sozialforschung. Ein Überblick. In: U. FLICK u.a. (Hg.): Handbuch Qualitative Sozialforschung. Grundlagen, Konzepte, Methoden und Anwendungen. 2 Bde. München 1991/1992.

HÜGLI, A./P. LÜBCKE (Hg.): Philosophie im 20. Jahrhundert. Band 1: Phänomenologie, Hermeneutik, Existenzphilosophie und Kritische Theorie. Frankfurt a.M. 1992.

HUYSSEN, A./K. R. SCHERPE (Hg.): Postmoderne. Zeichen eines kulturellen Wandels. Reinbek bei Hamburg 1986a.

HUYSSEN, A./K. R. SCHERPE: Einleitung. In: dies. (Hg.): Postmoderne. Zeichen eines kulturellen Wandels. Reinbek bei Hamburg 1986b, S. 7-12.

HUYSSEN, A.: Postmoderne - eine amerikanische Internationale. In: A. HUYSSEN/K. R. SCHERPE (Hg.): Postmoderne. Zeichen eines kulturellen Wandels. Reinbek bei Hamburg 1986, S. 13-44.

JAMESON, F.: Postmoderne - zur Logik der Kultur im Spätkapitalismus. In: A.HUYSSEN/K. R. SCHERPE (Hg.): Postmoderne. Zeichen eines kulturellen Wandels. Reinbek bei Hamburg 1986, S. 45-102.

JASCHKE, H.-G.: Neue Armut und Stadtentwicklung. Welche Rolle spielt 'Armut' in der neueren politischen und wirtschaftlichen Stadtdebatte? In: T. v. FREYBERG/K. KOCH/K. H. PETER (Hg.): Armut in Frankfurt - Probleme der Armutsberichterstattung. Offenbach 1992, S. 7-18.

JENCKS, C.: Was ist Postmoderne? Zürich, München 1990.

KÄHLER, G. (Hg.): Schräge Architektur und aufrechter Gang: Dekonstruktion: Bauen in einer Welt ohne Sinn? Braunschweig 1993.

KEIL, R./P. LIESER: Die Wachstumsmaschine. Lokale Widersprüche der globalen Ökonomie. In: Kommune. Forum für Politik-Ökonomie-Kultur 6, H. 3, 1988, S. 22-27.

KEIL, R./K. RONNEBERGER: Macht und Räumlichkeit: Die Weltstadt geht aufs Dorf. In: F.-O. BRAUERHOCH (Hg.): Frankfurt am Main. Stadt, Soziologie und Kultur. Frankfurt a.M. 1991, S .125-148.

KEIL, R./K. RONNEBERGER: Arkadien postmodern. Stadtlandschaft zwischen Streuobst und Gewerbepark. In: T. KOENIGS (Hg.): Vision offener Grünräume. GrünGürtel Frankfurt. Frankfurt a.M. 1991, S. 196-208.

KEIL, R./K. RONNEBERGER: Die Wiese lebt: Der GrünGürtel Frankfurt als Medium sozialer Interessen. In: S. BOCHNIG/K. SELLE (Hg.): Freiräume für die Stadt: Instrumente der Freiraumplanung. Band 2. Wiesbaden, Berlin 1993a, S. 321-329.

KEIL, R./K. RONNEBERGER: Vom Modernisierungslabor zur überschaubaren Großstadt? In: Kommune. Forum für Politik-Ökonomie-Kultur 11, H. 3, 1993b, S. 29-33.

KEITH, M.: Place and the politics of identity. London 1993.

KIESSLING, B: Die Theorie der „Strukturierung“. Ein Interview mit Anthony Giddens. In: Zeitschrift für Soziologie 17, H. 4, 1988, S. 286-295.

KIMMERLE, H.: Derrida zur Einführung. Hamburg 1988.

KOENIGS, T. (Hg.): Vision offener Grünräume. GrünGürtel Frankfurt. Frankfurt am Main 1991.

KÖRNER, W.: Der Frankfurter GrünGürtel als sozialer Raum - am Beispiel von Frankfurt/M. - Sossenheim. Johann Wolfgang von Goethe Universität. Frankfurt am Main 1994 (Diplomarbeit).

KÖRNER, W./K. RONNEBERGER: Last Exit Sossenheim? In: Bauwelt H. 1/2, 1994, S. 58-63.

KRÄTKE, S.: Städte im Umbruch. Städtische Hierarchien und Raumgefüge im Prozeß gesellschaftlicher Restrukturierung. In: R. BORST u.a. (Hg.): Das neue Gesicht der Städte. Basel, Boston, Berlin 1990, S. 7-38.

KREIBICH, V./B. KRELLA/U. v. PETZ/P. POTZ (Hg.): Rom - Athen - Madrid. Die neue Rolle der städtischen Peripherie. Dortmund 1993 (= Dortmunder Beiträge zur Raumplanung Heft 62).

KRÜGER, R.: Die Geographie auf der Reise in die Postmoderne? Oldenburg 1988 (= Wahrnehmungsgeogr. Studien zur Regionalentwicklung Heft 5).

KRÜGER, R.: Perspektiven differenzierter Raumentwicklungen. In: Geographische Zeitschrift 79, H. 3, 1991, S. 138-152.

KUHLMANN, A. (Hg.): Philosophische Ansichten der Moderne. Frankfurt a.M. 1994.

KUHLMANN, W. (Hg.): Moralität und Sittlichkeit. Das Problem Hegels und die Diskursethik. Frankfurt a.M. 1986.

LÄPPLE, D.: Thesen zum Zusammenhang vom ökonomisch-technologischen Strukturwandel und regionaler Entwicklung. In: S. BUKOLD/P. THINNES (Hg.): Boomtown oder Gloomtown? Berlin 1991, S. 15-27.

LASH, S.: Review of „The Condition of Postmodernity“. In: International Journal of Urban and Regional Research 14, Nr. 4, 1990a, S. 715-717.

LASH, S.: Sociology of Postmodernism. London, New York 1990b.

LEBORGNE, D./A. LIPIETZ: Neue Technologien, neue Regulationsweisen: Einige räumliche Implikationen. In: R. BORST u.a. (Hg.): Das neue Gesicht der Städte. Basel, Boston, Berlin 1990, S. 109-129.

LIESER, P./R. KEIL: Zitadelle und Ghetto: Modell Weltstadt. In: W. PRIGGE/ H.-P. SCHWARZ (Hg.): Das neue Frankfurt: Städtebau und Architektur im Modernisierungsprozeß 1925-1988. Frankfurt a.M. 1988, S. 183-208.

LIESER, P. u.a.: Vision offener Grünräume: Der GrünGürtel Frankfurt. In: S. BOCHNIG/K. SELLE (Hg.): Freiräume für die Stadt: sozial und ökologisch orientierter Umbau von Stadt und Land. Band 1. Wiesbaden, Berlin 1992, S. 61-84.

LYOTARD, J.-F.: Das postmoderne Wissen. Graz, Wien, Böhlau 1986.

MCCARTHY, T.: Ideale und Illusionen. Frankfurt a.M. 1993.

MAYER, M.: Lokale Politik in der unternehmerischen Stadt. In: R. BORST u.a. (Hg.): Das neue Gesicht der Städte. Basel, Boston, Berlin 1990, S. 190-208.

MAYER, M.: „Postfordismus“ und „lokaler Staat“. In: H. HEINELT/H. WOLLMANN (Hg.): Brennpunkt Stadt: Stadtpolitik und lokale Politikforschung in den 80er und 90er Jahren. Berlin 1991, S. 31-51.

MEUSER, M./U. NAGEL: ExpertInneninterviews - vielfach erprobt, wenig bedacht. Ein Beitrag zur qualitativen Methodendiskussion. In: D. GARZ/K. KRAIMER (Hg.): Qualitativ-empirische Sozialforschung: Konzepte, Methoden, Analysen. Opladen 1991, S. 441-470.

MOORE MILROY, B.: Constructing and deconstructing plausibility. In: Environment and Planning D: Society and Space 7, 1989, S. 313-326.

MOORE MILROY, B.: Into Postmodern Weightlessness. In: Journal of Planning Education and Research 9, Nr.3, 1991, S. 181-187.

MORRIS, M.: The Man In The Mirror: David Harvey’s 'Condition' of Postmodernity. In: Theory, Culture and Society 10, 1992, S. 253-279.

MÜLLER, A.: Einige unaufgeregte Überlegungen zur Dekonstruktion. In: G. KÄHLER (Hg.): Schräge Architektur und aufrechter Gang: Dekonstruktion: Bauen in einer Welt ohne Sinn? Braunschweig 1993, S. 36-49.

MÜLLER, H.-P.: Lebensstile. In: P. NOLLER/W. PRIGGE/K. RONNEBERGER (Hg.): Stadt-Welt. Über die Globalisierung städtischer Milieus. Frankfurt a.M. 1994, S. 32-39 (= Die Zukunft des Städtischen. Frankfurter Beiträge Band 6).

NICHOLSON, L. J. (Hg.): Postmodernism/Feminism. New York, London 1990.

NICHOLSON, L. J.: Introduction. In: dies. (Hg.): Postmodernism/Feminism. New York, London 1990a, S. 1-18.

NOLLER, P.: Stadtlandschaften. In: P. NOLLER/W. PRIGGE/K. RONNEBERGER (Hg.): Stadt-Welt. Über die Globalisierung städtischer Milieus. Frankfurt a.M. 1994, S. 198-211 (= Die Zukunft des Städtischen. Frankfurter Beiträge Band 6).

NOLLER, P./W. PRIGGE/K. RONNEBERGER (Hg.): Stadt-Welt. Über die Globalisierung städtischer Milieus. Frankfurt a.M. 1994 (= Die Zukunft des Städtischen. Frankfurter Beiträge Band 6).

NOLLER, P./K. RONNEBERGER: Globalisierte Ökonomie und neue Dienstleistungsklassen. In: Soziale Welt Sonderband 9: Umbrüche gesellschaftlicher Arbeit, 1994, S. 495-506.

OLESEN, G. S.: Die neuere französische Philosophie. In: A. HÜGLI/P. LÜBCKE (Hg.): Philosophie im 20. Jahrhundert. Band 1: Phänomenologie, Hermeneutik, Existenzphilosophie und Kritische Theorie. Frankfurt a.M. 1992, S. 537-570.

PRATT, A. C.: Discourses of locality. In: Environment and Planning A 23, 1991, S. 257-266.

PRIGGE, W. (Hg.): Die Materialität des Städtischen. Stadtentwicklung und Urbanität im gesellschaftlichen Umbruch. Basel, Boston 1987.

PRIGGE, W.: Zweite Moderne. Modernisierung und städtische Kultur. In: F.-O. BRAUERHOCH (Hg.): Frankfurt am Main. Stadt, Soziologie und Kultur. Frankfurt a.M. 1991, S. 91-105.

PRIGGE, W.: Capitale Mythen: Zum endgültigen Abschied von den 80er Jahren. In: Bauwelt H. 1/2, 1994, S. 24-29.

PRIGGE, W./H.-P. SCHWARZ (Hg.): Das neue Frankfurt: Städtebau und Architektur im Modernisierungsprozeß 1925-1988. Frankfurt a.M. 1988.

PRIGGE, W./P. LIESER: Metropole Frankfurt. Keine Metro, aber Polarisierung. Lokale Politik zwischen Stadt und Land. In: H. HEINELT/M. MAYER (Hg.): Politik in europäischen Städten: Fallstudien zur Bedeutung lokaler Politik. Basel, Boston, Berlin 1993, S. 49-70.

PRIGGE, W./K. RONNEBERGER/R. KEIL: Im Palast des Tigers. Raus aus der Parteitaktik, zurück zur Stadtgesellschaft. In: Ästhetik und Kommunikation Heft 89, 1995 (hier zit. aus dem Abdruck in der FR, 20.4.1995, S.10).

RADTKE, F.-O.: Gleichstellung oder Multikulturalismus? Optionen und Wirkungen kommunaler Ausländerpolitik. In: F.-O. BRAUERHOCH (Hg.): Frankfurt am Main. Stadt, Soziologie und Kultur. Frankfurt a.M. 1991, S. 73-90.

REESE-SCHÄFER, W.: Jürgen Habermas. Frankfurt a.M. 1991.

RODENSTEIN, M.: Wege zur nichtsexistischen Stadt. Architektinnen und Planerinnen in den USA. Freiburg i. Br. 1994.

RONNEBERGER, K.: Zitadellenökonomie und soziale Transformation der Stadt. In: P. NOLLER/W. PRIGGE/K. RONNEBERGER (Hg.): Stadt-Welt. Über die Globalisierung städtischer Milieus. Frankfurt a.M. 1994a, S. 180-197 (= Die Zukunft des Städtischen. Frankfurter Beiträge Band 6).

RONNEBERGER, K.: 20 Jahre Ruhe für den Frankfurter Norden? Stadtrandleben zwischen Wohnsilo und Eigenheim. In: Bauwelt H. 1/2, 1994b, S. 64-67.

RONNEBERGER, K: Die Neuen Städter. In: P. NOLLER/W. PRIGGE/K. RONNEBERGER (Hg.): Stadt-Welt. Über die Globalisierung städtischer Milieus. Frankfurt a.M. 1994c, S. 249-257 (= Die Zukunft des Städtischen. Frankfurter Beiträge Band 6).

RONNEBERGER, K./R. KEIL: Frankfurt: Tendenzen der räumlichen Regulation auf dem Weg in den Postfordismus. In: V. KREIBICH/B. KRELLA/U. v. PETZ/P. POTZ (Hg.): Rom - Athen - Madrid. Die neue Rolle der städtischen Peripherie. Dortmund 1993a (= Dortmunder Beiträge zur Raumplanung Heft 62), S. 229-248.

RONNEBERGER, K./R. KEIL: Rhein-Main - Eine Region formiert sich neu. In: Dokumente und Informationen zur Schweizerischen Orts-Regional- und Landesplanung (DISP) H. 112, 1993b, S. 38-44.

RONNEBERGER, K./P. NOLLER: Instant City. Instant Culture. In: Bauwelt H. 1/2, 1994, S. 30-35.

ROTH, K.: Neue Entwicklungen der Kritischen Theorie. In: Leviathan H. 3, 1994, S. 422-445.

ROTH, R.: Urban Villagers. In: P. NOLLER/W. PRIGGE/K. RONNEBERGER (Hg.): Stadt-Welt. Über die Globalisierung städtischer Milieus. Frankfurt a.M. 1994, S. 228-239 (= Die Zukunft des Städtischen. Frankfurter Beiträge Band 6).

RÖTZER, F.: Im Sog der turbulenten Leere. In: G. KÄHLER (Hg.): Schräge Architektur und aufrechter Gang: Dekonstruktion: Bauen in einer Welt ohne Sinn? Braunschweig 1993, S. 64-86.

RÜB, M.: Konsenus oder Differénd? In: R. DANIELZYK/R. VOLZ (Hg.): Vernunft der Moderne? Zu Habermas' Theorie des kommunikativen Handelns. Münster 1986, S. 87-103 (= Parabel, Schriftenreihe des evangelischen Studienwerks Villigst Bd.3).

SCHOELER, A. V.: Ein Beitrag zur Zukunft der Region Rhein Main. In: T. KOENIGS (Hg.): Vision offener Grünräume. GrünGürtel Frankfurt. Frankfurt a.M. 1991, S. 193-195.

SCHOLZ, C.: Frankfurt - eine Stadt wird verkauft. Stadtentwicklung und Stadtmarketing - zur Produktion des Standortimages am Beispiel Frankfurt. Frankfurt a.M. 1989.

SEDLACEK, P. (Hg.): Programm und Praxis qualitativer Sozialgeographie. Oldenburg 1989 (= Wahrnehmungsgeogr. Studien zur Regionalentwicklung Heft 6).

SELLE, K.: Planung im Wandel: Vermittlungsaufgaben und kooperative Problemlösungen. In: Dokumente und Informationen zur Schweizerischen Orts-, Regional- und Landesplanung (DISP) H. 106, 1991, S. 34-45.

SELLE, K.: Kooperative Problemlösungen. In: S. BOCHNIG/K. SELLE (Hg.): Freiräume für die Stadt: Instrumente der Freiraumplanung. Band 2. Wiesbaden, Berlin 1993a, S. 269-296.

SELLE, K.: Versuch über Planungskultur - Zustandsbeschreibungen und Einordnungen. In: J. BÄRSCH/J. BRECH (Hg.): Das Ende der

Normalität im Wohnungs- und Städtebau. Thematische Begegnungen mit Klaus Novy. Darmstadt 1993b, S. 195-219.

SELLE, K.: Was ist bloß mit der Planung los? Erkundungen auf dem Weg zum kooperativen Handeln. Ein Werkbuch. Dortmund 1994 (= Dortmunder Beiträge zur Raumplanung Band 69).

SELLE, K.: Freiräume für die Stadt. Acht Thesen zu Freiraumpolitik und Stadtentwicklung. In: Garten und Landschaft H. 1, 1994b, S. 19-23.

SOJA, E.: Postmodern Geographies: the reassertion of space in critical social theory. Bristol 1989.

SOJA, E.: Los Angeles, eine nach außen gekehrte Stadt: Die Entwicklung der postmodernen Metropole in den USA. In: V. KREIBICH/B. KRELLA/U. v. PETZ/P. POTZ (Hg.): Rom - Athen - Madrid. Die neue Rolle der städtischen Peripherie. Dortmund 1993a, S. 213-228 (= Dortmunder Beiträge zur Raumplanung Band 62).

SOJA, E.: Postmodern Urbanization: The Six Restructurings of Los Angeles. In: S. WATSON/K. GIBSON (Hg.): Postmodern Cities and Spaces. Oxford 1995, S. 125-127.

STADT FRANKFURT AM MAIN: Koalitionsvereinbarungen zwischen SPD und GRÜNEN für Frankfurt am Main. Frankfurt a.M. 1989.

STADT FRANKFURT AM MAIN: Ergebnisbericht GrünGürtel-Planung. Frankfurt a.M. 1991.

TAYLOR, C.: Multikulturalismus und die Politik der Anerkennung. Frankfurt a.M. 1993.

TETT, A./J. M. WOLFE: Discourse Analysis and City Plans. In: Journal of Planning Education and Research 10, Nr.3, 1991, S. 195-200.

THÜRMER-ROHR, C.: Feminismus und Postmoderne. In: beiträge zur feministischen theorie und praxis 18, H. 39, 1995, S. 87-99.

TOPCOM: Tempo 30 - Kampagne in Frankfurt. In: M. WENTZ (Hg.): Stadträume. Frankfurt a.M. 1991, S. 150-152 (= Die Zukunft des Städtischen. Frankfurter Beiträge Band 2).

VESTER, H.-G.: Soziologie der Postmoderne. München 1993.

VOLZ, R./R. DANIELZYK: Statt einer Einleitung. In: R. DANIELZYK/R. VOLZ (Hg.): Vernunft der Moderne? Zu Habermas' Theorie des kommuni-

kativen Handelns. Münster 1986, S. 5-14 (= Parabel, Schriftenreihe des evangelischen Studienwerks Villigst Bd. 3).

WAGNER, B.: PostModerne oder PostFordismus? Zur Logik von Stabilität und Veränderung in der politischen Landschaft der BRD. In: R. WEIMANN/U. GUMBRECHT (Hg.): Postmoderne - Globale Differenz. Frankfurt a.M. 1991, S. 110-120.

WAGNER, B.: Soziokultur. In: P. NOLLER/W. PRIGGE/K. RONNEBERGER (Hg.): Stadt-Welt. Über die Globalisierung städtischer Milieus. Frankfurt a.M. 1994a, S. 212-217 (= Die Zukunft des Städtischen. Frankfurter Beiträge Band 6).

WAGNER, B.: Zwischen urbanem Lebensgefühl und Provinzmentalität. Neue Wege der Stadtteilkultur in Frankfurt. In: Bauwelt H. 1/2, 1994b, S. 48-51.

WAGNER, B.: Hilf- und Konzeptionslos. Frankfurter Kulturpolitik. In: Kommune. Forum für Politik-Ökonomie-Kultur 12, H. 1, 1994c, S. 68-69.

WATSON, S./K. GIBSON (Hg.): Postmodern Cities and Spaces. Oxford 1995a.

WATSON, S./K. GIBSON: Postmodern Spaces, Cities and Politics: An Introduction. In: dies. (Hg.): Postmodern Cities and Spaces. Oxford 1995b, S. 1-12.

WEIMANN R./U. GUMBRECHT (Hg.): Postmoderne - Globale Differenz. Frankfurt a.M. 1991.

WELLMER, A.: Zur Dialektik von Moderne und Postmoderne. Vernunftkritik nach Adorno. Frankfurt a.M. 1985.

WELSCH, W. (Hg.): Wege aus der Moderne. Schlüsseltexte der Postmoderne-Diskussion. Weinheim 1988.

WELSCH, W.: Einleitung. In: ders. (Hg.): Wege aus der Moderne. Schlüsseltexte der Postmoderne-Diskussion. Weinheim 1988, S. 1-46.

WELSCH, W.: Unsere postmoderne Moderne. Weinheim (3. Aufl.) 1991.

WELSCH, W.: Das weite Feld der Dekonstruktion. In: G. KÄHLER (Hg.): Schräge Architektur und aufrechter Gang: Dekonstruktion: Bauen in einer Welt ohne Sinn? Braunschweig 1993, S. 50-63.

WENTZ, M. (Hg.): Stadträume. Frankfurt a.M. 1991a (= Die Zukunft des Städtischen. Frankfurter Beiträge Band 2).

WENTZ, M.: Raum und Zeit in der metropolitanen Entwicklung. In: ders. (Hg.), Stadträume. Frankfurt a.M. 1991b, S. 10-14 (= Die Zukunft des Städtischen. Frankfurter Beiträge Band 2).

WENTZ, M.: Sozialer Wandel und Planungskultur. In: ders. (Hg.): Planungskulturen. Frankfurt a.M. 1992, S. 10-21 (= Die Zukunft des Städtischen. Frankfurter Beiträge Band 3).

YOUNG, I. M.: Impartiality and the civic public: Some implications of feminist critiques of moral and political theory. In: Praxis International 5, Nr. 4, 1986, S. 381-401.

YOUNG, I. M.: Justice and the Politics of Difference. Princeton 1990.

YOUNG, I. M.: The Ideal of Community and the Politics of Difference. In: L. J. NICHOLSON (Hg.): Postmodernism/Feminism. New York, London 1990, S. 300-323.